Donnerstag, 18. Dezember 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 294 - 51. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 150 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 550 TL

Heute in der WELT



Hürden bei der Organverpflanzung

Immer häufiger hört man von erstaunlichen Erfolgen bei Organverpflanzungen. Doch trotz aller Fortschritte in der Medizin warten auch heute noch viele Tausend kranke Menschen auf ein Spenderorgan, das ihr Leben retten könnte. Manche Hürden verhindern heute, daß eine ausreichende Zahl an Spendern gefunden werden. Was muß geändert werden, um die langen Wartelisten abzubauen? Die WELT schildert die Probleme und mögliche Abhilfen. Seite 7

Privat Versicherte wieder beitragspflichtig

Zum 1. Januar ändern sich Bemessungsgrenzen der Sozialversicherung. So werden zum Beispiel privat versicherte Angestellte bei der Krankenkasse wieder versicherungspflichtig. Wer 1986 mehr als 51 300 Mark verdiente, scheidet aus der Versicherungspflicht aus, kann sich aber bei der gesetzlichen Krankenkasse freiwillig weiterversichern. Die WELT veröffentlicht eine Übersicht der neuen Grenzwerte. Seite 14

POLITIK

Kontakte: Der im Mai abberufene US-Botschafter beim Vatikan, Wilson, ist nach einem Bericht der römischen Zeitung „La Repubblica" mehrfach mit führenden syrischen Politikern, darunter Revolutionsführer Khadhafi, zusammengetroffen. Präsident Reagans Sicherheitsberater hätten diese Kontakte gebilligt.

Tarife: Ohne Annäherung der Standpunkte sind die Metall-Tarifverhandlungen für Nordwürttemberg-Nordbaden, Rheinland-Pfalz und Hamburg/Schleswig-Holstein auf Januar vertagt worden. Die IG Metall fordert die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Terrorismus: Mehr als vier Millionen Mark sind insgesamt in der Bundesrepublik als Belohnung für Hinweise auf Terroristen ausgesetzt. Das Bundeskriminalamt verspricht sich zusätzlich neue Fahndungs-Impulse mit einem neuen Fahndungsplakat, das die Fotos der elf am meisten gesuchten Terroristen zeigt.

Justiz: Die französische Regierung hat beschlossen, nur Berufsrichter statt der Laiengeschworenen – die sich häufig bedroht fühlen – in Prozessen gegen mutmaßliche Terroristen einzusetzen. Die Neuregelung soll auch für bereits laufende Prozesse gelten.

WIRTSCHAFT

Katalonien: Die Provinz im Nordwesten der Iberischen Halbinsel ist die reichste mit dem höchsten Wirtschaftswachstum in Spanien. Die Katalanen haben lange um ihre Eigenständigkeit kämpfen müssen. Ein WELT-Report über Katalonien mit Beiträgen über die Wirtschaft, den Tourismus und die katalanische Kultur.

Börse: An den deutschen Aktienbörsen tendierten die Kurse zur Wochenmitte uneinheitlich. Am Rentenmarkt belebte sich die Umsatztätigkeit. WELT-Aktienindex: 278,92 (278,36). BHF-Rentenindex: 106,574 (106,495). BHF-Performance-Index: 108,356 (108,246). Dow-Jones-Index (16.12.): 1936,16.

Dollarmittelkurs: 2,0167 (2,0232) Mark. Goldpreis je Feinunze: 392,00 (393,10) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
280
270
260
4. 5. 8. 9. 10. 11. 12. 15. 16. 17.
Dezember '86
DIE WELT

KULTUR

Peter Beauvais: Der Fernsehregisseur ist im Alter von 70 Jahren in Baden-Baden gestorben. Zu seinen bekanntesten Arbeiten gehören die Verfilmungen der Romane „Deutschstunde" und „Heimatmuseum" von Siegfried Lenz.

Kafka: Der belgische Komponist André Laporte hat sich „Das Schloß" vorgenommen und eine Oper daraus geschrieben; mit einem Libretto in deutscher Sprache. Die Uraufführung fand freundlichen Beifall. (S. 21)

SPORT

Wahl: Die Tennis-Stars Boris Becker und Steffi Graf sind – wie erwartet – von den Sportjournalisten in der Bundesrepublik zu den „Sportlern des Jahres" 1986 gewählt worden. (S. 9)

Fußball: Der Düsseldorfer CDU-Politiker Bernhard Worms soll Präsident des Bundesligaklubs 1. FC Köln werden – als Nachfolger von Peter Weiand, der im April zurücktreten will. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Modell: Den Weihnachtswunsch vieler Erwachsener, einmal ausgiebig mit der Eisenbahn spielen zu können, erfüllt sich Anton Laux (Foto) aus Blankenheim in der Eifel täglich. Seine Modellanlage mit Köln im Zentrum umfaßt 1,5 Schienen-Kilometer. (S. 22)

Schnauze: Helmut Schmidt, Bergedorf, Bundeskanzler a.D. – Stationen eines Politikers. Auch in seinem Hamburger Wahlkreis nahm er jetzt Abschied von der (aktiven) Politik, und ein bißchen Wehmut war dabei. (S. 22)

Umweltminister fühlen sich vor der Wahl „überfordert"

Kein Konsens über Konsequenzen aus Chemie-Unfällen / Bundesrat tagt morgen

E. N./DW. **Bonn**

Ein erster Versuch der Umweltminister von Bund und Ländern, gemeinsame gesetzgeberische Konsequenzen aus den Chemieunfällen der vergangenen Monate zu ziehen, ist gestern in Bonn offenbar an den Wahlkampfinteressen der verschiedenen politischen Lager gescheitert. Der Vorsitzende der Umweltministerkonferenz, Berlins parteiloser Umweltsenator Jürgen Starnick, sagte, es sei „nicht gelungen, zu einem Konsens zu kommen, obwohl der grundsätzliche Wille dazu vorhanden war". Die Konferenz soll nach seinen Worten im Februar in Bremen noch einmal zusammentreten. Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) sprach von einer „Überforderung in der Situation unmittelbar vor der Wahl".

Konferenzteilnehmer ließen durchblicken, daß noch nicht einmal eine klare Auflistung vorgenommen worden sei, über welche Einzelmaßnahmen Konsens bestehe und worüber man sich grundsätzlich nicht würde einigen können. Wallmann sowie die Umweltminister Hessens, Nordrhein-Westfalens und aus Rheinland-Pfalz, Joschka Fischer (Die Grünen), Klaus Matthiesen (SPD) und Klaus Töpfer (CDU), betonten jedoch, daß vor dem Hintergrund der Katastrophe von Sandoz und den 13 nachfolgenden Vergiftungen des Rheinwassers durch Chemieunfälle durchgreifende Maßnahmen dringend nötig seien.

Allerdings zählen die Umkehr der Beweislast, das schuldunabhängige Haftungsrecht und die Verschärfung

SEITE 2
Leise rieselt der Wahlkampf

der Störfallverordnung nach Angaben aus Teilnehmerkreisen offenbar zu jenen Punkten, über die im Grundsatz Einigung erzielt werden könnte. In Einzelfragen bestünden jedoch noch erhebliche juristische Meinungsunterschiede. Der grundsätzliche Streit zwischen SPD- und unionsregierten Ländern ist nach diesen Angaben darauf zurückzuführen, daß Sozialdemokraten und Grüne eine „vorsorgende Chemiepolitik" fordern, die von den Unternehmen wegen der mit ihr verbundenen Kosten jedoch strikt abgelehnt wird.

Wallmann sah sich nach der Konferenz heftiger Kritik vor allem von Hessens Umweltminister Joschka Fischer (Grüne) ausgesetzt. Fischer kritisierte das Vorgehen seines Bonner Amtskollegen, unter den Journalisten eine Pressemitteilung über einen Referentenentwurf zur Novellierung der Störfallverordnung verteilen zu lassen, ohne daß dieser zuvor auch der Ministertagung vorgelegen hätte. Fischer sprach von einem „gravierenden Vorgang" und äußerte den Verdacht, daß es sich bei der Sonderkonferenz nur um eine Veranstaltung mit „Wahlkampfcharakter" gehandelt habe, in der sich Wallmann habe „beweihräuchern" lassen wollen.

Dieser Vorwurf wurde von den unionsregierten Ländern entschieden zurückgewiesen. Wallmann selbst bekräftigte den bereits vom Bundeskabinett am 3. Dezember beschlossenen Maßnahmenkatalog, zu dem vor allem eine Verschärfung der Störfallverordnung gehört.

DER KOMMENTAR

Hirts Millionen

ENNO v. LOEWENSTERN

Egon Franke ist als Mensch rehabilitiert, nicht als Minister. In der Tat hatte es niemand für möglich gehalten, daß dieser ehrenhafte alte Politiker fremdes Geld in die eigene Tasche stecken könnte; er war und bleibt ein Beispiel gegen den Zynismus, mit dem so oft über Menschen des öffentlichen Lebens geredet wird – aber er ist es eben leider nur im Bereich des Charakterlichen. Als Chef hat er versagt; Hirts Millionen symbolisieren es. Der smarte Aufsteiger neben Franke verkörpert einen anderen Typus etwas außerhalb der preußischen Tradition. Und Willy Brandts Telegramm läßt keineswegs vergessen, wer Franke trotz dessen offensichtlicher fachlicher Schwäche zum Minister machte.

Die Lehre daraus ist wieder einmal, daß es nicht genügt, ein ehrlicher oller Kumpel zu sein. Ein Regierungschef, der nicht die auch fachlich besten Kräfte heranzieht, geht ein Risiko ein, selbst wenn es nicht immer so groß ausgehen muß. Ferner: Ein Amtsträger, der sich mit der Abwicklung delikater finanzieller Transaktionen befaßt, muß angehalten werden – auch im eigenen Interesse –, seine Arbeit nach Kräften zu belegen. Es geht in aller Regel auch da, wo alte Geheimdiensthasen sagen, es gehe nicht so ohne weiteres; es hilft, Mißtrauen und Verdrossenheit abzuwenden.

Wobei Mißtrauen auch aus anderen staatlichen Vorgängen erwachsen kann. Der Gerichtsvorsitzende machte einige kryptische Andeutungen über unzulängliche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Fall Franke-Hirt als Folge einer „Rechtspolitik" des nordrhein-westfälischen Justizministers Krumsiek (SPD), zusammengefaßt in einer Äußerung dieses Amtsträgers, daß die Erledigung von Fällen durch Druck zur Erledigung gefördert werde.

Nun erinnert man sich an mancherlei anderen Druck aus Düsseldorf, wo der Staatsanwaltschaft nicht zuwenig, sondern zuviel Eifer zugemutet wurde. Der Fall Hirt kam ans Tageslicht nach einem Regierungswechsel, als ein neuer Minister die alten Akten durchging. Man ist gespannt, was man erfahren wird, wenn ein ähnlicher Vorgang eines Tages in Düsseldorf stattfindet.

Die Konjunktur bleibt in Fahrt

Bundesbank: Längster Aufschwung der Nachkriegszeit erfüllt fast alle Erwartungen

HANNO WIEDENHAUS, **Bonn**

Der längste Wirtschaftsaufschwung in der deutschen Nachkriegsgeschichte folgt einem klaren mittelfristigen Wachstumstrend von drei Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich seit dem Tiefpunkt im Herbst 1983 um 600 000 erhöht. Die Preise sind stabil und auch die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte bauen sich aufgrund der wechselkursbedingten Anpassungsprozesse allmählich ab. Dies ist das Ergebnis einer Analyse der Deutschen Bundesbank zur Wirtschaftslage der Bundesrepublik im Herbst 1986.

Mit der günstigen Entwicklung bis hinein in die vergangenen Monate komme die deutsche Wirtschaft nicht nur nationalen Zielen, sondern auch den weltwirtschaftlichen Erwartungen nach. Auffällig sei, so die Chefvolkswirte der Notenbank, daß der Aufschwung bisher relativ spannungsfrei verlaufe. Lediglich die Investitionsneigung der Unternehmen habe einiges von ihrem Schwung verloren, die Grundvoraussetzungen für eine anhaltend kräftige Investitionstätigkeit aber seien gut.

Daß sich die Zahl der Arbeitslosen in den letzten zwölf Monaten bis einschließlich Oktober dieses Jahres nur etwa halb so stark vermindert habe wie die Zahl der Erwerbstätigen zunahm, führen die Banker unter anderem auf veränderte Verhaltensweisen der Arbeitssuchenden zurück: Ehemals Arbeitslose lassen sich aufgrund der verbesserten Beschäftigungschancen immer häufiger als Arbeitssuchende registrieren. Immerhin seien allein in dieser Zeit zusätzlich 280 000 Personen eingestellt worden, was die Arbeitslosenquote auf – saisonbereinigt – 7,6 Prozent gedrückt habe.

In diesem Rückgang und dem gegenüber dem vergangenen Herbst um 4,5 Prozent gestiegenen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sieht die Bundesbank schließlich auch den Grund dafür, daß die konjunkturellen Zugpferde reibungslos gewechselt werden konnten: vom Export zur Binnennachfrage. Im dritten Quartal 1986 seien nominal gut drei Prozent mehr für den privaten Konsum ausgegeben worden als im Vorjahr. Bereinigt um Preiseffekte und die Entlastung im Energiebereich (von Juli bis Oktober ist die Energierechnung der privaten Haushalte gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um acht Milliarden Mark gesunken.) errechne sich sogar ein reales Wachstum von 4,5 Prozent.

Vor allem die Autoindustrie habe davon profitiert: Steuerbefreiung für Kraftfahrzeuge mit Katalysatoren und neue Modelle sorgten für lebhaftes Interesse. Auch seien die Ausgaben für Textilien und Bekleidung, für Einrichtungsgegenstände und Auslandsreisen erneut gestiegen.

Der Bauwirtschaft bescheinigen die Währungshüter einen „kräftigen konjunkturellen Aufwind". Neben der großen Nachfrage im gewerblichen und öffentlichen Bau zeige selbst der private Wohnungsbau erste positive Zeichen.

Union nimmt Brandt wegen seines Hauskaufs ins Visier

SPD bestreitet Finanzierung zu marktunüblichen Bedingungen

DIETHART GOOS, **Bonn**

Die ungeklärten Umstände der Anmietung einer Villa für den ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt auf dem Bonner Venusberg sollen im Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses Neue Heimat aufgegriffen werden. Das hat gestern der Obmann der CDU/CSU im Untersuchungsausschuß, Johannes Gerster, gefordert. In einer nichtöffentlichen Beratungssitzung am Vormittag regte Gerster an, im schriftlichen Verfahren einen entsprechenden Beweisantrag zu beschließen. Die SPD lehnte dies ab.

In einem Schreiben an den Ausschußvorsitzenden Hans Günther Hüsch erläuterte Gerster den Sachverhalt aus seiner Sicht. Bundeskanzler Brandt war im Zusammenhang mit dem Spionagefall Guillaume im Mai 1974 zurückgetreten. Bis zu diesem Zeitpunkt bewohnte er das Gästehaus des Auswärtigen Amtes, das er dann räumen mußte. Am 28. Mai 1974 wurde in Frankfurt die „Grundstücksverwaltungsgesellschaft Bonn, Am Paulshof 15-17" gegründet. Zu den Gesellschaftern gehörte Rechtsanwalt Völbel, der als Vertreter von SPD-Schatzmeister Alfred Nau fungierte. Aufgabe der Gesellschaft waren Erwerb, Verwaltung und Verwertung von Liegenschaften. Das Stammkapital wurde mit 20 000 Mark angegeben und die Firma im Handelsregister Frankfurt/Main unter der Nummer HRB 14147 eingetragen. Wie Gerster ermittelt haben will, sei die Gesellschaft angeblich nur gegründet worden, um Brandt ein geeignetes Haus zu günstigen Mietkonditionen zu verschaffen.

Das Objekt Am Paulshof 15-17 wurde nach Angaben von Gerster für 1,67 Millionen Mark erworben und fast vollständig durch ein Darlehen der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) finanziert. Statt der damals üblichen Marktzinsen von 10,4 Prozent habe die Gesellschaft der BfG nur einen Zinssatz von 2,94 Prozent zu entrichten gehabt. Die Differenzbetrag von etwa 120 000 Mark im Jahre 1975 soll die Neue Heimat der BfG erstattet haben. Ein SPD-Sprecher erklärte dazu, seine Partei habe das Objekt Paulshof zu marktüblichen Zins gemietet und zum Teil an Brandt weitervermietet. Brandt wohnte dort bis 1979.

Stabschef entlastet den Präsidenten

„Reagan wußte nichts von Geldern an die Contras" / Widerspruch zu Aussagen von Meese

G. BRÜGGEMANN, **Washington**

Der Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, hat vor dem Geheimdienstausschuß des Senats alle Vorwürfe gegen Präsident Ronald Reagan wegen der Waffengeschäfte mit Iran und eine Umleitung von Geldern an die Contras in Nicaragua zurückgewiesen. In der fünfstündigen Sitzung hinter verschlossenen Türen soll Regan den Präsidenten als Opfer von Beratern geschildert haben.

Regan, der vor dem Senatsausschuß ohne Anwalt und Akten, nur mit einem Kalender und einem Organisationsplan des Weißen Hauses erschienen war, sagte nach seiner Befragung, er sei keiner Frage ausgewichen. Kernpunkt seiner Aussage war offensichtlich die Feststellung, daß der Präsident im August 1985 zunächst gegen Waffenverkäufe durch Israel an Iran gewesen sei. Die Israelis hätten die Waffen aber dennoch geliefert und erst danach seien sie von den USA gedeckt worden.

Diese Behauptung steht im Widerspruch zu den Aussagen des ehemaligen Sicherheitsberaters Robert McFarlane. Er soll unter Eid vor demselben Senatsausschuß vor zwei Wochen erklärt haben, er habe die erste Waffenlieferung der Israelis autorisiert, nachdem der Präsident ihm gegenüber mündlich seine Einwilligung gegeben habe. Dies entspricht auch der Darstellung der israelischen Regierung. Regans Aussage wird allerdings durch die Feststellung von Justizminister Meese gestützt, der Präsident habe erst nach der ersten Waffenlieferung davon erfahren.

Mit Nachdruck soll Regan bestritten haben, daß der Präsident von Plänen gewußt habe. Gelder an die Contras zu leiten. Reagan habe Oberstleutnant North, der die Waffengeschäfte im Nationalen Sicherheitsrat kontrollierte, niemals unter vier Augen gesprochen. Regan belegte durch Aufzeichnungen, daß North an 19 Besprechungen beim Präsidenten teilgenommen hatte, aber immer in Gegenwart anderer Berater. Dies gelte auch für den zurückgetretenen Sicherheitsberater Poindexter.

Obwohl der Auftritt Regans als offen und freimütig bezeichnet wurde, machten einige Senatoren deutlich, daß sie weiterhin von der Darstellung des Weißen Hauses nicht überzeugt sind. Der demokratische Senator Dennis De Concini brachte seine Ansicht auf diese Formel: „Regan erzählt eine unglaubhafte Geschichte in einer sehr glaubwürdigen Weise."

Inzwischen hat der Senat den Sonderausschuß gewählt, der die Iran-Affäre untersuchen soll. Vorsitzender ist der demokratische Senator Daniel Inouye, der bereits dem Watergate-Untersuchungsausschuß Anfang der 70er Jahre angehört hatte.

Die Iran-Affäre hat auch auf Japan übergegriffen. Die sozialistische Opposition richtete scharfe Angriffe gegen Ministerpräsident Nakasone, weil er 1985 auf Wunsch Reagans die Machthaber in Teheran um die Freilassung amerikanischer Geiseln in Libanon gebeten hatte. Japans Glaubwürdigkeit sei damit verspielt und die eigenständige Nahostpolitik Tokios aufs Spiel gesetzt worden.

Freispruch für Franke

W. K. **Bonn**

Im Prozeß um den Verbleib von 6,02 Millionen Mark aus Mitteln des Innerdeutschen Ministeriums für humanitäre Zwecke hat das Bonner Landgericht den früheren Abteilungsleiter Edgar Hirt wegen Untreue und Betrugs zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Der mitangeklagte ehemalige Bundesminister Franke (SPD) wurde freigesprochen. Nach Rechtskraft des Urteils will das Innerdeutsche Ministerium Hirt auf Rückzahlung verklagen.

Seite 10: Geld in die eigene Tasche

Rekord-Absatz der Auto-Industrie

adh. **Frankfurt**

Fast 2,6 Millionen Autos wurden bis Ende November dieses Jahres in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen. Das sind knapp 16 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Mehr als die Hälfte davon waren schadstoffreduziert. Neue Modelle und die wachsende Vorliebe der Käufer für „saubere" Autos halten die Automobilkonjunktur in Schwung. Mit einer Produktion von annähernd 4,3 Millionen PKW steuern die deutschen Autobauer neue Rekorde an.

Seite 11: Rekord-Ergebnis

Italiener verhören Attentäter Hasi

W.K. **Berlin**

Weite Kreise zieht die Affäre um die in West-Berlin wegen Sprengstoff-Verbrechen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilten Jordanier Hasi und Salameh, die für einen syrischen Geheimdienst tätig gewesen sein sollen. Auf Antrag der italienischen Justiz verhörten in dieser Woche in der Berliner Haftanstalt Moabit zwei Staatsanwälte aus Genua die beiden Strafgefangenen, die auch in Italien einer bewaffneten Bande angehören sollen. Die beiden in Berlin Inhaftierten bestreiten jedoch eine Zugehörigkeit zu dieser Gruppe. Deren Mitglieder sollen im „Lager 15. September" im Bekaa-Tal an der libanesisch-syrischen Grenze von syrischen Geheimdienstoffizieren ausgebildet worden sein. In dieser Vereinigung spielte nach Angaben der Justiz auch der in London zu 45 Jahren Haft verurteilte Jordanier Hindawi eine Rolle. Die italienische Polizei hat einen Vetter Hindawis und Hasis verhaftet.

Zur Berlin-Feier gibt Bonn Silber

dpa. **Bonn**

Die Numismatiker haben jetzt Gewißheit: 1987 wird es nach 15jähriger Pause wieder Zehn-Mark-Gedenkmünzen geben. Die Bundesregierung beschloß gestern abend im weihnachtlichen Glanz ihrer letzten Sitzung in diesem Jahr die Ausgabe dieser Münze anläßlich der 750-Jahr-Feier Berlins im nächsten Jahr.

Die Bildseite zeigt den Berliner Bären als Emblem der Stadt. In seinen Tatzen hält er das mittelalterliche Stadtsiegel Berlins. Wie bisher bei den Fünf-Mark-Gedenkmünzen ist eine Auflage von 8,35 Millionen Stück vorgesehen, davon 350 000 in Spiegelglanz. Die Legierung besteht aus 625 Tausendteilen Silber und 375 Teilen Kupfer. Die Umschrift lautet: „Berlin 750 Jahre 1237–1987". Die Wertseite trägt einen Adler. Die vertiefte Inschrift auf dem glatten Münzrand erinnert an „Einigkeit und Recht und Freiheit".

Alliierte weisen Nordkoreaner aus

D.D. **Berlin**

Drei bei der „DDR"-Regierung akkreditierte Diplomaten aus Nordkorea sind von der Alliierten Kommandantur aus West-Berlin ausgewiesen worden.

Sie dürfen den Westteil der Stadt nicht mehr betreten. Die Polizei erhielt Anweisung, die Betreffenden, Angehörige der Botschaft Nordkoreas in Ost-Berlin, in die „DDR" abzuschieben, falls sie noch einmal in West-Berlin auftauchen. Ihnen wird vorgeworfen, über ein in West-Berlin gelegenes Büro unerlaubten Technologietransfer ausgeübt und damit den Status der Stadt verletzt zu haben.

Bereits im Februar dieses Jahres hatten die westlichen Schutzmächte vier nordkoreanische Diplomaten ausgewiesen. Ebenfalls ausgewiesen wurden zwei syrische Staatsbürger, die gestern versucht hatten, von Ost-Berlin aus in den Westteil der Stadt einzureisen.

Belgrad protestiert gegen rumänischen Stromdiebstahl

Produktion jugoslawischer Industriebetriebe gefährdet

C. GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Die Nutzung der Donauwasserkraft für die Elektrizitätsproduktion scheint zu einem ernsten Konflikt zwischen Jugoslawien und Rumänien zu führen.

Die jugoslawische Elektrizitätswirtschaft beschuldigt Rumänien, unter Bruch geschlossener Konventionen widerrechtlich große Wassermengen aus dem Stausee von Djerdap am Eisernen Tor zu entnehmen. Dies habe zu einer Gefährdung der Stromversorgung in der nördlich von Belgrad gelegenen Provinz Vojvodina geführt und drohe die Produktion wichtiger Industriebetriebe Serbiens lahmzulegen.

Sprecher der jugoslawischen Elektrizitätswerke erklärten, sie seien „sehr besorgt" über das rumänische Verhalten in den letzten Tagen. So hätten die Rumänen, die bereits während des gesamten Herbstes widerrechtlich große Mengen Wasser aus dem See entnommen hätten, auf jugoslawische Proteste hin zwar eine Wiederauffüllung des Stausees ermöglicht. Sobald der See aber wieder angefüllt war, hätte die rumänische Seite am 8. Dezember erneut mit Wasserentnahmen begonnen, die zu einer „unkontrollierten Entleerung" führten. Die Rumänen haben nach jugoslawischen Angaben an einem einzigen Tag statt der ihnen zustehenden fünf Millionen Kilowatt Strom mehr als 13 Millionen entnommen.

Die Jugoslawen erklären jetzt, daß sie mit den Rumänen seit dem Bau des Kraftwerks von Djerdap ständige Probleme wegen Stromdiebstahls hätten. Das wiederum führt dazu, daß die jugoslawischen Kraftwerke tage- und wochenlang stillgelegt werden mußten, weil der Wasserstand der Donau beziehungsweise des Stausees zu niedrig geworden war.

Angesichts der äußerst prekären Stromversorgung auch in Jugoslawien – Experten sprechen bereits von der Notwendigkeit massiver Abschaltungen – drohe das rumänische Verhalten an der Donau zu einer schweren Belastung der jugoslawischen Wirtschaft und möglicherweise auch der Beziehungen zwischen Belgrad und Bukarest zu werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Berufsverbot für Verleger

Von Gernot Facius

Der Kandidat braucht Ruhe an der Heimatfront. So erklärt sich die augenzwinkernde Zustimmung des Ministerpräsidenten Johannes Rau zu der Eile, mit der seine sozialdemokratische Landtagsfraktion das umstrittene Landesrundfunkgesetz noch vor Weihnachten durchs Parlament peitschen will. Politischer Frieden stellt sich damit aber nicht ein. Denn auch der Regierungschef kennt inzwischen die Haken und Ösen.

Die SPD gibt vor, das Gesetz über den „Privatfunk" „nachgebessert" zu haben. „Produktion und die zur Verbreitung des lokalen Programms erforderlichen technischen Einrichtungen" sollen nach dem jüngsten „Kompromiß" der Betriebsgesellschaft zugeordnet werden, an denen sich die Verlage bis zu 75 Prozent beteiligen können. Mit dieser „Verdeutlichung", sagt die SPD, seien die Verleger nicht mehr auf eine Rolle als reine Geldgeber beschränkt.

Das ist freilich ein Scheinkompromiß. Denn von der publizistischen Verantwortung bleiben die Zeitungen weiter ausgeschlossen. Sie liegt bei der „Veranstaltergemeinschaft".

Der FDP-Fraktionschef Achim Rohde spricht deshalb von einem „abenteuerlichen publizistischen Berufsverbot für Verleger". Denn: „Wer allein das finanzielle Risiko trägt, muß eingreifen und verhindern dürfen, daß andere sein Geld zum Fenster hinauswerfen und ihm gegebenenfalls schaden." Der FDP-Mann verweist darauf, daß es ein verhandlungsfähiges Modell gegeben hat: Der Veranstalter beim lokalen Rundfunk als „Herausgeber", die Betriebsgesellschaft als das Dach für das technische, kaufmännische und redaktionelle Potential. Aber das war mit der SPD nicht zu machen. Aus „verfassungsrechtlichen Bedenken", wie die Mehrheitsfraktion meint, wegen angeblicher Gefahr von „Doppelmonopolen".

Und so wälzen schon vor der dritten Lesung der parlamentarischen Mißgeburt die von der Opposition bemühten Juristen ihre Lehrbücher, um zu prüfen, wer schließlich wo welches Gericht anrufen kann. Der WDR, das ist die Pointe, wird zwar vom Lokalfunk ausgeschlossen, er darf aber ein landesweites Programm veranstalten. So erhält der Mediengigant aus Köln durch die Hintertür die Legitimation für einen Fünften Kanal.

Ein Russe in Kasachstan

Von Carl Gustaf Ströhm

Dinmuhamed Ahmetowitsch Kunajew, der nun als Parteichef der Sowjetrepublik Kasachstan abgelöst wurde und in Kürze wohl auch seinen Sitz im Politbüro der KPdSU verlieren wird, war – wie der aus Mohammed und Ahmed zusammengesetzte Name und Vatersname bereits verrät – ein Zentralasiat der moslemischen Tradition. Daß die Karriere des 1911 geborenen Funktionärs, die bis in Stalins und Chruschtschows Zeiten zurückreicht und unter Breschnew den Zenit erreichte, jetzt zu Ende geht, mag vordergründig mit Altersgründen zu erklären sein. Oder damit, daß Gorbatschow die Breschnewisten auszuräumen sucht; dann fehlt noch der Ukrainer Schtscherbitskij auf seiner Liste.

Ein Blick auf den Nachfolger allerdings zeigt eine sehr interessante Entwicklung. Dieser ist nämlich nicht Kasache, sondern Großrusse. Er trägt keinen moslemischen Vornamen, sondern den aus der christlich-orthodoxen Tradition übernommenen Vornamen Gennadi (Januarius), und mit Familiennamen heißt er Kolbin, was gleichfalls keinen Zweifel an seiner Herkunft aus dem europäischen Bevölkerungsanteil zuläßt. Er ist ein Sowjetmanager, der bisher mit Kasachstan und den Kasachen nichts zu tun hatte.

Seit Stalins Zeiten ist der Erste Parteisekretär einer nichtrussischen Sowjetrepublik aus optischen Gründen üblicherweise ein „Einheimischer". Die Kontrolle wird dadurch gesichert, daß der Zweite Sekretär (auch für die Kader zuständig) ein Großrusse ist. Hält Gorbatschow die nichtrussischen Kader in Zentralasien für besonders korruptionsanfällig? Oder für nicht tüchtig genug? Man darf gespannt sein, ob das Beispiel von Alma Ata Schule macht und demnächst in anderen Sowjetrepubliken auch Russen die Parteiführung übernehmen. Man erinnert sich an einen interessanten Ausspruch aus Gorbatschows ersten Monaten. In Kiew sagte er, die Sowjetunion und Rußland seien eigentlich dasselbe.

Stehen wir also vor einer neuen Nationalitätenpolitik des Kremlchefs? Oder ist es am Ende so, daß er sonst nichts gegen die „Einheimischen" hat, daß er aber Gründe hat, ihnen gerade in Zentralasien nicht mehr zu trauen – wegen Afghanistan?

Neues von der Horrorfront

Von Cay Graf Brockdorff

Shaun Gregory, ein britischer Friedensforscher, hat einen Bericht vorgelegt, in dem er Zweifel an der Funktionstüchtigkeit der britischen nuklearen Abschreckung angemeldet hat. Er begründet das damit, daß „womöglich zwanzig, auf jeden Fall nicht mehr als fünfzig" Sowjetraketen ausreichen würden, die britische Kommando- und Fernmeldestruktur soweit zu zerstören, daß die Verbindung der politischen Führung zu ihren Atom-U-Booten verloren ginge. In einem solchen Fall würden dann die Atom-U-Boot-Kommandanten selbständig über die Auslösung des Gegenschlages entscheiden müssen.

Der Autor zieht daraus die Schlußfolgerung, die flexible britische Abschreckungsstrategie werde zwangsläufig durch eine Politik des nuklearen Erstschlags abgelöst werden müssen. Wie nicht anders zu erwarten, bezeichnete die Labour-Opposition, die im Fall der Regierungsübernahme alle Atomwaffen in Großbritannien einseitig abschaffen will, die Studie als seriös.

Tatsächlich ist die Überlebensfähigkeit der Führungsmittel in einem nuklearen Kriegszenario von großer Bedeutung für die Abschreckung. Die Vereinigten Staaten investieren zur Zeit astronomische Summen in die Härtung ihrer Fernmeldeverbindungen, um sie zuverlässiger und gegen elektromagnetische Impulse, die von Nuklearexplosionen ausgelöst werden können, sicherer zu machen. In der Sowjetunion sind derartige Arbeiten weit fortgeschritten.

Gregorys Alarmbericht aber beruht auf offen zugänglichem Material. Eingeweihten ist bekannt, daß die Briten sich Ausweichmöglichkeiten zur Aufrechterhaltung ihrer Kommunikation geschaffen haben, deren Einzelheiten naturgemäß zu den am strengsten gehüteten nationalen Geheimnissen gehören. Daher beruhen Gregorys strategische Schlußfolgerungen auf einer unvollständigen Lagebeurteilung. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, weshalb die als aufmerksam geltende britische Tagespresse den Bericht so wenig ernst nahm, daß drei der großen, seriösen Blätter ihm nicht einmal eine Meldung widmeten.



KLAUS BÖHLE

Leise rieselt der Wahlkampf

Von Manfred Schell

Im Winter-Wahlkampf überwiegen die leisen Töne, wenn man einmal die hemdsärmeligen, zuweilen bösartigen Auseinandersetzungen zwischen der CSU und der FDP und umgekehrt als einen Sonderfall beiseite läßt. Die Politiker allesamt tun gut daran, zumindest bis ins Neue Jahr hinein bei dieser Linie zu bleiben, beziehungsweise sich darauf zu besinnen. Ansonsten könnten sie als störend empfunden werden. Der Wahlkampf hat im Moment etwas Familiäres, etwas Geselliges. Die Bürger, um deren Votum es am 25. Januar geht, sind mitten im Weihnachtsgeschehen. Sie haben jetzt andere Dinge im Kopf. Vor allem aber haben sie das Empfinden, daß sie etwas geleistet haben, und sie freuen sich auf den Genuß dieser Erfolge.

Diese Grundstimmung hat sehr viel mit Politik zu tun, zumindest mit der des Kanzlers und der Koalition insgesamt. Sie ist auch der Hauptgrund dafür, daß dieser Wahlkampf ohne Spannung ist, daß er anders als in den Jahrzehnten zuvor keine emotionsgeladene Schlacht um Führungspersonen und Programme wurde. Die Masse der Bürger ärgert sich zwar über das eine oder andere, was in Bonn geschieht, aber dominierend ist die Meinung, daß es den Bürgern gut geht. Warum also sollten sie Helmut Kohl und seiner Regierung im kommenden Jahr die Mehrheit versagen? Die Meinungsforschungsinstitute, gleichviel, von wem sie für ihre Arbeit finanziert werden, melden einen stabilen Vorsprung der Koalition und eine absolute Tieflage der Sozialdemokraten und ihres Kandidaten, den Kohl in seinen Veranstaltungen beharrlich nicht beim Namen nennt. Die Grünen liegen in der Demoskopie fest bei zehn Prozent. Ihnen ist es gelungen, der SPD die Meinungsführerschaft im Oppositionslager abzunehmen. Nicht die SPD, sondern die Grünen sind die Nutznießer des Unglücks, des Unbehagens, das sich nach Tschernobyl und der Dauervergiftung des Rheins breitgemacht hat.

Daß Kanzler und Koalition so stabil im Wind liegen, ist auf die Summe ihrer Regierungspolitik, hauptsächlich auf die wirtschaftlichen Erfolge, zurückzuführen. Ihnen kommt aber auch die Schwäche des zerstrittenen Oppositionslagers und der in der SPD bislang einmalige Fall zugute, daß diese Partei ihren Spitzenmann Johannes Rau systematisch demontiert.

„Entscheidung für Deutschland" – so lautet der Schlußslogan der CDU für die letzten Wochen des Wahlkampfs. Damit soll die Richtungsentscheidung „Zukunft statt Rot-Grün" plausibel gemacht werden. Nachdem sich die Koalition zunächst überzogen selbst gelobt hat, hat sie sich korrigiert, in ihrer Wahl-Strategie den richtigen Tonfall gefunden, indem sie die Bürger in ihre politische Leistung einbezogen hat. Das Gefühl, daß die Deutschen wieder wer in der Welt sind, hat sich durchgesetzt. Es ist auch schwer zu widerlegen. Die Bundesrepublik hat die USA als Exportland Nummer eins verdrängt, die Automobilindustrie meldet Rekordzahlen, die Wirtschaftsinstitute und die Bundesbank bestätigen den Aufschwung. Um die niedrige Inflationsrate, die Rentnern und Arbeitnehmern zusätzliches Realeinkommen bringt, beneiden uns andere Nationen.

Das Gefühl, daß all dies mit Hilfe der Politik gelungen ist, macht stolz. Es ist durch Peripher-Affären – Newsweek-Interview, U-Boot-Blaupausen für Südafrika – die zeitweilig Bonn beschäftigen, nicht zu erschüttern. Diese weitreichende Identität zwischen Bürger-Empfinden und regierender Politik verschafft der Koalition einen behaglichen Vorsprung. Ein Risiko liegt freilich darin, ob es den drei Koalitionsparteien gelingt, in dieser Siegeszuversicht ihr Wählerpotential voll zu mobilisieren. Der Kanzler ist da nicht ohne Sorgen. Die Koalition muß also noch durch den letzten Sturm; sie muß auch damit rechnen, daß ihr noch – siehe Tschernobyl vor der Wahl in Niedersachsen – irgendetwas Unvorhergesehenes hereinweht.



Die Bürger werden stärker einbezogen: Geißler FOTO: AP

Ob sich der „Sonderwahlkampf" zwischen CSU und FDP für eine der beiden Seiten vor- oder nachteilig auswirkt, ist nicht abzuschätzen, obwohl beide hoffen, dadurch am Wahltag stärker zu werden. Es geht dabei um die Ausgangspositionen für die anschließende Regierungsbildung. Jedenfalls führen CSU und FDP diese Auseinandersetzung von einer gewissen Sicherheit über das Wahlergebnis aus und nehmen in dieser Kalkulation eine Abkühlung des Koalitionsklimas in Kauf.

Das Dilemma der Sozialdemokraten, das der Koalition zusätzlich zu Buche schlägt, könnte größer nicht sein. Johannes Rau ist im Grunde genommen ein armer Teufel. Er hat sich, widerwillig zwar, aber doch der Solidarität seiner Partei verpflichtet, die Last der Kandidatur aufgeladen. Seitdem vergeht fast kein Tag, an dem ihn der Parteivorsitzende Willy Brandt und andere nicht ein Stück kürzer machten. Die Strategie, von Rau und Getreuen in Nordrhein-Westfalen konzipiert, aus der Opposition heraus eine reine Personalentscheidung zu suchen, wurde von der SPD in Bonn durchkreuzt.

Hier setzte sich das Argument durch: Der Kandidat allein schafft es nicht, die inhaltliche Auseinandersetzung muß stärker betont werden. Dafür aber ist Rau nicht der richtige Mann, er ist ja auch aus gutem Grund jedem direkten Vergleich mit Kohl im Bundestag ausgewichen. Rau verfocht als Wahlziel die absolute Mehrheit. Brandt und Glotz haben dieses Ziel dann selbst zur Illusion erklärt, indem sie die Vorgaben reduzierten. Die vorerst letzte Bosheit steckt wohl darin, daß Willy Brandt den Wechsel in der SPD-Führung für 1988 angekündigt und die Bemerkung hinzugefügt hat, das „zu erwartende Wahlergebnis" werde für Rau „bestimmt auch zusätzlich ein gutes Argument".

Die SPD hat also vieles zu bedenken, an der Oberfläche und noch mehr darunter, wenn sie am 25. Januar darangeht, die Ursachen ihrer womöglich schwersten Niederlage zu erforschen.

IM GESPRÄCH François Périgot

Patron der Patrone

Von Joachim Schaufuß

Frankreichs Unternehmer haben an die Spitze ihres Spitzenverbands CNPF als „patron des patrons" erstmals einen auch auf internationalem Terrain erfahrenen Manager (für fünf Jahre) gewählt. Der sechzigjährige François Périgot, Vater zweier Kinder, war dreißig Jahre in führenden Positionen des Unilever-Konzerns tätig, zuletzt als Präsident der Pariser Tochter mit zwanzig Betrieben. Der sportlich-elegante Freizeitreiter ließ den behäbigen Gegenkandidaten Yvon Chotard weit hinter sich – mit 354 gegen 130 Stimmen.

Dies war das erste Mal in der vierzigjährigen Patronatsgeschichte, daß die Generalversammlung mit zwei Kandidaten konfrontiert wurde. Périgots Vorgänger Yvon Gattaz, gegen den Chotard schon vor fünf Jahren erfolglos angetreten war (vor dem Exekutivausschuß des Patronats; damals wagte Chotard noch nicht die als unfein empfundene Kandidatur vor der Generalversammlung), konnte sich nach seinem freiwilligen Abgang die Hände reiben.

Aber auch die Regierung kann mit dieser Wahl zufrieden sein. Ihre liberalen Wirtschaftsreformen, die bei den Unternehmern nach anfänglicher Skepsis mit zunehmenden Vertrauen aufgenommen werden, will Périgot jetzt im Unternehmerverhalten fest verankern; er will die Unternehmer gleichzeitig zu besserer internationaler Wettbewerbsfähigkeit führen. Daß dies nicht von heute auf morgen zu erreichen ist, gibt er offen zu. Bisher jedenfalls war es in Frankreich meist so, daß der CNPF von der Regierung ständig neue Freiheiten verlangte, ohne dafür Gegenleistungen durch Verzicht auf staatlichen Schutz zu bieten.

So dürfte wohl auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), dem der CNPF organisatorisch weitgehend entspricht, den Führungswechsel begrüßen. Ihm ist Périgot schon aus seiner bisherigen Tätigkeit als liberaler Europäer gut bekannt. Die Zusammenarbeit zwischen Köln und Paris dürfte auch deshalb reibungsloser verlaufen, weil Périgot eine eher angelsächsische als „typisch französische" Arbeitsmethode hat. Deshalb müßte er bald das ihm jetzt verpaßte, nach noch altväterlichem Schnittmuster geschneiderte Patriarchenkleid wieder abstreifen und die Sportswear aus dem Schrank holen.



Frischer Wind im Lande Colberts: Périgot FOTO: STUDIO X

Wie weit ihm dabei die Patronatsorganisation folgt, bleibt allerings abzuwarten. Immerhin gehören dem CNPF nicht nur Industrieunternehmen an, sondern auch der Handel mit oft gegensätzlichen Interessen.

Ein weiterer Unterschied zum BDI besteht darin, daß der CNPF auch nationaler Arbeitgeberverband ist. Diese Kompetenzen will Périgot aber progressiv den Branchenverbänden bzw. den Unternehmen selbst abtreten, jedenfalls soweit es um die Tarifverhandlungen geht. Wohl vor allem an diesem Trendwechsel war Chotard, der große Kontrahent der Gewerkschaften, gescheitert. Allerdings bringt auch Périgot für die ihm verbleibenden sozialen Aufgaben große Erfahrungen mit.

Auf jeden Fall befindet sich das Patronat an einem entscheidenden Wendepunkt. Nachdem es Gattaz gelungen war, die von den Sozialisten als profitgierig verteufelten Unternehmer (schon in der letzten Phase des sozialistischen Regimes) in der öffentlichen Meinung zu rehabilitieren, steht Périgot vor der sicherlich nicht leichteren Aufgabe, sie in Denken und Handeln dem Liberalismus zuzuführen. Das verlangt im Lande Colberts viel Mut und Entschlossenheit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung geht auf Reagans Iran/Irak-Affäre ein:

Die Iraner sollten nicht in den Einflußbereich der Sowjetunion abgleiten, die Iraker aber nicht den Krieg gegen das verhaßte Khomeinisten-Regime verlieren, das ihnen in Bevölkerung und Rüstung weit überlegen ist. Dahinter steht freilich noch ein allgemeineres Prinzip – anwendbar auf beide Regime, die selbst in dieser unruhigen Region die beiden schlimmsten Unruhestifter sind. Henry Kissinger hat es 1984 so ausgedrückt: „Es ist im Interesse des Westens, daß beide Seiten verlieren."

LES ECHOS

Die Pariser Zeitung schreibt über die Unruhen in Karatschi:

Seit Jahren leben Zehntausende von afghanischen Flüchtlingen in den Blechstädten von Karatschi nahezu ausschließlich vom Drogenhandel. Für die pakistanische Führung, die es heute mit mehr als vier Millionen Flüchtlingen zu tun hat, nimmt die afghanische Frage jetzt eine neue Größenordnung an. Das pakistanische Regime läuft Gefahr, von Moskau gefährdet zu werden, wenn es eine zu antisowjetische Haltung einnimmt.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung bemerkt zu den EG-Agrarministern:

Es ist außerordentlich schwierig, die in vielen Jahren angehäuften Fehler zu entwirren, und jedes einzelne Mitglied der Gemeinschaft hat gewichtige politische Gründe, sich Veränderungen zu widersetzen. Die Reform steht jedoch zu Recht ganz oben auf der Tagesordnung, da die gemeinsame Agrarpolitik zur Voraussetzung für praktisch jeden anderen Fortschritt auf dem Weg zu einer stärker integrierten Gemeinschaft geworden ist.

Hamburger Abendblatt

Es meint zur Bundestagswahl:

Dem Wähler steht ... ein hochbrisantes Kontrastprogramm gegenüber. Er kann zwischen Kernenergie und Kohle, zwischen Steuersenkung und Steuererhöhung, zwischen west- oder ostorientierter Sicherheitspolitik entscheiden. Praktisch stehen am 25. Januar nächsten Jahres zwei verschiedene Systeme zur Auswahl.

La Suisse

Die Genfer Zeitung sieht Arafats Position gefestigt:

Die dreiwöchige erbitterte Verteidigung der palästinensischen Flüchtlingslager in Libanon hat Yassir Arafat, dem Chef der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), zu seinem ersten echten politischen Sieg seit 1982 verholfen. Kämpfer rivalisierender Gruppen, von denen einige gegen Arafat gekämpft hatten, vereinigten sich, um die Angriffe der schiitischen Amal-Miliz zurückzuschlagen. Dieser Sieg Arafats hat zur Folge, daß er wieder im Sattel sitzt.

Auch Börner erfährt, warum Grün keine Wunderfarbe ist

Gerade grüne Minister haben – und schaffen sich – besondere Probleme / Von Joachim Neander

Daß Ministerpräsident Holger Börner seinen grünen Umweltminister Joschka Fischer entlassen würde, wie es der Antrag der Opposition im Hessischen Landtag forderte, hat niemand erwartet. Dennoch war die Debatte, die das Hessische Fernsehen übrigens live übertrug, weit mehr als nur Wahlkampfgerassel. Sie demonstrierte den Abschied von einer in der Bundesrepublik immer noch bei vielen gepflegten Ansicht: daß wenigstens auf dem Feld der Umweltpolitik Grün so etwas wie eine Wunderfarbe sei.

Ob Fischer selbst sich dessen bewußt war, was da ans Tageslicht kam, ist fraglich. Die Kamera zeigte den flinken, gewandten Gummisohlenminister auf der Regierungsbank auffallend oft mit stillvergnügtem oder sogar breitem Grinsen. In der Tat ließ die Vertrauensbescheinigung, die sein Regierungschef und die SPD-Fraktion ihm ausstellten, keinen Spalt für Zweifel offen. Daß Fischers grüner Partei-Intimfeind Jan Kunert mit CDU und FDP für Fischers Ablösung und gegen die, wie er sich ausdrückt, „rosa-grünliche" Koalition stimmte, unterstrich ungewollt nur, daß man nach einer Entlassung von Joschka Fischer in dessen Partei mit absoluter Sicherheit keinen Besseren für den Sessel des Umweltministers finden würde.

Aber darum ging es gar nicht. In einer bemerkenswert sachlichen Ansprache hat Manfred Kanther für die CDU eine Bilanz der hessischen Umweltpolitik seit Begründung des rot-grünen Bündnisses zu ziehen versucht. Es ist eine überwiegend düstere Bilanz. Eine Bilanz voller Probleme, eine Bilanz ganz und gar ohne grünes Wunder.

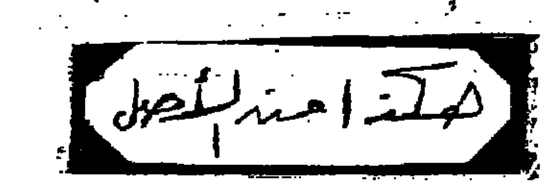
Fischer, so versuchte Börner seinen Minister zu entlasten, habe es mit lauter „vorgefundenen" Schwierigkeiten zu tun. Man dürfe sie nicht ihm anlasten. Aber das ist wohl doch eher eine Binsenweisheit. Keiner der Umweltminister in der ganzen Bundesrepublik, gleich welcher Parteizugehörigkeit, hat es mit etwas anderem zu tun. Giftmüll, Filterstäube, Altlasten, Standortärger – man frage in den Bundesländern herum: Es ist in diesem Ressort landauf, landab der ganz normale, mühselige Alltag. Niemand fleht deswegen um Mitleid.

In allen Bundesländern versucht man, der Probleme allmählich Herr zu werden. Zum Teil hat man sich zu diesem Zweck auf sehr vernünftige Weise auch auf eine Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg geeinigt – übrigens mit Hessens und Fischers Beteiligung. Aber gerade an diesem Punkt zeigen sich auch die Grenzen des angeblichen „grünen Wunders". Ein grüner Umweltminister, der – um den markigen Sprüchen auch Taten folgen zu lassen – erst einmal Normen verschärft, merkt sehr bald, daß er damit seine Probleme nicht wegzaubern kann. Was er im eigenen Land nicht mehr dulden will oder (aus Rücksicht auf seine speziellen Wähler) nicht mehr unterbringen kann, versucht er zunächst, die Kooperationsbereitschaft anderer nutzend, außer Landes zu schaffen. Das funktioniert eine Zeitlang. Dann ist Schluß. Sprüche und Realität stoßen aufeinander. An diesem Punkt ist Fischer angelangt.

Kanther hat in seinen Ausführungen gezeigt, wie man die neue, aber immer noch brachliegende Sondermülldeponie Mainhausen nachrüsten und damit für die Lagerung nutzbar machen könnte. Aber diesen Konflikt kann Fischer sich nicht auch noch aufladen. Schließlich gehörte der Kampf gegen die Deponie Mainhausen jahrelang zu den wichtigsten Aktionsfeldern der hessischen Grünen. Fluch der Doppelstrategie: Wer als Partei im ganzen Land den lokalen, oft auch vordergründig interessengebundenen Widerstand gegen die Übernahme von Lasten und Verantwortung schürt, wer auf jeder Veranstaltung die Verteufelung der Industrie duldet, dem nützen als Minister später weder Appelle an den Gemeinsinn der Bürger, noch vertrauliche Gespräche mit Unternehmen und Gewerkschaften. Fischer ist zu klug, um das überhaupt zu versuchen. Wer sollte ihm – oder besser dem Grünen in seiner Person – denn was noch glauben?

Fischer ist also nicht nur ein Umweltminister wie alle anderen. Ihm sind in bestimmten Situationen aus politischen Gründen zusätzlich die Hände gebunden. Wo aber bleibt dann Holger Börners Argument, „nur mit den Grünen" könne die SPD in Hessen eine fortschrittliche Politik treiben?

Grün ist keine Wunderfarbe, am allerwenigsten dort, wo viele dies erwarteten. Wer sich mit den Grünen verbündet, handelt sich Sprüche und ein großes Maß an Publizität ein, auf jeden Fall aber Unkalkulierbares auf anderen politischen Feldern wie der inneren und äußeren Sicherheit oder der Rechtspolitik. Wer dies offen oder heimlich immer noch zu seinem Programm erhebt wie ein Teil der Sozialdemokraten, der muß sich fragen lassen, wo er seine Augen hat.



Geballtes Leben – das Problem der „sterbenden Stadt“

Der Name gilt vielen als Inbegriff des Elends dieser Welt: Kalkutta. Als der indische Premier sie kürzlich eine „sterbende Stadt“ nannte, stieß er bei den Bengalen auf Empörung. In der Tat: Nicht das Sterben berührt diese Stadt, sondern das überquellende Leben.

Von PETER DIENEMANN

Es ist 18 Uhr, an einem Arbeitstag auf der Chowringhee-Straße, die sich über 20 Kilometer durch die Stadt zieht. Menschenmassen schieben sich über den Gehweg. Ausbrechen ist kaum möglich, man läßt sich in der Woge treiben, schieben, drängeln. Dazwischen Straßenhändler, Bettler, räudige Straßenköter, nebenan Autoschlangen, die sich im Schrittempo vorwärtsquälen – und alles eingehüllt von einer Dunstwolke aus Auspuffgasen und Rauch jener kleinen Feuerchen, an denen die ersten „Gehweg-Bewohner“ ihre Abendmahlzeit kochen.

Die Stadt am Hoogly-Fluß ist hoffnungslos übervölkert. Keiner weiß, wie viele Menschen wirklich hier wohnen – ob neun oder 15 Millionen, wie viele Millionen täglich aus anderen Orten West-Bengalens, dessen Hauptstadt Kalkutta ist, in überfüllten Zügen und Autobussen in die Metropole strömen, um hier ihr Geld zu verdienen. Tausende von Neu-Einwanderern, die sich hier für immer niederlassen, kommen täglich hinzu. Sie haben in ihren Dörfern gehört, hier sei das Leben besser, mehr Gewinn versprechend als der kärgliche Ertrag auf ein paar lumpigen Quadratmetern Ackerfläche.

Doch die Stadt hat ihnen keinen Platz anzubieten. „Wie kann“, zieht der Journalist Arun Bagchi den Vergleich, „eine Hausfrau, die zehn Personen zum Dinner einlädt, plötzlich 500 beköstigen?“ Bleibt die Straße. Kalkutta hat keine Slum-Viertel, Kalkutta ist ein Slum: Die Gehwege werden zu Wohnungen. An die Hauswände gedrängt leben, essen, schlafen und vermehren sich die Armen, die ihre Armut aber weitaus weniger empfinden als der Passant. Sie leben meist unter freiem Himmel, der Hitze ebenso ausgesetzt wie den wolkenbruchartigen Regenfällen, die die Straßen in Minutenschnelle überfluten.

Und sie haben keine Chance, ihr Dasein zu verbessern. Die zehn, zwölf Rupien Tagesverdienst (rund zwei Mark) reichen fürs Essen gerade aus. Wer bettelt, statt zu arbeiten, verdient oft mehr – doch bleibt auch ihm gerade so viel, wie er zum Leben braucht. Das „Zubrot“ muß er an die Bettler-Gewerkschaft abführen. Sie wird von einem jener berüchtigten Geschäftsleute geführt, die die Inder „Marwari“ nennen und die angeblich „auch aus Dreck noch Geld machen“. Sie sind die Reichsten in Bengalen. Sie kontrollieren das Elend. Die Rikscha-Kulis, die im Dauerlauf ihre Passagiere für ein paar Rupien durch die Straßen ziehen, können dies nur, weil sie Lizenzgebühr und Miete für die hölzernen Rikschas, die 15jährige ebenso geschickt durch das Verkehrsgewühl steuern wie 60jährige, an „Marwaris“ abführen.

Im Norden Kalkuttas die verrottete Pracht aus britischer Kolonialzeit: Häuser, die seit Jahrzehnten weder Verputz noch Farbe gesehen haben, Straßen, die nicht repariert werden, und auf denen Autos sich von Schlagloch zu Schlagloch bewegen, Kanalisation aus dem letzten Jahrhundert. „Am schlimmsten ist es hier in der Regenzeit“, meint Chandrajiyoty Bose, ein Ladenbesitzer auf der Chowringhee. Vor einigen Wochen konnte man hier nur per Boot auf die Straße.

Im vornehmeren Süd-Kalkutta eine ähnliche Situation. Die Bamberger Symphoniker, zu einem Gastspiel in Kalkutta, mußten ihr Konzert absagen: Die Musikhalle stand unter Wasser. Und jedes Jahr wiederholt sich die Überflutung der Stadt, der deren marxistische Verwaltung nicht beikommen kann, weil die Erneuerung der Kanalisation nicht nur riesige Summen verschlingen würde, sondern praktisch kaum durchführbar wäre. „Wir können doch nicht jahrelang die Straßen sperren.“ Die Gleise der Straßenbahn – die einzige in Indien – werden unterspült, die Waggons entgleisen oft. Die mit sowjetischer Hilfe gebaute Untergrundbahn – fünf Kilometer sind in Betrieb – droht im Monsun zum U-Boot zu werden, weil Wasser in die Tunnel läuft.

Doch keinen stört's wirklich. Die Bewohner Kalkuttas nehmen die Unannehmlichkeiten hin und erscheinen dabei glücklicher als die Bewohner anderer indischer Städte, die unter ähnlichen Umständen leben. Keiner beschwert sich, daß es trotz Warnungen aus dem Jahre 1966 bislang noch keine vernünftige Stadtplanung gibt, keiner das Elend auf den Straßen abstellt, das von den Einheimischen kaum noch registriert wird.

„Wir diskutieren, statt zu arbeiten“, meint ein Bengale über sein Volk. Und dies in den vielen Kaffee- oder „Bengal Sweet“-Häusern der Stadt, wo sich die Intellektuellen, Schriftsteller, Universitätsprofessoren, Journalisten und Studenten treffen. Sie reden über alles auf der Welt, nur nicht über die Probleme Kalkuttas. Einer von ihnen ist Achim Battacharya, ein Schauspieler in Bengali-Filmen und „in der ganzen Gegend hier bekannt“, wie er über sich meint. Sein täglich Brot verdient er als Kellner in einem Hotel. Er ist Marxist, „doch was ist das wirklich“, reflektiert er die Lage im marxistisch regierten Bundesstaat West-Bengalen, wo Korruption und Vetternwirtschaft Blüten treiben, wo „die Reichen die Armen ausbeuten“. „Vergiß es“, meint Chaudhury neben ihm.



Ihr Zuhause ist die Straße: Kalkutta, im Land des Mahatma Gandhi FOTO: CAMERA PRESS

Nächstes Thema: Mutter Teresa und ihre Einrichtungen: Lepra-Stationen, Kranken-, Kinder- und Sterbehäuser. Lob für die Nobelpreisträgerin aus aller Munde. „Doch brauchen wir wirklich ihre Sterbehäuser?“ „Nein“, meint Arun, „wir helfen uns selber.“ Eine Besonderheit in Kalkutta sei es, „daß wir uns um die Sterbenden auf den Straßen kümmern, ihnen in ihren letzten Tagen und Stunden Nahrung geben, sie ins Krankenhaus transportieren“. Kalkutta hat Indiens größte Philosophen hervorgebracht, große Humanisten, an ihrer Spitze Nobelpreisträger Rabindranath Tagore. Dieser Geist lebt hier weiter.

Ein paar Kilometer weiter wieder Diskussionen. Doch hier geht es um Geld, Klatsch aus der Gesellschaft, Austausch von Höflichkeiten. Im „Bengal-Club“, einem jener zahlreichen Clubs Kalkuttas, in denen die High Society sich britisch gibt. Es trifft sich die Creme der Stadt, Geschäftsleute, Regierungsbeamte, alles was Geld oder Namen hat oder beides. Die Einrichtung britisch, die Drinks britisch, die Konversation britisch, Diener im Livree, die Whisky on the Rocks servieren, Bridge ist das bevorzugte Kartenspiel, Cricket der beliebteste Sport. Die Scheinwelt der geschlossenen Club-Gesellschaft, die auch für die Reichen wieder am Ausgang endet. Denn hier beginnt wieder Kalkutta.

„Jede Nacht sechs Stunden Stromausfall“, klagt Raj Pahwa. „Da nützt der beste Air-Conditioner nichts mehr.“ An Schlaf ist in heißer tropischer Nacht nicht mehr zu denken. Man schwitzt zusammen mit dem Nachbarn beim Plausch auf der Terrasse und einem Drink. „Das ist Kalkutta“, meint Raj, ein Geschäftsmann. „Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, wie wir es hier haben, gibt es nirgendwo sonst in Indien.“

Und wohl kaum auch so viele Zeichen britischer Residenz, wie das India-Museum, eines der größten und bedeutendsten des Orients, das Victoria Memorial oder der „Marbel Palace“, vollgestopft mit viktorianischem Memorabile. Aber auch der Howrahj-Bahnhof und die zu ihm führende Hoogli-Brücke sind Sehenswürdigkeiten – ob ihrer Millionen Menschen, die dort kommen und gehen, wo Kalkutta den Höhepunkt seines Chaos erreicht. Hier ist Kalkutta als „Kalikata“ am 24. August 1590 entstanden.

Jetzt mag es dem unerfahrenen Besucher als Alptraum erscheinen, nicht aber denen, die dort leben. Denn Kalkutta ist Indien. In der Stadt findet man das konzentriert, was es auch im übrigen Indien gibt. Vom Schmutz und den Slums bis zur kulturellen und sozialen Vielfalt spiegelt es die Gesellschaft des Subkontinents wider. Indiens Ministerpräsident Rajiv Gandhi nannte Kalkutta unlängst eine „sterbende Stadt“. Die Bengalen, auch jene, die ihre Stadt kritisieren, waren einhellig empört. „Das ist unsere Stadt, Kritik steht einem Fremden nicht zu.“



Im Dauerlauf für ein paar Rupien: Rikscha-Kulis gehören zum Stadtbild FOTO: AP

Spaß an der „Kontischicht“, Angst vor dem „Dammbruch“

Bei Siemens in Regensburg ist die „Kontischicht“ unter der Belegschaft zum Renner geworden. Keine Klagen, große Nachfrage nach Wochenend-Arbeit. Bei Siemens in Neuperlach sieht der Betriebsrat das Problem mit anderen Augen. An der Donau kam es nun zum Meinungsaustausch.

Von PETER SCHMALZ

Auch in der nüchtern-technischen Welt der Halbleiter bleibt ein Quentchen Psychologie nicht ohne Wirkung. „Die Mikroelektronik“, sagt deshalb Hans Friedrich, Leiter des Mega-Projekts bei Siemens, „ist verantwortlich dafür, daß unsere Umwelt besser wird. Wenn unsere Automotoren in drei oder fünf Jahren nur noch die Hälfte des heutigen Benzins verbrauchen, dann ist das der Mikroelektronik zu verdanken.“

Die Sozialpolitiker der CSU-Landtagsfraktion zeigen sich beeindruckt. Da imponiert natürlich auch der Hinweis, daß die Mikroelektronik nicht nur eine Schlüsselfunktion für weite Bereiche der Industrie hat, sondern in diesem Jahr bereits einen Weltmarkt von 50 Milliarden Mark umfaßt, der bis zum Ende des Jahrhunderts auf gigantische 500 Milliarden Mark angewachsen sein soll.

Die Damen und Herren der bayerischen Regierungspartei, aus der Landeshauptstadt angereist zum Siemens-Werk nach Regensburg, lauschen gespannt und hören auch mit stiller Zufriedenheit, wenn Friedrich diese Arbeitsstätte als die „modernste Mikroelektronik-Produktion in Europa“ lobt. Doch ihre anschließenden Fragen zielen in eine ganz andere Richtung: Wie ist das mit der Sonntagsarbeit, wollen sie wissen. Wird sie an diesem Standort nur deshalb praktiziert, um die teuren Maschinen möglichst effektiv rund um die Uhr auszulasten? Und soll allein das der Grund sein, weshalb der Elektronik-Konzern nun auch in zwei Münchner Werken die sonntägliche Arbeitsruhe abschaffen möchte?

Hans Friedrich erlebte in den vergangenen Wochen eine Vielzahl ähnlicher Diskussionen, entsprechend routiniert findet er plastische Beispiele, die den bösen Verdacht zerstreuen sollen, es gehe nur um ein paar schöne schwarze Zahlen in einer Bilanz. 600 Millionen Mark investierte der Konzern in der alten Donaustadt, um hier in Serie den intelligentesten Winzling zu produzieren: den Mega-Chip, der auf 12,4 mal 4,4 Millimetern 2,2 Millionen Transistoren trägt. Weil da mit Feinst-Strukturen gearbeitet wird, so daß ein Staubkorn vernichtend wirkt wie ein Felsbrocken, muß in Räumen mit reinster Luft gearbeitet werden. Damit höchstens noch zehn Körnchen im Kubikmeter zu finden sind, wird die Luft am reinsten Regensburger Arbeitsplatz stündlich 350mal ausgetauscht. Temperaturschwankungen geringster Art mindern die Qualität dramatisch und erhöben den Ausschuß drastisch. „Wir können im Kampf auf dem Weltmarkt aber nur mit höchster Qualität mithalten“, sagt Friedrich. Allerdings: Ob alle amerikanischen und japanischen Mitbewerber ebenfalls rund um die Uhr arbeiten, vermögen die Siemens-Manager trotz bohrender Nachfragen nicht zu sagen, man wisse es nur von einigen, mit denen man zusammenarbeitet.

Da bleiben Zweifel, und es dauert gut zwei Stunden, bis einer zu Wort kommt, der schweigend zuhörte, wo er doch so viel zu berichten hat. Günther Wittstock ist Vorsitzender des Regensburger Siemens-Betriebsrats und somit verantwortlich für den Beschluß, den er und seine 18 Betriebsratskollegen vor Monaten faßten, und der es ermöglicht, daß in den neuen Hallen ohne Rücksicht auf Sonn- und Feiertage produziert wird. Abgeleitet von dem Wort kontinuierlich, bekam die Rund-um-die-Uhr-Arbeit betriebsintern den liebenswürdigen Namen „Kontischicht“. „Wir haben uns die Entscheidung wahrlich nicht leicht gemacht“, beteuert Wittstock. „Wir haben nächtelang gerungen.“

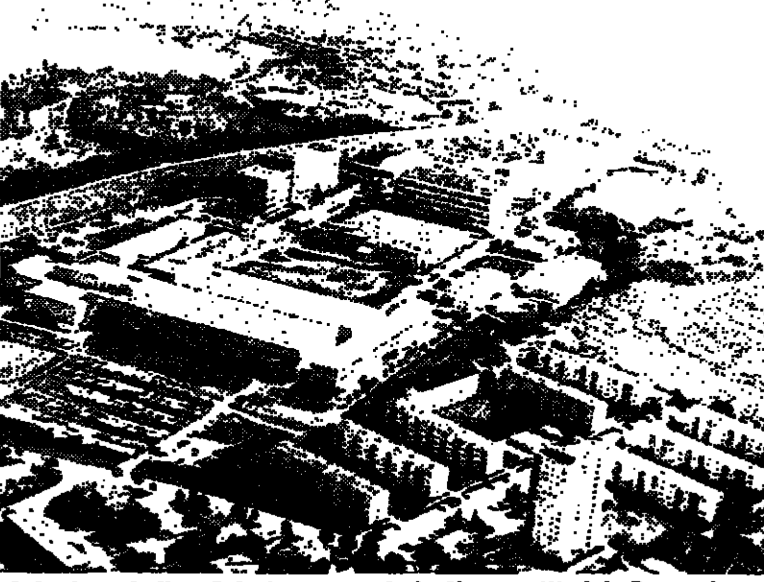
Sie ließen sich überzeugen, und die Schicht läuft nun seit einem halben Jahr. Mußte er sich aus der Belegschaft schon mal den Vorwurf gefallen lassen: „Was habt Ihr damals nur für einen Mist gemacht mit dieser Zustimmung“? Wittstock lehnt sich zurück und lächelt. „Nichts, überhaupt nichts. Die einzigen Klagen, die wir hören, sind die von Kollegen, die zur ‚Kontischicht‘ vorgesehen sind und sich beschweren, daß sie noch nicht drankommen.“ Da mag natürlich auch das eine Rolle spielen, sagt er und reibt Daumen und Zeigefinger aneinander. Immerhin summieren sich die Zuschläge eines mittleren Verdieners monatlich auf gut 900 Mark.

Und keiner vermißt den gewohnten freien Sonntag? Wittstocks Stellvertreter Max Brauner assistiert: „Sechs Tage Arbeit, dann vier Tage frei und sieben Wochen Urlaub, wo andere nur sechs haben, das ist doch etwas.“ Und die Schichten sind so gelegt, daß jeder die Kirche besuchen kann, so er will, ergänzt Kurt Rümmele, der Regensburger Werksleiter.

Wittstock registriert seit geraumer Zeit sogar ein neues Phänomen: Vor allem junge Frauen, deren Männer in der „Kontischicht“ sind, bewerben sich nun ebenfalls dafür: „Aber für eine zeitversetzte Schicht. Denn dann ist immer ein Elternteil bei den Kindern.“ Doch den stärksten Beweis für die Akzeptanz sieht er in dem, was er „Null-Fluktuation“ nennt. Seit Beginn der Sonntagsarbeit hat sich noch keiner aus der „Kontischicht“ verabschiedet, obwohl sich die Firma intern wie öffentlich auf die Zusage verpflichtete, Schichtmüden einen anderen Arbeitsplatz im Haus zu geben.

Ein anderer in der Runde verfolgt die Diskussion schon seit geraumer Zeit mit nachdenklicher Miene. Karl Endress ist Siemens-Betriebsrat am Standort München-Neuperlach, wo in einem ebenfalls für 600 Millionen Mark errichteten Werk die Forschungs- und Pilotarbeiten für den 4-Mega-Bit-Chip geplant sind und Sonntagsarbeit beantragt wurde. Der Betriebsrat konnte sich bisher zu keinem Votum durchringen, die Verweigerer scheinen die Oberhand zu haben. Die Zusammensetzung des Betriebsrats sei eine andere, gibt Endress zu bedenken: Sind es in Regensburg ausschließlich IG-Metaller, so müssen sich in Neuperlach Metaller, Freie und DAG einigen.

Schwerwiegender mag aber ein anderer Hinweis des Münchners sein: Man habe es mit einer anderen Mitarbeiterstruktur zu tun. Er führt das nicht weiter aus, aber im kleinen Gesprächskreis wird der Hintergrund deutlich: Im Ballungsraum der bayerischen Landeshauptstadt sind die Arbeitsplätze sicherer als in anderen Regionen des Landes, und der Wert der Freizeit genießt höhere Priorität als beispielsweise in einer Gegend wie Regensburg, wo der Arbeitsamtsbezirk Ende November 8,2 Prozent Arbeitslose registrierte.



Seit einem halben Jahr Sonntagsarbeit: Siemens-Werk in Regensburg FOTO: DIE WELT/FREIGABE-NR. GS 300/104/86

Vor Jahresfrist lag die Quote sogar bei 9,8 Prozent. Und die Sonntags-Entscheidung von Wittstocks Betriebsrat führte mit dazu, daß nun 2481 weniger Arbeitslose gezählt werden müssen, denn danach wurden 600 neue Kräfte eingestellt, weitere 1250 fanden Arbeit im neuen Regensburger BMW-Werk, das für 1,3 Milliarden Mark vor den Toren der Stadt errichtet wurde und in dem seit Mitte November die 3er-Serie vom Band läuft. Der Automobilkonzern verpflichtete sich sogar, bis 1991 3500 Dauerarbeitsplätze einzurichten.

Fast ein wenig ärgerlich sagt deshalb Wittstock über den Tisch hinweg zu seinem aus München angereisten Kollegen, man habe in einem strukturell problematischen Gebiet mehrere hundert Arbeitsplätze geschaffen. „Das sollte man doch einmal anerkennen.“ Ob dies auch der bayerische Landtag anerkennt, ist noch ungewiß. Er will sich mit diesem Thema im nächsten Jahr erst einmal in einem Hearing befassen, um zu vermeiden, daß hier, wie es der CSU-Abgeordnete Johann Böhm formulierte, „ein Dammbruch geschieht“.

Verwunderung in der Koalition über Lambsdorff

D. G., **Bonn**

Der unmißverständliche Anspruch von Otto Graf Lambsdorff, in etwa zwei Jahren als Wirtschaftsminister in eine von CDU/CSU und FDP gebildete Bundesregierung zurückkehren zu wollen (WELT v. 17. 12.), hat in Koalitionskreisen Verwunderung und Ärger ausgelöst. Denn der prominente FDP-Politiker und ehemalige Wirtschaftsminister hat damit dringende Ermahnungen von Bundeskanzler Helmut Kohl sowie von FDP-Chef und Lambsdorff-Nachfolger Martin Bangemann mißachtet, Personaldiskussionen über das künftige Kabinett vor der Wahl zu unterlassen.

Lambsdorff hatte zu seinen künftigen politischen Plänen in einem Interview erklärt: „Tatsächlich geht mir die Überlegung auch durch den Kopf, ob ich nicht nach einer zweijährigen Wartefrist wieder ins Ministerium wechseln soll." Der eigenwillige FDP-Graf ist gegenwärtig respektierter wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Mit dem Bundeswirtschaftsministerium ist Lambsdorff bestens vertraut. Als Nachfolger seines Parteifreundes Hans Friderichs wurde er in der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt am 7. Oktober 1977 Wirtschaftsminister. Wegen grundsätzlicher wirtschafts- und finanzpolitischer Differenzen mit der SPD begann er nach der Bundestagswahl von 1980 mit Absetzbestrebungen, die dann im Oktober 1982 in dem Regierungswechsel gipfelten.

Zwar ist inzwischen der schwere Vorwurf der Bestechlichkeit fallengelassen worden. Doch Lambsdorff muß Anfang nächsten Jahres mit einer erheblichen Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung rechnen. Schon aus diesem Grunde ist seine Rückkehr an den Kabinettstisch vorerst unwahrscheinlich, obwohl ihm Kompetenz und Durchsetzungsvermögen von keiner Seite abgesprochen werden. Außerdem hat FDP-Chef Bangemann trotz mancher Kritik an seiner Amtsführung als Bundeswirtschaftsminister keinen Zweifel daran gelassen, daß er bei einer Neuauflage der Koalition Ressortchef bleiben will. Lambsdorff ist in jüngster Zeit auch mit dem Posten des EG-Präsidenten in Brüssel in Verbindung gebracht worden. Der derzeitige Präsident Jacques Delors scheidet 1988 aus.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to. DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

FDP legt der Union ein „Sündenregister" vor

Freie Demokraten verweisen auf „18 Verstöße" gegen Koalitionsvereinbarungen / Privatisierung und Subventionsabbau

DIETHART GOOS, **Bonn**

Bei neuen Verhandlungen mit der CDU/CSU über die Forsetzung der Koalition will die FDP einen harten und selbstbewußten Kurs steuern. Denn allzu oft ist die Union nach Auffassung der FDP-Partei- und Fraktionsführung bei wichtigen politischen Themen von Koalitionsvereinbarungen abgerückt und hat Änderungen durchgesetzt. In einem vertraulichen Papier hat die FDP jetzt ein „Sündenregister" der Union mit 18 Punkten erstellt.

Zu den wichtigsten Themen aus FDP-Sicht gehört die Ladenschlußregelung. Wie aus dem Papier hervorgeht, hatten sich die Spitzen von CDU/CSU und FDP bereits am 24. September 1985 auf einen Kompromiß zur Ladenschlußregelung verständigt, der keine Begrenzung nach der Einwohnerzahl der Städte vorsah, für die eine Liberalisierung gelten sollte. Schon kurz nach der Verständigung meldete die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU Bedenken an und forderte, der Kompromiß müsse „unbedingt ergänzt" werden durch eine Beschränkung der Ausnahmeregelung auf Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern. In weiteren Koalitionsverhandlungen erklärte die CDU/CSU-Fraktionsspitze dem FDP-Partner, sie könne den *Ladenschlußkompromiß* in den eigenen Reihen nicht durchsetzen. Schließlich einigte man sich in einer neuen Vereinbarung am 24. Januar dieses Jahres darauf, die neuen Öffnungszeiten am Abend auf Städte über 200 000 Einwohner zu beschränken.

Streitpunkt Lufthansa

Auch in der für sie wichtigen Frage einer Privatisierung der Deutschen Lufthansa konnte sich die FDP nicht gegenüber der Union durchsetzen. In einer Kabinettsvorlage des Bundesfinanzministers vom 31. Oktober 1984 hieß es noch: „Die Beteiligung des Bundesbesitzes wird von derzeit 79,91 auf etwa 55 Prozent zurückgeführt. Dabei soll sichergestellt werden, daß durch angemessene Regelungen den besonderen Erfordernissen der Deutschen Lufthansa als nationaler Luftverkehrsgesellschaft entsprochen wird." Diese Position war in mehrjährigen Verhandlungen abgestimmt worden.

Doch überraschend meldete die CSU erhebliche Bedenken an, die Innenminister Friedrich Zimmermann im Kabinett vortrug. Damit konnte die Kabinettsvorlage nicht mehr im Herbst 1984 verabschiedet werden. In einer neuen Kabinettsvorlage des Finanzministers vom 26. März 1985 wird zum Thema Privatisierung der Lufthansa auf weitere Koalitionsverhandlungen verwiesen. Im FDP-Papier heißt es weiter: „Wegen des Widerstandes der CSU konnte eine abschließende Regelung bis heute nicht *gefunden werden. Die verabredete* Teilprivatisierung der Lufthansa ist dadurch in dieser Legislaturperiode nicht mehr zustande gekommen."

Als weiteren Streitpunkt nennen die Liberalen in ihrem vertraulichen Papier den Straßenbau. Auf Drängen des bayerischen Ministerpräsidenten habe die Union am 15. Oktober dieses Jahres im Verkehrsausschuß des Bundestages zusätzliche 100 Millionen Mark für den Straßenbau beantragt. Zuvor hatte die FDP dieses Ansinnen „unmißverständlich abgelehnt". Weiter heißt es: „Trotzdem ist der Antrag von CDU/CSU gegen die Stimmen von SPD, FDP und der Grünen mit Mehrheit verabschiedet worden. Die CDU/CSU hat dadurch gegen die Koalitionsvereinbarung verstoßen, abweichende Voten bei Ausschußberatungen und im Plenum nicht zuzulassen."

Ärger über Alleingänge

Zum „Sündenregister" der Union zählt die FDP auch die steuerstundende Investitionsrücklage, Änderungen der Baunutzungsverordnung und die gescheiterten Bemühungen, *das Defizit der Bundesbahn abzubauen.* Außerdem wird kritisiert, daß die Union wichtige Entscheidungen im Alleingang durchsetzte, die von der FDP um des Koalitionsfriedens willen im Nachhinein akzeptiert werden mußten. So hätten Bundeskanzler, Finanzminister und Verteidigungsminister vor kurzem zwei deutschen Werften Aufträge zum Bau von fünf Containerschiffen verschafft, deren Kaufpreis um jeweils mindestens 70 Millionen Mark subventioniert wurde. Dazu heißt es: „Die Ausweitung der Subventionen ist einer der Hauptangriffspunkte in der Öffentlichkeit gegen die Wirtschaftspolitik von Bundesregierung und Koalition."

Dohnanyi: Ich esse niemandes Gnadenbrot

WELT-Interview mit Hamburgs Erstem Bürgermeister

Herr von Dohnanyi, der von Ihnen geführte Senat regiert weiter, als ob am 9. November keine Wahl stattgefunden hätte. Der Wähler wollte aber weniger Macht für die SPD.

Dohnanyi: Das bestreite ich nicht, aber für einen anderen als den gegenwärtigen Senat gibt es derzeit in der Bürgerschaft keine Mehrheit. Also müssen wir, meine Kollegen und ich, unsere Amtspflichten gegenüber der Stadt weiter erfüllen und uns zugleich um Mehrheiten für die anstehenden Sachprobleme bemühen. Eine andere Lösung gibt es nicht ...

... es gäbe sie schon – die Zusammenarbeit mit der CDU. Aber die SPD ist nicht bereit, die Macht zu teilen, und das ist eine Mißachtung des Wählerwillens.

Dohnanyi: Das kann ich nicht akzeptieren. Sowohl die CDU wie die GAL ist prinzipiell zu einer Koalition mit der SPD, also zur Zusammenarbeit in der Sache bereit. In einer solchen Situation muß man versuchen, sich in erster Linie auf die Sachfragen zu konzentrieren.

Ihr Senat hat sich in der letzten Bürgerschaftssitzung von der GAL die vorläufige Haushaltsführung genehmigen und damit aus der Klemme helfen lassen – nach regelrechten Verhandlungen. Sie essen ja nun das politische Gnadenbrot der Grün-Alternativen Liste ...

Dohnanyi: Ihre Darstellung ist völlig falsch. Ich esse niemandes Gnadenbrot. In dieser Sitzung hat vielmehr die CDU sich in einer wenig verantwortungsvollen Weise verweigert, der Stadt die notwendige Handlungsfreiheit zu geben ...

Von der CDU wird das nachdrücklich bestritten ...

Dohnanyi: ... das ist aber die Wahrheit.

In der Politik gibt es nichts umsonst. Welchen Preis hat die SPD der GAL für die kleine Gefälligkeit vom 10. Dezember versprochen?

Dohnanyi: Wir haben keinen Preis gezahlt. Tatsache ist, daß vor den Wahlen in der notwendigen und üblichen Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung für 1987 einige ebenfalls notwendige zusätzliche Ausgabenansätze beschlossen wurden, weil das sachlich unabweisbar geboten war. Mit der CDU war das leider nicht zu machen ...

... weil die CDU in Übereinstimmung mit dem Rechnungshof diese Art der sogenannten Bepackung für nicht verfassungskonform hält ...

Dohnanyi: ... na ja. Wir haben das doch früher immer so gemacht. Das ist völlig verfassungskonform. Im übrigen werden wir natürlich nach dem 25. Januar, wenn der Wahlkampf vorüber ist, in Sachgespräche mit der CDU eintreten.

Das können doch nur Schattenspiele sein, denn die SPD hat doch schon klipp und klar erklärt, nach den Erfahrungen im Wahlkampf könne mit der CDU eine gemeinsame Politik nicht gemacht werden.

Dohnanyi: Wir haben damit die Absage an eine Koalition begründet, nicht eine sachliche Zusammenarbeit im Parlament abgelehnt! Die Befürchtung, daß ein Bündnis aus CDU und SPD die GAL in der Stadt als dann einzige Oppositionspartei ganz erheblich stärken würde, ist doch nicht von der Hand zu weisen. Eine solche Entwicklung kann doch niemand wollen, wenn es andere Wege gibt ...

Umgekehrt wird ein Schuh draus – die GAL hat überall dort zugelegt, wo die SPD die politische Mitte in Richtung GAL verlassen hat.

Dohnanyi: Das ist so auch nicht ganz richtig.

Die Strategie der GAL ist doch klar. Im Parlament wird der SPD und dem Senat die vorläufige Haushaltsführung ermöglicht, im übrigen wird unter dem Motto „Die Hafenstraße muß bleiben" die Straße mobilisiert. Die SPD soll vorgeführt werden ...

Dohnanyi: ... das ist uns schon klar, da können Sie sicher sein; aber der Versuch wird nicht gelingen. Das Wohnmodell Hafenstraße ist gescheitert und wird beendet werden, aber in rechtsstaatlich einwandfreier Form. Das braucht seine Zeit.

Auch dafür ist Ihr Senat verantwortlich, denn es war die Stadt, die mit den verzwickten Mietverträgen für die Hafenstraße jene Rechtslage geschaffen hat, die Sie jetzt dauernd ins Feld führen. Wer sich einmal auf einen Deal mit der GAL einläßt, gerät doch auf die schiefe Bahn ...

Dohnanyi: ... ich bitte Sie wirklich, nicht Sachen zu behaupten, die nicht stimmen. Wir haben uns auf keinen „Deal" eingelassen. Vielleicht die CDU – als sie die Tagesordnung mit der GAL umstellte, um die Einnahmen der Stadt gemeinsam mit der GAL um 110 Millionen Mark zu kürzen.

Die Hamburger SPD-Führung erstellt derzeit ein Arbeitsprogramm für ein Parlament, in dem die SPD keine Mehrheit mehr hat. Das allein ist schon starker Tobak ...

Dohnanyi: Wieso? Hamburg muß weiter regiert werden. Das ist unsere Pflicht.

Die drei SPD-Spitzenköche am Herd, die Zutaten rein sozialdemokratisch – das wird ein pures SPD-Menu. Und das wollen Sie im Ernst der Bürgerschaft vorsetzen?

Dohnanyi: Stimmt alles nicht. Dieses Arbeitsprogramm wird die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis berücksichtigen. Das haben wir stets betont.

Was heißt das konkret?

Dohnanyi: Wir werden die Kritik zu beachten haben, die der Wähler offenbar an unserer bisherigen Politik geübt hat. Natürlich wird das kein Arbeitsprogramm gegen die SPD, sondern von Sozialdemokraten für eine neue Mehrheit im Parlament ...

... eine linke oder eine Mehrheit der Mitte?

Dohnanyi: Für eine Mehrheit, die den inhaltlichen Prioritäten im SPD-Wahlprogramm so weit wie möglich entspricht, aber die neuen Mehrheiten ...

... eben, pure SPD-Politik ...

Dohnanyi: ... eben nicht, sondern Politik für Hamburg. Sie muß getragen werden von einer Mehrheit, in der die politische Mitte sehr stark ist, denn wir müssen ja die Aufgaben sehen, zum Beispiel die Wirtschaftspolitik, die den Standort Hamburg voranbringen und die Arbeitslosigkeit bekämpfen soll.

Verhandlungen zwischen SPD und GAL – da schrillen in der Wirtschaft sämtliche Alarmglocken, und Investitionen in der Stadt werden erstmal zurückgestellt. Über diesen Attentismus müssen Sie sich doch klar sein.

Dohnanyi: Ach wirklich, lassen Sie das doch. Die CDU hat mit der GAL verhandelt, nicht wir. Ich glaube im übrigen nicht, daß es diesen Attentismus schon gibt, und ich werde alles tun, damit er nicht erst aufkommt. Wirtschaftsfeindliche Kräfte dürfen keinen Hebel in die Hand bekommen, um die Stadt zu schädigen. Aber diese Verantwortung hat auch die CDU. Gemeinsam mit der GAL der Stadt die Einnahmen zu kürzen, wie geschehen – das geht nicht. So darf man mit der Stadt nicht umgehen. Für die SPD und für mich, das betone ich noch einmal, kommt weder eine Tolerierung, noch eine Koalition mit dieser GAL in Frage.



Wir werden die Kritik zu beachten haben, die der Wähler offenbar an unserer bisherigen Politik geübt hat: Klaus von Dohnanyi. Das Gespräch führte Uwe Bahnsen FOTO: JUPP DARCHINGER

Selbst die Mettwurst steht auf dem Index der ‚DDR'-Grenzer

Berliner Senat warnt vor Zollbestimmungen des SED-Staats

D.D. **Berlin**

„Machen Sie mal die Tasche auf". Fast jeder Besucher Ost-Berlins oder der „DDR" kennt die meist höfliche, aber energische Aufforderung an den Grenzkontrollpunkten. Gelegentlich *verlangen die „DDR"-Zöllner in den* grauen Uniformen auch einen Blick in die Brieftasche. Das bevorstehende Weihnachtsfest und den Jahreswechsel hat der Berliner Senat zum Anlaß genommen, eindringlich vor der Verletzung der geltenden Zoll- und Devisenbestimmungen zu warnen. Aktueller Anlaß: Klagen des Ost-Berliner Besuchsbeauftragten Walter Müller bei einem Gespräch im Rathaus *Schöneberg über „eine Vielzahl von* Gesetzesverletzungen durch Besucher". 1100 Verwarnungen seien in den vergangenen drei Monaten verhängt worden, zum Teil happige Geldstrafen.

„Niemand sollte sich den Feiertagsbesuch bei Freunden und Verwandten durch unbedachte Handlungen verderben lassen", mahnt Berlins Senatssprecher Winfried Fest. Denn mehr Deutsche als in den vergangenen Jahren werden diesmal Weihnachten oder Silvester gemeinsam feiern. In den ersten beiden Dezemberwochen sind in den fünf West-Berliner Besucherbüros 82 800 Anträge auf Eintagesbesuche in Ost-Berlin oder der „DDR" gestellt worden. Rund 17 Prozent mehr als vor einem Jahr, aber immer noch weniger als 1979 (116 500) vor der Erhöhung des Zwangsumtausches.

Mit großem Ärger und Bestrafung müssen vor allem „DDR"-Besucher rechnen, die bei der Ein- oder Ausfuhr von Ostmark erwischt werden. Nachdem der Ostmark-Kurs rapide gefallen ist, wird von verschärften Kontrollen durch die „DDR"-Organe berichtet. Nach wie vor ist es z. B. verboten, elektronische Geräte aller Art, Bücher, Schallplatten (bis auf *wenige Ausnahmen) als Geschenke* mit in die „DDR" zu nehmen. Bei der Ausreise stehen u. a. Porzellan, Fotoapparate, Kunstgegenstände, Antiquitäten und sogar die Mettwurst vom Schlachterfest der Oma auf dem Lande auf dem „Index". Wer Ärger oder zumindest längeren Aufenthalt an der Grenze vermeiden will, beachtet die nicht immer ganz durchsichtigen „DDR"-Bestimmungen. Besondere Klage aber brachte der „DDR"-Vertreter über die Kraftfahrer aus dem Westen vor, weil sie den jenseits der Mauer geltenden „Nulltarif", striktes Alkoholverbot, mißachten.

Bonner Forderungskatalog für Transitstrecke ist lang

Erstes Abkommen mit Ost-Berlin besteht seit 15 Jahren

DIETER DOSE, **Berlin**

Rund 270 Millionen Reisende auf den Transitautobahnen und Eisenbahnstrecken zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet seit dem 4. Juni 1972 – die positive Bilanz des Transitabkommens, das vor 15 Jahren zwischen Bundesregierung und „DDR"-Regierung geschlossen wurde. Die am 17. Dezember 1971 unterzeichnete Vereinbarung, ermöglicht durch das Viermächte-Abkommen über Berlin, war das erste umfassende Regierungsabkommen zwischen den beiden deutschen Staaten.

„Ein Abkommen, das weltpolitische Krisen unbeschadet überstanden hat", betont der Berliner Bundessenator Rupert Scholz (CDU). „Zügige Abfertigung und mehr Rechtssicherheit", nennt er als die besonderen Vorteile. Bonn läßt sich den reibungslosen Verkehr von und nach Berlin allerdings auch einiges kosten: Rund zwei Milliarden Mark kassierte die „DDR" für den Ausbau der Autobahnen, darunter die völlig neue Strecke nach Hamburg. Jährlich 525 *Millionen Mark Transitpauschale fließen* darüber hinaus in Honeckers Staatssäckel. Ein bis 1990 festgeschriebener Betrag. Dann sind neue Verhandlungen über die Höhe notwendig. Enorme Zuwachsraten gibt es im Güter- und Busverkehr – bis zu 1800 Lastwagen pro Tag werden an den Grenzkontrollpunkten abgefertigt und verplombt.

Dennoch legen die Bonner Vertreter in der gemeinsame Transitkommission immer wieder Wünsche und Forderungen auf den Verhandlungstisch. Unzureichende Pannenhilfe, Schäden auf der Strecke Berlin–Helmstedt, die streckenweise bei Nässe nur Tempo 60 zulassen, Mängel bei der Verkehrsinformation und eine hohe Unfallquote werden regelmäßig beanstandet.

Besonders leidige Themen: Sogenannte „Verdachtskontrollen", Zurückweisungen und Verhaftungen. Bei den Kontrollen erklären die „DDR"-Grenzer in der Regel dem Reisenden nicht, warum er sich der Kontrolle unterziehen muß. Bei nach „DDR"-Angaben 178 zwischen dem 1. 1. und 31. 10. 86 kontrollierten Reisenden habe sich bei sieben der Verdacht bestätigt. Pauschales Delikt: *„Mißbrauch des Transitabkommens".* Von Zurückweisungen sind vor allem Personen betroffen, die mehrfach gegen sie verhängte Strafen nicht bezahlt haben.

‚SPD braucht einen Mann fürs Grobe'

dpa, **München**

Der Vorsitzende der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag, Manfred Schmidt, hat für seine Partei einen „Mann fürs Grobe" gefordert. Die CDU halte sich dafür Generalsekretär Geißler. Diese Position werde aber in der SPD „leider nicht wahrgenommen". Schmidt sprach sich für personelle und strukturelle Änderungen nach der Bundestagswahl – unabhängig von deren Ausgang – aus. Die CDU habe aus der Honoratiorenpartei eine schlagkräftige Mitgliederpartei gemacht. Wer das vernachlässige, zahle seinen Preis dafür. „Wir sind gerade dabei, den zu zahlen."

Wahlhilfe für die Grünen

AP, ***Bonn***

Die Grünen erhalten im Bundestagswahlkampf Unterstützung von einer christlichen Wählerinitiative. Die Gruppe „Christen für die Grünen" will trotz Bedenken gegen die Haltung der Grünen in der Abtreibungsfrage um Stimmen für die Partei werben sowie einen Dialog zwischen Grünen und Kirche fördern. Wie Dorothea Kerschgens von der seit geraumer Zeit existierenden Bundesarbeitsgemeinschaft „Christen bei den Grünen" mitteilte, hat das Büro von Kardinal Höffner die Bereitschaft zum Gespräch mit Vertretern der Partei nach der Wahl signalisiert.

Kontrollgremium für Waffenhandel?

dpa, ***Bonn***

Der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Schäfer, hat sich für ein parlamentarisches Gremium zur Kontrolle von Waffengeschäften ausgesprochen. Darin sollten Waffenverkäufe vertraulich beraten werden. Die letzte Instanz bliebe allerdings die Bundesregierung. Bei den Waffenlieferungen sollte Bonn bei der restriktiven Politik bleiben, wie sie zur Zeiten der sozial-liberalen Koalition formuliert worden sei. Der neue Untersuchungsausschuß des Bundestages zur U-Boot-Affäre tritt heute zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Bauingenieur wegen Spionage angeklagt

AP, ***Karlsruhe***

Generalbundesanwalt Rebmann hat den 49jährigen Bauingenieur Fritz B. aus Münster der geheimdienstlichen und landesverräterischen Tätigkeit angeklagt. Der Mann soll einen sogenannten „Werbekader" des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit bei dem Versuch unterstützt haben, eine technische Angestellte der Bundeswehr als Agentin anzuwerben. Die Frau arbeitet offenbar in einem sicherheitsempfindlichen Bereich der Luftaufklärung gegenüber dem Osten. Fritz B. soll vor dem Oberlandesgericht Koblenz der Prozeß gemacht werden.

„Eine mutige Frau, die sich und anderen nichts schenkt"

Von OTTO B. ROEGELE

Laut wird Klage geführt, unter den Professoren an deutschen Universitäten seien zu wenig Frauen. Nach der Bevölkerungsstatistik mag das zutreffen. Man darf darüber aber nicht vergessen, daß es eine ansehnliche Reihe von Hochschullehrerinnen gibt, die nicht nur „ihren Mann stehen", sondern zur Spitzengruppe der akademischen Prominenz gehören, die sich (und oft auch ihrem Fach) einen festen Platz in der Welt der Wissenschaft erobert haben und weit über deren Grenzen hinaus wirken: in der Politik, in den Massenmedien, in der Debatte über die großen Fragen der Nation.

Zu ihnen gehört Elisabeth Noelle-Neumann, Professorin für Publizistik der Universität Mainz und Leiterin des Instituts für Demoskopie in Allensbach.

Elisabeth Noelle wurde am 19. Dezember 1916 in Berlin geboren. Dort studierte sie Germanistik, Amerikanistik, Philosophie und Zeitungswissenschaft. Emil Dovifat, der erste Chef des dortigen Instituts für Zeitungswissenschaft und ein Meister akademischer Rhetorik, wurde ihr wichtigster Lehrer. Nicht ohne Grund steht seine Porträtbüste heute im Mainzer Institut. Er war es auch, der die hochbegabte Studentin kurz vor Kriegsausbruch nach Amerika schickte, weil er herausfinden wollte, was es mit diesen neuen Methoden zur Erforschung der „öffentlichen Meinungen" durch systematische Befragungen, wie sie George Gallup seit 1934 betrieb, auf sich habe.

Elisabeth Noelle schrieb ihre Doktorarbeit über „Meinungs- und Massenforschung in den USA" (1940). Sie konnte damit ihren gegen alles Soziologische eher mißtrauischen Lehrer nicht ganz überzeugen, sie befriedigte jedoch Dovifats Neugier auf die gerade sich festigende neue Richtung in Nordamerika, dessen Journalismus er selbst ein Jahrzehnt zuvor beschrieben hatte. Sie legte damit den Grund für die Umfrage-Forschung und -Praxis in Deutschland und damit für ihre eigene berufliche Zukunft.

Bevor an ein solches Unternehmen hierzulande zu denken war, mußten Krieg und Hitler-Zeit überstanden werden. Der Nationalsozialismus hielt nichts von objektiver Erkundung dessen, was das Volk denkt und wünscht, dafür um so mehr von Zensur, Propaganda und Indoktrination und von Geheimberichten der Gestapo über die „Stimmung" im Lande.

In seiner eben erschienenen Monographie über die Geschichte der „Frankfurter Zeitung" im Dritten Reich („Auf verlorenem Posten", Siedler-Verlag, Berlin) schildert Günther Gillessen, wie die junge Journalistin Elisabeth Noelle, gerade aus der Redaktion von „Das Reich" hinausgeworfen, Zuflucht bei der „Frankfurter" fand, die wegen ihrer Verbreitung im Ausland etwas mehr Freiheiten genoß als die übrige Presse. Es dauerte nicht lange, dann wurde sie auch dort zum „Fall": Sie hatte die Frau von US-Präsident Roosevelt beschrieben, recht distanziert und mit eher unsympathischen Zügen, aber ohne die vulgären Tiraden, die 1943 verlangt wurden. Es kam zu einem Berufsgerichtsverfahren, die Chefs mußten nach Berlin reisen, um



Wird 70 Jahre: Elisabeth Noelle-Neumann FOTO: WOLFF-SEYBOLD

ihre Beziehungen zu mobilisieren, *damit die Lebensfrist des Blattes,* dessen elegant-störrische Schreiberei längst mißfällig geworden war, noch einmal verlängert wurde.

Mit dem Informationsvorsprung, den das Studienjahr in Amerika ihr verschafft hatte, gründete Elisabeth Noelle mit ihrem Mann, Erich Peter Neumann, 1947 das Allensbacher Institut. Von Anfang an setzte sie diesem, neben dem kommerziellen Ziel, auch eine wissenschaftlich-dokumentarische Aufgabe. Wenn es heute möglich ist, über vier Jahrzehnte hinweg zu verfolgen, was die Deutschen über Religion und Glück, Freizeit und Autos, sittliche Werte und Konsumgüter gedacht haben, wenn es nicht nur Momentaufnahmen der Meinungsentwicklung gibt, wenn vielmehr Trends und Kontinuitäten herausgearbeitet und auf Kausalzusammenhänge untersucht werden können, dann ist das in erster Linie ein Verdienst dieser erfolgreichen Unternehmerin, die ihre wissenschaftliche Verantwortung nie aus den Augen ließ, auch wenn es noch so viel Geld und Mühe kostete, die *großen Materialmengen zu archivieren* und verfügbar zu halten.

Die angewandte Umfrageforschung verdankt ihr nicht allein ihr zeitgeschichtliches Gedächtnis, dessen Bedeutung sich gerade jetzt, angesichts des „Generationsbruchs" und des „Wertewandels", erweist, sondern auch eine Fülle von Verbesserungen der Methodik. Darüber hinaus hat Elisabeth Noelle-Neumann seit 1974 mit der Entdeckung der „Schweigespirale" (Piper-Verlag, München, 1980) die erste Theorie der menschlichen Kommunikation zur Diskussion gestellt, in der die bisher ziemlich unverbunden nebeneinander bestehenden Ergebnisse der Erforschung der individuellen und der gesellschaftlichen Kommunikation zusammengeführt und die Wirkungen der einen auf die andere erklärt werden.

In Deutschland hat dieses Modell viel (und nicht nur wissenschaftlich begründete) Gegnerschaft ausgelöst. In der übrigen, vor allem in der angelsächsischen Welt findet es großes Interesse und weithin Anerkennung, fördert es doch die Hoffnung, daß Millionen unzusammenhängender Einzeldaten durch eine übergreifende Theorie geordnet und erklärt werden können. A. M. Deisenberg hat diese unterschiedliche Rezeption der „Schweigespirale" und die Gründe dafür in ihrer Dissertation (Minerva, München, 1986) dargestellt.

Seit zwei Jahren ist Elisabeth Noelle-Neumann von ihrem Ordinariat in Mainz, das sie seit 1964 innehatte, entpflichtet. Aber das ist eigentlich nur ein Wort. Nach wie vor ist sie dort tätig, nach wie vor arbeitet sie, als wenn es für sie die Last der Jahre nicht gäbe, mit Assistenten, Studenten und Kollegen am weiteren Ausbau ihres Faches. Nach wie vor schreibt, redet und debattiert sie ohne Angst vor Widerspruch, Polemik und Aggression, im Hörsaal, vor der Fernsehkamera und auf Kongressen diesseits und jenseits des Atlantiks. Eine mutige Frau, die sich und anderen nichts schenkt, unbeugsam, kämpferischer und konsequenter als viele Männer der Wissenschaft.

Betriebsräte gegen SPD-Energiepläne

dpa, **Hamburg**

Gegen die Pläne der SPD, aus der Kernenergie auszusteigen, wendet sich eine „Aktion Konsens", in der sich Betriebsräte aus der kerntechnischen Industrie zusammengeschlossen haben. Die SPD habe bis heute nicht nachgewiesen, durch welche Energieart, die umweltfreundlich und wirtschaftlich vertretbar sei, die Kernenergie zu ersetzen sei, sagte Heinz Wessendorf, Betriebsratsvorsitzender der Kraftwerksunion in Erlangen. Die beteiligten Betriebsräte, empfehlen ihren Kollegen, die Partei zu wählen, die ihre Arbeitsplätze sichert.

Appell an die Länderchefs

dpa, **Mannheim**

ARD und ZDF, RTL-plus und SAT-1 richteten gestern nach einem Gespräch in Mannheim den dringenden Appell an die Länderchefs, trotz medienpolitischer Meinungsverschiedenheiten bei ihrer Konferenz heute in Bonn einen einheitlichen Medienstaatsvertrag zu ermöglichen. Insbesondere die Aufteilung der Kanäle auf dem Rundfunksatelliten (TV Sat) bedürfe einer sofortigen Entscheidung. Kanzleramtsminister Schäuble sagte gestern, es müsse in der föderalistischen Ordnung möglich bleiben, daß sich die Länder im Interesse aller verständigten.

Amerika – unsichtbarer Wächter über den Golf

Araber vertrauen auf den Schutz der Navy und der Briten

C. GRAF BROCKDORFF, Muscat

Jede Betrachtung der Lage am Persischen Golf muß damit anfangen, daran zu erinnern, daß es dort etwas gibt, was nie jemand sieht. Jedenfalls nicht von der Südspitze der arabischen Halbinsel aus, so sehr man sich auch bemüht, mit dem Feldstecher den Horizont abzusuchen: eine amerikanische Trägerkampfgruppe. Jahrein, jahraus steht sie hinter dem Horizont, bereit, die Seemacht der USA in der Region zur Geltung zu bringen, wenn die Situation es erfordert. Zur Zeit ist sie um den atomgetriebenen Flugzeugträger „Carl Vinson" gruppiert, ab Januar um das neueste Schiff der amerikanischen Flotte, die „Theodore Roosevelt (96 840 Tonnen).

In Saudi-Arabien, in Oman, in den Emiraten am Golf weiß man das. Man spricht nicht davon; die Präsenz der Amerikaner in greifbarer Nähe ist wie eine Lebensversicherung, unter de-

ANALYSE

deren Schutz sich das Leben abspielt. Ob eigenem Antrieb folgend oder dem Rat des weisen Sultans Kabus von Oman, der Washington geraten hat, sich unter keinen Umständen in den Golfkrieg einzumischen – die Vereinigten Staaten haben sich bisher neutral verhalten. Der unglücklich ausgeführte und mißglückte Versuch, die selbstgewählte Isolation der Mullahs in Teheran zu durchbrechen, widerspricht nicht dieser Aussage. Reagans Versuch ist in einigen Golfstaaten, voran in Oman, denn auch richtig verstanden worden – ganz im Gegensatz zu den Reaktionen, die er anderenorts ausgelöst hat. Sultan Kabus, unter den Staatsmännern am Golf der prowestlichste, wird der Kommentar zugeschrieben: „Nur keine Aufregung, das Geschrei geht wieder vorbei."

Er ist eine der interessantesten Figuren am Golf. 46 Jahre alt, ehemals britischer Offizier mit Dienstzeit in der Rheinarmee, hat er sich nicht gescheut, die Engländer zu bitten, die seit dem Rückzug östlich von Suez 1970 selbst auferlegte Zurückhaltung zu durchbrechen und mit einer starken Kampfgruppe des Heeres unter einem Divisionsstab, Flotteneinheiten mit dem Flugzeugträger „Illustrious" und Tornados der Royal Air Force zu Manövern nach Oman zu kommen, um mit den britisch geführten omanischen Truppen – übrigens nach NATO-Standard-Vorschriften – in der Wüste zu üben. Selbst das immer kritische Kuwait, von allen Golfanliegern am meisten mit Moskau liebäugelnd, sparte nicht mit öffentlichem Lob für den Sultan, obwohl es ein offenes Geheimnis ist, daß die Nachbarn Oman die vorzüglichen Streitkräfte neiden.

Saudi-Arabien, Gigant unter den ölproduzierenden Wüstenstaaten, kann es Oman nicht gleichtun. Es hat eine Luftwaffe – derzeit in Umrüstung auf Tornado –, die als recht gut beschrieben wird. Die saudische Marine mag eben noch gehen, wenn man westliche Standards außer acht läßt. Das Heer – und das gilt neben Oman auch für die anderen Nachbarn –, wird in den westlichen Expertenkreisen als wenig tauglich angesehen. Politisch wird es in der Bundesrepublik als unmöglich betrachtet, Leopard-2-Panzer nach Saudi-Arabien zu liefern. Das hat wohl seine Berechtigung. Militärisch wäre das Land gar nicht in der Lage, die Möglichkeiten des Panzers auszuschöpfen. Keiner der arabischen Staaten hat es bis heute gelernt, Panzer anders als Sturmartillerie einzusetzen. Die hohe Schule der Verwendung des Kampfpanzers in der Bewegung beherrscht im Mittleren Osten nur ein Land: Israel.

Auf der anderen Seite des Golfs könnte der Krieg in eine entscheidende Phase getreten sein. Irak gelang es mit dem Angriff auf den südlichsten Ölverladeplatz Irans bei der Insel Larak in der Seestraße von Hormuz, seinem Luftkrieg strategische Dimension zu geben. Die kontinuierliche Fortsetzung der Larak-Angriffe müßte Iran in die Knie zwingen, denn ohne Ölexporte wäre der Krieg nicht mehr finanzierbar. Fraglich ist allerdings, ob Irak seine Chancen erkannt hat.

In Saudi-Arabien und den anderen Golfstaaten wünscht man sich weder Gewinner noch Verlierer im Golfkrieg. Das sozialistische Baath-Regime in Bagdad ist verhaßt, die Iraner sind eine ständige Quelle der Unsicherheit. (SAD)

Washington sagt Ankara mehr Hilfe zu

E. ANTONAROS, Rom

Nach dreizehnmonatigen Verhandlungen haben die Türkei und die USA ihre Gegensätze überbrückt und eine Erneuerung des im Dezember 1985 abgelaufenen bilateralen Verteidigungsabkommens in Ankara paraphiert. Einzelheiten über die neuen Regelungen, die rückwirkend vom Dezember 1985 in Kraft treten werden, sollen erst bei der Unterzeichnung des auf fünf Jahre befristeten Abkommens durch die Außenminister der beiden Länder im Januar in Washington bekanntgegeben werden.

Es soll den Türken gelungen sein, während der Verhandlungen eine ihrer beiden wichtigsten Forderungen durchzusetzen: Washington soll sich „großzügig und verständnisvoll" im Zusammenhang mit der Zahlung zugesagter Militärkredite zeigen. Den Türken geht es darum, künftig einen *möglichst großen Teil der US-Militärhilfe* in Form von Gratis-Zuwendungen zu erhalten.

Was die türkische Verbitterung über die alljährlich vom US-Kongress gekürzte Militärhilfe an Ankara betrifft, so konnten Washingtons Unterhändlern den Türken auch diesmal keine festen Zusage machen: Richard Perle, Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, der die US-Delegation während der letzten Verhandlungsrunde leitete, sagte lediglich, daß Washington „nichts unversucht" lassen werde. Nach seinen Angaben soll die Türkei 1986/87 Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 590 Millionen Dollar erhalten.

In diesem Betrag sind offenbar Rüstungslieferungen nicht enthalten, die der Türkei vereinbarungsgemäß aus Restbeständen der amerikanischen Streitkräfte zukommen sollen. Dazu zählen unter anderem von der US-Luftwaffe ausgemusterte Militärflugzeuge sowie Panzer, Flakgeschütze und Gewehre vor allem für die in Ostanatolien stationierten Armeeinheiten. Auch die Modernisierung der türkischen Flugzeugindustrie soll ermöglicht werden.

Aus amerikanischer Sicht sichert das neue Abkommen die Präsenz der US-Stützpunkte und Horchposten in der Türkei ab. Durch den nun erfolgten Vertragsabschluß haben die Amerikaner grünes Licht für die Modernisierung ihrer Anlagen erhalten. Ihnen geht es in erster Linie um den Ausbau von Luftstützpunkten in Südostanatolien. (SAD)

Wiener Parlament konstituiert sich: Die Grünen sorgen für Aufregung

Neue Regierung vermutlich erst im Januar / Unbehagen bei der SPÖ, Unsicherheit bei der ÖVP

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das neugewählte österreichische Parlament – der Nationalrat – ist gestern zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Aber eine neue Regierung ist noch nicht in Sicht. Die große Koalition SPÖ-ÖVP wird vermutlich erst im Januar unter Dach und Fach sein. Bis dahin führt das bisherige Kabinett unter Bundeskanzler Franz Vranitzky die Geschäfte. Die Sitzverteilung im neuen Parlament: SPÖ 80, ÖVP 77, FPÖ 18, die Grünen acht.

Schon jetzt aber hat sich die Parlamentsszene grundlegend gewandelt. Der bisherige Präsident des Nationalrates, der mächtige Gewerkschafts-Chef Anton Benya (SPÖ), der lange Jahre als unangreifbare Institution galt, trat aus Altersgründen zurück. Zu seinem Nachfolger wurde der ehemalige Außenminister und Wiener Bürgermeister Leopold Gratz (SPÖ) gewählt.

Aufregung beim Einzug der Grünen ins Parlament: Sie erschienen ohne Krawatte, mit grünen Zweigen am Revers und trugen mit politischen Umweltparolen beklebte Koffer mit sich.

Dann stellten sie einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung und auf Einsetzung eines Umweltausschusses – was die beiden Großparteien erwartungsgemäß ablehnten. Der grüne Abgeordnete Herbert Fux – deutschen Fernsehzuschauern als Filmbösewicht bekannt – handelte sich eine erste Rüge des Parlamemntspräsidiums ein, weil er nicht zum Thema gesprochen habe. So verspricht das neue Parlament, in dem erstmals seit dem Verschwinden der Kommunisten wieder eine vierte Fraktion präsent ist, interessant und bewegt zu werden.

Auch die Freiheitlichen unter Jörg Haider – an deren Regierungsbeteiligung unter sozialistischer Führung sich offenbar kaum noch jemand zu erinnern vermag – ließen in ersten Äußerungen bereits erkennen, daß sie, getreu den Ankündigungen ihres jungen Vorsitzenden, schon bald für „Wirbel" im Hohen Hause sorgen werden. Ein Volksbegehren für die Abschaffung von Privilegien steht bei ihnen bereits auf der Tagesordnung.

Die beiden Großparteien müssen inzwischen nicht nur miteinander um die neue Regierung – also die vielzitierte „Elefantenhochzeit" ringen, sondern darüber hinaus mit internen Problemen fertig werden.

Zwar hat Bundeskanzler Franz Vranitzky die Sozialisten als stärkste Partei aus der Wahlschlacht herausgeführt und damit seine Autorität erheblich gestärkt. Aber der linke Flügel der Partei beginnt sein Unbehagen über die kommende Koalition mit der ÖVP und über die ganze Richtung, die keineswegs nach links geht, zu artikulieren.

Dabei scharen sich die Linken um einen früher einflußreichen sozialistischen Politiker, der von SPÖ-Chef Fred Sinowatz zuerst als Außenminister abgelöst und nun auch um sein Parlamentsmandat „erleichtert" wurde: um Erwin Lanc, Exponent des „gesellschaftsverändernden" Flügels der Wiener Sozialisten.

Lanc, der auf der Wiener Kandidatenliste der SPÖ an vierter Stelle stand, mußte aus parteiinternen Gründen auf sein Mandat verzichten. Inzwischen haben prominente und weniger prominente Linke in einer Anzeigenkampagne die Mandatsverweigerung für ihn als „Wählertäuschung" und als „Schande für die Demokratie" bezeichnet. Das läßt auf kommende Auseinandersetzungen in der SPÖ schließen.

Auch in der ÖVP herrschen Unsicherheit und Zweifel. Von manchen ihrer Funktionäre hört man schon die bange Frage, ob die Volkspartei durch ihren kommenden Eintritt als Juniorpartner in eine große Koalition nicht dem Aufsteiger Vranitzky bei der nächsten Wahl zu einer absoluten SPÖ-Mehrheit verhelfen werde.

Umfrage zeigt: Chirac trotz der Unruhen stark

dpa, Paris

Besser als erwartet hat der konservative französische Premierminister Chirac die Studentenunruhen der vergangenen Wochen politisch überstanden. Der sozialistische Staatspräsident Mitterrand ist allerdings erwartungsgemäß gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Dieses Resultat ergibt eine Meinungsumfrage, die die sozialistische Pariser Zeitung „Le Matin" in Auftrag gegeben hatte.

Danach stimmten 56 Prozent der Franzosen Mitterrands Haltung zu, der sich früh zu den Sorgen der Studenten bekannt hatte. 45 Prozent hielten Chiracs Verhalten gut. Dieses Resultat nannte „Le Matin" erstaunlich. Der Abstand von rund zehn Prozent zwischen Präsident und Regierungschef in allen Umfragen der jüngsten Zeit habe sich trotz der Demonstrationen gehalten. Wenn jetzt Präsidentschaftswahlen wären, erwarteten 44 Prozent Mitterrands Wiederwahl. 49 Prozent glaubten nicht daran. 40 Prozent sahen Chirac als Sieger, 53 Prozent nicht. 35 Prozent sprachen sich für Michel Rocard aus der Sozialistischen Partei, 34 Prozent für den bürgerlich-liberalen Raymond Barre aus.

Südafrikaner in Swasiland entführt

AP, Mbabane/Lusaka

Aus Swasiland wird erneut ein Fall von Menschenraub gemeldet. Die Polizei teilte gestern mit, hinter der Entführung stehe offenbar Südafrika. Der Südafrikaner Roy Zahee, der nach Meldungen der Zeitung „Times of Swaziland" vermutlich Mitglied der gegen die Apartheid arbeitenden Vereinigten Demokratischen Front (UDF) ist, wurde am Montag abend von zwei Männern gekidnappt. Nach Angaben von Ministerpräsident Sotja Dlamini sind in der vergangenen Woche südafrikanische Stoßtrupps fünf Mal nach Swasiland eingedrungen. Die Polizei in Sambia hat einen Briten, einen Australier und einen Neuseeländer festgenommen. Sie sollen – von Pretoria gedungen – Bombenanschläge verübt haben.

Fall Förster: Hessen will Auslieferung

dpa, Wiesbaden

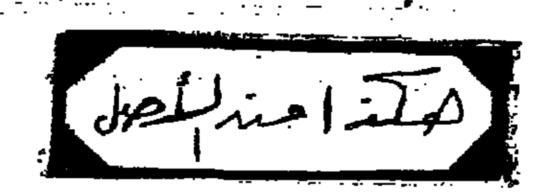
Hessens Justizminister Günther (SPD) bemüht sich um die Auslieferung des wegen Besitzes von Haschisch in Malaysia angeklagten Frank Förster aus Hallgarten bei Wiesbaden. Wie Günther gestern mitteilte, hat er die zuständige Staatsanwaltschaft veranlaßt, entsprechende Schritte einzuleiten. Förster solle wegen der ihm in Ostasien zur Last gelegten Tat in seiner Heimat strafrechtlich verfolgt und damit der in Malaysia drohenden Todesstrafe entzogen werden. Nach deutschem Recht könne das dem 24jährigen vorgeworfene Delikt mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr belegt werden. Die Erfolgsaussichten des Auslieferungsersuchens ließen sich noch nicht beurteilen.

Enger Mitarbeiter Jamanis entlassen

AP, Er-Riad

Durch königliches Dekret ist Abdul Hadi Taher, der Gouverneur der staatlichen saudiarabischen Ölorganisation, entlassen worden. Die amtliche Nachrichtenagentur meldete, der 55jährige sei „seines Postens enthoben und pensioniert" worden. Ein Nachfolger wurde nicht benannt. Taher stand acht Jahre lang an der Spitze der saudiarabischen Organisation für Öl und Mineralien, Petromin. Er hatte eng mit dem am 30. Oktober überraschend entlassenen Ölminister Jamani zusammengearbeitet. Seit Jamanis Entlassung gibt es in Kreisen der Ölindustrie Spekulationen, daß dessen Nachfolger, der frühere Planungsminister Hischam Naser, seine eigenen Mitarbeiter wählen wolle.





Immer häufiger liest man von sensationellen Erfolgen bei der Verpflanzung von Organen. Bei vielen lebensbedrohlichen Erkrankungen kann heute der Austausch des Organs den Patienten retten. Doch diese Erfolge täuschen über die Schwierigkeiten hinweg, die auch in der Bundesrepublik mit Organtransplantationen noch verbunden sind. Die Zahl der Menschen, die ihre Einwilligung zur Organspende geben, hält nicht mit den medizinischen Möglichkeiten Schritt. Zwischen Organentnahme und -verpflanzung liegen zu viele Hürden; die gesetzliche Absicherung läßt seit Jahren auf sich warten. Die Folge sind ständig wachsende Wartelisten.

Viele Menschen hoffen auf die rettende Organspende

Von ANNETTE TUFFS

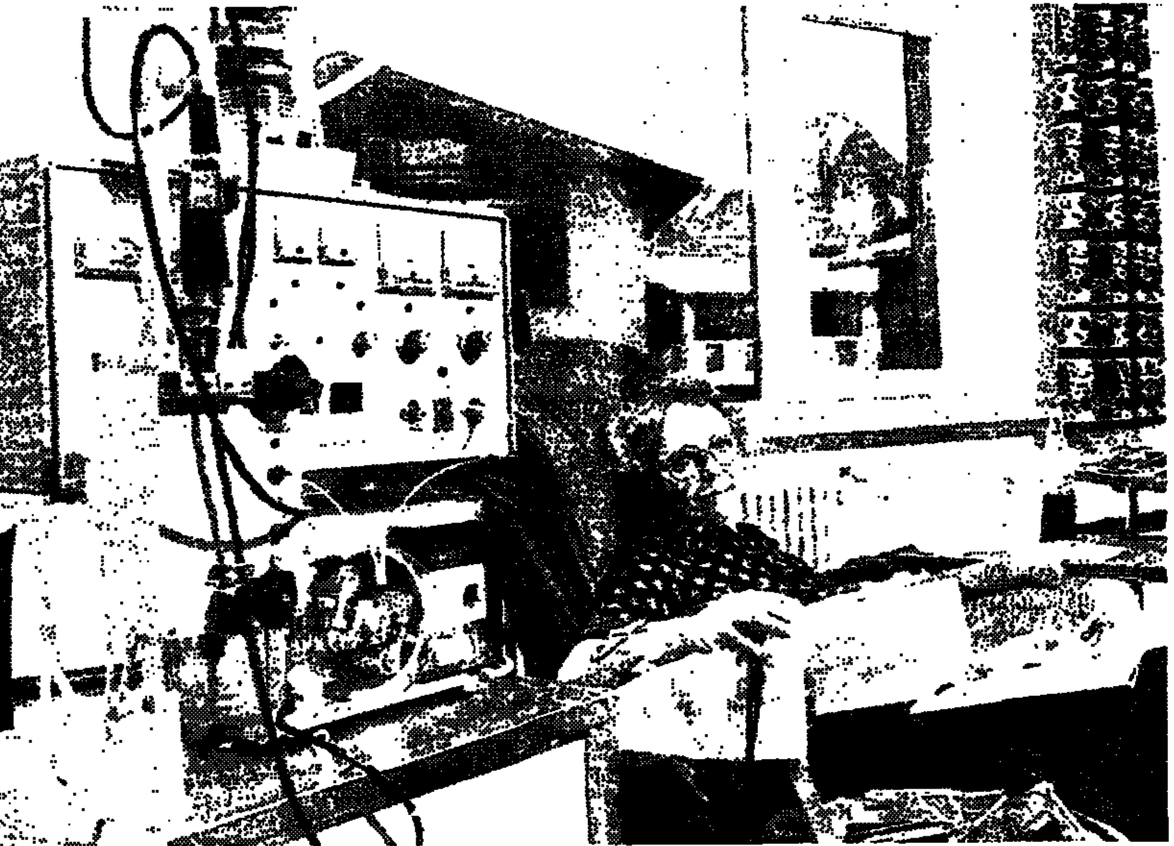
Organtransplantation kann jeden betreffen: als Spender oder als Empfänger von Organen, als Angehörigen eines hirntoten Patienten ebenso wie als Verwandten oder Freund eines Nierenkranken, der nur durch die Blutwäsche (Dialyse) überleben kann und auf eine Spenderniere hofft.

In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit ca. 18 000 Patienten, die durch ihre chronische Nierenerkrankung an den Dialyseapparat gebunden sind. 4 100 sind für eine Transplantation angemeldet, aber man schätzt, daß etwa 12 000 Nierenkranken ein Spenderorgan übertragen werden könnte, wenn genügend davon zur Verfügung ständen. Stattdessen verlängert sich die Warteschlange jährlich um etwa 2000 Patienten. Der Kreis der Transplantations-Anwärter vergrößert sich zudem noch um diejenigen, die bereits auf eine zweite oder dritte Niere hoffen, da das erste Transplantat – zumeist weil es vom Körper abgestoßen wurde – seine Funktionfähigkeit verloren hat.

Um diese bedrückende Warteliste abzubauen – im Durchschnitt beträgt die Wartezeit für eine Nierentransplantation heute 27 Monate – müßten jährlich mindestens 2000 bis 2500 Nieren verpflanzt werden. Obwohl man schätzt, daß von etwa 4000 Unfallopfern ein oder mehrere Organe entnommen werden könnten, sind 1985 nur 1275 Nieren verpflanzt worden. Erstmals hat die Transplantationsfrequenz, die seit ersten Nierenübertragungen in den 70er Jahren kontinuierlich gestiegen ist, nicht mehr zugenommen.

Auch bei Leber- und Herztransplantationen ist der bestehende Bedarf noch bei weitem nicht gedeckt. Da man nicht genau die Grenzen abgesteckt hat, wer eigentlich als Empfänger in Frage kommt (sollen etwa leberkranke Alkoholiker ein Spenderorgan bekommen?), können hier nur ungefähre Zahlen angenommen. Professor Rudolf Pichlmayr, Leiter der Klinik für Transplantationschirurgie an der Medizinischen Hochschule Hannover, rechnet mit einem jährlichen Bedarf von etwa 500 bis 800 Lebertransplantaten und 150 Übertragungen von Spenderherzen. Mit der Verpflanzung einer Bauchspeicheldrüse, die bei schwer Zukkerkranken oft in Verbindung mit einer Nierentransplantation vorgenommen wird, könnten jährlich 100 bis 200 Patienten – statt momentan 30 – behandelt werden, falls mehr Organe zur Verfügung ständen. Wird die Bundesrepublik weiterhin ein „Entwicklungsland" im Bereich der Organtransplantation sein?

Vergleicht man die Häufigkeit der Nierentransplantationen mit anderen europäischen Ländern, schneidet die Bundesrepublik zunächst schlecht ab: So wurde 1984 registriert, daß hierzulande nur 16,4 Transplantationen pro 1 Million Einwohner vorgenommen wurden, in Großbritannien dagegen 28,3 und in Norwegen sogar 39. „Dies liegt vor allem daran, daß in der Bundesrepublik alle Nierenkranken mit der kostspieligen Dialysebehandlung versorgt werden können, was in anderen europäischen Ländern nicht der Fall ist", so Dr. Klaus Ketzler, der Vorstand des Kuratoriums für Heimdialyse (KfH) in Neu-Isenburg.



Erst ein Spenderorgan beendet die Abhängigkeit vom Dialyse-Gerät
FOTO: LOTHAR REINBACHER

Hohe Kosten verhindern die Dialysebehandlung

Nierenerkrankungen sind überall in Europa gleich häufig (etwa 3000 pro 1 Million Einwohner). Nicht in allen Ländern werden die Patienten aber mit der Blutwäsche behandelt, da man die enormen Kosten (im Jahr zwischen 50 000 und 100 000 Mark) nicht aufbringen kann. So wird in Großbritannien und Norwegen ab einer bestimmtem Altersgrenze von der aufwendigen Dialysebehandlung abgesehen; nur eine sofortige Transplantation kann die betroffenen Patienten dann noch retten. „Für den Patienten und seine Familie sowie den behandelnden Arzt ist dies eine schreckliche Situation, da sie wissen, daß eine Behandlung medizinisch möglich wäre, aber meist nicht bezahlt werden kann", berichtet Professor Eckehard Renner, Nierenspezialist aus Köln.

Angesichts dieser Notlage erklären sich immer mehr Angehörige bereit, dem Kranken eine Niere zu spenden. Wird der Anteil dieser Lebendspender abgezogen, so kommt man in Norwegen auf nur 23,6 Transplantationen bei 224 behandelten Patienten pro 1 Million Einwohner. In der Bundesrepublik wird hingegen nur ein verschwindender Anteil der Nieren von Angehörigen gespendet. 1985 wurden 20,9 Organverpflanzungen und 350 Dialysepatienten pro 1 Million Einwohner registriert. Im europäischen Vergleich haben die Bundesrepublik und die Schweiz mit Abstand die meisten mit Dialyse behandelten Nierenkranken sowie Erst-Transplantationen von Nieren.

Dies ist auch dem Engagement des Kuratoriums für Heimdialyse zu verdanken, das fern jeder sensationellen Transplantationsmedizin ein flächendeckendes Versorgungsnetz für die Bundesrepublik aufgebaut hat. Aus einer privaten Initiative von Klaus Ketzler entstanden, ist mittlerweile daraus eine große Organisation geworden, die mit Hilfe von Bankkrediten rund 6000 Dialyse-Maschinen für mehr als 70 Behandlungszentren oder zur Heimdialyse zur Vefügung stellt.

In jedem der 24 Transplantationszentren der Bundesrepublik hat das Kuratorium eine Organisationszentrale für alle Transplantationen geschaffen. Mit insgesamt mehr als 2000 Mitarbeitern ausgestattet, sind die Zentralen nicht nur für Entnahme und Transport von Organen zuständig, sie entsenden auch Fachärzte, die den Hirntod bei bewußtlosen Patienten feststellen können, und erledigen Verwaltungsaufgaben.

„Das größte Problem bei der Gewinnung von Spenderorganen ist nicht mehr unbedingt die mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung zur Organspende – etwa 90 Prozent willigen heute ein, Organe bei Angehörigen entnehmen zu lassen. Vielmehr klappt die Zusammenarbeit mit Kliniken, die potentielle Organspender versorgen, nicht immer. Da der direkte Bezug zu nierenkranken Empfängern fehlt, ist oft nicht die Bereitschaft vorhanden, in dem sicherlich sehr belastenden Gespräch die Angehörigen um eine Organspende zu bitten", so Ketzler.

Viel verspricht man sich deshalb von der Arbeit des „Transplantations-Koordinators", der einen besseren Kontakt der Zentren zu auswärtigen Krankenhäusern herstellen soll. Bis jetzt scheint dieses Konzept Erfolg zu haben: In den ersten acht Monaten 1986 wurden bereits mehr als 1000 Nieren transplantiert, so daß man vermutlich das angestrebte Ziel von 1500 Übertragungen erreichen wird. Problematisch ist nach wie vor die Entnahme mehrerer Organe bei hirntoten Patienten. „Da man weiß, daß dies häufig von den Angehörigen abgelehnt wird, wird oft auf die Bitte um mehrere Organe verzichtet, um wenigstens die Nieren verwenden zu dürfen." Für Leber- und Herzkranke kommt aber der erlösende Telefonanruf, daß ein Spenderorgan zur Verfügung steht, oft zu spät.

Das notwendige Gesetz blieb auf der Strecke

Von verschiedenen Seiten wird daher immer wieder ein Gesetz gefordert, das die die bedrückende Situation der Patienten auf der Warteliste verbessert. 1976 bereitete die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf mit einer „Widerspruchslösung" vor: Wenn der Verstorbene durch Eintragung in den Personalausweis nicht ausdrücklich widersprochen hatte, daß nach dem Tode seine Organe entnommen werden, sollte eine Explantation möglich sein. Der Widerspruch konnte auch auf ein bestimmtes Organ beschränkt werden. Vom Bundesrat wurde dagegen eine „Zustimmungslösung" befürwortet: eine Entnahme der Organe sollte nur dann erfolgen, wenn die Einwilligung des Verstorbenen im Personalausweis eingetragen ist oder seine nächsten Verwandten zustimmen.

Keine der beiden Lösungen konnte sich durchsetzen. Vor allem die Eintragung in den Personalausweis erschien fragwürdig: Soll ein amtlicher Vorgang mit einer so weitreichenden persönlichen Entscheidung verbunden werden? Wie kann man eine erneute Willensänderung dokumentieren und wie erreicht man, daß Verweigerer einer Organspende nicht diskriminiert werden? Müßte für den Fall, daß der Personalausweis nicht gefunden werden kann, bei allen Transplantationszentren in der Bundesrepublik ein Widerspruch vorsorglich hinterlegt werden, wie es in Österreich der Fall ist, wo man die Widerspruchslösung eingeführt hat. Nach zahlreichen Kontroversen wurde die Entscheidung vertagt, es wurde stiller um das Gesetz, man baute auf die freiwillige Bereitschaft zur Organspende.

Zur Zeit wird in der Bundesrepublik eine erweiterte Zustimmungslösung praktiziert: Liegt eine Einwilligung etwa in Form eines Organspendeausweises vor, wird zusätzlich die Entscheidung der Angehörigen respektiert. Nur ein akuter Notstand kann eine Organentnahme ohne Einwilligung der Angehörigen zulassen. Trotz dieser erfolgreichen Regelung, die auch dadurch bestätigt wird, daß die Widerspruchslösung in Österreich bis jetzt nicht zu der erwarteten Zunahme der Transplantationen geführt hat, werden immer wieder gesetzliche Maßnahmen gefordert. So weist Professor Renner darauf hin, daß in den USA und in Belgien Nieren von nicht verwandten Personen verpflanzt wurden.

Wie aber kann man den Helfer vom bezahlten Organspender unterscheiden? Ist damit der erste Schritt zum kommerziellen Organhandel getan? Auch der Göttinger Spezialist für Rechtsfragen der Transplantation, Professor Hans-Ludwig Schreiber, ist der Meinung, daß man auf längere Sicht ohne ein Transplantationsgesetz nicht auskommen wird. Vor allem müßte die Reichweite des Notstandes, bei dem eine Einwilligung der Angehörigen nicht erforderlich ist, präziser gefaßt werden.

Auf die letzte Anfrage im Bundestag wurde von Seiten der Regierung kein neuer Gesetzeswntwurf angekündigt. Zu überdenken sei allerdings, ob die Ärzte im Rahmen ihrer Selbstverwaltung verpflichtet werden könnten, den Angehörigen jedes hirntoten Patienten die Bitte um eine Organspende vorzutragen.

Wie ein Datenverbund Patienten helfen kann

Seit 1967 hat sich im holländischen Leiden eine Organisation etabliert, die vielen Menschen das Leben gerettet oder deren Lebensqualität erheblich verbessert hat: „Eurotransplant" sammelt alle medizinischen Daten von Patienten, die in den Beneluxstaaten, Österreich und der Bundesrepublik auf ein Organ (Niere, Leber, Herz, Bauchspeicheldrüse oder Hornhaut) warten. Hier wird sichergestellt, daß für jedes Organ der passende Empfänger gefunden wird.

„Passend" ist ein Organ dann, wenn es sich in möglichst wenigen Eigenschaften von dem Gewebe des Empfängers unterscheidet. Jede Zelle eines Organismus besitzt an ihrer Oberfläche ein typisches Muster von mehr 80 Eiweißstoffen (HLA-Antigene). Kommt der Körper mit Antigenen eines fremden Gewebes in Kontakt, wie dies bei der Transplantation der Fall ist, so stößt er das Gewebe ab.

Um diese Gefahr gering zu halten, muß für jeden Empfänger ein möglichst identischer Spender gefunden werden. Ein auf den Empfänger „zugeschnittenes" Organ hat nämlich eine 20 Prozent größere Erfolgschance als ein unverträgliches Transplantat. Alle Empfänger und Spender werden Eurotransplant gemeldet, damit aus den computergespeicherten Daten der ideale Gewebetyp herausgesucht, sowie Transport und Transplantation der Organe von Leiden aus organisiert werden kann.

Auf einer Warteliste sind die Patienten-Daten nach einem „Dringlichkeits-Code" in fünf Stufen gestaffelt: Bevorzugt behandelt werden Patienten, die ohne eine Transplantation aufgrund ihres Zustandes innerhalb der nächsten Wochen sterben würden, sowie Nierenkranke, die bereits sehr viele Antikörper gegen fremde Gewebsantigene besitzen. Für sie muß ein möglichst identisches Organ gefunden werden.

Wandel in der Rolle von Eurotransplant

Für die Bundesrepublik war die Zusammenarbeit mit Eurotransplant vor allem in den 70iger Jahren wertvoll, als wesentlich mehr Organe „importiert" als „exportiert" wurden. Mittlerweile hat sich die Bilanz ausgeglichen. „Die Rolle von Eurotransplant hat sich etwas gewandelt", stellt der Nephrologe Prof. Eckehard Renner aus Köln fest. „Für die Patienten, die sehr viele Antikörper besitzen und deswegen ein genau passendes Transplantat brauchen, hat die Organisation aber noch eine große Bedeutung." Die „unkomplizierten" Fälle profitieren weniger von dem europäischen Austausch der Organe, mehr als die Hälfte der gespendeten Nieren bleiben in der Bundesrepublik.

Nach der Einführung des Medikaments Cyclosporin A, das die Abstoßungsreaktion nach einer Transplantation erfolgreich unterdrückt, hatte man zum Teil euphorisch auf das „HLA-matching", die genaue Anpassung der Antigene, verzichten wollen. Das dieses jedoch immer noch von enormer Bedeutung ist, wird mittlerweile als eines der Ergebnisse einer internationalen Transplantationsstudie, die 1982 vom immunologischen Institut der Universität Heidelberg unter der Leitung von Prof. Gerhard Opelz initiiert wurde, allgemein anerkannt. 240 Transplantationszentren in 31 Ländern haben sich der Studie freiwillig angeschlossen und medizinische Daten von fast 35 000 Nierentransplantationen gemeldet.

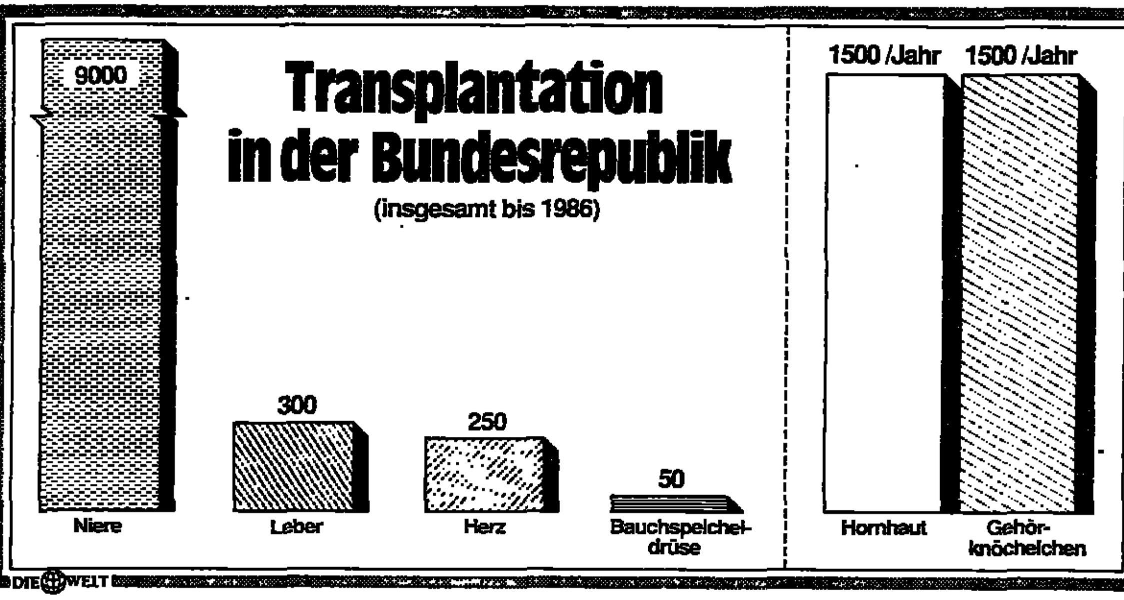
Neue Kriterien für die Vergabe von Organen

Nur mit einer riesigen Datenmenge lassen sich Aussagen über die Bedeutung der zahlreichen Faktoren, die für die Gewebe-Annahme eines fremden Organs ausschlaggebend sind, machen. „Die Gewichtung der einzelnen HLA-Antigene kann erst definitiv bestimmt werden, wenn wir auf Daten von mindestens 100 000 Transplantationen zurückgreifen können", bewertet Prof. Gerhard Opelz die Aussagekraft der Studie. Es ist zu erwarten, daß aufgrund dieser Arbeiten, von den Instituts-Mitarbeitern in ihrer Freizeit erledigt, neue Kriterien für die Vergabe von Organen aufgestellt werden, die eine Reorganisation des europäischen Transplantationswesens erforderlich machen.

Unterstützung bei Übermittlung und Verarbeitung der Daten bietet jetzt die Computerfirma IBM in dem Projekt TRAINS an. Rascher weltweiter Informationsaustausch zwischen den Transplantationszentren wird durch einen Computerverbund gewährleistet, der auf dem bestehenden Datennetz EARN aufbaut. Über Schnittstellen können die Benutzer neue Daten eingeben und auch auf die Ergebnisse der Heidelberger Studie zurückgreifen.

Eurotransplant will ebenfalls ein Verbundsystem errichten, das die Organisation vereinfachen soll. Obwohl TRAINS nur für Forschungszwecke eingesetzt werden soll, bemängeln Experten schon jetzt die Zweigleisigkeit mit dem konkurrierenden Datenverbund von Eurotransplant.

ANNETTE TUFFS



Nierenerkrankungen können in jedem Lebensalter auftreten, der größte Teil der Dialysepatienten ist 30 bis 50 Jahre alt. Etwa zwei Drittel von ihnen wären für eine Transplantation geeignet. Übertragene Nieren können heute länger als 10 Jahre überleben, die längste Lebensdauer beträgt bisher 22 Jahre. Die Operationsverfahren werden immer besser beherrscht, die Nierentransplantation ist bereits zu einem Routineeingriff geworden und muß einer belastenden Dialysebehandlung, die dreimal in der Woche vier Stunden lang durchgeführt wird, vorgezogen werden.
Die Anwendung des Medikamentes Cyclosporin, das die Immunabwehr und damit die Abstoßung des Organes unterdrückt, hat bewirkt, daß andere Medikamente sehr viel niedriger dosiert werden können. Gefürchtete Infektionen, die früher häufig nach Transplantationen vorkamen, treten deshalb wesentlich seltener auf. Damit das gespendete Organ nicht abgestoßen wird, müssen die Patienten die Medikamente lebenslang einnehmen. Über einen Fünf-Jahreszeitraum gesehen erfordert eine Transplantation und die Nachbehandlung des Patienten etwa ein Drittel der Kosten, die für eine Dialysebehandlung aufgebracht werden müssen. Nachdem im Jahr 1985 die Zahl der Nierentransplantationen stagnierte, wird bis Ende 1986 wieder mit einem Anstieg auf etwa 1500 gerechnet.
Da man eine Transplantation von Herz und Leber jetzt häufiger zu einem Zeitpunkt vornimmt, zu dem der Patient in einer besseren gesundheitlichen Verfassung ist, verbessern sich auch hier die Ergebnisse. Nach einem Jahr sind noch 80 Prozent der Patienten am Leben, etwa 70 Prozent der Herzempfänger überleben mindestens fünf Jahre. Die Angaben zur Transplantationshäufigkeit der einzelnen Organe wurden vom Kuratorium für Heimdialyse (Neu-Isenburg) zur Verfügung gestellt. Da genaue Zahlen nicht bekannt sind, wurden hier Mindestwerte angegeben. A. T.



Bei der Organentnahme darf kein Zweifel sein

Unzureichende Informationen und daraus resultierendes mangelndes Wissen in der Öffentlichkeit führen letztlich dazu, daß sich nur wenige Personen zur Organspende nach ihrem Tod bereit erklären. Sie fürchten, daß ihnen in z.B. einer Notfallsituation bei „lebendigem Leib" Organe entnommen werden, was dann für sie den sicheren Tod bedeuten würde.

Es ist heute ausgeschlossen, daß der gleiche Arzt, der ein Spenderorgan einpflanzt, auch die Entscheidung trifft, ob der Spender tot ist und das Organ entnommen werden darf. Diese strikte Trennung ist eine wichtige Sicherheit für alle Beteiligten.

War zu früheren Zeiten der Tod, der infolge von Atem- und Herzstillstand eingetreten war, ein unwiderrufliches Ereignis, bieten heutzutage Wiederbelebungsmaßnahmen (Herzmassage, künstliche Beatmung) der Notfall- und Intensivmedizin die Chance, diesen „klinischen Tod" rückgängig zu machen. Diese Maßnahmen sind so weit entwickelt, daß sie zur völligen Wiederherstellung aller Funktionen des Organismus führen.

Besteht allerdings bereits zu Beginn der Wiederbelebungsmaßnahmen eine endgültige Schädigung des Gehirns, dann können zwar Herz und Kreislauf wieder in Gang gebracht werden, alle Gehirnfunktionen jedoch sind erloschen: Das Individuum ist tot, aber sein Organismus lebt. Insbesondere für die Angehörigen ist dieser Zusammenhang schwierig zu verstehen, wenn sie den „Toten" äußerlich unverändert sehen und seine Herzaktionen auf einem Monitorbild verfolgen können. Durch den Nachweis, daß unter künstlicher Beatmung das Herz die Blutversorgung der übrigen Organe noch lange aufrecht erhalten kann, hat der Tod eines Menschen eine andere Dimension bekommen.

Ein Hirnversagen bedeutet den Tod des Individuums

Für die meisten Spezialisten, die sich mit Hirnverletzungen und -erkrankungen beschäftigen, ist das irreversible Versagen der Hirntätigkeit mit dem Tod des Menschen gleichzusetzen. Denn mit dem Organtod des Gehirns sind die Voraussetzungen für jedes individuelle Leben (z. B. Denken) ebenso wie alle für das körperliche Leben erforderlichen Steuerungsvorgänge des Gehirns (z. B. Atmen) endgültig erloschen. Zahlreiche Mediziner sehen in der Fortsetzung einer intensivmedizinischen Behandlung bei Verlust der Hirntätigkeit eine „inhumane und nutzlose Handlung an einem toten Menschen."

Während die Todesfeststellung nach allgemeinem Kreislauf- und Herzstillstand allerorts und durch jeden Arzt bescheinigt werden kann, ist die Feststellung des Hirntodes an besondere unumgängliche Bedingungen und an eine Reihe von Befunden gebunden. Diese müssen alle unabhängig und übereinstimmend von zwei Untersuchern erhoben und mit Datum und Uhrzeit protokolliert werden.

Für die Entscheidung gelten strenge Kriterien

Dazu gehören maßgeblich die Bewußtlosigkeit (Koma), der Ausfall der Spontanatmung, die fehlende Lichtreaktion von geweiteten Pupillen und das Fehlen bestimmter Reflexe. Eine Vergiftung mit Medikamenten, primäre Unterkühlung, Kreislaufschock sowie Bewußtlosigkeit aufgrund hormoneller Fehlregulationen muß dabei als mögliche Ursache oder wesentliche Teilursache für den Ausfall der Hirnfunktion ausgeschlossen sein.

Zusätzliche Untersuchungen liefern sichere Entscheidungskriterien, wie beispielsweise Darstellung der Hirngefäße mit Kontrastmitteln und – mit Einschränkungen – das Hirnstrombild (EEG). Gefordert wird im EEG eine sogenannte isoelektrische Nullinie, die jedoch noch nicht allein zur Annahme eines Hirntodes berechtigt. Es gibt eine Reihe von reversiblen Funktionsstörungen, bei denen sich trotz Nullinie die Hirnfunktion wieder erholen kann. Sind jedoch alle anderen Kriterien erfüllt, dann bedeutet eine dreißigminütige, kontinuierliche Registrierung einer „hirnelektrischen Stille" den Hirntod eines Erwachsenen.

VERA ZYLKA

Organspenderausweise können bei Krankenkassen, niedergelassenen Ärzten, bei caritativen Diensten und beim ADAC bezogen werden. Informationsmaterial zum Thema „Organspende und Transplantation" kann kostenlos beim Kuratorium für Heimdialyse e.V., Emil-von-Behringpassage, 6078 Neu-Isenburg, angefordert werden.
Für eine intensivere Auseinandersetzung mit der Problematik wird das Buch „Organspende – Organtransplantation – ein Report des Machbaren" (Herausgeber Elke Dietrich, Verlag R. S. Schulz, Percha, 448 S., 29,50 DM) empfohlen. Experten geben einen aktuellen Überblick über die Transplantations-Forschung sowie die rechtlichen und ethischen Seiten der Organübertragung. Sie stellen klar, daß eine Transplantation längst keine Sensation mehr ist, sondern ein fest kalkulierbares Risiko darstellt.

Der gefesselte Verstand

Sowjetideologie: A. Sinowjews neue Anmerkungen zu einem alten Thema

Alexander Sinowjew, der nach seiner Ausweisung aus der Sowjetunion 1978 in München lebende russische Philosoph und Schriftsteller, hat im Verlauf der letzten zehn Jahre ein monumental zu nennendes Œuvre vorgelegt: mehrere umfangreiche Romane, sozialphilosophische Traktate, Arbeiten zur Logik, sogar Gedichte.

Man preist ihn als Schöpfer eines neuen literarischen Genres, er wird gelesen, doch nicht eigentlich rezipiert. Dies mag bis zu einem gewissen Grad und mit einem bestimmten Recht an Sinowjews brachialem Umgangston liegen, sobald er auf Sowjetologen, Kommunismusforscher und andere Spezialisten zu sprechen kommt. Er hat für sie kaum andere Bezeichnungen als „Ignoranten", „Dummköpfe", „Narren" übrig. Entscheidender als dieser Verstoß gegen die akademische Etikette dürfte indes etwas anderes sein: Sinowjew steht tatsächlich allein. Er hat es schwer, weil er in die einfältigen Schemata von Entlarvung und Apologie nicht paßt.

Alexander Sinowjew:
Die Macht des Unglaubens. Anmerkungen zur Sowjetideologie
Aus dem Russischen von G. von Halle. Piper Verlag, München. 214 S., 29.80 Mark.

Er ist, vulgär gesprochen, eine Art Brechmittel, das einen von allzu vielen Ismen verdorbenen Magen reinigt. In den Worten der Theoriesprache: der Pionier eines Paradigmenwechsels in der Analyse der Sowjetgesellschaft; und für die publizistische Sphäre dürfte er als der große Zersetzer handlicher Klischees wirksam werden. In der russischen Denk- und Schreibtradition gibt es vermutlich nur einen Vorläufer seiner Art: Wassilij Rozanow, den plebejischen Aphoristiker, den Apologeten des Ancien régime und den Propheten der Apokalypse.

Sinowjew entwickelt in seinem neuen Buch den Gedanken von der „Macht des Unglaubens" und steht damit in frontalem Gegensatz zur gängigen Meinung von der „Macht des Glaubens", die bekanntlich in zwei Variationen auftritt: als Vorstellung, die Sowjetgesellschaft folge den Imperativen der Ideologie, oder als Vorstellung, die Sowjetgesellschaft habe sich längst von der Ideologie abgewandt. „Ideologie" ist für Sinowjew: „Organisation des gesellschaftlichen Bewußtseins, Steuerung und Verwaltung des Menschen, indem sein Bewußtsein auf eine bestimmte gesellschaftliche Standardnorm gebracht wird – das heißt: Erziehung der Massen in einem Geist, der für die Selbsterhaltung dieser Gesellschaft unerläßlich ist".

Ideologie ist nicht „wissenschaftlich", ihre repräsentative Gestalt ist nicht der Intellektuelle Marx oder der Parteischolastiker der Roten Professur, sondern der „Durchschnittsdozent für wissenschaftlichen Sozialismus". Wenn es überhaupt einen Schöpfer der Sowjetideologie gibt, dann ist das – so Sinowjew – nicht Lenin, sondern der „schöpferische Marxist" Stalin. Das Ergebnis seiner „ideologischen Revolution" war eine Ideologie, „mit der man sich überzeugend, nachdrücklich und systematisch an die Massen wenden konnte".

Diese Ideologie unterscheidet sich von der Doktrin im strengen Sinne – kaum jemand kennt das Marxsche „Kapital" durch eigenes Studium –; sie ist allumfassend. Nicht alles, was sie beinhaltet, ist Lüge. Ihre Lebensfähigkeit wird durch Aufnahme von Wirklichkeitselementen und neuen Erkenntnissen ständig unter Beweis gestellt. Von der Religion unterscheidet sie sich wesentlich durch die Beseitigung von inneren Bindungen. Sinowjew: „An die Ideologie glaubt man nicht, eher ist sie gerade die Eliminierung von Glauben überhaupt.

Die Ideologie legt den Verstand in Fesseln, läßt aber den Menschen innerlich frei." Die Macht der Ideologie beruht nicht primär darauf, „daß sie die Gesellschaft vor schädlichen Einflüssen von außen bewahrt, sondern darauf, daß sie die Gesellschaft vor innerer Selbstzerstörung schützt", sie ist eine „absolute Notwendigkeit für die Existenz der Gesellschaft. Wobei sie hierzu übrigens in einer Weise notwendig ist, die bei außenstehenden Beobachtern nur Hohn und Spott hervorruft".



Alexander Sinowjew FOTO: HORST TAPPE

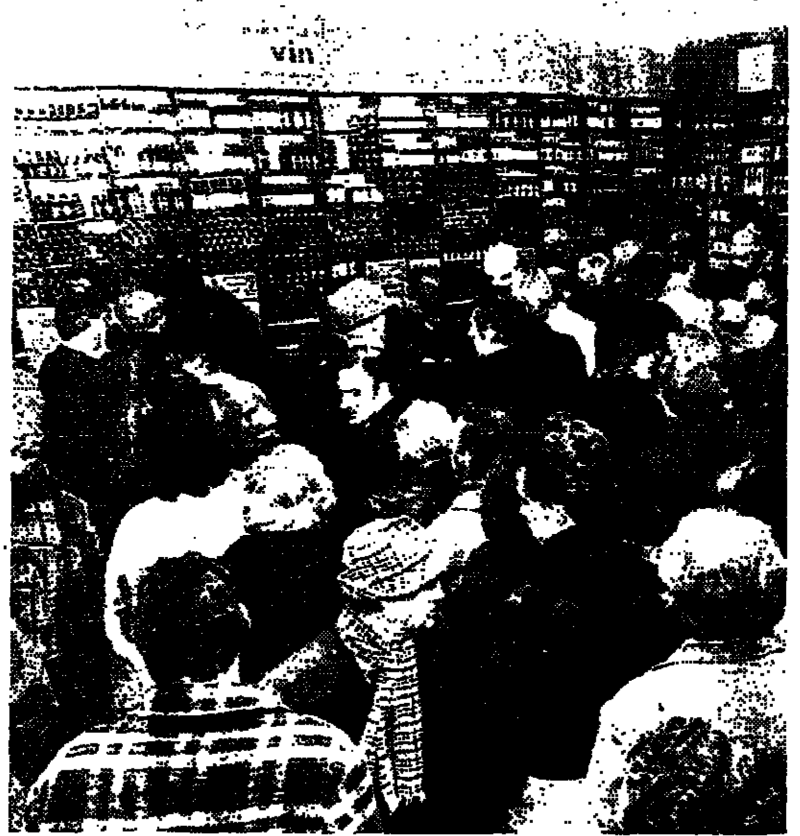
Normative Kraft kommt, so Sinowjew, moralischen oder ideologischen Konzeptionen überhaupt nicht zu; der Schlüssel zum Verständnis der Sowjetgesellschaft liegt in der Analyse „elementarer Gesellschaftsbeziehungen". Diese lassen sich auf recht einfache Formeln bringen: weniger geben, mehr nehmen; weniger Risiko, mehr Profit; weniger Verantwortung, mehr Ansehen; weniger Abhängigkeit von anderen, mehr Abhängigkeit anderer von einem selbst. „Diese Verhaltensregeln sind völlig natürlich und entsprechen somit der historisch entstandenen soziobiologischen Natur des Menschen beziehungsweise Gruppen von Menschen." Der Kollektivismus ist Sinowjew zufolge kein ideologisches Konstrukt, sondern wird von der Lebensform selbst hervorgebracht.

Vieles erscheint dann in einem anderen Licht – etwa die „ideologische Krise" der Nach-Stalin-Zeit: Für Sinowjew ist die Expansion des ideologischen Apparates – institutionell, personell – nach 1953 die Kompensation für den Abbau unmittelbaren Terrors.

„Die ideologische Krise in der Sowjetunion ist eine Entwicklungskrise und keine Verfallserscheinung." Der Erfolg eines „Krisenmanagements" heute hänge davon ab, ob es der Macht gelinge, „Verstand und Talent des Volkes in den Dienst der Ideologie zu stellen". Doch alles deute eher auf bloße Intensivierung der ideologischen Arbeit, nicht aber auf eine „Ideologiereform" hin.

Sinowjews Diagnose und Denkmittel weisen dem Autor einen Platz außerhalb der traditionellen Schulen zu. Nicht nur im eigenen Land gilt ein scharfer Diagnostiker wenig. Das ist schlimm für Sinowjew, noch schlimmer aber für das Publikum, an das er sich wendet: Dem entgeht so zwar nicht der Königsweg, wohl aber ein neuer Weg der Erkenntnis in Sachen Sowjetgesellschaft.

KARL SCHLÖGEL



Die Kehrseite der Prohibition: Schweden strömen in einen der staatlichen Alkoholläden FOTO: PRESSENS BILD

Wohlfahrt von oben

Gesellschaftstudien zu Schweden und Norwegen

Um das skandinavische, insbesondere das schwedische Modell des Wohlfahrtsstaates ist es seit einigen Jahren stiller geworden. Die Euphorie der sechziger und siebziger Jahre ist verflogen, seitdem der Versorgungsstaat skandinavischer Prägung an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit gestoßen und die Kehrseite der Medaille – Machtmißbrauch des Staates, Entpersonalisierung und exorbitant hohe Steuersätze – immer deutlicher in Erscheinung getreten ist.

Über zwei Neuerscheinungen ist hier zu berichten, die mit ihren stark theoretisierenden Inhalten selbst einen interessierten Leser, der durch mehrjährigen Aufenthalt in Skandinavien mit den Verhältnissen vor Ort einigermaßen vertraut ist, auf eine harte Geduldsprobe stellt.

In seiner Studie über den schwedischen Wohlfahrtsstaat kündigt Henningsen im Vorwort eine Theorie des Wohlfahrtsstaates an. Henningsen sieht einen engen Zusammenhang zwischen der Architektur des Funktionalismus und der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates.

Durch die Gegenüberstellung von Begriffen der Architektur des Funktionalismus mit den jeweiligen „politischen Analogien" entwickelt er eine wohlfahrtsstaatliche Theorie des modernen Gesellschaftsprozesses.

Zwar läßt sich nicht leugnen, daß der schwedische Wohlfahrtsstaat in den ersten Nachkriegsjahrzehnten den zerstörten zentraleuropäischen Staaten durchaus als attraktives Muster für sozialstaatliches Verhalten galt.

Doch muß dabei auch in Rechnung gestellt werden, daß für die Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtsstaates in der Nachkriegsperiode ganz außergewöhnlich günstige Bedingungen bestanden. Die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates war daher kein Problem, zumal durch das Saltsjöbaden-Abkommen im Jahre 1936 der Arbeitsfriede für lange Zeit gesichert war.

Allein aus diesem Grunde erscheint es problematisch, am Beispiel Schweden die Theorie eines wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaftsprozesses zu entwickeln. Es fragt sich überhaupt, ob die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung eines Landes sich in das Schema eines allgemein verbindlichen gesellschaftspolitischen Prozesses einzwängen läßt.

Doch abgesehen von dem theoretischen Teil zeichnet sich die von Henningsen vorgelegte Studie durch fundierte, wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse über die Struktur des schwedischen Wohlfahrtsstaates aus. Henningsen ist auch keineswegs ein kritikloser Bewunderer des schwedischen Wohlfahrtsstaates.

Er sieht durchaus die Schwächen und Gefahren des Versorgungsstaates, die seiner Ansicht nach vor allem in der „etatistischen Praxis" liegen. Durch die etatistische Prämisse, daß es unsinnig sei, sich gegen das Glück aufzulehnen, drohe die Gefahr, daß sich der Wohlfahrtsstaat zum Polizeistaat entwickele.

Walter Rothholz weist in seiner Studie über „Die politische Kultur Norwegens" zutreffend darauf hin, daß die Erforschung der norwegischen Gesellschaft immer im Schatten des Nachbarstaates Schweden gestanden habe. Anders als Henningsen läßt sich Rothholz nicht auf das problematische Experiment der Entwicklung einer Theorie des Wohlfahrtsstaates ein.

Bernd Henningsen:
Der Wohlfahrtsstaat Schweden
399 S., 100 Mark.
Walter Rothholz:
Die politische Kultur Norwegens
360 S., 93 Mark.
Beide Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Er kritisiert die Aufwertung der Wohlfahrt zu einer sozialwissenschaftlichen Theorie, weil formalisierte Strukturmodelle den Blick für die spezifischen Sozialbeziehungen einer jeden Gesellschaft trüben.

Das Festhalten an materiellen Verteilungsakten als hauptsächliches Prinzip des Wohlfahrtsstaates läßt nach Ansicht von Rothholz auf ein problematisch gewordenes Politikverständnis schließen, das menschliche Erfahrungen weitgehend ignoriert und sie mit Hilfe der modernen Sozialwissenschaft in ein Institutionsgefüge einbindet, das Politik und Ethik voneinander trenne.

Rothholz will deshalb die „Lebendigen Hintergründe", die sozialethischen und religiösen Motive herausarbeiten, die dem norwegischen Wohlfahrtsstaat zugrunde liegen.

Seine Studie hinterläßt den Eindruck, daß die Schattenseiten der norwegischen Erweckungsbewegung zu wenig berücksichtigt worden sind.

AXEL SCHÜTZSACK

Prager Fenstersturz

Avigdor Dagans Gespräche mit Jan Masaryk

Am frühen Morgen des 10. März 1948 wurde auf dem Hof des Czernin-Palais in Prag, des tschechoslowakischen Außenministeriums, die Leiche des Außenministers und Sohnes des Gründers der Tschechoslowakischen Republik, Jan Masaryk, gefunden.

Es war nur zwei Wochen nach dem kommunistischen Putsch, nach der Bildung der neuen Regierung der „erneuerten" Nationalen Front, in der sich Jan Masaryk bereiterklärte, sein Amt weiterhin auszuüben. Nur wenige Stunden vor der Regierungserklärung im bereits gesäuberten Parlament ist Jan Masaryk aus dem Leben geschieden. Die offizielle, von den Kommunisten verbreitete Version sprach von Selbstmord. Aber die Mehrheit der Bevölkerung sowie Masaryks Freunde im westlichen Ausland sind bis heute davon überzeugt, daß Jan Masaryk ermordet wurde.

Auch im Prager Frühling 1968 ist es – trotz starker Indizien, die auf ein Verbrechen hingewiesen haben – nicht gelungen, den Mordverdacht zu belegen. Die „Gorillas des sowjetischen KGB", wie ein Prager Journalist Masaryks Mörder öffentlich bezeichnete, konnten nicht überführt werden.

Ein enger Mitarbeiter Jan Masaryks in seinem Londoner Exil im Zweiten Weltkrieg und auch in den ersten Nachkriegsjahren war Viktor Fischl, der als Avigdor Dagan später im Dienste des Staates Israel führende diplomatische Posten bekleidet hatte. Stundenlange Gespräche, die er mit Jan Masaryk führte, hat er aufgezeichnet und als Buch herausgegeben.

Jetzt liegen Dagans „Gespräche mit Jan Masaryk" auch in deutscher Übersetzung vor. Und der aufmerksame Leser findet hier auch einen wichtigen Hinweis, der die Frage, ob am 10. März 1948 Jan Masaryk freiwillig aus dem Leben schied oder ermordet wurde, beantworten hilft.

Die Tschechen sollen die Möglichkeit haben, das politische System, in dem sie leben wollen, demokratisch zu bestimmen – auch den Kommunismus. „Aber einen tschechischen Kommunismus", meint Masaryk und fügt prophetisch hinzu: „Ich würde in diesem Fall nicht nach Hause zurückkehren. Sie würden mich wahrscheinlich ins Jenseits befördern und, so dick wie ich bin, ich gäbe keine schöne Leiche ab ..."

Für Jan Masaryk ist es bezeichnend, daß ihn gerade die Probleme der Freiheit und des Kommunismus so stark beschäftigten. Dem sowjetischen Kommunismus bescheinigte er höchstens zehn Prozent Ideologie und neunzig Prozent Taktik. „Die Hälfte dieser zehn Prozent ist nichts anderes als der alte zaristische Imperialismus im neuen Gewand. Es gehört eben zu diesen neunzig Prozent Taktik, wenn die Russen Schlagworte gegen den Imperialismus auszuschlachten verstehen, um die Aufmerksamkeit vom eigenen Imperialismus abzulenken ..." Jan Masaryk sagte diese Worte während des Zweiten Weltkrieges, ihre Aktualität behielten sie bis heute.

Avigdor Dagan:
Gespräche mit Jan Masaryk
Vom Autor ins Deutsche übersetzt. Thule Verlag, Köln. 185 S., 22 Mark.

Kein Wunder, wenn er – der sich immer in seinem Denken und Wesen mit dem demokratischen Westen verbunden fühlte – auch den tschechoslowakischen Präsidenten im Exil, Dr. Edvard Beneš, vor zu enger Bindung an die Sowjetunion warnte und sie ablehnte.

Er war verbittert, als Beneš auf Druck der Sowjets in den Jahren 1940–1942 vom Gedanken der tschechoslowakisch-polnischen Konföderation abrückte, und stellte sich den Plänen seines Präsidenten entgegen, einen Freundschaftsvertrag mit Stalin zu unterzeichnen. Darum lehnte er es ab, Mitglied der Delegation zu werden, die im Dezember 1943 nach Moskau reiste, um den Vertrag zu unterschreiben.

Die persönliche Tragödie des Mannes, der einmal erklärte, daß er lieber in einem anständigen Deutschland leben möchte, als in einer faschistischen Tschechoslowakei König zu sein, begann nach 1945. Als er im Sommer 1947 als Mitglied einer Regierungsdelegation nach einem Gespräch mit Stalin den bereits angenommenen Marschallplan wieder ablehnen mußte, erklärte er, daß er sich nicht mehr als ein Außenminister eines freien Landes, sondern als Knecht der Sowjets fühle. Den Mut zur Demission fand er aber nicht.

Erst der kommunistische Putsch im Februar 1948 öffnete Jan Masaryk die Augen. Bevor er aber Konsequenzen ziehen konnte, starb er. Was zurückblieb, waren seine Gedanken und Ansichten, die Avigdor Dagan so überzeugend darlegt.

RUDOLF STRÖBINGER

Plädoyer für Europas Rekonstruktion

Henri Froment-Meurices Erfahrungen zwischen Moskau, Bonn und Paris

Henri Froment-Meurice, Jahrgang 1923, war wohl einer der feinsinnigsten, gleichwohl kurzfristigsten Botschafter, die Frankreich am Rhein akkreditierte. Seine Feindschaft zum sozialistischen Regime war bekannt. Der Unwille des Präsidenten Mitterrand über den von der Botschaft vorbereiteten Entwurf zur historischen Bundestagsrede von 1983, in der der Staatschef der Regierung Kohl die Annahme der amerikanischen Pershingraketen empfahl, war angeblich der letzte Anlaß zur Beurlaubung des Diplomaten.

Schon nach knapp zwei Jahren verließ Froment-Meurice, verbittert, wieder den Rhein. Nach vier vorhergehenden Jahren in Moskau hatte er den deutschen Posten als die Krönung seiner Karriere betrachtet.

Ein Jahr später schon legte der „Botschafter Frankreichs" (ein ihm von Mitterrand verliehener Ehrentitel) in einem Buch die Summe seiner Erfahrungen vor. Sie subsummieren sich in dem Wort „Europa". „Europa als eine Macht" ist der Titel der soeben erschienenen deutschen Ausgabe. Henri Froment-Meurice entpuppt sich darin als einer unter der zunehmenden Zahl von scharfdenkenden Franzosen, die aus großer internationaler Erfahrung zu dem Schluß kommen, daß Europa (mit dem Motor Frankreich) nur als geeintes Ganzes, als weltpolitische Macht an der Seite der beiden anderen Großmächte, überleben kann. Dies wird nicht einfach sein und Jahre in Anspruch nehmen. Es gibt „verminte Felder", insbesondere das der Außen- und der Verteidigungspolitik. Man sollte soweit wie möglich dabei Hand in Hand mit dem deutschen Partner vorgehen. Aber dieser Partner ist nicht einfach.

Henri Froment-Meurice:
Europa als eine Macht
Aus dem Französischen von Jürgen Hartmann. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln. 223 S., 26 Mark.

Weniger seiner wachsenden politischen und wirtschaftlichen Stärke als der exponierten geopolitischen Position wegen. Man sollte das Kapitel über die „unausweichliche deutsche Frage" genau lesen. Es gibt genauestens wieder, was das Pariser Establishment hierzu denkt. Die zwiespältige Haltung zur deutschen Einheit, der der Autor mutig das Wort redet, die Sorge um den Preis, den Moskau dafür verlangen könnte, die Schwierigkeit für die Deutschen, nationale und europäische Einigung unter einen Hut zu bringen.

Froment-Meurice warnt vor einer Politik, die bei den Deutschen den Eindruck erwecken könnte, man wolle sie von ihrem Einheitsbemühen abhalten. Große Skepsis gegenüber der sowjetischen Bedrohung, Selbstbehauptungswille gegenüber den USA kennzeichnen im übrigen die Analyse des Diplomaten, dessen Vermächtnis an den Nachbarn vorzüglich von Jürgen Hartmann übertragen worden ist.

AUGUST GRAF KAGENECK

Gottesdiener für Hitler

Wie weit können Theologen, denen man sensible Empfindungen für höhere Werte unterstellt, sich dem Zeitgeist entziehen? Daß diese Frage zumindest wieder einmal gestellt wird, ist das Verdienst des Autors Robert E. Ericksen und dessen Buch **„Theologen unter Hitler. Das Bündnis zwischen evangelischer Dogmatik und Nationalsozialismus"** (C. Hanser Verlag, München. 343 S., 48 Mark).

Der amerikanische Kirchenhistoriker, Jahrgang 1945, setzt sich dabei mit drei weltweit anerkannten deutschen Universitätslehrern und ihrem Verhalten vor, während und nach dem Dritten Reich auseinander. Gerhard Kittel (Tübingen) war Experte für Judaismus und erforschte die jüdischen Ursprünge des Neuen Testaments. Der Neutestamentler Paul Althaus (Erlangen) war ein prominenter Luther-Forscher und Vertreter der deutschen lutherischen Tradition. Emanuel Hirsch (Göttingen) schließlich versuchte, aus dem philosophischen Erbe des 19. Jahrhunderts eine philosophisch-theologische Basis für die Gegenwart zu finden. Keiner der drei Männer war vor 1933 Nationalsozialist, aber jeder hat Hitler ohne Zwang öffentlich unterstützt, sein Wissen und seine Person in den Dienst der Staatsmacht und ihrer Ideologie gestellt.

Der amerikanische Historiker differenziert scharf zwischen der wissenschaftlichen Bedeutung, der Auswirkung der jeweiligen Tätigkeit zwischen 1933 und 1945 (hier, vor allem bei Althaus, sehr zurückhaltend) und der manchmal recht kläglichen Rolle nach Kriegsende. Er läßt dabei auch Zeitzeugen zu Wort kommen, die Gutes berichten.

Moralische Urteile sind leicht für den, der nie angefochten wurde. Dieses Buch sollte vor allem Pflichtlektüre für jene sein, die heute ungehindert und ohne Risiko ihre Ansichten zur ethischen Norm machen und dabei voller Eifer meist Sören Kierkegaards Warnung übersehen: „Wer sich dem Zeitgeist vermählt, der ist bald Witwer."

HENK OHNESORGE

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.), Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Hoft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 40,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Ausgerutscht – Niederlage ohne sportlichen Wert

Niederlagen können bisweilen recht heilsam sein – besonders, wenn eine lange Siegesserie vorausgegangen ist. Sie zwingen zum Nachdenken, relativieren Erfolge und schärfen den Blick, der im euphorischen Gedankenspiel möglicherweise getrübt war, wenn es um die Realität geht. Doch nach dem skandalösen 21:24 der deutschen Handball-Nationalmannschaft auf dem spiegelglatten Parkett der Frankfurter Eissporthalle gegen Rekord-Weltmeister Rumänien hält sich selbst die heilbringende Erkenntnis in Grenzen. Bundestrainer Simon Schobel: „Ein verlorener Vorbereitungstag."

Der sportliche Wert der lotterieähnlichen Rutschpartie ist gleich Null, von der sich schon im Vorfeld abzeichnenden Verletzungsgefahr einmal ganz zu schweigen. Auch die 4500 Zuschauer in der Eissporthalle, in der vier Tage zuvor auf dem frisch gebohnerten Untergrund zu heißen Rhythmen getanzt wurde, mußten für teures Geld ihre Passion in den Wind schreiben. Denn mit Handball

STAND ● PUNKT

hatte diese Veranstaltung nur im entferntesten etwas zu tun.

Es ist müßig, nach Alleinschuldigen zu fahnden, da sowohl der Hausherr (Eissporthalle), der Ausrichter (Hessischer Handball-Verband) wie auch der Gastgeber (Deutscher Handball-Bund) durch die Verquikkung von Ignoranz und Gleichgültigkeit gemeinsam dem eigenen Sport einen Bärendienst erwiesen habe. Eine Absage mit anschließendem Showtraining und dem Versprechen, zum Nulltarif einen zweiten Anlauf zum späteren Zeitpunkt zu starten, hätte den Verantwortlichen viele Peinlichkeiten erspart.

„Man muß nur Mut dazu haben", meinte Uli Roth, der wie der Großwallstädter Hansi Müller (Oberschenkelverletzung) und der Essener Thomas Springel (Leistenzerrung) lädiert vom Parkett ging.

So mußte der Bundestrainer seine analytischen Fähigkeiten schon arg strapazieren, um letztlich doch noch wenigstens ein paar brauchbare Aspekte aus dem gesamten Desaster herauszufiltern: „Jetzt können die Spieler erst einmal wieder ihre Gefühle ordnen." Die Lobeshymnen seines Kollegen Eugen Trofin, der die deutsche Nationalmannschaft wieder in die Weltspitze einreihte, relativierte Schobel mit dem Hinweis: „Der dritte Tag eines Turniers ist für uns immer der schwerste. Nach dem Bundesliga-Wochenende und dem 20:17 von Homburg war ein deutlicher Kräfteverschleiß festzustellen."

Grund zum Trübsalblasen gibt es dennoch nicht. Denn ebenso wie der Bundestrainer die Serie von zehn Spielen ohne Niederlage nicht überbewertet wissen wollte, so darf er nun mit einer realistischen Bewertung des irregulären 21:24 rechnen.

JOSEF SIMON

1. FC KÖLN / Peter Weiand wird zurücktreten

Bernhard Worms neuer Präsident des Vereins?

MARCUS BERG, Köln

Zu mitternächtlicher Stunde irrte Bernhard Worms, der Oppositionsführer im Nordrhein-Westfälischen Landtag, etwas verloren durch das Kongreß-Zentrum Ost der Kölner Messe und suchte nach den „Kollegen vom Verwaltungsrat" des 1. FC Köln, mit denen er sich auf ein Bier verabredet hatte. Der Politiker, selbst Mitglied dieses Aufsichtsgremiums des Fußball-Bundesligavereins, hatte den Anschluß verpaßt, weil er zuvor geduldig gut 30 Minuten lang Rede und Antwort gestanden hatte.

Stellungnahmen des Politikers waren zu dieser Stunde besonders gefragt: Worms gilt seit der Nacht zum Mittwoch als einer der heißesten Favoriten auf die Nachfolge von Peter Weiand als Präsident des 1. FC Köln. Weiand (67), pensionierter Direktor des Nordwest-Lottos, hatte die 504 stimmberechtigten Mitglieder zum Beginn der mit Spannung erwarteten Jahreshauptversammlung mit der Ankündigung überrascht, er werde im Frühjahr das Präsidentenamt zur Verfügung stellen, das er seit 13 Jahren ausübt. Angesichts des Rücktritts des langjährigen Weiand-Stellvertreters, Schatzmeisters und starken Mannes in der Vereinsspitze, Karl-Heinz Thielen, schon vor sieben Wochen ist nun im Rahmen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 3. April 1987 eine umfassende personelle und konzeptionelle Neuorientierung des rheinischen Traditionsvereins möglich.

Der Nachdruck, mit dem Worms auf Fragen nach eigenen Ambitionen auf den Vorsitz des Vereins auswich und (ganz Politiker) beredt Sachprobleme in den Mittelpunkt stellte, läßt auf sein Interesse für diese im gesellschaftlichen Leben der Großstadt Köln sicher sehr interessante Berufung schließen. Er lasse sich in die Pflicht nehmen, sagte Worms, der schon in der Vergangenheit aktiv im Klubleben Einfluß zu nehmen versuchte, indem er etwa den vereinsintern für ein Spiel gesperrten Nationaltorwart Harald Schumacher freipauken wollte. Über seine Fähigkeiten zur Führung eines solchen Großvereins, so Worms, müßten allerdings andere befinden.

Präsident Weiand, der 1973 angetreten war, das Erbe des legendären Franz Kremer (er gilt als Vater der Bundesliga) zu wahren, hatte seinen Entschluß, die Verantwortung abzugeben, schon am letzten Freitag gefaßt. Er resignierte („ich fühle mich in meiner Ehre verletzt"), weil der Druck aus den Aufsichtsgremien zu groß geworden war und nur durch seinen Verzicht ein Weg aus der Dauerkrise zu finden war. Einer Krise, die sich in einem persönlichen Verwürfnis mit seinem Vorstandskollegen Bernd Schäfer, dem Justitiar des Vereins, sowie in einer Reihe gezielter Veröffentlichungen von Interna ausdrückte (zum Beispiel Zahlungen in einer Höhe von 120 000 Mark an den ehrenamtlichen Vereinsfunktionär Karl-Heinz Thielen).

Durch die Ankündigung seines Rücktritts hatte Weiand dem Treffen sozusagen von Anpfiff an viel Zündstoff genommen. Dennoch artikulierte sich in einer zeitweise erregt geführten Aussprache erhebliches Unbehagen an der Entwicklung des 1. FC Köln in den 80er Jahren. Egidius Braun, Schatzmeister des DFB und als Mitglied im Kölner Verwaltungsrat selbst mitverantwortlich, kritisierte, im Umfeld und Innenleben des Vereins stimme das Verhältnis zu den Zuschauern und der Vorstandsherren untereinander nicht mehr. Andere Redner zeigten sich gar nicht begeistert über die wirtschaftlich guten Bilanzen des Klubs, auf die gerade die Geschäftsführung so stolz ist. Durch eine anhaltende sportliche Talfahrt der Mannschaft würden sie konterkariert. Selbst Mandatsträger wie der Leiter der Amateurabteilung, Hans Hofmann, beklagten den eitlen Stil der Selbstdarstellung in der Vergangenheit. Mit Weiand werde die Arroganz verschwinden, kündigte er an – und empfahl in einem Atemzug, den verdienten Vereinspatron nun zum Ehrenpräsidenten zu wählen.

Im kleinen Kreis klagte Weiand schließlich, es werde sich künftig kaum noch jemand finden, der ein Ehrenamt wie dieses annehme: „Wer opfert schon für lau viel Zeit, um einer Sache zu dienen und läßt sich dann auch noch beschimpfen?"

Bis zum April aber will der Präsident noch für den Klub aktiv wirken. Sein nächstes Ziel: „Wir müssen versuchen, Klaus Allofs, dessen Vertrag im nächsten Jahr ausläuft, bei der Stange zu halten. Das wird verdammt schwer."

SKI ALPIN

Überlegenheit der Schweizerinnen

dpa, Courmayeur

Der Slalom und der alpine Gesamtweltcup bei den Damen bleiben fest in Schweizer Hand. Nach Corinne Schmidhauser in Park City (USA) und Erika Hess in Waterville Valley (USA) trug sich im italienischen Courmayeur beim dritten Weltcup-Slalom dieses Winters als dritte Schweizerin die Vreni Schneider (22) in die Siegerliste ein. Tamara McKinney (USA) wurde Zweite. Brigitte Oertli (Schweiz) Dritte. Vreni Schneider, die in Waterville Valley beim Riesenslalom ihren ersten Saisonerfolg gefeiert hatte, verdrängte in der Gesamtweltcup-Wertung mit nunmehr 86 Punkten Pokalverteidigerin Maria Walliser (85) von der Spitze.

Der schweizer Slalomstärke stehen auf deutscher Seite nur Hoffnungsfunken gegenüber. Die 19 Jahre alte Helga Lazak (Eschenlohe) kam auf Rang 13. Die Sonthofenerin Anette Gersch wurde 28., einen Rang hinter der Miesbacherin Christa Kinshofer, die das dritte Jahr für die Niederlande startet.

OLYMPIA 1988

Neue Drohungen der Sowjetunion

dpa, Moskau

Die Gefahr eines Boykotts bedroht weiter die Olympischen Spiele 1988 in Seoul. Nachdem von den Sportverbänden der „DDR", Ungarns und Polens in den letzten Wochen mit Nachdruck erklärt worden war, sich konsequent vorzubereiten, meldete sich jetzt Moskau zu Wort. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass kündigte „unübersehbare Konsequenzen" für den Fall an, daß die Spiele nicht sowohl in Süd- wie in Nordkorea stattfinden würden. Moskau scheint darauf zu bestehen, Nordkorea noch weit stärker einzubeziehen, als es vom IOC definiert worden ist.

Nordkorea besteht darauf, wenigstens ein Drittel aller Disziplinen in Pjöngjang oder auf nordkoreanischem Boden auszurichten. Dagegen ist das IOC über sein Angebot, Wettbewerbe im Tischtennis und Bogenschießen sowie Vorrundenspiele im Fußball und das 100-km-Straßenfahren in Nordkorea durchführen zu lassen, nicht hinausgegangen.

SPORT-NACHRICHTEN

Noch mehr Preisgeld

Berlin (dpa) – Die Internationalen Deutschen Tennis-Meisterschaften der Damen in Berlin werden ab 1987 aufgewertet. Das Preisgeld beträgt künftig 300 000 Dollar, doppelt so viel wie bisher. Damit ist das Berliner Turnier nach den Meisterschaften von England (Wimbledon) und Frankreich (Paris) die bedeutendste europäische Tennis-Veranstaltung. Die Aufstockung des Preisgeldes hat zur Folge, daß die Gewerkschaft der Spielerinnen die Teilname von fünf der ersten zehn Spielerinnen der Weltrangliste garantiert.

Gefragte Prinzessin

London (dpa) – Prinzessin Anne wird offenbar Englands meistbeschäftigte Sportfunktionärin. Im nächsten Jahr, so berichtet die deutsche Fachzeitschrift „Yacht", soll sie zur Präsidentin des englischen Segler-Verbandes gewählt werden. Seit einer Woche ist die 36 Jahre alte Prinzessin bereits Präsidentin des Weltverbandes der Reiter.

Kampflos im Viertelfinale

Düsseldorf (sid) – Der deutsche Tischtennis-Rekordmeister Borussia Düsseldorf hat im Pokalwettbewerb des europäischen Verbandes (ETTU-Cup) kampflos das Viertelfinale erreicht. Der französische Klub TT La Tronche, der in Düsseldorf antreten sollte, sagte die Begegnung aus finanziellen Gründen ab.

Kasparow führt

Brüssel (Schach-Weltmeister Garri Kasparow übernahm beim Großmeister-Turnier von Brüssel die Führung. In der fünften Runde besiegte er den Ungarn Lajos Portisch nach 64 Zügen. Robert Hübner bezwang den Engländer John Nunn nach nur 28 Zügen.

ZAHLEN

TENNIS

Nationale deutsche Hallen-Meisterschaften in Mainz-Finthen, Herren, 1. Runde: Osterthun (Amberg) – Marzenell (Mannheim) 6:2, 6:4, Zipf (Stuttgart) – Popp (Neuss) 7:6, 7:6, Mronz (Leverkusen) – Dennhardt (Kelkheim) 7:5, 6:3, Brandau (Hamburg) – Moraing (Karlsruhe) 6:1, 6:1, Saceanu (Neuss) – Jessel (Leverkusen) 7:5, 4:6, 6:2, Fischer (Nürnberg) – Becka (München) 6:3, 6:2. – Damen, 1. Runde: Müller (Leverkusen) – Gartner (Heidelberg) 4:6, 6:3, 6:4, Cueto (Stuttgart) – Meierhans (Herford) 6:0, 6:2, Larwig (Augsburg) – Sorge (Stuttgart) 7:5, 6:3; 2. Runde: Graf (Heidelberg) – Elter (Essen) 6:0, 6:1.

EISHOCKEY

Iswestija-Pokalturnier: UdSSR – Kanada 5:1.

BASKETBALL

Pokal, Viertelfinale: SSV Hagen – Leverkusen 55:85, Charlottenburg – Gießen 50:73.

SPORTLERWAHL / Graf und Becker vorne

Überraschender Sieg der Fechter über den Fußball

DW. Bonn

Es ist keine Überraschung mehr: Der Tennissport ist der Sieger des Jahres. So souverän wie sie auf den Centre Courts der Welt sehr oft gewonnen haben, eroberten sich Boris Becker und Steffi Graf auch die Gunst der Sportjournalisten in der Bundesrepublik Deutschland. Überlegen triumphierten sie bei der 40. Wahl zu den „Sportlern des Jahres", die von der „Internationalen Sport-Korrespondenz" (ISK) aus Stuttgart durchgeführt wird und bei der 804 hauptberufliche Sportjournalisten ihre Stimme abgaben. Becker lag mit 3099 Punkten wie im Vorjahr deutlich vor Weltrekordschwimmer Michael Groß (2028). Steffi Graf, im letzten Jahr Zweite hinter der inzwischen zurückgetretenen Fechterin Cornelia Hanisch, hat nun deren Nachfolgerin Anja Fichtel hinter sich gelassen.

Eine Überraschung aber gab es dennoch: Der Fußball erlitt eine kräftige Niederlage. Die Nationalelf, Endspielteilnehmer der Weltmeisterschaft von Mexiko, dem bedeutendsten Ereignis dieses Jahres, landete bei der Ehrung für die „Mannschaft des Jahres" nur auf dem zweiten Platz. Das Team der Degenfechter, das mit Pusch, Borrmann, Fischer und Gerull Weltmeister werden konnte, verwies Franz Beckenbauers Schützlinge mit 103 Punkten Vorsprung auf den zweiten Platz. Verblüfft kommentiert Elmar Borrmann dieses Ergebnis: „Daß sich angesichts der sicherlich viel zahlreicheren Fußball-Journalisten unser Degenteam gegen den Vizeweltmeister im Fußball durchgesetzt hat, ist schon überraschend und einfach toll für eine Sportart, die nicht so im öffentlichen Blickfeld liegt." Die Ergebnisse:

Sportler des Jahres	
1. Boris Becker (Tennis)	3099
2. Michael Groß (Schwimmen)	2082
3. Harald Schmid (Leichathl.)	1612
4. Peter-Michael Kolbe (Rudern)	1053
5. Bernhard Langer (Golf)	804
6. Markus Wasmeier (Ski alpin)	426
Sportlerin des Jahres	
1. Steffi Graf (Tennis)	2074
2. Anja Fichtel (Fechten)	1055
3. Marina Kiehl (Ski alpin)	316
4. Traudl Hächer (Ski alpin)	316
5. Olga Nemes (Tischtennis)	223
6. Regina Weber (Gymnastik)	177
Mannschaft des Jahres	
1. Degenfechter	941
2. Fußball-Nationalelf	838
3. Bayern München	518
4. Nordische Kombinierer	428
5. Wasserfreunde Spandau	419
6. Dressurreiter-Equipe	408

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Pfarrer und auch Priester?

„Warum lassen sich Pfarrer zum Priester weihen?"; WELT vom 28. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß sich Pfarrer evangelischer Kirchen zum Priester haben weihen lassen, ohne zur römisch-katholischen Kirche zu konvertieren, ist doch auszuschließen. Schon der umfangreiche Weiheritus – die niederen Weihen gehen den höheren voraus – spricht dagegen.

Um etwas ganz anderes handelt es sich bei dem Streben, in die apostolische Sukzession eingegliedert zu werden.

Die evangelisch-lutherische Kirche jedenfalls kennt die apostolische Sukzession. In der größten lutherischen Kirche der Welt, es ist die schwedische (bis 1945 war die ev.-luth. Landeskirche des Freistaates Sachsen die zweitgrößte), war und ist die apostolische Sukzession nie unterbrochen worden, und jeder Geistliche wird bei seiner Ordination durch Gebet und Handauflegung in diese eingegliedert. Dagegen läßt sich gar nichts einwenden, auch nicht, wenn Pfarrer anderer lutherischer Kirchen die apostolische Sukzession begehren. Bei nicht lutherischen, aber auch evangelischen Kirchen mag das anders sein.

Mit freundlichen Grüßen
Pf. Dr. Martin Lauckner,
Hamburg 50

*

Warum nur haben evangelische Bischöfe so große Berührungsängste? Die Apostolische Sukzession widerspricht doch nicht dem Augsburger Bekenntnis, wie die schwedische und finnische Kirche deutlich machen. Gewiß konstituiert und garantiert sie nicht Glauben und Kirche, sie kann aber eine unvergleichliche Hilfe für die apostolische, nicht nur prophetische Ausrichtung aller pastoralen Dienste sein.

Mit freundlichen Grüßen
Hans D. Mittorp, Pfarrer i. R.
Baden-Baden

*

Niemand kann sich heimlich weihen lassen, um Anschluß an die Apostolizität zu finden, ohne daß er inklusive das Ganze annimmt. Es kann keine heimliche Apostolizität geben! Das hieße ja den Zeugnischarakter der Botschaft Jesu leugnen. Christlicher Glaube lebt nach dem Auftrag Jesu im Zeugnis Jesu; in seinem ganzen Willen.

Was kann anonyme Apostolizität erreichen wollen? Soll das eine Art Zwischenkirche werden, abgehoben von der katholischen Kirche und den reformatorischen Bekenntnissen? Oder ist es eine unbewußte Reaktion auf die Pastorinnen, fragend, ob Apostolizität weiblich sein kann? Oder ist es die Unsicherheit, daß sich die evangelischen Bekenntnisse doch in Wesentlichem vom Evangelium Jesu entfernt haben? Landesbischof Harms ist konsequent, wenn er dann auffordert, katholisch zu werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Leander Zirkelbach,
Bochum 1

*

Die Theorie von der „apostolischen Sukzession" ist für den wirklichen Kenner der Kirchengeschichte eine reine Erfindung, die auf das 4. Jahrhundert zurückgeht. Jesus Christus hat an keiner Stelle von einem Nachfolger Petri gesprochen, und auch Petrus selbst hat nichts darüber verlauten lassen. Polycarp (gestorben 155), der noch mit Johannes, dem Lieblingsjünger Jesu, zusammen war, berichtet ebenfalls nichts davon. Irenäus (gestorben 202) erwähnt sie in keiner seiner umfangreichen Schriften. Weder Marceon noch Justin, weder Tertullian noch Origenes wußten etwas von einer „apostolischen Sukzession".

Mit freundlichen Grüßen
Ewald Frank, Missionar
Krefeld

*

Ich teile die Meinung, daß der Versuch einiger evangelischer Außenseiter, die sogenannte apostolische Sukzession durch die Weihe zum Priester zu erlangen, wobei der Weihende einer anderen Kirche (zum Beispiel der altkatholischen Kirche) angehört, unvereinbar ist mit ihrer Tätigkeit als Funktionsträger ihrer evangelischen Landeskirche, denn man kann nicht in zwei Kirchen zugleich Ämter haben, nicht einmal zwei Kirchen zugleich angehören.

Die Weihe durch einen altkatholischen Bischof kann nur mit dessen Kirche verbinden; die dogmatischen Äußerungen Roms werden von den Altkatholiken nicht als verbindlich anerkannt – dies war der Grund für die Abspaltung. Nachdem evangelische Pastore gleichfalls das Dogma von 1870 leugnen, können sie für die Dauer von dessen Geltung nicht die Anerkennung durch Rom anstreben.

Es verstößt übrigens gegen Amtspflichten, an einem Rechtsakt mitzuwirken, von dem man weiß, daß er „unrechtmäßig, aber gültig" ist. Wie will ein Pfarrer mit einer bewußt unrechtmäßig erschlichenen Priesterweihe vor Gottes Angesicht treten?

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich von Heyl,
Lampertheim 1

Irrtümer

„Die SPD läuft Gefahr, zwischen CDU und uns zerrieben zu werden": WELT vom 11. Dezember

In zwei Punkten möchte ich Herrn Fischer widersprechen:

- Es war nicht meine, die Vätergeneration des Herrn Fischer, die uns und die Welt in den verbrecherischen Zweiten Weltkrieg gestürzt hat, es war die der Großväter. Die weit überwiegende Zahl aller Soldaten waren Kinder und Jugendliche, als der Nazismus über uns hereinbrach.
- Dieses Inferno wäre meiner Generation und der Welt erspart geblieben, wenn die von uns überfallenen Völker bis an die Zähne gerüstet gewesen wären. Nicht Waffen machen Kriege, sondern Menschen, Waffenlosigkeit und Angst provozieren den Machthunger. Eine bessere Welt? Die Geschichtsbetrachtung läßt nicht daran glauben.

Hans Schmittlein,
Hamburg 65

Radfahrer

„Warum Radfahrer so oft gegen die Regeln verstoßen": WELT vom 5. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit psychologischem Tiefsinn hat Professor Degen, Köln, herausgefunden, „warum sich die wenigsten Radfahrer an Verkehrsregeln halten". Er konzediert ihnen ein „psychisches Vierganggetriebe" (?), in dessen Licht „jede Rechtsübertretung erlaubt erscheint". Sie fühlen sich als „Vorbilder" im Verzicht auf Rücksichtslosigkeiten auf Kosten der Schwächeren.

Es wäre gut zu erfahren, wie der Herr Professor die Situation des Fußgängers sieht, der sich gefallen lassen muß, daß die „Vorbilder", allein oder zu mehreren nebeneinander, mit oder ohne Licht, den Radfahrweg mißachtend auf dem Bürgersteig auf ihn zurasen. Welche Chancen hat der schutzlose Fußgänger zur Selbstverteidigung gegen die Chaoten am Lenker, für die der Herr Professor eine Lanze bricht?

Mit freundlichen Grüßen
Serge Lutugin,
Hamburg 63

Wort des Tages

„Es gibt eine Unbescheidenheit im Aufstellen ethischer Normen."

Wolfdietrich Schnurre, deutscher Autor (geboren 1920)

Versöhnung?

„Auschwitz – Mahnmal der Versöhnung"; WELT vom 8. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

nahe beim ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz wurde ein internationales Jugendzentrum eröffnet, das nach Vorstellung der Initiatoren die deutsch-polnische Aussöhnung vorantreiben soll. Die Eröffnungsreden lassen jedoch leider vermuten, daß dort die übliche einseitige Information stattfinden wird. (Die Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth: „Die Völker, die durch uns so unsäglich gelitten haben – allen voran die Juden, Polen und Russen – sollen wissen, daß wir dies nicht verdrängen und ihre Opfer nicht vergessen werden.")

Ein effektiverer Beitrag zur Aussöhnung als die kürzlich im Hinblick auf Auschwitz getroffene Feststellung: „Wir schulden den Deutschen nichts, die Deutschen schulden uns alles", war zweifellos die vor Jahren von den polnischen katholischen Bischöfen abgegebene Erklärung: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung."

Sollte die Bundesregierung, damit auch Leid und Unrecht als Mahnung in Erinnerung bleiben, welche den Deutschen von seiten der Sieger zugefügt wurden und werden, nicht ein zweites Begegnungszentrum schaffen? Als Platz würde sich die Nähe des sowjetischen Siegesmonuments mit seiner Panzer- und Kanonendrapierung beim Brandenburger Tor in Berlin anbieten.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Schweißguth,
Bonn 2

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

jeder anständige Mensch in Deutschland wird die von deutscher Seite in Auschwitz und anderswo verübten Verbrechen verabscheuen und nicht vergessen. Aber hat die Gesundheitsministerin, Frau Süssmuth, bei der Einweihung eines Jugendzentrums bei Auschwitz auch einmal an die an Deutschen im Osten und Südosten nach Kriegsende begangenen Untaten gedacht, die rund 2 300 000 zum großen Teil viehisch ermordete Männer und zu Tode geschändete Frauen und Kinder zur Folge hatten, und die um der geschichtlichen Wahrheit willen genausowenig – wie es heute meistens geschieht –, totgeschwiegen werden dürfen?

Und ein echtes Versöhnen kann nur dann zustande kommen, wenn sich beide schuldigen Teile im gegenseitigen Schuldbekenntnis die Hände zur Aussöhnung reichen.

Hierbei sei an das Wort des großen amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln erinnert: „Nothing is settled until it is justly settled."

Mit freundlichen Grüßen
Wolfram Mallebrein,
Tübingen 1

Personen

EHRUNGEN

Der mit 30 000 Mark dotierte Forschungspreis des Bundesgesundheitsministeriums für Arbeiten zur Einschränkung und zum Ersatz von Tierversuchen ist in diesem Jahr an zwei Schweizer Forscher und zwei Wissenschaftler der Justus-Liebig-Universität in Gießen vergeben worden. Die Auszeichnung wird morgen überreicht. Mit 20 000 Mark prämiiert wird die Entwicklung eines neuartigen Tests zur Früherkennung krebserzeugender Wirkungen von chemischen Stoffen durch die Gießener Professoren **Manfred Reinacher** und **Erich Eigenbrodt**. Damit könne die große Anzahl von Tierversuchen, die bisher zur Erfassung solcher Stoffe notwendig sind, erheblich verringert werden. Die Schweizer Forscher **Else Müller-Schweinitzer** und **Carlo Tapparelli** erhalten 10 000 Mark. Ihre Arbeit stellt ein Verfahren vor, mit dem isoliertes Gewebematerial von Tieren oder Menschen kältekonserviert und dadurch noch längere Zeit nach der Entnahme genutzt werden kann. Mit Hilfe des neuen Verfahrens könnten die Wirkungen neuer Arzneimittel geprüft werden, ohne daß die Versuchstiere direkt mit den Substanzen belastet würden.

*

Der Landesverband Nordrhein der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft hat den langjährigen Präsidenten des Landessportbundes, Staatsminister a. D. **Willi Weyer**, mit seiner höchsten Auszeichnung, der „Spoden-Gedächtnis-Plakette", geehrt. Weyer ist der erste Preisträger, der nicht aus den Reihen der Lebensretter kommt. Er wurde ausgezeichnet für sein Wirken, den Sport zur „Volksbewegung Nr. 1" gemacht zu haben. Auch habe er den Sport beispielhaft in die Politik eingebracht.

*

Der zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses gestiftete „Preis für junge europäische Fotografen" der Deutschen Leasing AG in Frankfurt am Main ist zum zweiten Mal vergeben worden. Aus mehr als 4000 Fotos von rund 900 jungen Fotografen aus 26 europäischen Ländern ermittelte eine international besetzte Jury drei Preisträger. Der mit 10 000 Mark dotierte erste Preis ging an **Bernd Hoff** aus Essen. Der 27jährige studiert Kommunikationsdesign an der Gesamthochschule Essen. 6000 Mark gehen an **Angela Bergling** (22) aus Springe in Niedersachsen. Die Deutsch-Schweizerin wartet noch auf einen Studienplatz im Fach Kommunikationsdesign an der Fachhochschule Bielefeld. 4000 Mark gehen an die Französin **Kiuston Halle** (34) aus Paris.

WAHL

Theodor Berchem, Romanistikprofessor in Würzburg und Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, ist für die nächsten drei Jahre zum Präsidenten der Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands (KAD) gewählt worden. Die Generalversammlung der KAD bestimmte in Bonn den bisherigen Präsidenten **Ludwig Freibüter** aus Bonn zum ersten und **Josef Schumacher** aus Beckum zum zweiten Vizepräsident. Berchem ist Mitglied



Theodor Berchem

des Cartellverbands der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV). Freibüter gehört dem Unitas-Verband (UV) an, Schumacher dem Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine (KV). Der Katholischen Akademikerarbeit gehören 20 Akademikerverbände und Organisationen mit rund 100 000 Mitgliedern an.

*

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GDED), **Ernst Haar**, wurde anläßlich einer internationalen Arbeitstagung der Eisenbahnergewerkschaft in Eastbourn (England) von den 101 Delegierten aus 38 Ländern für weitere zwei Jahre einstimmig zu deren Präsident wiedergewählt.

ERNENNUNG

Zum neuen Rektor der „Polnischen Katholischen Mission für die Bundesrepublik Deutschland" wurde der bisherige Dekan für den Seelsorgerbereich Nord (Sitz Hannover), Dr. **Franciszek Mrowiec**, ernannt. Er wird Nachfolger von Rektor **St. Leciejewski**. Neuer Dekan in Hannover wurde indessen Magister **Theo Stanislaw Budyn**. Ebenso wurde die polnische Pfarrei in Dortmund besetzt: Neuer Pfarrer wurde hier der bisherige Geistliche des Erzbistum Breslau, Dr. **Edward Janiak**. Sein Vorgänger, Prälat **Waclaw Tokarek**, ging wie Rektor Leciejewski in Pension.

Zum Prälaten wurde der höchste polnische Seelsorger bei der US-Army in Deutschland, der Pfarrer der größten polnischen Gemeinde Deutschlands, Oberstleutnant **Kazimierz Latawiec**, ernannt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Klaus Dieter Junker** vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in Nordrhein-Westfalen hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Informatik an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt erhalten. Junker, 1954 in Düsseldorf geboren, Promotion 1979 an der Universität Düsseldorf, war von 1979 bis 1981 Professor am Mathematischen Institut der Universität Düsseldorf.

*

Privatdozent Dr. **Dirk Hellhammer** von der Universität Münster ist auf den Lehrstuhl für Klinische Psychologie / Physiologische Psychologie der Universität Trier berufen worden.

KIRCHE

Der Lebensweg des Tretiners **Antonio Preschern** (66) führte ihn vom Chauffeur des Bischofs von Augsburg zum Priester. Fünfzehn Jahre lang chauffierte der in das flächenmäßig größte deutsche Bistum längst „eingemeindete" Norditaliener Bischof Dr. **Josef Stimpfle** zu den abgelegensten Gemeinden und Wallfahrtsorten. Und immer unfallfrei. Antonio, wie er von seinen Bekannten genannt wurde, war vorher Sportlehrer. Er war Mitglied der Laienbewegung der Focolare. 1980 entschied er sich für das Priestertum und begann in Rom Theologie zu studieren. In Istanbul erhielt er jetzt die Priesterweihe. Im 150 Jahre alten Franziskanerkloster Büydere am Bosporus baut er ein Begegnungszentrum der Focolare auf.

GESTORBEN

Der Schauspieler **Douglas Lambert** ist in London im Alter von 50 Jahren an Aids gestorben. Der Amerikaner wirkte unter anderem in bekannten Fernsehserien wie „Bonanza" und „Dr. Kildare" mit. In der Krimifolge „Inside Story" trat er zuletzt als skrupelloser Anwalt auf. Seine Krankheitserfahrungen hatte Lambert im November in dem Londoner Massenblatt „Daily Mirror" unter dem Titel „Tagebuch eines Aids-Opfers" beschrieben.

Reformkurs in Vietnam sorgt für Konflikte

jhe. Hongkong

Im Machtkampf innerhalb der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) ist gestern eine wichtige Vorentscheidung gefallen: Die Delegierten akzeptierten den Rücktritt des bisherigen Führungstrios der KPV, das von den drei einstigen Kampfgefährten des 1969 verstorbenen Ho Chi Minh, von Generalsekretär Troung Chinh (79), Ministerpräsident Pham Van Dong (80) und dem Partei-Ideologen Le Duc Tho (75) gebildet wurde.

Die drei dürften weniger aus Alters- beziehungsweise gesundheitlichen Gründen – so die offizielle Version – zurückgetreten sein. Ihre Demission hängt vielmehr offensichtlich mit der seit Monaten andauernden Auseinandersetzung über den künftigen Regierungskurs zusammen. Der für rigorose wirtschaftliche Reformen eintretende pragmatische Flügel in der KPV hat sich auf dem Parteitag erwartungsgemäß durchsetzen können.

Chinh, Pham und Le Duc Tho verlieren damit nicht nur ihre Spitzenpositionen in der Parteihierarchie, sondern wurden auch von der Kandidatenliste für das neue Politbüro gestrichen. Die drei sollen jedoch als „Berater" in einem eigens dafür geschaffenen Gremium weiter für die Partei tätig bleiben.

Es wird damit gerechnet, daß die neue vietnamesische Führung wieder von einem Trio gebildet wird. Erster Anwärter auf das Amt des Generalsekretärs ist Nguyen Van Linh, der entschiedendste Befürworter eines neuen Reformkurses. Nachfolger von Pham soll Vizepremier Vo Chi Cong werden, und Politbüromitglied Le Duc Tho wird seine Position an den bisherigen Planungschef Vo Van Kiet abtreten.

Da damit zu rechnen ist, daß auch ein Drittel der 143 Mitglieder des Zentralkomitees ersetzt wird, kann man von einer entscheidenden Wende in der Geschichte der KPV sprechen. Mit den radikalen personellen Veränderungen hat die KP Vietnams erstmals mit einer Tradition gebrochen, die auf der Wahrung politischer Kontinuität beruhte.

Neuer Konfliktstoff scheint indessen schon programmiert zu sein; dann nämlich, wenn es darum geht, wie weit die neuen Wirtschaftsreformen gehen und ob sie dem sowjetischen oder chinesischen Modell folgen sollen.

„Atomrecht endet nicht an Grenzen"

AP, Berlin

Ausländer genießen nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin auch vor einem deutschen Gericht grundsätzlich Rechtsschutz, wenn sie gegen die Errichtung eines Atomkraftwerkes in der Bundesrepublik klagen wollen. Mit dieser Begründung widersprach der Siebente Senat des Gerichts einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Oldenburg, das im Februar 1985 einem niederländischen Staatsbürger das Klagerecht gegen das geplante Kernkraftwerk Emsland im niedersächsischen Lingen abgesprochen hatte. Die Oldenburger Richter hatten entschieden, daß das deutsche Recht nach dem sogenannten Territorialitätsprinzip nur im Inland gelten könne und die Klage abgewiesen.

Dagegen befanden die Bundesrichter in Berlin, daß das deutsche Atomrecht den „Rechtsschutz nicht an den Grenzen enden" lasse. „Die Auswirkungen eines möglichen Störfalls machen ja auch nicht an den Grenzen eines anderen Staates halt", fügte Bundesrichter Friedrich Seebass auf Anfrage von AP erläuternd hinzu. (Aktenzeichen: Bundesverwaltungsgericht 7 C 29/85)

Zukunft der ARD steht auf dem Spiel

fac. Bonn

Bei der Bundesregierung hat man sich offensichtlich bereits darauf eingestellt, daß die für heute angekündigte Runde der Ministerpräsidenten ohne Festlegung auf einen Medienstaatsvertrag enden wird. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble sagte vor Journalisten, es müsse in der föderalistischen Ordnung möglich bleiben, daß sich die Länder im Interesse der Bundesrepublik verständigten. Im Falle eines Scheiterns wird die Bundesregierung nach WELT-Informationen die Unionsländer in ihrer Absicht bestärken, mit den bereits fertigen Teilstaatsverträgen ernst zu machen. Bayern und Baden-Württemberg haben die Kündigung des Gebührenstaatsvertrags ins Spiel gebracht.

Mit der Kündigung des Gebührenstaatsvertrags wären für die ARD einschneidende Veränderungen verbunden. Vor allem kleinere Sender wären in ihrem Bestand bedroht. In den Staatskanzleien mehrerer SPD-regierter Länder gibt es Überlegungen für einen eigenen Staatsvertrag. Dem WDR, würde er in diese „Schiene" einbezogen, fiele eine dominierende Rolle zu. Allerdings wehrt sich WDR-Intendant Friedrich Nowottny – er ist durch die CDU in sein Amt gekommen – gegen eine Abstempelung seines Senders als „SPD-Anstalt".

Gegenüber dem Osten betont Genscher die Kontinuität der Außenpolitik

Außenminister beruft sich auf Kohl / Diplomaten: Ostblock rechnet mit Wahlsieg der Koalition

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich gegenüber Bulgaren und Sowjets auf die Brüsseler Beschlüsse der NATO-Außenminister als Beleg für die Kontinuität der deutschen Außenpolitik berufen. Staats- und Parteichef Todor Schiwkow hörte sich dieses Argument in Sofia ebenso aufmerksam an wie der sowjetische Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, mit dem Genscher noch vor seiner Abreise nach Bulgarien eineinhalb Stunden lang konferiert hatte.

Signal aus Bonn

Der Vorgang entbehrte nicht der Ironie. Denn die erste Reaktion der sowjetischen Medien auf die Ergebnisse der NATO-Ratstagung war negativ gewesen. Der Bundesaußenminister drehte nun den Spieß um, indem er, neben den konkreten Abrüstungsvorschlägen, vor allem den Wunsch der Bündnispartner nach einem „breitanlegten und konstruktiven Dialog" und nach mehr West-Ost-Zusammenarbeit in den Vordergrund rückte.

Diese Tendenz des Brüsseler Kommuniqués – so Genscher – trage deutlich die Handschrift Bonns. In ihr komme die Grundphilosophie der Bundesregierung zum Ausdruck; sie werde von Bundeskanzler Helmut Kohl und nicht etwa nur vom Bundesaußenminister getragen. Deshalb sei das Signal von Brüssel ebenso sehr ein Signal aus Bonn. Genschers Ausblick: „Sie werden sehen, daß diese Kontinuität der Außenpolitik nach der Wahl, wie schon vor vier Jahren, auch in der Regierungserklärung ihren Niederschlag finden wird." Der Kanzler sehe das ebenso.

Den Hinweis auf die nächste Regierungserklärung hat Genscher nach Angaben aus seiner Umgebung mit Bedacht gewählt. Denn er sieht darin mehr noch als in der Bundestagswahl selbst den Ansatzpunkt für eine Überwindung der gegenwärtigen Kälte-Phase in den deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Bonner Diplomaten zweifeln nicht daran, daß die Sowjets und die anderen Osteuropäer schon seit geraumer Zeit von einem Wahlsieg der CDU/CSU-FDP-Koalition im Januar ausgehen, wenngleich sie derzeit speziell die Union unter Feuer nehmen. Der Wahltag könnte also für sie kaum Überraschendes bieten. Entscheidend für Moskau sei jedoch, wie die Bonner Ostpolitik nach der Wahl aussehen und wie sie sich in der Regierungserklärung niederschlagen werde. Dem versuche Genscher durch den Hinweis auf Kontinuität schon jetzt Rechnung zu tragen.

In gutem Klima

Vor diesem Hintergrund war die freundschaftliche, ja herzliche Atmosphäre bemerkenswert, in der die zweitägige Visite des Bundesaußenministers in Sofia verlaufen ist. Schon der äußere Aufwand – beim Mittagessen Schiwkows für Genscher beispielsweise spielte ein Sinfonie-Orchester – sprengte den Rahmen eines „Arbeitsbesuches". Experten versichern: Männer wie Schiwkow oder Außenminister Petar Mladenow, die über engste Kontakte zum Kreml verfügen, würden niemals ohne sowjetische Zustimmung eine derartige Gastfreundschaft zelebrieren.

Daher liegt der Gedanke nahe, daß Bulgarien als eine Art Brücke fungiert, die Moskau im nächsten Jahr, wenn die „Eiszeit" mit Bonn überwunden werden soll, ohne Schwierigkeiten benutzen könnte.

Diepgen will alle Umstände ‚sorgfältig prüfen'

hrk/SAD, Berlin/London

Die von SED-Chef Erich Honecker erwartete Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen am „DDR"-Staatsakt zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 wird immer unwahrscheinlicher. Diepgen hält sich noch bis heute in London auf und erörtert dort das Besuchs-Thema. Bei seiner parallelen London-Reise erklärte Berlins Parlamentspräsident Peter Rebsch, wegen der „alliierten Vorbehalte" rechne er nicht mit einem derartigen Besuch. Rebsch sagte dem SAD: „Ich kann mir angesichts der alliierten Vorbehalte nicht vorstellen, daß es zu einem offiziellen Ost-Berlin-Besuch des Regierenden Bürgermeisters kommen wird."

Während nach Diepgens eigenen Angaben die Einladung bei seinem Gespräch mit Premierministerin Thatcher „keine Rolle" spielte, kam das Thema gestern mittag nach Angaben von Senatssprecher Winfried Fest in der Unterredung mit Außenminister Howe zur Sprache.

Fest erhärtete durch eine weitere Bemerkung auch den Eindruck, daß Diepgen das Einladungs-Thema wegen seiner von ihm unterschätzten Brisanz offenkundig entschärfen will. Auf die Aussage von SPD-Fraktionschef Vogel angesprochen, Diepgen solle „an seiner Absicht" festhalten und Honeckers Brief positiv beantworten, reagierte Fest auf Anfrage der WELT mit der klaren Aussage: „Es ist falsch zu behaupten, Diepgen habe die Absicht, nach Ost-Berlin zu fahren. Es bleibt dabei, daß er alle Umstände, die damit zusammenhängen, sehr sorgfältig prüfen wird."

Diepgen selbst trug in London dazu bei, daß „heiße" Thema auf Tiefkühl-Temperaturen zu senken. Der SAD gab Diepgens Bemerkung wieder, weder bei Frau Thatcher noch bei seinem Zusammentreffen mit Staatsministerin Baroness Janet Young sei die „Frage der Einladung überhaupt gefallen".

Auf die Frage nach einem Ost-West-Treffen der beiden Berliner Bürgermeister antwortete Diepgen: „Statusfragen werden viel zu oft in den Mund genommen. Manche Dinge stellen in dieser Beziehung überhaupt kein Problem dar."

In der Senatskanzlei gibt es nun Überlegungen, Diepgen „privat" an der Eröffnungsveranstaltung der Ost-Berliner 750-Jahr-Aktivitäten teilnehmen zu lassen – dem Neujahrs-Konzert in Schinkels Schauspielhaus. Dort ließe sich ein kurzes Zusammentreffen mit Erich Honekker quasi „im Vorübergehen" leicht arrangieren.





Freispruch für Egon Franke, Haft für seinen früheren Vertrauten Edgar Hirt FOTO: DARCHINGER/POLY-PRESS

Gericht: Hirt hat Geld in eigene Tasche gesteckt

Die Strafkammer ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus

WERNER KAHL, Bonn

Am letzten (100.) Verhandlungstag ließ der Saalwachtmeister gestern zum ersten Mal das braune Pappschild „Kein Eintritt – Öffentlichkeit ausgeschlossen" in der Schublade. Im größten Saal des Bonner Landgerichts begründete der Vorsitzende der 1. Großen Strafkammer, Wilfried Manthei, die Urteile gegen den früheren Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, (Freispruch) und dessen einstigen Vertrauten, Ministerialdirektor Edgar Hirt (dreieinhalb Jahre Haft). Es war ein Prozeß, über dem „der Mantel der Geheimhaltung" (Manthei) über finanzielle Hilfe der Bundesregierung bei Familienzusammenführungen und Freikäufen politischer Gefangener aus „DDR"-Gefängnissen lag.

Mit gerötetem Gesicht, den Kopf auf die gefalteten Hände gestützt, hörte der 49jährige Edgar Hirt, einstiger Senkrechtstarter in der sozialliberalen Koalition, das Urteil, das über den Strafantrag des Staatsanwaltes hinausging: „Untreue mit Mitteln des Betruges!" Nur mit Rücksicht auf Hirts Emsigkeit im Ministerium unter Minister Franke, der als väterlicher Freund des SPD-Parteigängers Hirt galt, habe das Gericht nicht auf einen besonders schweren Fall erkannt (fünf bis zehn Jahre Strafandrohung), sagte Richter Manthei.

Nährboden für Untreue und Betrug in den Jahren 1979 bis zur Ablösung der sozialliberalen Koalition durch die jetzige Bundesregierung 1982 waren nach Ansicht des Gerichts die geheime Verwendung von Geldern für „humanitäre Aktionen" in der „DDR" und anderen Ostblockstaaten, die „von Franke zum Prinzip erhobene Geheimhaltung, und „freie Hand" für Frankes Vertrauten. Dies habe dazu geführt, daß Hirt „nicht widerstehen konnte".

Unter dem Deckmantel der Geheimhaltung – selbst vor Mitarbeitern der Ministeriumsspitze – wurden Geldbeträge für angebliche humanitäre Zwecke in Frischhaltebeuteln und Plastiktüten transportiert. Am 21. März 1979 waren es 60 000 Mark, am 22. April 1979 bereits 400 000 Mark und am 20. September 1982, kurz vor dem Ende des Kabinetts Helmut Schmidt erneut 400 000 Mark. „Summa summarum", so der Richter gestern, wechselten 5,56 Millionen Mark ohne Belege den Besitzer. Weitere 460 000 Mark wurden offensichtlich ebenfalls nicht den Zwecken entsprechend veruntreut. Um das Faß voll zu machen, wurde auch der südafrikanische Geheimdienst, der einen Sowjetspion an der thüringisch-hessischen Landesgrenze den Sowjets übergab, von Hirt als angeblicher Geldempfänger ins Spiel gebracht. Dahin sei jedoch kein Pfennig geflossen, stellte das Gericht fest.

Die Strafkammer wollte jedoch nicht ausschließen, daß von den in Rechnung stehenden 6,02 Millionen Mark im Ministerium einige Millionen „haushaltswidrig" ausgegeben wurden. „Wir sind aber überzeugt, daß Herr Hirt Geld in die eigene Tasche gesteckt hat" oder „wie ein Eigentümer" damit umgegangen sei. Auf ungeklärte Weise habe Hirt nach Ansicht des Gerichts 3,01 Millionen Mark eigenmächtig verwandt.

‚Mismanagement trieb NH in den Ruin'

U-Ausschuß prangert in seinem Abschlußbericht persönliche Bereicherung an

DIETHART GOOS, Bonn

Schwere Vorwürfe gegen die Geschäftsführung des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat (NH) und seine Aufsichtsorgane enthält der umfangreiche Abschlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Er kommt zu dem Ergebnis, daß „Mismanagement", „persönliche Bereicherung verantwortlicher Personen" und „zahlreiche Gesetzesverstöße" die NH in den Ruin getrieben haben.

Die ersten 170 Seiten des von Juristen im Ausschußsekretariat ausgearbeiteten Berichts wurden gestern in interner Sitzung vom Untersuchungsausschuß beraten. Die Fraktionen haben bis zum 2. Januar Gelegenheit, Ergänzungs- und Änderungswünsche beim Ausschußvorsitzenden einzureichen. Die Abschlußberatung findet vom 5. bis 7. Januar statt.

Nach Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses begann der Niedergang der Neuen Heimat bereits in den siebziger Jahren. Nur durch „umfangreiche Aktivierung von Bauvorbereitungskosten, insbesondere Zinskosten, und Gewinne aus konzernintern getätigten Grundstückverkäufen" konnten bis 1986 positive Ergebnisse ausgewiesen werden. Sie hätten aber keinerlei Veränderungen der Grundprobleme und keine Verbesserung der Ertragssituation bewirkt. Verbesserte Konzernergebnisse bis 1984 seien nur durch umfangreiche Grundstücks- und Wohnungsverkäufe erzielt worden.

Als Hauptverlustquellen nennt der Untersuchungsbericht „hohe Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit der Grundstücksbevorratung, Leerstandsverluste, Abschreibungserfordernisse bei Verkaufsobjekten sowie ungedeckte Verwaltungskosten und Mietverzichte". Auch verweist der Bericht auf „Unterdeckungen im Dienstleistungsbereich", die auf personelle Überbesetzungen zurückzuführen waren sowie auf die vielen unbebauten Grundstücke und unverkauften Eigentumsmaßnahmen. „Die hohen Bestände haben ihre Ursache in geschäftspolitischen Entscheidungen der siebziger Jahre, die sich als gravierende Fehlentscheidungen herausstellten."

Kritisch setzt sich der Bericht auch mit der Personalpolitik und den Bezügen der Geschäftsleitung auseinander. So erhöhten sich die Einkünfte des Vorstandsvorsitzenden Vietor von 205 000 Mark im Jahre 1969 auf 528 000 Mark im Jahre 1981. Die von Vorstandsmitglied Iden stiegen im gleichen Zeitraum von 170 000 auf 430 000 Mark. Im Bericht heißt es dazu: „Die unangemessen hohen Bezüge belasteten die Neue Heimat nicht nur während der aktiven Tätigkeit der Geschäftsführer, sondern auch nach deren Ausscheiden."

Für die Zeit von 1960 bis zum vergangenen Jahr ermittelte der Ausschuß den Betrag von 10,8 Millionen Mark, den die Neue Heimat an Parteien, Stiftungen und andere Einrichtungen spendete. Den größten Betrag erhielt mit 4,7 Millionen Mark die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung. Zur Spendenpraxis heißt es: „Ob die Angaben der Neuen Heimat sämtliche Spendenleistungen korrekt darstellen, hat der Ausschuß im einzelnen nicht aufklären können. Die Angaben sind zum Teil in sich widersprüchlich."

Verübten Iraner Terroranschläge?

AP, Frankfurt

Iraner stecken möglicherweise hinter dem Anschlag auf das Einkaufszentrum der amerikanischen Streitkräfte in Frankfurt, bei dem am 24. November des vergangenen Jahres 35 Menschen zum Teil schwer verletzt worden waren. Naser Daryaei werde mit Haftbefehl in Westeuropa und den Vereinigten Staaten gesucht, sagte ein Sicherheitsexperte, der seinen Namen nicht genannt wissen wollte. Daryaei habe zusammen mit einem anderen Mann auf einem Gebrauchtwagenmarkt in Gravenbruch bei Frankfurt das Auto gekauft, das später vor dem Kaufhaus explodiert ist. Beide hätten marokkanische Pässe vorgelegt.

Am 7. Februar sei Daryaei in Paris in eine Verkehrskontrolle geraten und geflüchtet. In dem Wagen mit deutschem Kennzeichen, der wenig später gefunden wurde, befanden sich außer einer Maschinenpistole ein Ausweis auf den Namen Daryaei.

Unterdessen meldete eine amerikanische Zeitung, Iran stehe im Verdacht, auch in den Bombenanschlag in Beirut vor mehr als drei Jahren verwickelt gewesen zu sein, bei dem 258 amerikanische Soldaten und Diplomaten ums Leben kamen.

Sowjetunion ist Kaffee-freie Zone

dpa, Moskau

Kaffee, auch bei den Bürgern der Sowjetunion ein beliebtes Getränk, ist zur Zeit in keinem Kaufhaus des Landes mehr zu haben. Die Moskauer Führung hat wegen der Devisenknappheit keinen Kaffee mehr gekauft. Eine der Folgen ist, daß auch Tee knapp geworden ist.

Angesichts der hohen Kaffeepreise müsse die UdSSR ihre Devisen für „ernste und gesellschaftlich wichtigere Ziele" ausgeben, erklärte der stellvertretende Landwirtschaftsminister W. Panassewitsch in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Ogonjok". In der Nachrichtensendung des sowjetischen Fernsehens wurde mitgeteilt, daß Nicaragua eine Ladung Kaffee als Geschenk für die Bevölkerung von Tschernobyl übergeben wolle. Ein Vertreter sei bereits unterwegs, um die Ladung zu verschiffen.

Die Parteizeitung „Prawda" zitierte hohe Regierungsvertreter, um den Unmut der Bevölkerung über die Kaffee- und Teeknappheit zu beschwichtigen. Das originellste Argument ließ sich der stellvertretende Binnenhandelsminister, S. Aljoschin, einfallen: Da jetzt nicht mehr so viel Alkohol getrunken werde, sei der Tee knapp geworden.

Mieter bevorzugen Lebensversicherung

dpa, Bonn

Die Mieter ziehen offenbar die Lebensversicherung als Anlage für die Altersvorsorge der Bildung von Wohneigentum deutlich vor. Das geht aus einer Erhebung des Münchener Forschungsinstituts Infratest hervor, die die deutschen Bausparkassen in Auftrag gegeben hatten. Wie der Verband der Privaten Bausparkassen mitteilte, rangiere die Lebensversicherung bei 53,2 Prozent der erfaßten Mieter unter dem Gesichtspunkt der Alterssicherung vor dem Wohnbesitz (37,5 Prozent). Die heutigen Eigentümer gäben dagegen dem Wohneigentum mit 49,9 Prozent den höheren Stellenwert vor der Lebensversicherung mit 47,2 Prozent.

Dieser Vergleich macht nach Angaben des Verbandes deutlich, daß die Erfahrungen mit dem eigenen Haus oder eigenen Wohnung deren Wertschätzung deutlich erhöhten.

Eine andere Frage habe zu dem Ergebnis geführt, daß 67 Prozent, die bisher zur Miete wohnen, in den eigenen vier Wänden „einen wichtigen Bestandteil der individuellen Vorsorge für den Lebensabend" sähen. Bei den Eigentümern werde diese Ansicht sogar von fast 84 Prozent gesehen.

Kommen Waffenexporte vor 1982 zur Sprache?

Heute konstituiert sich U-Ausschuß / Ergebnis kaum vor der Wahl

GÜNTHER BADING, Bonn

Der von der SPD-Fraktion durchgesetzte Bundestags-Untersuchungsausschuß zur Klärung der Affäre um die Lieferung von U-Boot-Konstruktionsplänen an Südafrika wird sich heute in Bonn konstituieren. Zwar ist der Ausschußvorsitzende, der SPD-Abgeordnete Willfried Penner, daran interessiert, möglichst zügig zu arbeiten und eventuell auch die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr zu nutzen, doch wird in Bonn nicht damit gerechnet, daß der Ausschuß bis zum Ende der Legislaturperiode zu einem Ergebnis kommen wird. Zwar endet die Arbeit des Ausschusses nicht mit der Bundestagswahl am 25. Januar sondern erst mit der Konstituierung des neuen Bundestages Mitte Februar. Dennoch rechnet man in der Bundeshauptstadt mit einer Neuauflage des Ausschusses in der nächsten Legislaturperiode. Dann könnte, wie aus Unionskreisen verlautete, möglicherweise auch der Untersuchungsauftrag erweitert werden. Gegenstand solcher zusätzlicher Prüfung wäre die Waffenexportpolitik unter den sozialdemokratischen Bundeskanzlern Brandt und Schmidt. Als ein Beispiel wird dabei die Lieferung von U-Booten, aber auch anderer Waffen, an menschenrechtsverletzende Militärdiktaturen – etwa Argentinien – in den siebziger Jahren genannt.

1977 Zustimmung

Die argentinische Militärregierung hatte 1977 aus Bonn die Zustimmung nicht nur für die Lieferung von zwei deutschen U-Booten des Typs TR 1700, sondern auch für die Lieferung der entsprechenden Blaupausen erhalten. Damit sollten in Argentinien vier weitere Boote gebaut werden. Der Vertrag wurde von Argentinien am 30. November 1977 mit der Firma Thyssen Nordseewerke unterzeichnet, wie das internationale Standardwerk über Kriegsschiffe „Jane's" in seiner jüngsten Ausgabe verzeichnet. Die beiden Kriegsschiffe sind mit den Namen „Santa Cruz" und „San Juan" und den Bezeichnungen „S 41" und „S 42" inzwischen in Dienst gestellt worden. Sie wurden unter der Regierung Bundeskanzler Helmut Kohls erst an die inzwischen demokratisch gewählte Regierung von Präsident Roul Alfonsin im Oktober 1984 und November 1985 übergeben.

Bei Abschluß des Vertrages allerdings herrschte in Argentinien noch jene Militärjunta unter Präsident General Jorge Rafael Videla, die nach der Rückkehr des Landes zur Demokratie 1983 wegen der Menschenrechtsverletzungen im sogenannten „schmutzigen Krieg" gegen die Links-Guerilla abgeurteilt worden ist.

Amnesty-Protest

In der Bundesrepublik Deutschland allerdings war schon bei Bekanntwerden der Verkaufsabsicht dieser beiden U-Boote Besorgnis und Protest laut geworden. So forderte die deutsche Sektion der internationalen Gefangenenhilfsorganisation „Amnesty International" den damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Brief auf, keine U-Boote an die Diktatur in Buenos Aires zu liefern. In dem Brief wurde argumentiert, daß ein derartiger Rüstungsexport Hilfe für die Militärjunta bedeute, die für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sei. Seit dem Militärputsch im März 1976 bis zum Ende 1977 seien in Argentinien mindestens 10 000 Menschen verschwunden, zwischen 5000 und 6000 Personen seien verhaftet worden, ohne je vor ein Gericht gestellt worden zu sein, und Tausende seien von den Sicherheitskräften ermordet worden.

Besondere Kritik zog 1977 die Tatsache nach sich, daß die Bundesregierung „nach sorgfältiger Abwägung" aus beschäftigungspolitischen Gründen eine staatliche Bürgschaft für diesen argentinischen U-Boot-Auftrag zugesagt hatte. In derselben Kabinettsitzung waren damals auch die Richtlinien für die künftige Bürgschaftspolitik für Südafrika-Geschäfte beschlossen worden.

Neben diesen U-Booten mit einer Wasserverdrängung von 2264 Tonnen (getaucht) waren 1974, ebenfalls während der SPD-Regierungszeit, zwei U-Boote der Klasse 209 der Howaldtswerke Deutsche Werft AG in Kiel in Argentinien in Dienst gestellt worden. Es handelt sich dabei um dieselben Boote, deren Konstruktionspläne jetzt – ohne Genehmigung durch die Bundesregierung – an Südafrika geliefert worden sein sollen.

Polens Führung zeichnet ein düsteres Bild

AP/J.G.G. Warschau/Bonn

Bei der Eröffnung der Plenartagung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hat Staats- und Parteichef Wojciech Jaruzelski ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Lage des Landes gezeichnet und zu weiteren Reformen und Sparmaßnahmen aufgerufen. Die Anstrengungen zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise müßten beschleunigt werden, sagte er.

Das Politbüromitglied Marian Wozniak erklärte, trotz einiger Verbesserungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern gebe es „Bereiche, in denen kein Fortschritt erzielt wurde".

Der Verleger der Zeitschrift „KOS", Untergrundorgan des „Komitees für gesellschaftspolitische Verteidigung", hat in einem Leitartikel dringend vor einer Beteiligung an dem neugeschaffenen „Konsultativrat" gewarnt. „Auch wenn jetzt eine Zeit des sogenannten Tauwetters eintreten sollte, darf man nicht daran glauben", heißt es. Es müsse davon ausgegangen werden, daß diese Zeit nicht „lange anhalten wird".

Abgesehen davon würde sich in den offiziellen Medien überhaupt nichts ändern, so daß die Untergrundmedien weiterhin Existenzberechtigung hätten. Man solle sich außerdem „mit allen Kräften gegen jenes Gedankengut stemmen, wonach es jetzt an der Zeit sei, die Untergrundtätigkeit aufzugeben".

„Wir haben den Spielraum erweitert"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die „psychologische Stabilisierung unseres Volkes" war und ist nach Darstellung von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble eine der hervorragenden Aufgaben der Bundesregierung Kohl. In einer Bilanz der gut vierjährigen Arbeit seit dem Amtsantritt Bundeskanzler Kohls im Oktober 1982, besonders aber seit der Bestätigung seiner Regierung durch die Bundestagswahl vom März 1983, sagte Schäuble gestern in Bonn vor Journalisten: „Wir wollen nicht Sensibilitäten abbauen." Es gehe jedoch darum, so Schäuble, angesichts zahlreicher Kampagnen mit dem Ziel, die Ängste in der Bevölkerung zu schüren – von der Außen- und Sicherheitspolitik über die Kernenergie bis zur Volkszählung –, diese Sensibilitäten „in Verbindung zu halten mit verantwortlichen und verantwortbaren Entscheidungen". Als Beispiel nannte Schäuble die Energiepolitik. Nach dem Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl habe die Regierung Kohl trotz der „damals geschürten Ängste" an einer „verantwortlichen Energiepolitik" festgehalten und damit schwere ökologische und ökonomische Folgen eines spontan geforderten Sofort-Ausstiegs aus der Kernenergie verhindert. Selbst vor einer für die Regierung Kohl schwierigen Wahl in Niedersachsen habe man „der Versuchung widerstanden, vom Kurs der Klarheit abzuweichen".

Schäuble legte in einem mehr als 60 Seiten starken Arbeitspapier eine Zusammenfassung der wichtigsten politischen Weichenstellungen durch die Bundesregierung vor. Der Katalog reicht von Ausführungen über die Friedenssicherung mit dem bemerkenswerten Satz, daß „trotz der Revanchismuskampagne auf östlicher Seite nach Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses der Gesprächsfaden nie abgerissen" sei, bis zu finanz- und innenpolitischen Themen sowie der Bewältigung neuer Techniken.

Es sei im wesentlichen darum gegangen, in den vergangenen vier Jahren Handlungsspielraum für die nächste Legislaturperiode zu schaffen, also Entscheidungen zur Sicherung der Zukunft zu treffen oder vorzubereiten. Bei allen angeschnittenen Bereichen ziehe sich wie ein roter Faden ein Problem hindurch: Die demographische Entwicklung der deutschen Bevölkerung sei auf dem Weg, die in vergangenen Jahrzehnten als natürlich betrachtete Alterspyramide mit einem breiten Sockel der Jugend und abnehmender Stärke in den höheren Altersgruppen ins Gegenteil zu verkehren. Bei allen Entscheidungen, von der Bildung, dem Arbeitsmarkt, der Sozialpolitik bis zur Verkehrs- und Wohnungsbaupolitik, müsse diese Entwicklung beachtet werden, mahnte Schäuble.

Die umfangreiche schriftliche Bilanz faßte Bundesminister Schäuble in wenigen Sätzen zusammen: „Die Bundesregierung ist in diesen vier Jahren gut vorangekommen; sie hat die in der Regierungserklärung vom Frühjahr 1983 gesetzten Ziele erreicht und den Handlungsspielraum für die Zukunft erweitert."

Gary Hart lobt die Sowjetführung

rtr. Moskau

Der derzeit aussichtsreichste Bewerber für die amerikanische Präsidentschaftskandidatur auf der Seite der Demokraten, Senator Gary Hart, ist der Auffassung, daß die gegenwärtige sowjetische Führung diskussionswilliger als ihre Vorgänger ist. Hart erklärte gestern nach Gesprächen mit Generalsekretär Michail Gorbatschow und Außenminister Eduard Schewardnadse in Moskau, er habe bei seinen Partnern „einen neuen Stil" und die Bereitschaft, zuzuhören und zu argumentieren, festgestellt. Er habe jedoch keine Anzeichen dafür ausmachen können, daß die sowjetische Seite gegenwärtig zu einem neuen Gipfeltreffen bereit sei.

Preise signalisieren Stabilität

Veränderungen zum Vorjahr in %

Importpreise: +14,9 (1980), +13,6 (81), +2,3 (82), -0,3 (83), +6,0 (84), -10,0 (geschätzt 86)

Erzeugerpreise: +7,5 (1980), +7,6 (81), +5,8 (82), +1,5 (83), +2,9 (84), +2,2, -3,0 (geschätzt 86)

Quelle: IW

Seit mehr als einem Jahr sind die Verbraucherpreise für gewerbliche Produkte rückläufig. Das Erzeugerpreisniveau im industriellen Bereich wird damit 1986 rund drei Prozent unter dem des Vorjahres liegen. Sinkende Einfuhrpreise begünstigten diese Entwicklung. Vor allem der Rückgang der Mineralölpreise um rund 10 Prozent im Jahresdurchschnitt schlägt hier zu Buche. Hinzu kamen aber auch Stabilitätserfolge im Inland. QUELLE: IMU

FÜR DEN ANLEGER

Dollar: Die Opec-Verhandlungen drücken auf die US-Währung, die gestern den Gewinn des Vortages fast ganz abgab. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,0167 (2,0232) DM festgestellt.

Optionshandel: Einzelpersonen, die auf eigene Rechnung handeln, will die Londoner Börse zum Handel in notierten Optionen zulassen. Die Zulassung soll sowohl als Marktmacher, der nur mit anderen Mitgliedern abschließen darf, als auch als Broker möglich sein.

Bank of Boston: 600 000 der rund 2,6 Mill. Stammaktien zum Kurs von je 42,125 Dollar werden international zum Verkauf angeboten. Nach Angaben der Bank können im Falle einer Überzeichnung in den USA weitere 300 000 und international zusätzlich 90 000 Aktien ausgegeben werden.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 278,92 (278,36); Chemie: 168,16 (167,39); Elektro: 359,91 (359,34); Auto: 745,09 (740,86); Maschinenbau: 140,83 (142,48); Versorgung: 169,04 (167,76); Banken: 407,64 (407,24); Warenhäuser: 183,42 (182,33); Bauwirtschaft: 535,28 (530,06); Konsumgüter: 182,49 (182,14); Versicherung: 1351,98 (1350,31); Stahl: 137,00 (137,04).

Kursgewinner:	DM	+ %
Schlenk	262,00	4,80
Monachia	3480,0	4,50
Pittler	119,00	4,39
Braun Vz.	1550,0	4,38
Dt. Steinzeug	315,00	4,30

Kursverlierer:	DM	– %
Thyssen AG	137,00	5,19
Aach.Münch.Rück.	1835,0	4,92
Copenhagener Hbk.	64,60	4,86
Norsk Data	53,50	4,46
Hutschenreuther	540,00	4,42

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Uneinheitlich

WELTWIRTSCHAFT

Handel: Gelassene Reaktionen hat die einseitige Einfuhrbeschränkung der US-Regierung für Werkzeugmaschinen aus Deutschland und der Schweiz ausgelöst. (S. 12)

USA: Saisonbereinigt ist die Wirtschaft nach einer zweiten Revision des Handelsministeriums im dritten Quartal 1986 um 2,8 Prozent gewachsen.

Rückgang: Der Handel mit der „DDR" ist nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in den ersten elf Monaten 1986 zurückgegangen. Die Exporte lagen mit 6,6 Mrd. DM um sieben Prozent und die Importe mit 6,3 Mrd DM um zehn Prozent unter dem Stand von 1985.

Großbritannien: Nach der Aufhebung alter Eigenkapitalvorschriften wird die Londoner City für multinationale Banken noch attraktiver. (S. 12)

Kanada: Mit 2,6 Prozent wird das Bruttosozialprodukt 1987 nach Meinung von Banken und Ökonomen niedriger ausfallen als 1986 (3,1 Prozent).

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	16. 12. 86	15. 12. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	145,00	138,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	75,75	74,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	127,50	126,25	121,50	226,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK

Vermögen: Um 3,8 Prozent ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1985 gestiegen.

Gute Aussichten: Mit Optimismus gehen die nordrhein-westfälischen Arbeitgeber ins Jahr 1987. Der Aufschwung könne sich fortsetzen, sagte Jochen F. Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände.

Keine Gefahr: Die gute Honigernte sei entgegen irreführenden Angaben nur minimal radioaktiv belastet, erklärte die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe.

Bayern: Seit der Errichtung des europäischen Regionalfonds 1975 hat das Bundesland mit 343 Mill. DM die meisten Mittel erhalten.

Strom: Aufgrund der milden Witterung ging der Verbrauch im Vergleich zum Vorjahresmonat um fünf Prozent auf 29,6 Mrd. Kilowattstunden zurück.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Thyssen Stahl: Im laufenden Geschäftsjahr schrieb das Unternehmen erneut rote Zahlen. Rund 2500 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden. (S. 12)

Tengelmann: Für die Gruppe ist das Geschäftsjahr 1985/86 nach schwachem Start in der 2. Hälfte noch „sehr positiv" gelaufen. (S. 14)

Stinnes: In einem durch Rohstoffpreis- und Dollarverfall schwierigen Umfeld hat die größte Handelstochter der Veba auch 1986 zufriedenstellend verdient. (S. 14)

Hertie: In den nächsten 20 Jahren darf die Filiale des Warenhauskonzerns in der Stadt Hameln nicht gschlossen werden. Nach einer Entscheidung des Landgerichts Hannover muß der Mietvertrag bis zum Jahr 2002 erfüllt werden.

Daimler-Benz: Das Geschäftsjahr 1986 war für den Konzern besonders erfolgreich. Der Umsatz wird von 52 Mrd. auf über 65 Mrd. DM steigen. (S. 13)

Phoenix: Von der guten Autokonjunktur hat der Kautschukverarbeiter profitiert. Wahrscheinlich wird wieder eine Dividende von neun Prozent gezahlt. (S. 13)

NAMEN

IEA: Ulrich Engelmann (59) wurde zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Internationalen Energie-Agentur gewählt.

Saudi-Arabien: König Fahd hat den Gouverneur der staatlichen Ölgesellschaft Petromin, Abdel Hadi Taher, entlassen. Taher bekleidete seit 1962 dieses Amt.

Daimler: Dr.-Ing. Peter Sanner, stellvertretendes Vorstandsmitglied, wird Aufgaben im Zusammenhang mit der Produktionsordnung des Hauses wahrnehmen. Das Material-Ressort wird nach dem Ausscheiden von Walter Ulsamer zunächst vom Vorstandsvorsitzenden Werner Breitschwerdt mitbetreut.

WER SAGT'S DENN?

Wer den Staat ruinieren will, braucht sich nur etwas mehr Gerechtigkeit ausdenken, als Geld vorhanden ist, sie zu bezahlen.

Hans Kasper

In den Warenhäusern werden die Preise in nächster Zeit kaum steigen

Seit vielen Jahren hat der deutsche Einzelhandel nicht mehr so günstig eingekauft

HANNA GIESKES, Bonn

Aus dem deutschen Einzelhandel kommen gute Nachrichten für den Verbraucher: Die Preise werden im ersten Halbjahr allenfalls sehr moderat steigen, denn der Handel selbst hat für diesen Zeitraum lediglich um ein Prozent teurer eingekauft als für das erste Halbjahr 1986. Heinz Garsoffky, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, betonte gestern in Frankfurt, dies sei „die niedrigste Steigerungsrate seit 1972".

Möglich gemacht habe diese Entwicklung in einem nicht unerheblichen Umfang der schwache Dollar, sagte Garsoffky weiter: Der Importanteil an den Bezügen der Groß- und Mittelbetriebe sei ständig gestiegen. Für den Einzelhandel ohne Nahrungs- und Genußmittel liege die durchschnittliche Preissteigerungsrate mit 0,5 bis 1,5 Prozent umfast einen halben Prozentpunkt unter der des zweiten Halbjahres 1986. Im Nahrungs- und Genußmittel-Bereich seien die Einkaufspreise des Handels sogar weitgehend stabil geblieben.

Es gibt freilich Ausreißer: So konnten Elektronikspiele, Taschenrechner und Kleincomputer zum Teil um mehr als zehn Prozent billiger eingekauft werden. Modeschmuck und Goldwaren hingegen verteuerten sich um bis zu fünf Prozent, und auch bei Möbeln, Glaswaren und Porzellan mußten die Einkäufer rund drei Prozent zulegen. In welchem Umfang diese Steigerungen beim Verbraucher ankommen, werde indes der Markt entscheiden, sagte Garsoffky, der vorsorglich darauf hinwies, „daß in die Verkaufspreise ja auch unsere gestiegenen Kosten eingehen".

Zuversicht und „moderater" Optimismus kennzeichnen die Gemütslage im deutschen Einzelhandel zur Jahreswende. Garsoffky rechnet mit einem nominalen Plus von drei bis 3,5 Prozent im kommenden Jahr, und damit befindet er sich in Übereinstimmung mit einem wesentlichen Teil der Mittel- und Großbetriebe: Zwei Drittel von ihnen erwarten, daß ihre Umsätze im kommenden Jahr um mindestens 3,5 Prozent steigen werden. In diesem Jahr brachte es der Einzelhandel im engeren Sinne – ohne Mineralölprodukte, Kraftfahrzeuge und Apotheken – auf einen Umsatz von 414 Milliarden Mark. Gegenüber 1985 ist das ein Plus von 3,5 Prozent, der einem realen Zuwachs von 2,5 Prozent gleichkommt.

Steigende Umsätze „nach Jahren der Stagnation" haben nach Aussage von Garsoffky im Bereich der Mittel- und Großbetriebe „den Zwang zur Personalreduzierung gemindert". Zwar sei 1986 die Zahl der Vollzeitarbeitskräfte um 1,4 Prozent zurückgegangen, aber es wurden gleichzeitig 1,6 Prozent mehr Teilzeitkräfte beschäftigt. Dabei werde es immer schwieriger, Fachpersonal zu finden, klagte Garsoffky.

Die Entwicklung der Erträge macht dem Einzelhandel nach wie vor wenig Freude, „auch wenn sie dank der steigenden Umsätze günstiger verlaufen ist, als wir Mitte des Jahres angenommen hatten". Nur ein Drittel der Mitgliedsunternehmen des Einzelhandelsverbandes der Mittel- und Großbetriebe rechne mit einer Besserung im kommenden Jahr.

Investitionen in Milliardenhöhe

Chemie-Industrie gibt Opposition gegen verschärfte Umweltschutzgesetzgebung auf

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Chemie-Präsident Hans Albers hat Tröstliches parat: „Der Rhein lebt und hat nach jetzigem Ermessen seine Selbstreinigungskraft nicht verloren." Die deutsche Chemie wird dennoch auf das Brandunglück bei der Basler Sandoz mit Sicherheits-Investitionen in Milliardenhöhe reagieren. Vor allem der Bau weiterer Löschwasserauffangbecken und die Umstellung auf (von Gewässern abgekoppelte) geschlossene Kühlwasserkreisläufe – beides wesentliche Punkte im Maßnahmenkatalog des Branchenverbands VCI – werden erhebliche finanzielle Anstrengungen bedeuten.

Die Umweltschutz-Investitionen, 1985 mit 617 Mill. Mark (zu denen noch rund 3,5 Mrd. Mark an Betriebsausgaben zu zählen sind) noch bei neun Prozent der Gesamtinvestitionen, zeigen ohnehin einen steigenden Trend: In diesem Jahr dürften sie bei zehn Prozent der 7,5 Mrd. Mark Investitionen liegen, 1987 sogar 800 Mill. DM übersteigen.

Der mit 568 000 (557 000) Beschäftigten viertgrößte deutsche Industriezweig hat auch seine Opposition gegen eine verschärfte Gesetzgebung inzwischen aufgegeben. Er stimme sowohl der Einbeziehung des Gewässerschutzes und damit der Aufnahme weiterer Chemikalienläger in die Störfallverordnung als auch der Senkung der Meldeschwelle für Störfälle zu, betonte Albers.

Selbst möglichen neuen Gesetzen wird nur noch Skepsis entgegengesetzt: „Es sollte vorher geprüft werden, ob nicht die rund 2000 Gesetze und Verordnungen, die die Arbeit der chemischen Industrie im Umweltbereich regeln, ausreichen." Auf mehr Widerstand stößt indessen der geplante Ausschluß der vier Industrie-Experten aus der Störfall-Kommission: „Mit diesem Schritt würde der Umweltminister auf einen wesentlichen Teil des Sachverstandes, der in der Kommission vertreten ist, verzichten."

Im Hinblick sowohl auf die aktuellen Umweltprobleme als auch auf die absehbaren „Turbulenzen am Konjunkturhorizont" setzt die Chemie auf ihre Innovationskraft, die in diesem Jahr mit Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen von 8,5 Mrd. Mark (plus zehn Prozent) gestützt wurde. Die damit gesicherte internationale Wettbewerbsfähigkeit lasse auch für 1987 ein „moderates Wachstum" erwarten.

In diesem Jahr sind die Umsätze der Branche um sechs Prozent auf 140 (149) Mrd. Mark zurückgegangen, eine Folge von Dollar- und Ölpreisrutsch. So ist der nominale Rückgang auch keineswegs ein Alarmsignal: Das hohe Produktionsniveau und damit auch die hohe Auslastung des Vorjahres wurden nahezu gehalten.

HWWA rechnet mit nur geringem Exportwachstum

DW, Hamburg

Die Exporte der Bundesrepublik werden nach Einschätzung des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung im nächsten Jahr nur geringfügig zunehmen. In seinem Blatt „Konjunktur von morgen" schreibt das Institut, der Anstieg dürfte bei real zwei Prozent liegen im Vergleich zu rund sechs Prozent in diesem Jahr.

Das HWWA-Institut geht bei seiner Prognose davon aus, daß sich die Ausfuhr in die europäischen Nachbarländer kaum erhöhen wird. Bei den Ölländern und den anderen Entwicklungsländern schwächt sich die Importdrosselung jedoch ab. Der Dollarkursverfall werde sich weiterhin auswirken.

Für die Einfuhr der Bundesrepublik sagt das Institut dagegen eine Zunahme von etwa fünf (1986: 6,5) Prozent voraus. Sie erhalte kräftige Impulse von der anhaltend starken Binnennachfrage in der Bundesrepublik und von der Verbesserung der Wettbewerbsposition ausländischer Anbieter, vor allem aus dem Dollar-Raum, aber auch aus Großbritannien.

Die etwas niedrigere Zuwachsrate ergebe sich in erster Linie aus geringeren Importen von Öl und Ölprodukten, die auf eine hohe Vorratshaltung in der Bundesrepublik zurückzuführen seien.

AUF EIN WORT



„In naher Zukunft sollen bei der Ruhrkohle AG zwei Drittel der leitenden Angestellten auf Drängen der IG Bergbau nicht mehr zu diesem Kreis gehören. Daraus ist zu folgern, daß ein gesetzlicher Minderheitenschutz auch in der Montan-Mitbestimmung notwendig ist."

Dr. Horst Schröder, Vorsitzender des Verbandes der Führungskräfte in Bergbau und Energiewirtschaft, Essen. FOTO: HANS NOLTE

Stahl-Kritik am „Trip zur Liberalisierung"

J. G. Duisburg

Man bohre „dicke Bretter", hoffe aber, den Bundeswirtschaftsminister wie die Brüsseler EG-Kommission noch vor dem drohenden neuen Debakel in der deutschen Stahlindustrie vom „Liberalisierungstrip" für das stringente Krisensystem der EG-Produktionsquoten abbringen zu können. Thyssen-Stahlchef Heinz Kriwet, auch Vorsitzender des deutschen Stahlproduzentenverbandes, begründete diese Hoffnung für die von neuer Krisenverschärfung bedrohte heimische Branche mit dem erneuten Ausbrechen subventionierter Schleuderpreiskonkurrenz.

Die stamme nicht nur aus Dumping-Lieferungen von Drittländern. Italiens Staatskonzern Italsider, der '86 mit 1,1 Mrd. DM Verlust abschließen werde, zeige klar, daß der mit Ende 1985 beschlossene Stopp des Subventionswahnsinns bei den Nachbarn nicht greift. „Bei solchem nur mit neuen Krediten finanzierbaren Verlust müßte jeder deutsche Produzent zum Konkursrichter."

Kapazitätskürzungen im Rahmen der bis 1990 anvisierten Verlängerung der EG-Quoten sieht Kriwet auch für deutsche Stahlstandorte kommen. Bei aller Bereitschaft, „mit jedem Hilfreichen zu sprechen", sieht er in der jetzt von der IG Metall geforderten Sicherung aller Standorte kein taugliches Konzept.

Autoindustrie schafft Rekordproduktion

Exporterfolge und gute Aussichten auch für 1987 – Probleme bei schweren Lastwagen

INGE ADHAM, Frankfurt

Eine Rekordproduktion, stattliche Exporterfolge und anhaltend gute Aussichten auch für das kommende Jahr – so präsentiert sich die deutsche Automobilindustrie kurz vor der Wende ihres hundertjährigen Jubiläumsjahres. Fast 4,3 Millionen Pkw und Kombiwagen werden die deutschen Autobauer in diesem Jahr produzieren, das sind drei Prozent mehr als im vergangenen Jahr, dem bisherigen Rekordjahr.

Die Auftragslage ist bei Pkw/Kombi und leichten Nutzkraftwagen im Inland wie im Ausland unverändert gut, schreibt der Verband der Automobilindustrie (VDA) in seinem jüngsten Lagebericht. Als Risiken für das nächste Jahr wertet die Branche allerdings Wechselkursveränderungen und Druck von der Kostenseite.

Im November allein stellte die Branche 401 000 Pkw und Kombiwagen her, das ist ein Prozent mehr als im November des Vorjahres. Dafür sorgte in diesem Monat vor allem das rege Interesse des Auslands an deutschen Wagen: Der Export schnellte um sieben Prozent nach oben und brachte die Exportquote auf fast 61 Prozent; für die ersten elf Monate zusammengenommen liegt sie damit bei 59,5 (Vorjahr 60,7) Prozent und damit höher, als von der Branche angesichts der Währungsveränderung vor allem gegenüber dem Dollar erwartet worden war.

Die Lust der Bundesbürger am Automobil ist ungebrochen. Neben den guten Auftragseingängen signalisieren das auch die jüngsten Zulassungszahlen: Mit insgesamt 226 000 Neuzulassungen im November wurden zwar die hohen Werte von September und Oktober nicht erreicht, das bisher höchste November-Ergebnis von 1978 aber nochmals deutlich übertroffen, registriert das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg. Für Januar bis November ergibt sich bei den Neuzulassungen von Personenkraftwagen ein Plus von fast 16 Prozent. Rund 54 Prozent der neu angemeldeten Fahrzeuge waren schadstoffreduziert; im November schnellte diese Quote sogar auf 70,5 Prozent. Von der Autofreude der Bundesbürger profitierten freilich nicht nur die deutschen Hersteller, auf rund 30 (27) Prozent dürfte bis Ende des Jahres der Anteil der Importwagen an den Neuzulassungen steigen.

Wermutstropfen für die deutsche Autobranche bleibt die Entwicklung bei den Nutzfahrzeugen, die immerhin rund ein Fünftel zur Wertschöpfung der Branche beitragen. Die Nachfrage nach schweren Lastwagen zeigt unverändert Schwäche, besonders bei den Auslandsbestellungen.

Um fast 20 Prozent auf 97 000 ist bis November die Zahl der Neuzulassungen bei Motorrädern gesunken.

MBB: Bonn soll Altlasten der Airbus-Familie bereinigen

Bund hat angeblich seine Bereitschaft signalisiert

P.W./HH, München/Bonn

Zwischen der Deutschen Airbus GmbH und dem Bundeswirtschaftsministerium wird über die Bewältigung der „Altlasten" des Airbus-Programms (A-300/A-310) verhandelt. Dabei geht es um den bundesverbürgten Finanzrahmen von rund drei Milliarden Mark. Zu den 2,25 Milliarden aufgelaufenen Verlusten kommen 800 Millionen Mark zur Finanzierung des Umlaufvermögens.

Nach Angaben von Hanns Arnt Vogels, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen-Airbus-Mutter Messerschmitt-Boelkow-Blohm GmbH (MBB) gibt es Anzeichen, daß der Bund bereit ist, die Sanierung der Altlasten im großen Umfang zu unterstützen; MBB habe angeboten, einen „dreistelligen Betrag" davon zu übernehmen (annähernd 150 Mill. DM). Aber man wisse noch nicht, ob der Bund einen Beitrag zur Bereinigung der Altlasten wolle, oder nur einen zur Fortführung des Programms.

Nach den Worten von Vogels will der Bund die Förderpraxis bei der Entwicklung der beiden geplanten Langstreckenversionen A-330 und A-340 nicht ändern, also 90 Prozent der Kosten des deutschen Anteils von 2,4 Mrd. DM übernehmen. Doch erwarte Bonn, daß die Industrie stärker für die Serienfertigung aufkomme. Darüber gebe es noch keinen Konsens.

Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums erklärte zu den Äußerungen von Vogels über die Erweiterung der Airbus-Familie, das BMWi habe eine Beteiligung an den Entwicklungskosten für den Fall in Aussicht gestellt, daß die Industrie die Serienproduktion finanziere. Dem Ministerium liege bisher nicht einmal ein Antrag vor.

Seite 13: MBB will Bilanz bereinigen

Lahme Heerschar

J. G. – Man helfe gern, wenn es denn nicht anders gehe, mit eigenen Experten aus. So sarkastisch kommentierte nun Heinz Kriwet als Chef des deutschen Branchenführers Thyssen Stahl AG das wachsende Dilemma deutscher Stahlproduzenten mit den rapid steigenden Drittland-Dumpinglieferungen auf ihrem daraus in verlustreichen „Schleuderpreis-Strudel" geratenen Heimatmarkt.

Er sagt es konkreter. Die von Thyssen eingebrachten Dumpingklagen gegen subventionierte Warmbreitbandlieferungen etwa wolle die Brüsseler EG-Kommission erst im April behandeln. Schneller gehe es wegen Personalmangel nicht, so die Kommission. Der Schaden für den bei diesem Vorprodukt aller Blechproduktion auch im Weltmaßstab kostengünstigsten Produzenten am Niederrhein ist dann längst passiert.

Kriwets Sarkasmus gilt nicht nur der Tatsache, daß die EG-Kommission gerade zwei Dutzend „Dumping-Experten" in ihrem riesigen Beamtenheer hat – kaum ein Fünftel soviel wie die US-Regierung für ihren kleineren Wirtschaftsraum. Der Vorsitzende des deutschen Stahlproduzentenverbandes will auch als Muntermacher für eine allzu lahme Antidumping-Politik der Kommission wirken.

Dies aus nur zu gutem Grund. Noch träumt man in Brüssel für Europas Stahl von einer weltweit fairen Arbeitsteilung zwischen alten und jungen Stahlländern mit notwendigem Kapazitätsrückzug bei den traditionellen Erzeugern. Doch Fairneß ist dabei ein realitätsferner Traum. Die Praxis ist leider Staatskassen-Wettbewerb.

Wende in Grün

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Ignaz Kiechle kann zufrieden sein. Er hat es geschafft, den EG-Partnern sein Konzept für eine Reform der europäischen Agrarpolitik schmackhaft zu machen. Was vor einem Jahr noch als problematischer und allenfalls vorübergehender Ausweg aus dem Dilemma der Agrarüberschüsse galt, hat mit den jüngsten Brüsseler Beschlüssen fast den Rang einer agrarpolitischen Weichenstellung erhalten: Europas Bauern brauchen kurzfristig nicht länger zu fürchten, im Preiswettbewerb mit wirtschaftlich stärkeren und tüchtigeren Konkurrenten das Handtuch werfen zu müssen.

Statt das Überangebot auf dem Milchmarkt durch Preissenkungen zu beschränken und den betroffenen Landwirten notfalls mit Einkommensbeihilfen unter die Arme zu greifen, hat sich der Rat dafür entschieden, die 1984 begonnene Mengensteuerung zu verstärken. Die Preisgarantien für die Landwirte sollen künftig nur noch für eine erheblich reduzierte Produktionsmenge gelten. Alles, was darüber hinaus erzeugt wird, wird mit einer prohibitiven Abgabe belastet, die den gesamten Erlös der Landwirte frißt.

Nach dem Brüsseler Kompromiß wird sich die europäische Agrarpolitik künftig noch stärker am Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes ausrichten und weniger an marktwirtschaftlichen Kriterien.

Neu ist, daß die Bauern für den Verzicht auf Produktion eine Entschädigung erhalten. Diese Idee Kiechles fand zunächst wenig Widerhall. Ohne einen Einkommensausgleich wäre den auf ihr „Milchgeld" angewiesenen Landwirten eine weitere Einschränkung der Produktion nicht zuzumuten gewesen, argumentiert Bonn. Andererseits seien die Kompensationen immer noch billiger als die Lagerung und die Verschleuderung am Markt vorbeiproduzierter Ware.

Der Rat schloß sich dieser Beurteilung an, weil jeder andere Weg zum Abbau der Überschüsse nicht konsensfähig war, und weil die EG-Finanzen ein längeres Zuwarten verbieten. Vorstöße, das Quotensystem straffer anzuwenden oder die Verpflichtung zum Ankauf von Butter und Magermilchpulver aufzulockern, blieben auf halbem Wege stecken, weil sie zu Recht als einkommensmindernd erkannt wurden.

Die beschlossene Kompensationsregelung hat außerdem den Vorteil, daß sie den EG-Haushalt nicht vor 1988 belastet. Bis dahin, so hofft man, werden sich dank der Produktionsquoten die Kosten für Exporterstattungen deutlich verringern.

Beim Rindfleisch zielt die Reform darauf ab, die Intervention zu erschweren und auf diese Weise die Kühlhäuser zu entlasten. Als Ausgleich dafür soll den Landwirten jedoch eine Prämie gewährt werden. Auch hier gilt also als oberstes Prinzip die bäuerliche Einkommenssicherung. Ob es gelingt, die Fleischerzeugung wesentlich einzuschränken, ist keineswegs sicher.

Die Reformbemühungen machen jedenfalls deutlich, daß sich die europäische Agrarpolitik künftig noch stärker am Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes ausrichten wird und weniger an marktwirtschaftlichen Kriterien. Das entspricht durchaus den Wünschen Bonns. Vergessen sind die Rezepte des Holländers Sicco Mansholt aus der Zeit, als sich die ersten Schwierigkeiten mit der europäischen Agrarpolitik zeigten.

Nach Mansholts Rat hätte ein großer Teil der deutschen Landwirte die eigene Scholle verlassen müssen. Damals war von Brüssel der Ruf ausgegangen, nur Betriebe zu fördern, die sich später einmal ohne Preisstützung im Markt behaupten können. Dagegen hat Ignaz Kiechle erfolgreich den Kampf gegen jede Preissenkungspolitik auf seine Fahnen geschrieben. Weder eine Ausrichtung an den Weltmarktpreisen noch eine Verdrängung deutscher Bauern durch andere Erzeuger in der EG kommt für ihn in Frage.

Das Kontingentsystem bei Milch hat denn auch den „Schönheitsfehler", daß es die vorhandenen Produktionsstrukturen in der Gemeinschaft zu zementieren droht und an die Stelle des Marktes ein bürokratisches Verteilungssystem setzt, das Erinnerungen an die mittelalterlichen Zünfte wachruft. Zwar bleibt der Warenverkehr über die Binnengrenzen unbehelligt, doch ist die Produktion künftig keine Funktion der Absatzmöglichkeiten mehr. Eigentlich sollte es einmal Sinn des Gemeinsamen Marktes sein, auch Agrarerzeugnisse dort anzubauen, wo sie am billigsten und qualitativ am besten zu produzieren sind. Diese Forderung erscheint heute illusionär.

Wichtiger ist für die EG im Moment allemal das Problem, wie verhindert werden kann, daß die Krise der Agrarpolitik zu einer Bestands- und Entwicklungskrise der gesamten Gemeinschaft wird. Der Agraretat ist längst dabei, den Finanzrahmen der EG zu sprengen. So ist die „grüne Wende" zumindest eine Möglichkeit, den gemeinsamen Agrarmarkt über die Runden zu retten. Motor der Integration ist die Agrarpolitik lange nicht mehr.

USA verhängen Beschränkung für Maschinenimporte

DW./nl. **Washington/Stuttgart**

Die amerikanische Regierung hat „zum Schutz der eigenen Industrie" eine Einfuhrbeschränkung für Werkzeugmaschinen aus der Bundesrepublik und der Schweiz verfügt. In einer vom Weißen Haus veröffentlichten Erklärung droht Präsident Ronald Reagan zugleich Maßnahmen für den Fall an, daß sich die beiden Länder nicht an die Beschränkungen halten. Entsprechende Schriftstücke wurden nach Bonn und Bern gesandt.

Von der Einfuhrbeschränkung betroffen sind auf deutscher Seite numerisch gesteuerte Stanz- und Schneidmaschinen, Bearbeitungszentren und Drehmaschinen, die 1985 zusammen rund zwölf Prozent aller aus der Bundesrepublik in die USA gelieferten Werkzeugmaschinen ausmachten. Angaben über den Umfang der Importbegrenzung machte das Weiße Haus nicht. Unterdessen hat Reagan bilaterale Vereinbarungen gebilligt, die von den USA mit Japan und Taiwan geschlossen worden waren und eine Begrenzung der Werkzeugmaschinen-Importe aus beiden Ländern nach den USA für die Dauer von fünf Jahren zum Inhalt haben.

Auf die Beschränkung der deutschen Importe bereiten die zuständigen Verbände und die Bundesregierung eine Antwort vor. In einer ersten Reaktion sprach Bernhard Kapp, Vorsitzender des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (VDW), gegenüber der WELT von einem „Dach, unter dem man leben kann". Seine Gelassenheit begründet er damit, daß sich die Amerikaner offenbar auf Zahlen von 1985 stützten. Und diese hätten sich in 1986 aufgrund des gefallenen Dollar-Kurses ohnehin deutlich rückläufig entwickelt.

Abschied von der halbwegs heilen Welt im Stahl

Der Branchenführer Thyssen Stahl AG ist jetzt wieder im Verlust – Neue Anpassung beginnt „sozialverträglich"

J. GEHLHOFF, **Duisburg**

Bis zum letzten Monat des alten Geschäftsjahres habe man mit (nachlassendem) Gewinn gearbeitet. Das neue Geschäftsjahr 1986/87 (30. 9.) jedoch habe schon im ersten Quartalsergebnis mit Verlust begonnen und werde wohl auch in den roten Zahlen enden. Selbst der Branchenführer Thyssen Stahl AG, mit seiner Massenstahlproduktion besonders kostengünstig am Duisburger Niederrhein konzentriert, demonstriert nun mit solchem Urteil des Vorstandsvorsitzenden Heinz Kriwet das erneute Heraufziehen der zählebigen europäischen Stahlkrise für die deutschen Produzenten.

Das Berichtsjahr, schon mit Magerkurs im Cash-flow und mit Zweidrittel-Minderungen im Gewinn vor Steuern sowie in der Gewinnabführung an die Kozernholding Thyssen AG, war sozusagen die Abschiedsvorstellung von einer noch halbwegs heilen Stahlwelt. Prächtig im Vergleich zum Gros der deutschen Branchenkollegen und erst recht zu den nachhaltig verlustreichen Staatskonzernen in der EG-Nachbarschaft ist Thyssen Stahl mit 1985/86 noch zurechtgekommen.

Halbwegs passabel im Vergleich zu den im letzten Förderungsjahr des Bonner Drei-Milliarden-Stahlhilfeprogramms (50 Prozent verlorene Zuschüsse zu den Investitionen) noch einmal kräftig gesteigerten Sachinvestitionen blieb die Innenfinanzierungskraft. Anders als andere hat Thyssen Stahl die „bedingte Rückzahlungspflicht" mit 163 Mill. DM aus dem „Strukturanpassungsteil" dieses Programms zu Lasten sonst höheren Gewinnausweises praktisch voll passiviert. Da rechnet man mit Rückzahlungsfluß an die Staatskassen in den nächsten zwei Monaten.

Nicht zu vergessen: Ihren Zinsaufwandsaldo konnte die von der Konzernmutter mit großem Eigenkapitalpolster ausgestattete Thyssen Stahl AG auch 1985/86 bei rund ein Prozent des Umsatzes halten: Für die meisten Deutschen in der Branche eine beneidenswert geringe Quote.

Über die neuen Nöte hilft das alles auch beim Branchenprimus nicht hinweg. Unter dem Doppeldruck noch kräftig subventionierter EG-Konkurrenz und vorherrschenden Dumping-Preisangeboten viel zu lasch politisch reduzierter Drittland-Lieferungen sieht man das eigene Stahlpreisniveau vorerst auf verhängnisvollem Abwärtskurs.

Der Walzstahl-Durchschnittserlös (ohne Halbzeugexport) sank bei Thyssen Stahl 1985/86 auf 868 (903) DM/t. Der für 1986/87 anvisierte Durchschnitt von 794 DM/t lebt von der Hoffnung, daß wohl nun alle großen EG-Produzenten den Zwang zur Preiswende einsehen und diese ab April 1987 mit neuer „Disziplin" auch praktizieren werden.

Eine Hoffnung, die bei Thyssen Stahl jedoch nichts daran ändert, daß man bei besagtem Durchschnittserlös und sinkendem Absatz für 1986/87 „allein aus dieser Quelle" 600 Mill. DM weniger in der Kasse erwartet. Daraus stammt nicht nur die Verlustprognose. Aus gleichem Grund reduziert man die bislang betriebene Strategie einer Kapazitätskürzung auf 900 000 Monatstonnen Rohstahl („Programm 900") auf eine auch im Personal präsente Kapazität von 810 000 bis bestenfalls 850 000 Monatstonnen. Vermutlich ist bei dieser offensichtlich „sozialverträglich" konzipierten weiteren Schrumpfkur die für das laufende Jahr geplante Kürzung um rund 2000 Arbeitsplätze noch nicht das halbwegs gute Ende noch schlimmerer Zeiten.

Der Vorstand deutet das mit dem Hinweis an, daß die nächsten (maximal drei) Jahre darüber entscheiden würden, ob man jetzt besonders kraß schwache Produktlinien (Quartobleche, Profilstahl, Walzdraht) wenigstens „mit einer schwarzen Null" im Ergebnis noch am Leben erhalten könne. Wieviel tausend weitere Arbeitsplätze da bedroht sind, verschweigt er noch.

Thyssen Stahl	1985/86	± %
Umsatz (Mill. DM)	9546	- 8,0
Auslandsanteil (%)	39	(40)
Rohstahl (1000 t)	10 878	- 3,5
Walzstahlvers.(1000 t)	9397	- 3,2
dav. Ausland	3862	- 5,6
Beschäftigte (30.9.)	48 343	- 0,4
Sachinvestitionen	928	+ 26,5
Cash-flow	851	- 25,4
Gewinn vor Steuern	276	- 61,4
Jahresüberschuß	126	- 67,1
Ausschüttung	98	- 62,5

Ein bahnbrechendes Urteil

Banken in England dürfen Kapital in Fremdvaluta halten

Sbt. **London**

Die Londoner City, das nach der Wall Street zweitgrößte Finanzzentrum, wird für multinationale Banken noch attraktiver, seit ein Richter des High Court die alten Eigenkapitalvorschriften über Bord geworfen hat. Wenn sein Urteil nicht durch eine höhere Instanz annulliert wird, darf künftig das Kapital privater Geldinstitute aus einem Korb mehrerer Währungen bestehen.

Die Entscheidung, die von der Bank of England, dem Schatzamt, der Steuerbehörde und dem Justizministerium gestützt wird, hat weitreichende Konsequenzen, weil die Probleme, die aus den starken Wechelkursschwankungen resultieren, mit einem Schlag gelöst werden. Vermieden wird zum Beispiel, daß die Banken nach einer Abwertung des Pfundes neues Kapital aufnehmen müssen, um ihren regulativen Deckungsverpflichtungen nachzukommen.

Rechnung getragen hat der Richter auch den Verzerrungen in den Bilanzen. Sie treten dann ein, wenn der fluktuierende Pfundkurs den Wert der Guthaben und Verpflichtungen, die nicht in Sterling ausgewiesen sind, verändert. Die Arbeit der Institute wird mithin erheblich vereinfacht. Außerdem können sie sich gegen Währungsrisiken besser schützen. Eine solche Flexibilität bei der Wahl der Kapitalstruktur gibt es sonst nicht auf der Welt, so daß London einen erheblichen Vorsprung vor anderen Finanzplätzen haben wird.

„Nach englischem Recht ist es in Großbritannien registrierten Unternehmen erlaubt, ihr Kapital in verschiedenen Währungen auszuweisen", heißt es in dem Urteil des fortschrittlichen Richters, der schon im Januar der Chase Manhattan Ltd., eine Tochter der drittgrößten US-Bank, erlaubte, beim Eigenkapital von Pfund auf Dollar umzusteigen. Den großen Durchbruch schaffte jetzt die Scandinavian Bank Group Ltd., die fünf nordischen Instituten gehört und sich in der City als die Nummer elf unter den britischen Banken etabliert hat. Der Prozeß dauerte fünf Jahre. Das Eigenkapital der Gruppe beträgt 130 Mill. Pfund. In Zukunft soll es sich zur Hälfte aus Dollar, zu 20 Prozent aus Pfund Sterling sowie zu jeweils 15 Prozent aus Mark und Schweizer Franken zusammensetzen. Wegen des Wertverlustes des Pfundes mußten die Skandinavier seit 1981 rund 30 Mill. Pfund neues Kapital aufbringen.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

500 Mill. Ecu für Eureka

Stockholm (VWD) – Auf der gestern beendeten Eureka-Ministerkonferenz sind weitere Projekte im Wert von 500 Mill. Ecu vereinbart worden. Damit hat sich der Wert der inzwischen über 100 Eureka-Projekte auf mehr als sechs Mrd. Ecu erhöht.

Monitäre Zusammenarbeit

Paris (J. Sch.) – Empfänglicher als bei früheren Gelegenheiten soll sich US-Finanzminister James Baker hinsichtlich einer verstärkten atlantischen Währungskooperation auch in Paris gezeigt haben, der vorletzten Etappe seiner Europa-Reise. Gastgeber Balladur versuchte Baker vor allem für seinen Plan zu gewinnen, erratische Kursschwankungen des Dollar durch die Verabredung von „Zielzonen" zu verhindern. Der Dollar sei inzwischen genügend gefallen, hieß es in Paris.

US-Rekorddefizit

Washington (dpa/VWD) – Die Leistungsbilanz der USA steuert 1986 nach den jetzt vorliegenden Daten für die ersten neun Monate auf ein neues Rekorddefizit zu. Wie das Handelsministerium mitteilte, ergab sich ein Fehlbetrag von 104,7 Mrd. Dollar verglichen mit einem Minus von 84 Mrd. im gleichen Zeitraum 1985.

Stimmrechtsstandard

Washington (VWD) – Arthur Levitt, Chairman der American Stock Exchange, hat die Börsenaufsichtsbehörde SEC aufgefordert, die Börsen des Landes dazu zu veranlassen, einen einheitlichen Stimmrechtsstandard einzuführen. Vorzugsweise sollte das an der New Yorker Börse geltende Prinzip „eine Aktie/eine Stimme" gelten.

China-Export

Peking (AP) – Textilien dürften nach einem Bericht der „China Daily" in diesem Jahr zur Nummer eins unter den Exportgütern Chinas werden. Es sei zu erwarten, daß die Ausfuhr von Stoffen und Bekleidung bis zum Jahresende das bisher wichtigste Exportgut Erdöl ablöse.

Zahlungsaufschub bis 2000

Caracas (AP) – Venezuela hat seine Gläubiger um eine Frist bis zum Jahr 2000 für die Rückzahlung seiner sich auf 21 Mrd. Dollar belaufenden Auslandsschulden ersucht.

Frankreich teurer

Paris (J.Sch.) – Im November erhöhte sich der französische Lebenshaltungskostenindex nach noch vorläufigen Angaben nur um 0,1 Prozent beziehungsweise 2,1 Prozent im Jahresvergleich, womit das „Inflationsziel" für 1986 von 2,3 Prozent wohl eingehalten werden dürfte.

Keine Goldsteuer

Sydney (VWD) – Die australische Regierung hat ihren Plan fallengelassen, die Goldproduktion zu besteuern.

Wallich-Rücktritt ein schwerer Schlag

Der Rücktritt von Henry C. Wallich, Rangältester unter den sieben Gouverneuren des Federal Reserve Board in Washington, ist ein schwerer Schlag für die Weltwirtschaft, für Deutschland und den Vorsitzenden des „Fed", Paul A. Volcker. Während Volcker auf seinen engsten Mitstreiter im Kampf gegen die Inflation verzichten muß, gibt es nun in der Zentralbank niemanden mehr, der nach „draußen" blickt, also tragende Brücken zwischen der US- und der internationalen Wirtschaft schlägt. Damit wächst die Gefahr Washingtoner Alleingänge. Nie vergessen hat Wallich, in Berlin geboren, seine deutschen Wurzeln. Für seine Bemühungen um ein Zusammengehen der beiden Völker zeichnete ihn der Bundespräsident zweimal aus. Gescheitert ist Wallich (72), der früher in Yale lehrte und 1974 von Präsident Nixon für 14 Jahre berufen wurde, an einer schweren Krankheit. Ursprünglich wollte er bis 1988 in diesem wichtigen Amt bleiben. (Sbt)

Opec-Streit wieder verschärft

Iran will Ausschluß des Kriegsgegners Irak durchsetzen

AP/dpa/VWD, **Genf**

Die iranische Regierung bemüht sich nach einer Meldung ihrer amtlichen Nachrichtenagentur IRNA um eine einstweilige Aufhebung der Mitgliedschaft Iraks in der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC). Als Grund führte IRNA die Weigerung Iraks an, seine Ölförderung zu senken. Bis zum Dienstag hatte es noch so ausgesehen, als könnte der Streit der verfeindeten Länder, deren Minister im Konferenzsaal unmittelbare Tischnachbarn sind, durch einen Kompromiß beigelegt werden. Der Irak fordert bei der neuen Zuteilung der Förderquoten einen mindestens ebenso hohen Anteil wie Iran, was von Teheran strikt abgelehnt wird.

Die Erdölminister der 13 OPEC-Mitglieder bemühen sich seit der vergangenen Woche in Genf um eine Einigung über eine weitere Verringerung ihrer Ölförderung, um durch knapperes Angebot eine Preissteigerung herbeizuführen. IRNA berichtete gestern unter Berufung auf einen hochgestellten Funktionär, Iran bemühe sich, die übrigen Mitglieder zu einer Suspendierung der Mitgliedschaft Iraks zu bewegen.

Die zum Jahresende auslaufende Übergangsregelung erlaubt Iran eine tägliche Fördermenge von 2,3 Millionen Faß (zu 159 Liter). Irak unterliegt als einziges Mitgliedsland bisher keiner Beschränkung, soll jedoch künftig ins Quotensystem einbezogen werden. Seine gegenwärtige Förderung liegt nach eigenen Angaben bei 1,7 Millionen Faß. Die in Abu Dhabi erscheinende Zeitung „Al Ittihad" schrieb gestern, der irakische Minister habe erklärt, sein Land werde seine Haltung nicht ändern, selbst wenn der Ölpreis auf zwei Dollar je Barrel absacken sollte.

Harpener erneut im Zwielicht

Vorstand nennt Abfindungsplan „unfreundlichen Akt"

J. G. Düsseldorf

Mit großer Sorge sieht der Vorstand der Harpener AG, Dortmund, den zum Jahreswechsel angekündigten erneuten Großaktionärswechsel von der Immobiliengruppe des Deutschkanadiers von Wersebe an die mehrheitlich dem Schweizer Werner K. Rey gehörende Finanzgruppe Inspectorate International S. A., Neuchâtel. Die von Inspectorate der Presse mitgeteilte Absicht, den 20 000 freien Harpener-Aktionären (49 Prozent von 127,6 Mill. DM Aktienkapital, darunter WestLB mit 10 Prozent) ein Abfindungsangebot zu machen, werte der Vorstand nach Lage der Dinge als „unfreundlichen Akt".

Harpener-Vorstandssprecher Heyo Schmiedeknecht, der die einstige Bergbaugesellschaft zu einem sehr ertragreichen Mischkonzern entwikkelt hat und schon wegen des ersten Großaktionärswechsels zum Jahresende als Komplementär in die große Neusser Werhahn-Familiengruppe abwandert, begründet dieses Urteil *gegenüber der WELT* vor allem mit einem Punkt: War schon der (fremdfinanzierte) Preis von 500 Mill. DM, zu dem von Wersebe Mitte 1986 das 51prozentige Harpener-Paket kaufte, klar überhöht, so gelte dies erst recht für die 565 Mill. DM, die Inspectorate dem in Finanzierungsnöte geratenen von Wersebe zahlen will. Der innere Wert des Pakets liege nur in der (jetzt vom Börsenkurs überschrittenen) Größe von 420 bis 450 Mill. DM.

Ergo müsse sich Rey noch mehr als von Wersebe fragen lassen, wie er seinen Überpreis (obendrein aus versteuertem Gewinn zu bezahlen) wirtschaftlich vernünftig gestalten wolle. Sinnvolles dazu habe er noch nicht verlauten lassen. Mithin verstärkt sich der schon in der kurzen Wersebe-Ära evidente Verdacht eines „Ausschlachtens" der Harpener AG. Er wird wohl noch stärker, wenn in Kürze, wie von Schmiedeknecht angedeutet, die „Hintergründe" des Finanzkünstlers Rey aus eigener Recherche präsentiert werden.

Harpener-Aufsichtsrat und Banken sieht der Vorstand nun gefordert, die Firma schleunigst aus dem Zwielicht *zu bringen. Denn inzwischen werde* auch das laufende Geschäft vom Spekulanten-Defilee beeinträchtigt.

Die Japaner mit überlegener Technik abwehren

Daimler-Benz-Chef Breitschwerdt gegen Einfuhrbeschränkungen – Neue Führungsstruktur wird Anfang 1987 wirksam

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Für eine Branche, die wie die deutsche Automobilindustrie rund 60 Prozent ihrer Produktion exportiert und die in diesem Jahr einen Ausfuhrüberschuß von über 65 Milliar*den DM erzielen wird*, wäre der Ruf nach Einfuhrbeschränkungen nichts anderes als das Sägen an dem ‚Export-Ast', auf dem sie selber sitzt." Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender Werner Breitschwerdt ging damit auf besorgte Stimmen hinsichtlich der japanischen Verkaufsoffensive ein und konstatierte, man könne dem Druck der Japaner nur durch das überlegenere Angebot begegnen.

Immerhin sei für die deutsche Pkw-Industrie das Jubiläumsjahr 1986 zu einem ihrer erfolgreichsten überhaupt geworden. Allerdings hätten die ausländischen Anbieter vom guten Inlandsgeschäft weit überdurchschnittlich profitieren können.

Vor allem die Japaner hätten ihre neue Exportoffensive speziell auf die Bundesrepublik ausgerichtet. Ihre *Pkw-Verschiffungen nach* Deutschland seien in diesem Jahr um fast 70 Prozent angestiegen, während ihr Gesamtexport um 10 Prozent zugenommen habe. Breitschwerdt: „So ernst wir diese Entwicklung auch nehmen müssen, sie darf für uns nicht Anlaß sein, in den Chor jener europäischen Wettbewerber einzustimmen, die schon seit Jahren Einfuhrbeschränkungen für japanische Autos fordern und sie größtenteils in den eigenen Märkten inzwischen auch schon haben."

Das Geschäftsjahr 1986 füge sich nach Worten Breitschwerdts für Daimler-Benz „ohne weiteres als Glied in die Kette besonders erfolgreicher Geschäftsjahre ein." Dem Unternehmen gelang es auch in diesem *Jahr, im Ertrag an „das erfreuliche* Ergebnis des Vorjahres anzuschließen." Für das ganze Jahr 1986 wird ein Konzernumsatz von mehr als 65 (1985: 52) Milliarden DM erwartet.

Dieser Anstieg basiert überwiegend auf der erstmaligen Einbeziehung der AEG. Der Umsatz der Daimler-Benz AG allein wird in diesem Jahr voraussichtlich um etwa 9 Prozent auf 40 *Mrd. DM* ansteigen, wobei der Zuwachs vom besonders erfolgreichen Pkw-Geschäft getragen wird.

Im Pkw-Bereich wird Daimler-Benz die Produktion in diesem Jahr weiter um etwa 10 Prozent auf rund 595 000 Wagen steigern. Der Zuwachs um über 50 000 Fahrzeuge kommt vor allem der Mittleren Klasse zugute, um hier die Lieferfähigkeit wesentlich zu verbessern. Im Inland stach neben einer Absatzsteigerung um fast 10 Prozent der erhöhte Anteil schadstoffarmer Mercedes-Pkw heraus.

Sie erreichen bei den Inlandsbestellungen (einschließlich Diesel) bereits einen Anteil von über 80 Prozent. Auch der Pkw-Export erhöhte sich – im Unterschied zur Branche – weiter, wobei freilich der Exportan*teil an der Daimler-Benz-Produktion* mit rund 50 Prozent in den vergangenen Jahren nahezu unverändert blieb.

Im marktbedingt schwierigeren Nutzfahrzeug-Geschäft rechnet Daimler-Benz im Inland für dieses Jahr mit einem Absatz (146 000 Einheiten) etwa in der Größenordnung des Vorjahres. Während man bei den Transportern Steigerungsraten aufzuweisen hat, liegen die anderen Nutzfahrzeug-Sparten in Produktion und Absatz unter dem Niveau des Vorjahres. Strukturell werde der verminderten Auslastung in den Lkw-Werken dadurch Rechnung getragen, daß immer mehr Pkw-Fertigungen (inzwischen entfallen bereits 15 Prozent auf reine Pkw-Aufgaben) dorthin verlagert werden.

Vor allem aufgrund hoher Zuwachsraten bei den Tochtergesellschaften in Brasilien und Argentinien wird sich die Produktion im Konzern in diesem Jahr um über 10 000 auf rund 230 000 Lkw und Omnibusse ausweiten. Positiv weiterentwickelt haben sich nach Angaben Breitschwerdts die neuen Industriebeteili*gungen: Bei der AEG steigt der Um*satz in 1986 um 3 bis 4 Prozent auf 11,2 Milliarden DM, bei Dornier auf 2,3 Milliarden DM (plus 7 Prozent) und bei MTU auf fast 3 Milliarden DM (plus 9 Prozent).

Die im Zuge der neuen Führungsstruktur vorgesehene Neuorganisation des Daimler-Benz-Konzerns soll Anfang 1987 wirksam werden. Investiert werden im Konzern, der 320 000 Mitarbeiter beschäftigt, in diesem Jahr rund 5 Mrd. DM in Sachanlagen.

Voith bleibt auf gutem Wachstumskurs

nl. Stuttgart

Für den Maschinen- und Anlagenbauer J. M. Voith GmbH, Heidenheim, war das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) *nach Meinung des Sprechers* der Geschäftsführung Michael Rogowski wieder ein „starkes Jahr". Der konsolidierte Auftragseingang im Konzern habe nominal vor allem wegen der veränderten Währungsrelationen mit etwa 1,5 Milliarden DM geringfügig unter dem des Vorjahres gelegen. Der Umsatz nahm nochmals um 6 Prozent auf 1,6 Milliarden DM zu. Die Konzernfirmen seien fast ausnahmslos gut ausgelastet gewesen.

Der Hauptumsatzträger bei Voith, der Papiermaschinenbau, habe im Auftragseingang und Umsatz an die gute Entwicklung des Vorjahres angeknüpft. Für das laufende Jahr erwarte Voith einen „befriedigenden Verlauf". Es sei mit einer sinkenden Auslastung der Kapazitäten zu rechnen, auf die man sich rechtzeitig einstellen werde.

Aktien sind nun breit gestreut

Bei Phoenix ist das Jahr insgesamt „vernünftig gelaufen"

J. BRECH, Hamburg

Unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Bereichen kennzeichnen den Geschäftsverlauf der Phoenix AG, Hamburg-Harburg, im Jahr 1986. Während Phoenix als Zulieferant für die Autoindustrie im Zuge der guten Branchenkonjunktur kräftig wuchs, zeigte die Sparte technische Produkte Schwächen. Besonders Artikel für die Massengutförderung hatten unter Schwierigkeiten im Braun- und Steinkohlebergbau, in der Stahlindustrie und bei den Werften zu leiden.

Über alles gesehen sei das Jahr aber „vernünftig gelaufen", erklärt der Vorstandsvorsitzende Peter Weinlig. Das überproportionale Wachstum der Kfz-Sparte, die das Phoenix-Geschäft zu 60 Prozent trägt, führte bei der AG zu einem Umsatzplus von 5 Prozent. Rechnet man erstmals das Geschäft der 1986 zu 75 Prozent erworbenen Mündener Gummiwerke GmbH hinzu, kommt Phoenix auf einen Umsatz der inländischen Werke von 780 Mill. DM (plus 12 Prozent). Der Gruppenumsatz, der die europäischen Produktions- und Vertriebsgesellschaften mit einbezieht, erreichte 870 Mill. DM.

Positiv bewertet Weinlig auch die Ergebnisentwicklung. Obwohl die Bewegungsfreiheit auf der Kostenseite gering sei, habe Phoenix die Ertragskraft behauptet. Über die Höhe des Ergebnisses machte Weinlig noch keine Angaben. Der Überschuß dürfte letztlich aber nicht sonderlich von dem des Vorjahres (9 Mill. DM) abweichen. Davon war die Hälfte in die Rücklagen eingestellt, der Rest in Form von 4,50 DM Dividende ausgeschüttet worden.

Überraschungen stehen für die Aktionäre also kaum an. Von 50 Mill. DM Grundkapital sind inzwischen 90 Prozent breit gestreut. Von den beiden früheren Großaktionären Deutsche Bank und Bayer, die jeweils über eine knappe Schachtel verfügten, hat lediglich die Deutsche Bank zehn Prozent behalten. Der Rest und der Bayer-Anteil sind über die Börse breit gestreut worden.

Die Aussichten für 1987 sind gespalten. In der Autoteileproduktion werde Phoenix auf Wachstumskurs bleiben, erklärt Weinlig, im Bereich der Produkte für die Massengutförderung stelle sich über das Frühjahr hinaus die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen. Die Grundstimmung bleibe jedoch zuversichtlich. Rund 50 Mill. DM sollen 1987 wieder investiert werden.

In der Programmpolitik besinnt sich Phoenix auf herkömmliche Massenartikel. So wie man sich aus dem Kuchen der elastischen und flexiblen Artikel „High-Tech-Rosinen" herausgenommen habe, gehe Phoenix nunmehr daran, Artikel aus dem alten Kernbereich der Gummiindustrie mit geringerem Aufwand für Lohn und Energie wettbewerbsfähig zu produzieren.

Sinalco gibt Produktion ab

hdt, Detmold

Die mit Mehrheit zur schweizerischen Sibra-Gruppe gehörende Sinalco AG, Detmold, wird ab 1987 die Fertigung der Grundstoffe und Essenzen für ihr Getränke-Markenprogramm an die Rudolf Wild GmbH & Co. KG, Heidelberg-Eppelheim, übertragen. Gemäß dem zwischen der Sinalco-Muttergesellschaft und Wild getroffenen Abkommen wird letzterer auch die künftige Produktentwicklung und die Qualitätskontrolle übernehmen.

Gleichzeitig wird auch die Produktion der Grundstoffe für Handelsmarken und für den Automatenbereich von der Sinalco-Schwester Miga GmbH, ebenfalls Detmold, an die Dr. Scholien GmbH & Co., Essenzfabrik, Berlin, übergeben. Am bisherigen Firmenstandort Detmold verbleiben lediglich die Marketing-, Vertriebs- und Service-Aktivitäten.

Die ursprünglich zum Oetker-Konzern gehörende Sinalco AG, die 1981 in schweizerischen Mehrheitsbesitz überging, konnte im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) ihren Umsatz um 2,5 Prozent auf 51,3 Mill. DM erhöhen, wies jedoch noch einen Fehlbetrag von 1,2 Mill. DM aus, den die Muttergesellschaft übernahm. Für das laufende Jahr wird ein positives Ergebnis angekündigt. Es wird jedoch mit einer Reduzierung der bisherigen Zahl von 170 Mitarbeitern gerechnet; für die Betroffenen ist bereits ein Sozialplan angekündigt.

Dezentralisierung hat sich bezahlt gemacht

Val. Mehler bleibt bei acht Prozent Dividende – Weitere Tochter gegründet

adh. Frankfurt

Der Vorstand der Val. Mehler AG, Fulda, zeigt sich für das neue Geschäftsjahr 1986/87 (30.6.) optimistisch, auch wenn der Umsatz des Textilunternehmens nicht wesentlich steigen dürfte. Denn, so Vorstandsvorsitzender Hermann Josef Brielmaier, eine Verringerung der Kosten für Rohstoffe und Energie, eine bessere Absatzsituation in konsumnahen Bereichen sowie steigende Umsätze mit neu entwickelten Produkten werden für eine Stabilisierung der Ertragssituation sorgen und somit die weitere Dividendenzahlung sichern.

Val. Mehler hatte für 1984/85 erstmals nach zehnjähriger Pause mit 8 Prozent die Dividendenzahlung wieder aufgenommen und schüttet diesen Satz auch für 1985/86 aus. Daß sich der Jahresüberschuß auf 3,2 (7,4) Mill. DM halbiert hat, begründet Brielmaier vor allem mit dem schwieriger gewordenen Export und einer teilweise gesunkenen Nachfrage aus der Investitionsgüterindustrie.

Per Saldo verbuchte der Konzern im vergangenen Geschäftsjahr einen leichten Umsatzrückgang auf 409 (411) Mill. DM. Dabei war besonders die auf technische Textilien konzentrierte AG mit einem Rückgang um 4,4 Prozent auf 240 (251) Mill. DM betroffen, während die verselbständigten Unternehmen der Bekleidungskonfektion ein Plus von 6,3 Prozent auf 170 (140) Mill. DM verbuchten.

Investiert wurden im Rahmen eines dreijährigen Programms 15 Mill. DM. Zielsetzung der Investitionen überwiegend in der AG sind Rationalisierung und Anpassung der Fertigungskapazitäten zur Herstellung anspruchsvoller technischer Textilien. Die Dezentralisierung im Konzern hat sich ausgezahlt, meint der Vorstand, der mit der Mehler Vario System GmbH (Schutzbekleidung, Camping, kunststoffbeschichtete Gewebe) eine weitere Tochter gegründet hat. Die Mitarbeiterzahl zeigt mit 2389 Beschäftigten leicht nach unten.

Interpane-Gruppe ausgelastet

Die Glasindustrie profitiert von der Altbausanierung

dos, Hannover

Die Interpane-Gruppe, Lauenförde, einer der führenden deutschen Isolierglas-Hersteller, betrachtet die Talfahrt, mit der sich die Branche seit längerem konfrontiert sah, als beendet. Georg Hesselbach, Vorsitzender der Geschäftsführung, untermauert diese Einschätzung mit dem Hinweis auf steigende Absatzzahlen. Für 1986 zeichne sich ein Mengenwachstum im Isolierglasbereich von sieben bis acht Prozent ab. Die hohe Nachfrage aus der Altbausanierung und die Belebung im gewerblichen Wirtschaftsbau habe seit dem Sommer zur Vollauslastung der Kapazitäten geführt.

Das eigene Unternehmen, das seit Anfang 1986 unter Interpane Glas Industrie AG firmiert, expandiere sehr viel stärker als die Branche. Insgesamt errechne sich ein Absatzplus von 24 Prozent auf 1,57 Mill. qm. Dabei erhöhte sich der Anteil von beschichtetem Wärmeschutzglas auf 51,3 (44,8) Prozent. Der Gruppenumsatz nahm um 27 Prozent auf 120 (94) Mill. DM zu. Auf das Auslandsgeschäft entfallen 41,6 (39,2) Prozent. Wesentlichen Einfluß auf diese Entwicklung hatten die Inbetriebnahme des neuen Werks in den USA sowie die Aufnahme der Produktion von Sicherheitsglas in Hildesheim. Zum Ergebnis will Hesselbach keine Zahlen nennen. Trotz der Anlaufschwierigkeiten in den USA habe sich aber die Ertragslage gegenüber dem Vorjahr etwas verbessert.

Die Investitionen erreichten 1986 rund 19 (15) Mill. DM. Dem stehen Abschreibungen von etwa 7,5 Mill. DM gegenüber. Die Erweiterung der Aktivitäten und die Einbeziehung der Tochter Hegla Maschinenbau führte zu einem Anstieg der Belegschaft auf 697 (428) Mitarbeiter. Für 1987 rechnet Hesselbach mit einem Umsatzplus von zehn Prozent. Angestrebt würden Preiserhöhungen von rund fünf Prozent. Für 1987 kündigte Hesselbach eine Kapitalerhöhung an. Pläne zum Gang an die Börse allerdings gebe es nicht.

Neue Technik für Börse Hannover

dos, Hannover

Die Niedersächsische Börse zu Hannover, die 1987 ihr 200jähriges Bestehen feiert, zeigt sich zu Beginn des Jubiläumsjahres in einem modernen Gewand. Mit Investitionen von 2,5 Mill. DM wurden innerhalb von neun Wochen nicht nur die Räumlichkeiten den gestiegenen Ansprüchen der Mitgliedsinstitute und der Makler angepaßt; zugleich wurden die bisherigen Kursanzeigetafeln durch eine EDV-Anlage ersetzt. Börsenpräsident Horst Risse will die kostenträchtigen Maßnahmen als ein „Bekenntnis zum Platz Hannover" gewertet wissen. Herzstück der neu gestalteten Börse mit der „Makler-Insel" in der Saalmitte ist die Farbbild-Verteilanlage. Während des Börsengeschäfts werden die entstehenden Kurse elektronisch erfaßt und auf zehn Bildschirmseiten über 29 Monitore dargestellt. Sinkende Kurse werden in Rot, steigende Notierungen in Blau aufgezeichnet. Die 21 Händlerbüros haben direkten Zugriff zu den Kursseiten.

MBB will Airbus-Altlasten bereinigen

Umsatz des Unternehmens soll nach Rückgang im vergangenen Jahr wieder steigen

PAUL WERNER, München

Erhebliche Anstrengungen sind erforderlich, wenn der deutsche Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), Ottobrunn bei München, sein Umsatzziel für den Rest des Jahrzehnts erreichen will, sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Hanns Arnt Vogels, vor der Presse. Obwohl sich die „noch im letzten Planungszyklus *erwartete hohe Dyna*mik abgeschwächt" habe, glaubt Vogels, daß der Umsatz bis 1990 auf rund 9,5 Mrd. DM steigen kann. Im zu Ende gehenden Jahr ist er von 6,01 auf etwa 5,6 Mrd. DM zurückgegangen, für 1987 wird bereits wieder eine Zunahme um 18 Prozent, 6,6 Mrd. DM, angepeilt. Im Sommer waren allerdings noch günstigere Zahlen für beide Jahre prognostiziert worden.

Die Belegschaft will man konstant halten oder noch leicht – um etwa 300 Personen – ausweiten. In diesem Jahr sind rund 1000 Mitarbeiter hinzugekommen. Es werden nun rund 35 900 gezählt, zuzüglich knapp 2000 Lehrlinge. Mit welchem Ergebnis das Unternehmen 1986 abschließen wird (im *Vorjahr* war der Jahresüberschuß von 109 Mill. DM erheblich durch Exportgewinne aufgebessert), ist völlig offen. Die Bilanz des Jahres hängt ganz von der Bereinigung der sogenannten „Altlasten" des Airbus-Programms (A 300/A 310) ab.

Im Bereich Kampfflugzeuge profitierte das Unternehmen von dem Auftrag für 36 „ECR-Tornados" – eine Variante, die zur Aufklärung und zur „elektronischen Kampfführung" befähigt und unter Federführung von MBB entwickelt wird. Von 1989 an soll sie bei der deutschen Luftwaffe eingeführt werden. Dazu kommt ein Entwicklungsbeitrag für die Kampfwertsteigerung der F-4 F „Phantom" (über knapp 300 Mill. DM).

Für die geplante deutsch-französische Kooperation beim Panzerabwehrhubschrauber PAH 2 ist man nun viel skeptischer – denn „der Plan ist weggelaufen". An eine Zusammenarbeit mit dem US-Konzern UTC denkt man nach wie vor nicht.

Wegen der unbefriedigenden Kosten-Erlös-Situation der Hubschraubertypen 2 105 und BK 117 hat die MBB-Geschäftsführung die Gründung einer Arbeitsgruppe veranlaßt, die bis zum Frühjahr Vorschläge zum Abbau der „deutlichen" Verluste im zivilen Hubschraubergeschäft vorlegen soll. Der militärische Anteil dominiert nach wie vor mit rund 60 Prozent am Umsatz der Gruppe Hubschrauber und Flugzeuge, doch werden die zivilen Programme (16 Prozent Hubschrauber und 13 Prozent Beteiligung am Airbus-Programm) als „wesentlich" angesehen.

Vom MBB-Gesamtumsatz entfallen rund 1,5 Mrd. DM auf den Tornado, 1,6 Mrd. DM auf den Airbus, 500 Mill. DM auf Hubschrauber, 1,4 Mrd. DM auf die Wehrtechnik, 350 Mill. DM auf die Raumfahrt und 140 Mill. DM auf den neuen Bereich Industrieerzeugnisse, der bis 1990 auf 430 Mill. DM zunehmen und ein Jahr davor bereits die Gewinnschwelle erreichen soll. *Erheblich beeinflußt wird der* Umsatztrend mittelfristig durch die „exportwirtschaftlichen Rahmenbedingungen". In der Wehrtechnik hält der Rückgang des Ausfuhranteils an. Die Folge ist, daß sich „die Ertragserwartungen beträchtlich abschwächen".

Mehr Interesse der Industrie für Berlin

JB. **Hamburg**

Die Lehndorff-Vermögensverwaltung, Hamburg, die traditionell den Schwerpunkt ihres Geschäfts in Nordamerika hat, konnte 1986 auch die Chancen des deutschen Immobilienmarktes nutzen. Wie in einem Zwischenbericht mitgeteilt wird, sind für rund 60 Mill. DM Immobilien erworben und entsprechend Eigenkapital von 32 Mill. DM plaziert worden. Die gut abgesicherte Rendite nach Steuern liege bei sechs Prozent und darüber. Insgesamt verwaltet Lehndorff in der Bundesrepublik Liegenschaften im Wert von 270 Mill. DM.

In ihrem Anlegerkreis registriere Lehndorff zudem erhebliches Interesse an industriellen Engagements in Berlin, heißt es. Es würden deshalb Kontakte zu Berliner Industrieunternehmen gesucht, die die Eigenkapitalbasis erweitern wollten. In diesem Jahr hat Lehndorff zwei Beteiligungsfinanzierungen in Berlin mit einem Volumen von 10 Mill. DM plaziert. Damit verwaltet die Gesellschaft in Berlin Beteiligungen an sechs Unternehmen; das Gesamtbeteiligungsvermögen beträgt nach Angaben der Geschäftsführung 65 Mill. DM, wobei sich alle Unternehmen gut entwickeln.

Zum Geschäft in Nordamerika wird erklärt, daß die Nachfrage nach Immobilien mit geeigneten Objekten nicht befriedigt werden könne. Im Bürobereich habe Lehndorff 1986 kein geeignetes Objekt finden können, bei Einzelhandelsstandorten konzentriere sich die Investitionstätigkeit auf Renovierung und Neukonzeption.

Die Lehndorff Minerals Gesellschaften arbeiten nach Angaben der Geschäftsführung mit Gewinn, der jedoch aufgrund der stark zurückgegangenen Öl- und Gaspreise hinter den Erwartungen geblieben sei. Ein ausgeglichenes Ergebnis wird für die Lehndorff Farms angekündigt.

Durchbruch zu zwei offenen Verkaufsabenden?

Tengelmann sieht Ansätze für Liberalisierung der Ladenschlußzeiten – Ehrgeizige Pläne für A & P in den USA

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Unternehmensgruppe Tengelmann, Mülheim, einer der größten internationalen Lebensmittel-Filialisten, sieht die Diskussion über eine weitere Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes optimistisch. Für Erivan Karl Haub, den alleingeschäftsführenden Gesellschafter und mit der Familie Alleineigentümer der milliardenschweren Kette, wäre es „wünschenswert, wenn im nächsten Bundestag der Durchbruch zu einer ein- oder zweimaligen Abendöffnungszeit gelänge, ohne daß dafür der lange Samstag geopfert werden müßte." In der Diskussion sehe es so aus, als könne dies der kleinste gemeinsame Nenner in der vielfältigen Handelsmeinung und bei den Gewerkschaften sein.

Die vorhandene Fusionskontrolle verhindert für Tengelmann schon längst die Übernahme anderer Unternehmen. Eine Herabsetzung der Kapitalsanteilsgrenze sei überflüssig. Haub: „An Umgehungen des bestehenden Kartellgesetzes haben wir uns nicht beteiligt und werden dies auch künftig nicht tun."

Das Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) war nach anfänglich schwerem Start vor allem seit der Jahreswende ausgesprochen erfolgreich. Die Unternehmensziele, sowohl was Umsatz als auch Ertrag angehen, wurden voll erfüllt. Dabei hat sich die Expansion vor allem in den großflächigen Betriebsformen fortgesetzt. Unter Berücksichtigung der geringen Flächenexpansion und der kaum vorhandenen Teurungsrate im Lebensmittelsektor dürfte Tengelmann ein reales Umsatzplus von etwa 4,5 Prozent erzielt haben. Ertsmals nach Jahren kamen echte Mehrumsätze wieder aus den Stammfilialen. Die Zukunft der Discount-Kette „Plus" liegt künftig nicht in mehr Filialen, sondern im Trend zu größeren Flächen, in der Anreicherung der Sortimente sowie in der Angliederung von Konzessionären wie im Fleischwarenbereich.

Insgesamt hat Tengelmann 1985/86 rund 250 Mill. DM investiert, davon wurde die Hälfte aus Abschreibungen finanziert. Dazu sind, so Haub, bei einer auf etwas mehr als 1 Prozent des Umsatzes nach Steuern gestiegenen Umsatzrendite weiterhin Fremdmittel notwendig.

Hochzufrieden ist Haub mit der wieder zu Ertragsstärke gekommenen US-Kette The Great Atlantic & Pacific Tea Company (A & P), die 1985/86 (22.2.) mit 60 000 (53 000) Mitarbeitern in 1045 (1001) Märkten einen Umsatzzuwachs von 12,5 Prozent auf 6,6 Mrd. Dollar (zum Dollar-Kurs von 2,30 DM umgerechnet 15,18 Mrd. DM) erwirtschaftete. Der Jahresüberschuß stieg, um Sondereinflüsse bereinigt, um 9,3 Prozent auf 88 Mill. Dollar. Nach Übernahme der Shopwell-Kette (53 Filialen) sowie der Waldbauer-Kette (140 Filialen mit 1,8 Mrd. Dollar Umsatz) verfügt Tengelmanns A & P im Großraum New York über einem Marktanteil von 20 Prozent – „ein Minimum für produktive Tätigkeit" (Haub).

Sein Ziel ist jedoch von derzeit Platz 7 auf Platz 3 der US-Lebensmittelfilialisten zu kommen. Das bedeutet freilich, einen Umsatzabstand von etwa 4 bis 5 Mrd. Dollar zu überwinden. Ende Februar 1987 dürfte der A&P-Umsatz nach 20 Prozent Wachstum in den ersten 3 Quartalen bei über 7 Mrd. Dollar liegen. Der Ertrag wuchs sogar um 23,3 Prozent auf 109 Mill. Dollar.

Zusammen mit den US-Umsätzen und denen in Österreich (Löwa) von 600 Mill. DM und in den Niederlanden (Herman's Groep) von 1 Mrd. DM addiert sich der Weltumsatz von Tengelmann auf 29 Mrd. DM. Die Gruppe beschäftigt 110 000 Mitarbeiter in 4 300 Filialen.

Tengelmann[1]	1985/86	±%
Umsatz (Mill. DM)[1]	12 000	+ 12,1
davon Filialumsatz	10 974	+ 6,4
- Tengelmann	3154	+ 4,0
- Kaiser's	2807	+ 5,9
- Plus	4930	+ 8,3
- Accos	83	+ 7,8
Filialen	2933	+ 3,5
davon Tengelmann	522	- 0,9
Verkaufsfläche (qm)	388 600	+ 1,6
Mitarbeiter[2]	41 000	+ 15,8
- davon Tengelmann	10 344	+ 1,0
Umsatz in DM/Kopf[3]	383 400	+ 0,4
DM/qm[3]	8400	+ 1,2
Umschlaghäufigkeit	13,7	(13,0)

[1]konsolidierte Unternehmensgruppe Tengelmann/Kaiser's in der Bundesrepublik; [2]umgerechnet auf Vollkräfte; [3]Vollkräfte bzw. qm im Tengelmann-Supermarkt-Filialbereich p.a.

Stuttgarter Backkrieg geht weiter

gü, **Stuttgart**

Eine bisher bundesweit einmalige Arbeitszeitvereinbarung zwischen Backindustrie und Gewerbeaufsicht ist jetzt in Stuttgart kurz vor der Vertragsunterzeichnung am Veto des baden-württembergischen Sozialministeriums gescheitert. Nach Angaben des Ministeriums hält die Landesregierung – anders als das Regierungspräsidium Stuttgart – ein „landeseinheitliches Vorgehen" zur Durchsetzung des geltenden Nachtbackverbots für erforderlich.

Im Kern war es darum gegangen, die großen Brotfabriken in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag ab 1988 auf eine strikte Einhaltung des gesetzlichen Nachtarbeitsverbots einzuschwören. Die Übergangszeit sollte den Unternehmen, die ständig gegen das Bäckereiarbeitszeitgesetz verstoßen hatten, Gelegenheit zur Umstellung ihrer Produktion geben. „Eine sofortige volle Anpassung an die Vorschriften", so hatte Stuttgarts Regierungspräsident Manfred Bulling festgestellt, „hätte praktisch die Vernichtung aller Betriebe zur Folge".

Vom Sozialministerium wurde Bulling nun in ungewöhnlich rüder Form zurückgepfiffen. Gegen die Vereinbarungsentwürfe, so hieß es, gebe es „erhebliche rechtliche Bedenken". Jetzt will die Regierung selbst „alle notwendigen und angemessenen Maßnahmen ergreifen, um die Backindustrie im Lande zur Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Nachtbackverbots anzuhalten".

DER mit Plus bei den Buchungen

VWD, **Frankfurt**

„Trotz Terrorismus und Tschernobyl" hat sich das Deutsche Reisebüro (DER) 1986 gut behauptet. Wie die Geschäftsführung mitteilt, stieg die Zahl der Buchungen um 4,4 Prozent auf 394 000, der Umsatz erhöhte sich um 4,2 Prozent auf 329 Mill. DM. Das Ausbleiben der US-Touristen in Europa habe allerdings 4500 leere Flugzeugsitze auf dem Nordatlantik" zur Folge gehabt. Der kommenden Reisesaison sieht das DER mit Zuversicht entgegen. Mit zum Teil erheblich gesenkten Flugtarifen und für einige Zielgebiete beträchtlichen Preissenkungen hofft das Unternehmen auf ein Buchungsplus für 1987 zwischen fünf und sieben Prozent.

Olivetti steigt bei Pelikan ein

dpa/VWD, **Ivrea**

Der italienische Bürotechnik-Konzern Olivetti, Ivrea, wird 22,5 Prozent des Kapitals der Pelikan-Holding in Zug in der Schweiz übernehmen. Wie Olivetti jetzt in Ivrea mitteilte, muß der Kauf noch von den zuständigen Aufsichtsbehörden beider Länder sowie vom Bundeskartellamt gebilligt werden, da Pelikan seit Oktober an der Frankfurter Börse notiert wird. Olivetti traf diese Vereinbarung mit der schweizerischen Finanzierungsgesellschaft Overpart, die Pelikan kontrolliert. Pelikan-Gesellschaften arbeiten in 25 Ländern der Welt. Für 1986 erwartet Pelikan einen Jahresumsatz von über 900 Millionen sfr (1,1 Mrd DM).

Do-it-yourself sehr erfolgreich

Stinnes will auf den Auslandsmärkten stärker Fuß fassen

SABINE SCHUCHART, **Mülheim**

Die drastische Straffung der Unternehmensaktivitäten, die die Stinnes AG, Mülheim, im vergangenen Jahr vorgenommen hat, trägt Früchte. In einem durch Rohstoffpreis- und Dollarverfall schwierigen Umfeld hat die größte Handelstochter der Veba AG, Düsseldorf, auch 1986 zufriedenstellend verdient. Die Ertragskraft im Inland sei ungebrochen, im Ausland habe sie sogar deutlich zugenommen, nachdem man sich von dem Geschäft mit industriellen Dienstleistungen in den USA bis auf eine Betriebsstätte getrennt hat, erklärte Vorstandsvorsitzender Hans-Jürgen Knauer vor der Presse. Alle Geschäftsbereiche schrieben deutlich schwarze Zahlen.

Zwar sieht sich Stinnes in diesem Jahr statt der erwarteten Umsatzsteigerung einem Rückgang um 13 Prozent auf 12 Mrd. DM gegenüber. Doch dies war im wesentlichen durch Preis- und Währungseffekte bedingt. Marktanteile gingen nicht verloren. Daß die Kasse stimmt, zeigt sich auch in der von 1,2 auf 1,5 Prozent verbesserten Umsatzrendite. Mutter Veba darf für 1986 mindestens wieder mit der Ausschüttung des Vorjahres von 39,1 Mill. DM oder 20 Prozent auf das Kapital von 195 Mill. DM rechnen.

Bedingt durch den Preisrutsch auf dem Öl- und Kohlemarkt hatte das Brennstoffgeschäft mit einem Rückgang von 5 Mrd. auf 3,4 Mrd. DM den größten Anteil an den Umsatzeinbußen. Während Knauer beim Verfall der Rohstoffpreise inzwischen den Boden erreicht sieht, allerdings 1987 auch keinen wesentlichen Anstieg erwartet, will er für das Öl keine Prognose wagen: „Nach unten und oben ist alles drin." Stinnes habe durch Verzicht auf niedrigmargige Massengeschäfte im internationalen Ölhandel die Risiken eingegrenzt und dadurch angemessen verdient.

Das unter starkem Wettbewerbsdruck stehende Kohlegeschäft litt zusätzlich unter den Absatzrückgängen, die Stinnes mit seinen traditionell starken Lieferungen südafrikanischer Kohle infolge der Boykottmaßnahmen einzelner Länder hinnehmen mußte. Auch schraubte die Devisenknappheit der RGW-Länder deren Importe zurück. Für belebende Impulse soll der Aufbau eines Kohleimport- und -exportgeschäfts in den USA und im Fernen Osten sorgen.

Der Ausbau der vorhandenen Geschäftsbereiche wird in den kommenden Jahren alle Anstrengungen auf sich ziehen, betont der Vorstand. Geplant sei, nicht nur von innen heraus zu wachsen, sondern durch Akquisitionen vornehmlich im Ausland „zusätzliches Umsatzpotential mit guter Ertragsqualität" zu erschließen. So werde die gesunde Finanzstruktur ganz wesentlich zum Ausbau der Geschäfte in Europa, dem nordamerikanischen Kontinent und dem pazifischen Raum eingesetzt.

Wie bei der Chemie hat auch im Bereich Erze und Mineralien das Spezialitätengeschäft größere Einbußen verhindert. In dem rückläufigen Stahlmarkt konnte Stinnes Interfer noch zulegen. Eine deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserung erzielte – auch durch die regionale Abgrenzung der Standorte mit der zweiten Veba-Handelstochter Raab Karcher – der Baustoffhandel. Weiter belebt hat sich auch der Do-it-yourself-Bereich, der mit einem realen Umsatzplus von rund 7 Prozent sowohl den Branchendurchschnitt (4,3 Prozent) als auch den gesamten Einzelhandelszuwachs weit übertroffen hat. Acht neue Baumärkte erhöhten die Gesamtzahl auf 44. Auch in dem allgemein verhalten laufenden Reifenersatzgeschäft, in dem Werkstätten und Tankstellen zunehmend Umsatz an spezielle Reifendienststationen verlieren, kam Stinnes gut voran. Mit einem Anteil von rund 6 Prozent stehe man auf diesem Markt an zweiter Position.

Angesichts der auch 1986 hohen Nachfrage nach Verkehrsleistungen haben Spedition und Lagerei das gute Vorjahresergebnis noch übertroffen. Auch Schiffahrt und Hafenbetriebe schlossen erneut gut ab.

PERSONALIEN

Hellmuth Fehling, bis 1978 Geschäftsführer der Tampimex Deutschland, Hamburg, wird am 19. Dezember 65 Jahre.

Bent L. Bjorn, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum Generaldirektor der 3M Deutschland GmbH, Neuss, ernannt. Sein Vorgänger, **B. A. Ekman**, wurde als Vice-President mit der Leitung des Europäischen 3M Centers für die Automobil- und Flugzeugindustrie, Neuss, betraut.

Allan A. Hodgson und **Ihor Suchoversky** werden zum 1. Januar 1987 Mitglieder des Board of Directors der Alcan Aluminium Limited, Montreal.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: ALPHA Allgemeine Papierverarbeitung u. Haftbild GmbH; **Bremen:** Günter Haltermann; **Buxtehude:** Küchen-Peter Handelsges. f. Einrichtungen mbH; **Delmenhorst:** HANSA-DRUCK Werbe-, Vertriebs- u. Verlagsges. mbH; **Duisburg:** Maschinenbau Wolter & Orlok GmbH; Industriemontage A. Meurisch GmbH, Oberhausen; **Frankfurt:** Nachl. d. Wolfgang Helmut Rudolf Schliwa; **Gelsenkirchen:** Elektro Engelberg GmbH; **Hamburg:** Kurt Karl Werner Jurkat, Versicherungsvertreter; **Hamm:** Brune Edelstahlschrauben GmbH; **Herford:** Doppelmüller Verwaltungs-GmbH; **Iserlohn:** Verwaltungsges. mbH d. Fa. Beermann-Werke, Hemer; **Kleve:** ACOWD Erdarbeiten u. Baugerätevermietungs GmbH; **München:** Motorrad Haase GmbH; **Passau:** Brosig GmbH Kfz.-Ersatzteile-Service, Waldkirchen; **Remscheid:** Jeans- u. Sportswear Handelsges. mbH, Solingen; **Singen:** Beck Konstruktion u. Montage GmbH, Radolfzell; C. T. Beck KG, Radolfzell; **Tübingen:** Gebr. Maisch Zweiradhandel u. Produktions GmbH, Ammerbuch; **Zeven:** „AMEX" Export GmbH, Sittensen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Krefeld: LBH Lebensmittelhandelsges. mbH; **Stuttgart:** Fußboden-Erdle Inge Erdle GmbH.

Vergleich beantragt: Düren: Fribat, Autotuning, Kfz-Reparatur GmbH; **Leer:** H. u. E. Smidt, Hoch- u. Tiefbau, Inh. Beno Smidt, Bunde; **Passau:** PAZ Passauer Aktuelle Zeitung Verlag GmbH; **Rosenheim:** Blumenhandelsges. Ingrid Stahl & Co. KG, Eggstätt.

Viele werden wieder beitragspflichtig

Die Versicherungsgrenze für Angestellte steigt vom 1. Januar an auf 51 300 Mark

Die gesetzliche Kranken- und die Rentenversicherung stehen vor Strukturreformen, die schon im nächsten Jahr in Angriff genommen werden sollen. Rechtsänderungen in diesen Bereichen – sonst zum Jahreswechsel an der Tagesordnung – sind vom Bonner Gesetzgeber deshalb zurückgestellt worden.

Unabhängig davon ändern sich jedoch jeweils zum 1. Januar zahlreiche Grenzwerte in der Sozialversicherung, die sich an der wirtschaftlichen Entwicklung ausrichten (siehe Tabelle). Zwei Meßlatten sind dafür maßgebend: die „Beitragsbemessungsgrenze" in der Rentenversicherung und die „Bezugsgröße" in der Sozialversicherung. Abhängig von der Bemessungsgrenze für die Rentenbeiträge ist die Bemessungsgrenze auch der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und (zu 75 Prozent) zur Krankenversicherung.

Die „Versicherungspflichtgrenze" für Angestellte wiederum richtet sich an der Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung aus. Sie steigt 1987 von 50 400 DM (= 4200 DM im Monatsdurchschnitt) auf 51 300 DM (= 4275 DM). Privat krankenversicherte Angestellte, die durch die Grenzwertanhebung wieder krankenversicherungspflichtig werden, können sich bis zum 2. Februar 1987 davon befreien lassen. Wollen sie das nicht, so haben sie gegenüber ihrer privaten Krankenversicherung ein außerordentliches Kündigungsrecht. Angestellte, die schon 1986 mehr als 51 300 DM verdient haben, scheiden am Jahresende 1986 aus der Krankenversicherungspflicht aus. Sie können sich aber – ebenfalls bis zum 2. Februar 1987 – bei ihrer gesetzlichen Krankenkasse „freiwillig weiterversichern".

An der „Bezugsgröße", die 1987 von 2870 DM auf 3010 DM steigt, orientiert sich unter anderem die Verdienstgrenze, bis zu der Teilzeitkräfte sozialabgabenfrei beschäftigt werden können. Ein Siebtel des Grenzwertes (430 DM statt bisher 410 DM) ist vom neuen Jahr an als sozialversicherungsfreier Arbeitsverdienst erlaubt, was einen Jahresbetrag von 5160 DM ergibt. Zweimal im Jahr darf der Monatsbetrag „unvorhergesehen" überschritten werden – ohne daß das Unternehmen bzw. die Aushilfskraft zur Sozialkasse gebeten werden.

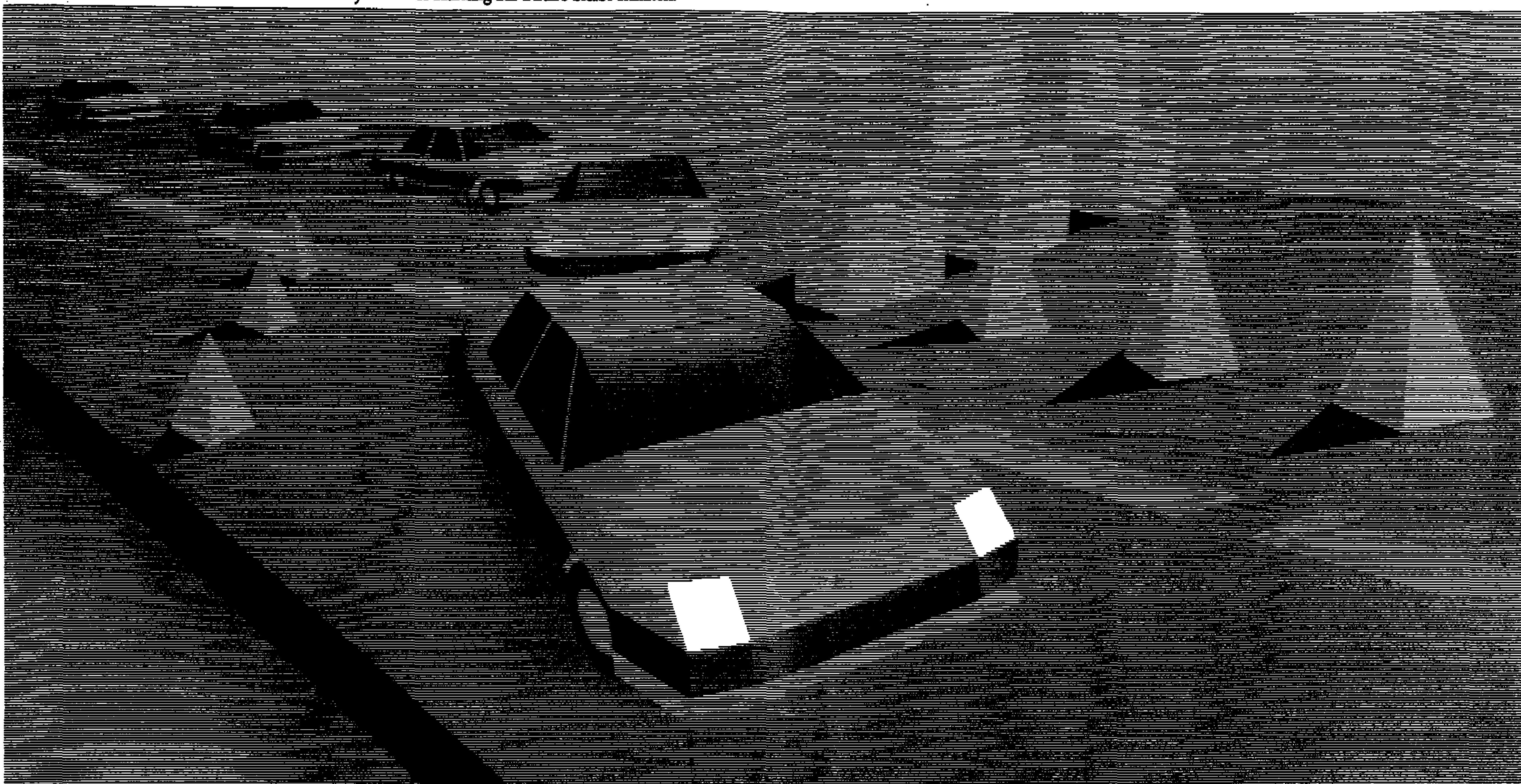
(W. BÜSER)

Das ist für alle Bundesbürger von Bedeutung: Zum 1. Januar ändern sich wiederum zahlreiche Grenzwerte in der Sozialversicherung. Unsere Übersicht enthält neben den '87er Werten zum Vergleich die des Jahres 1986 – wodurch sichtbar wird, daß es sogar eine Beitragssenkung gegeben hat: in der Rentenversicherung

		1987	1986
Beitragssätze (Prozentsätze für die Beitragsberechnung)			
Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung		18,7 %	19,2 %
Arbeitslosenversicherung		4,3 %	4,0 %
Krankenversicherung (unterschiedl. je nach Kasse)		ca. 12,5 %	12,2 %
Beitragsbemessungsgrenzen (DM monatlich)			
Angestellten- und Arbeiter-Rentenversicherung		5700 DM	5600 DM
Höchstbetrag (je ½ Arbeitnehmer und Arbeitgeber)		1066 DM	1075 DM
Arbeitslosenversicherung		5700 DM	5600 DM
Höchstbetrag (je ½ Arbeitnehmer und Arbeitgeber)		245 DM	224 DM
Krankenversicherung (unterschiedl. je nach Kasse)		4275 DM	4200 DM
Höchstbetrag (je ½ Arbeitnehmer und Arbeitgeber)		ca. 534 DM	512 DM
Versicherungspflichtgrenze für Angestellte			
nur gesetzliche Krankenversicherung (Monats-Durchschnitt)		4275 DM	4200 DM
Beitragsstaffel Rentenversicherung			
Für Pflichtversicherte Beitr. entspr. dem Verdienst, mind.		80 DM	79 DM
Für freiwillig Versicherte mindestens		94 DM	92 DM
Höchstbeitrag für alle gesetzlich Rentenversicherten		1066 DM	1075 DM
„Mittelbeitrag" für befreite Angestellte		550 DM	549 DM
„Handwerker-Regelbeitrag"		550 DM	549 DM
Sonstige Änderungen			
Arbeitgeber zahlt allein Beitrag bis zu		570 DM	560 DM
Kostenfreie Familien-Krankenvers. bis zu eig. Einkommen		501 DM	478 DM
Höchstkrankengeld der Krankenversicherung		3420 DM	3360 DM
Erstattungshöchstbetr. für selbstbeschaffte Haushaltshilfe		2190 DM	2160 DM
Mindeststerbegeld für Rentner ohne Beschäftigung	von	2006 DM	1866 DM
und ohne Betriebsrente	bis	4013 DM	3733 DM
Höchststerbegeld für die übrigen Krankenversicherten		5700 DM	5600 DM
Härtefallgrenze für Befreiung vom Arzneikostenbeitrag*		1204 DM	1148 DM
zuzüglich für den Ehegatten*		451 DM	430 DM
zuzüglich für andere Angehörige*		301 DM	287 DM
Eigenanteil für kieferorthopädische Behandlung		752 DM	717 DM
Hinzuverdienst			
Versicherungsfreiheit allgemein bis zu		430 DM	410 DM
Erwerbsunfähigkeitsrentner rentenunschädlich			
bei Rentenbeginn vor 1984 bis zu		625 DM	625 DM
bei Rentenbeginn nach 1983 bis zu		430 DM	410 DM
Altersrentner unter 63 Jahren rentenunschädlich bis zu		430 DM	425 DM
Altersrentner, die schwerbehindert, berufs- oder erwerbsunfähig sind, ab Alter 62 rentenunschädlich bis zu		1000 DM	1000 DM
Altersrentner vom 63. Lebensjahr an rentenunschädlich bis zu		1000 DM	1000 DM
Vorruhestand			
Arbeitsamt zahlt 35 %-Zuschuß maximal von		3705 DM	3640 DM
Nebenverd. beeinträchtigt Zuschuß zum VoRStG nicht bis zu		430 DM	410 DM

*kann von Kasse zu Kasse differieren

Bremsmanöver mit Anti-Blockier-System. Die Haftung zur Straße bleibt erhalten.



Die Entwicklung, die nicht zu bremsen ist.

Die Idee stammt aus den zwanziger Jahren.
Schon damals begannen Erfinder in aller Welt darüber nachzudenken, wie man das Blockieren der Räder beim Bremsen verhindern kann.
Denn das ist wirklich gefährlich.
Wenn die Räder zum Stillstand kommen, bevor das Fahrzeug steht, geht die Haftung auf der Straße verloren. Das Auto ist nicht mehr lenkbar und gerät außer Kontrolle.
Aber trotz vieler Versuche und vieler Patente ist es lange Zeit keinem gelungen, ein Anti-Blockier-System (ABS) zu entwickeln, das wirklich zuverlässig funktioniert.
Das ist kein Wunder.
Denn rein mechanische Lösungen können alle Funktionen auf einmal nicht in vollem Umfang erfüllen.
Elektronik im Automobil aber war selbst in den sechziger Jahren für die meisten noch gar kein Thema.
Für uns allerdings schon.

Bei uns war die Entwicklung hin zur elektronischen Steuerung von Systemen bereits voll im Gange.
Dazu gehörte auch die Konstruktion eines Anti-Blockier-Systems mit digitaler Steuerung.
Und doch hat es noch zehn Jahre gedauert.
Denn um ein Anti-Blockier-System zu entwickeln, das mit wirklich höchster Zuverlässigkeit arbeitet, mußten möglichst viele Elektronik-Funktionen in möglichst wenige Bauteile integriert werden.
1978 war es dann soweit.
Bosch lieferte die ersten in Serie gefertigten Systeme, und zum ersten Mal wurde als Automobil-Ausstattung ein komplexes ABS angeboten, das alle vier Räder des Fahrzeugs regelte.
Inzwischen hat sich das Bosch ABS mehr als eine Million Mal in der Praxis bewährt. Nicht nur in Personenwagen, auch in Omnibussen und Nutzfahrzeugen.
Eine Entwicklung, die nicht mehr zu bremsen ist.

Längst gibt es ABS auch in Wagen der Mittelklasse. Und die Entwicklung ist keineswegs abgeschlossen.
Jetzt arbeiten wir mit Hilfe modernster Technologien daran, das Bosch ABS von der Baugröße, vom Gewicht und den Kosten her weiterhin zu optimieren. Damit kein Fahrzeug mehr ohne ABS bremsen muß.
Denn eine Entwicklung, die soviel mehr Sicherheit bietet, wird erst haltmachen, wenn jeder Autofahrer sie nutzen kann.

100 Jahre Bosch Ideen.





Im Verlaufe nachgebend

Besonders Stahlaktien unter Druck

DW. – Wie so oft ließen sich die vorbörslich genannten höheren Kurse später nicht durchsetzen. Insgesamt lagen die Aktien jedoch gut behauptet. Unter Druck gerieten Stahlaktien, eine Reaktion auf die rückläufige Konjunktur in dieser Branche und Folgen auf die Erträge der großen Konzerne.

Die Umsatztätigkeit hielt sich auch am Mittwoch wieder in Grenzen. Die anfangs höheren Kurse wurden im Verlaufe zu Gewinnmitnahmen genutzt. Langfristige Anlagekäufe waren kaum zu beobachten. Das gilt auch für die sogenannten Blue-Chips, für die das Auslandsinteresse spürbar abgenommen hat. Chemie- und Bankaktien wurden schließlich zu Vortagsnotierungen umgesetzt, eine Kurserholung ergab sich bei Henkel. Enttäuschung herrscht über die VIAG-Kursentwicklung. Denn wer erwartet hatte, der VIAG-Kurs würde zum Jahresende auf 165 DM heraufgepflegt werden, um den Zeichnern gleich im ersten Jahr Abschreibungen zu ersparen, sah sich bisher enttäuscht. Im Zusammenhang mit der Situation beim Stahl wurden den Thyssen-Aktien um knapp 10 DM reduziert. Die Ankündigung einer gleichbleibenden Dividende gilt als unangenehme Überraschung, denn man hatte mehr erwartet. Relativ widerstandsfähig lagen Autowerte, dabei ist die Kursstabilität bei Porsche deshalb bemerkenswert, weil Porsche unter dem Dollarrückgang am meisten zu leiden hat.

Nachbörse: uneinheitlich

DW-Ak.Ind.: 278,92 (278,36)
DW-Ums.Ind.: 4328 (3667)
Adv.-decline-Zahl: 109 (128)
38-Tg-Linie: 274,96 (274,60)
200-Tg-Linie: 277,84 (277,80)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausland

Zürich

	17.12.	16.12.
Alusuisse	490	490
dgl. NA	165	170
Bank Leu	3900	3900
Brown Boveri	1825	1820
Ciba Geigy Inh.	3600	3610
Ciba Geigy Part.	2570	2580
Elektrowatt	3640	3625
Georg Fischer Inh.	1820	1820
Mag.z.Globus Part.	1750	1700
H. La Roche 1/10	12300	12325
Holderbank	4300	4275
Italo-Suisse	315	310
Jacobs Suchard Inh.	8800	8700
Jelmoli	4025	4175
Landis Gyr	1785	1795
Mövenpick Inh.	6750	6850
Motor Columbus	1950	1960
Nestlé Inh.	9650	9650
Oerlikon-Bührle	1385	1415
Sandoz NA	4150	4175
Sandoz Inh.	10875	10975
Sandoz Part.	1690	1720
Saurer Nam.	78	78
Art. A. Saurer	122	120
Schw. Bankges.	5920	5960
Schw. Bankverein	559	559
Schw. Kredit. A. Inh.	3760	3765
Schw. Rückv. Inh.	18600	18700
Schw. Volksb. Inh.	2680	2690
Sika -B-	3700	3800
Gebr. Sulzer Part.	565	575
Swissair	1280	1260
dgl. NA	1050	1070
Winterthur Inh.	7400	7400
Winterthur Part.	1265	1255
Zür. Vers. Inh.	8475	8550
Index: Schw. Bankv.	–	674,30

Inlandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Devisenmärkte

Bei kleinen Umsätzen wickelte sich der Dollarhandel am 17. Dezember zwischen 2,012 und 2,019 ab. Kommerziell war die Nachfrage bedeutend geringer als während der letzten Tage. Die endgültige Revision des US-Bruttosozialproduktes im dritten Quartal von 2,9 auf 2,8 Prozent entsprach den Vermutungen und löste nach der Notiz von 2,0167 keinen neuen Aktivitäten aus. Das Britische Pfund gab um 6 Promille auf 2,882 nach. Für die übrigen Währungen ergab sich ein differenziertes Bild mit Plus- und Minuskorrekturen. US-Dollar in: Amsterdam 2,279; Brüssel 41,9625; Paris 6,603; Mailand 1397,75; Wien 14,19; Zürich 1,7021; Ir. Pfund/DM 2,724; Pfund/Dollar 1,4291; Pfund/DM 2,882.

Devisen und Sorten

17.12.1986	Disk.-Satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs.-Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	2,0127	2,0207	2,0092	1,97	2,07
London[2]	11,0	2,875	2,889	2,835	2,85	2,96
Dublin[2]	12,0	2,717	2,731	2,664	2,64	2,79
Montreal[1]	8,47	1,4585	1,4665	1,4489	1,41	1,51
Amsterd.	4,50	88,375	88,595	88,23	87,40	89,55
Zürich	4,00	118,38	118,58	118,26	117,00	120,00
Brüssel	8,00	4,797	4,817	4,775	4,67	4,85
Paris	9,50	30,46	30,62	30,25	29,40	31,25
Kopenh.	7,00	26,395	26,515	26,15	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,56	26,68	25,85	25,75	27,50
Stockh.	7,50	28,915	29,075	28,63	28,00	29,75
Mailand[3]**	12,0	1,4385	1,4485	1,4215	1,415	1,495
Wien	4,00	14,191	14,231	14,185	14,10	14,37
Madrid	8,00	1,477	1,487	1,456	1,425	1,545
Lissabon**	14,5	1,338	1,353	1,308	0,95	1,55
Tokio	3,00	1,231	1,234	1,232	1,19	1,25
Helsinki	8,50	40,76	40,96	40,01	39,50	41,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,13	0,53
Budap.* **	–	–	–	–	2,15	3,65
Athen* **	20,5	1,395	1,447	–	0,85	1,40
Ankara* **	–	–	–	–	0,13	0,32
Sydney*	–	1,3295	1,3485	–	1,28	1,40
Johannbg.*	10,0	0,883	0,917	–	0,64	0,99
Hongkong *	–	25,71	25,99	–	25,00	29,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Junge Aktien

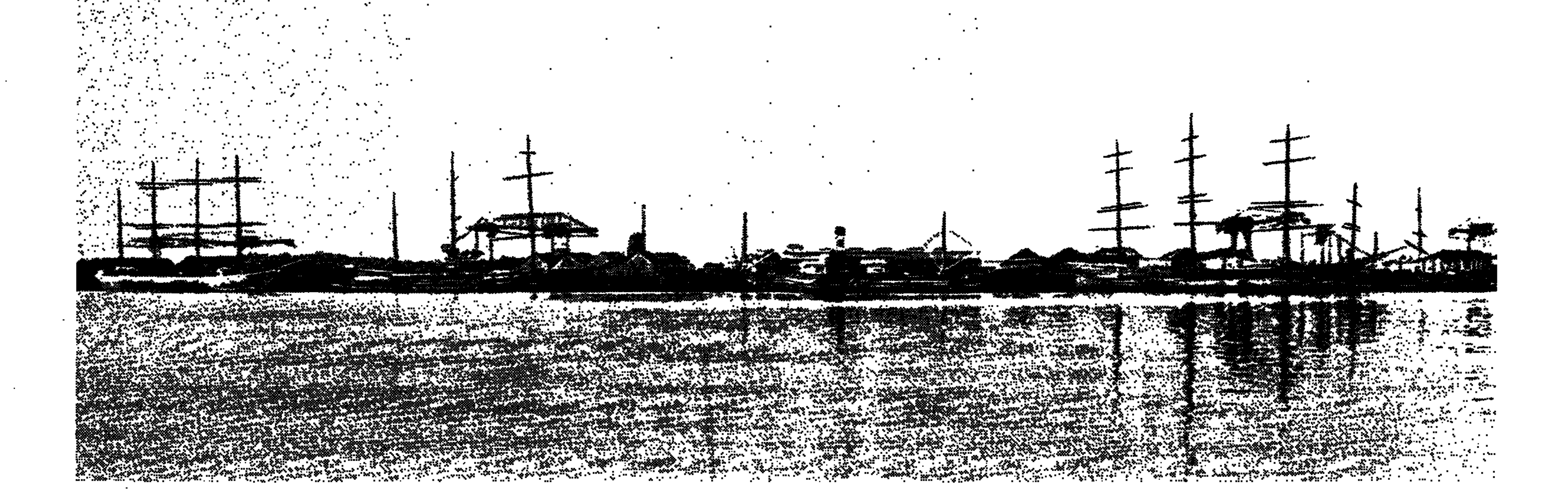
Berlin: Hermes 850T, VAB 2600G. **Düsseldorf:** BMW 570bG, Goldschm. 230T, Leinkering 210bGrt, Nixdorf 718, O & K 104bG, Siemens 740, Thugo 412G. **Frankfurt:** Bibl. Inst. 547B, BMW 568, Fuchs St. 160, Fuchs Vz. 150bB, Goldschm. 230,2, Magdeburger Feuer NA 478B, Magdeburger Feuer 1300B, Henaga 197G, Mercedes 1050, Nixdorf 735, Siemens 740, Thugo 405. **Hamburg:** – **München:** Mercedes 1067bG, Stumpf 115B, VAB 2600B.

Bezugsrechte: Bremen: Dt. Hypo Bk. 51. **Frankfurt:** Daimler 98,5, Kolbenschmidt 11, Mercedes 81,5. **Stuttgart:** Daimler 98,5, Kolbenschmidt 11,5, Mercedes 81,5.

VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

Privat-Initiativen.

Über Handel und Verkehr.



Weitblickende Unternehmerpersönlichkeiten haben für die Entwicklung von Handel und Warenverkehr schon seit jeher entscheidende Bedeutung.

Raab, Karcher und Stinnes zählen hierzu, aber auch der Bremer Kaufmann Albert Vinnen, auf dessen Initiative 1905 ein Konsortium aus Kaufleuten und Banken die „MIDGARD" Deutsche Seeverkehrs-Aktiengesellschaft in Nordenham gründete. In einer für die damalige Zeit ungewöhnlichen Privatisierungsaktion erwarb die Gesellschaft die veraltete Hafenanlage des Großherzogtums Oldenburg in Nordenham, um sie in eigener Regie zu betreiben und auszubauen.

Diese öffentliche Hafenanlage in Privatbesitz ist heute Kern der „MIDGARD" Deutsche Seeverkehrs-AG, einem Unternehmen der VEBA-Tochter STINNES. Mit den übrigen umfangreichen Umschlagsanlagen Hamburg und Wilhelmshaven zählt die „MIDGARD" zur Spitzengruppe der deutschen Seehafenbetriebe. Unter dem Motto „Alles aus einer Hand" wird lückenlose Dienstleistung angeboten:
Sie reicht vom Bugsieren und Vertäuen der Seeschiffe über Güterumschlag und Lagerung, Serviceleistungen rund um den Container bis hin zum seemäßigen Verpacken – unter Einsatz modernster Hafentechnik.

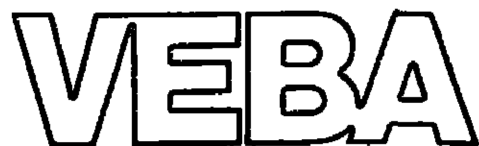
Aber auch das Klarieren – d.h. das Betreuen der Schiffe bis zur Zollabfertigung – und die Stauerei werden übernommen. Wenn Sie mehr über Handel und Verkehr sowie andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie uns: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30

VEBA heute.

ELEKTRIZITÄT	MINERALÖL	CHEMIE	HANDEL&VERKEHR
Veba Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Veba Oel AG Gelsenkirchen	Hüls AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr
PreussenElektra AG Hannover	Deminex Dt. Erdölversorgungsges. mbH Essen	Bunawerke Hüls GmbH Marl	Stinnes-Trefz AG&Co. Stuttgart
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Mark Producing Houston	Röhm GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Brenntag AG&Co. Mülheim/Ruhr
Hann.-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Rhenus AG Dortmund
Schleswag Aktiengesellschaft Rendsburg	Raab Karcher AG Essen	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham
Thüga AG München	Aral AG Bochum	Nuodex Piscataway	Ruhrgas AG Essen

SONSTIGE BETEILIGUNGEN	
Veba Wohnen Bochum	Ruhrkohle AG Essen

Die VEBA hat mit ihren 68.700 Mitarbeitern im Jahre 1985 einen Konzernumsatz von 48,6 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (25,6%) sind rund 500.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch die Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.



Die Serie wird fortgesetzt.

Pfandbriefe freundlicher

Bei den festverzinslichen Papieren lagen wieder Auslandskäufe vor, bei denen unterstellt werden kann, daß dabei Diskussionen über eine mögliche Aufwertung innerhalb des EWS eine Rolle spielen. Langfristige öffentliche Anleihen wurden weiter um 0,30 bis 0,35 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die kürzeren Laufzeiten stiegen weniger. Bei den Pfandbriefen hat sich die Nachfrage ebenfalls verstärkt, so daß sich auch die Pfandbriefrenditen etwas ermäßigten.

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	100,25G	100,25
F	6 dgl. 77	9/87	100,9G	100,9
F	6 dgl. 78 II	7/88	101,6G	101,6
F	6½ dgl. 77	5/89	103,1	103,1
F	8 dgl. 79 I	7/89	106,55	106,55
F	6 dgl. 78 I	2/90	102,2	102,1
F	8 dgl. 80 II	7/90	107,95	107,95

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kaffeenotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Gut behauptet ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	16.12.	15.12.
Dez.	279,75	282,50
März	275,75-275,50	277,00-277,25

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

16.12.	15.12.
26,00	26,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	16.12.	15.12.
März	55,65-55,75	55,80-55,90
Mai	55,90-56,00	56,15-56,25
Juli	56,40-56,50	56,60
Okt.	56,60-56,65	57,25-57,35
Dez.	56,70	57,40
März	57,00-57,10	57,70-57,80

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

45,00	44,75

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	17.12.	16.12.
Jan.	586-592	–

Devisenterminmarkt

Die überraschende Festigkeit der Dollar-Zinssätze am 17. 12. war der Grund für die erneut höheren Dollar-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,32-0,27	0,76-0,71	1,43-1,33
Pfund/Dollar	0,53-0,51	1,65-1,62	3,37-3,32
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	9,30-7,90
FF/DM	17-1	39-23	67-51

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17.12.: Tagesgeld 4,65-4,70 Prozent; Monatsgeld 4,80-5,00 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent
Privatdiskontsätze am 17.12.: 10 bis 29 Tage 3,05 G-2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G-2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 17.12.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¾-7⅛	5⅛-5⅜	4¾-5⅛
3 Monate	6⅞-6⅞	4⅞-5⅛	4⅞-4⅞
6 Monate	6⅝-6¾	4¾-5	4-4⅛
12 Monate	6½-6¾	4¾-5	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 17.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,50; Verkauf 17,50 DM West, Frankfurt: Ankauf 14,00; Verkauf 17,00 DM West

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 17.12. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt.	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	196,00	251,94	35,14
20 ffr. Napoleon	5,8070	147,00	196,08	33,77
20 sfr Vreneli	5,8070	165,00	214,32	36,91
1 Sovereign Neu	7,3220	173,00	225,72	30,83
1 Sovereign Alt	7,3220	177,00	230,28	31,45

Nullkupon-Anleihen (DM)

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Rechnungs-Einheiten

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Programme führen durch den Policen-Dschungel

Versicherungsprobleme in Ost- und Südostasien

„Es gibt", sagt Konfuzius, „für den Menschen drei Wege, klug zu handeln: durch Nachdenken – das ist der edelste, durch Nachahmen – das ist der bequemste, und durch Erfahrung – das ist der bitterste." Bei der schweizerischen Zürich-Versicherungsgruppe will man Mitarbeitern und Kunden bittere Erfahrungen auf den Versicherungsmärkten Ost- und Südostasiens ersparen. Eine Arbeitstagung machte deutlich: Die heutigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse dieser Region sind ebenso vielfältig, wie das dortige Versicherungswesen verwirrend ist.

Fernost, von Thailand bis Japan, von China bis zu den Philippinen, hat in den vergangenen vier Jahrzehnten größtenteils beachtliche, sogar spektakuläre Wachstumserfolge erzielt. Entsprechend stieg der Bedarf an geeignetem Versicherungsschutz. Allerdings ist das Versicherungswesen insgesamt noch wenig entwickelt.

Für Robert Sulzer, den für diesen Raum zuständigen Regional-Manager der Zürich-Versicherungsgruppe, sind auf den meisten lokalen Märkten moderne Versicherungsprodukte bisher kaum vorhanden. Risiko-Management als Kontrollinstrument, wie man es hierzulande kennt, fehlt völlig. Die lokalen Versicherer gelten zwar auf ihrem Gebiet als kompetent, was ihnen aber oft fehlt, ist das notwendige Verständnis für die speziellen Bedürfnisse europäischer Versicherungskunden aus der Industrie.

Unverständnis bei europäischen Kunden

Brandstiftung und Korruption, die zum Alltag auf vielen asiatischen Märkten gehören, stoßen, so Sulzer, auf Unverständnis bei nicht eingeweihten europäischen Versicherungskunden.

Tarife, Policenbedingungen, Tarifierungsrichtlinien, Schadenregulierung und lokale Praktiken sind in Fernost in einer Vielzahl verwirrender Variationen vorhanden. Sulzer: „Man muß als Europäer schon viel Zeit und Energie aufwenden, will man im Gestrüpp dieser Materialien nicht auf der Strecke bleiben." Insbesondere für unerfahrene Europäer ist der Ferne Osten ein äußerst unberechenbarer Risikoraum. Kennzeichnend sind die dort typischen Naturkatastrophen, denen ausgesprochen armselige Nothilfeeinrichtungen gegenüberstehen.

So kaufen asiatische Unternehmen nur selten Betriebsunterbrechungsversicherungen. Die Versicherer verfügen daher auch nur über unzureichende Erfahrungen auf diesem Gebiet. Die Alternativen: Lokale Policen, deren Vorteile im Service vor Ort und in der Einhaltung nationaler Vorschriften mögliche Deckungslücken, überholte Bedingungen und fragwürdige Sicherheiten als Nachteile gegenüberstehen.

Trotz Problemen: Märkte mit Zukunft

Schon das koordinierte Versicherungsprogramm hilft mittels eines Umbrella-Vertrags, die Kontrolle über die weltweiten Sach- und Haftpflichtrisiken aller Unternehmenseinheiten zu verbessern.

Schließlich kann ein Unternehmen ein zentral ausgehandeltes integriertes Programm abschließen, wobei die Gesamtprämie und die Bedingungen zwischen dem Versicherer und seinem Kunden vereinbart werden. Die integrierte Lösung ermöglicht, voll von der gesamtgesellschaftlichen Nachfragekraft zu profitieren. In dieser Lage empfiehlt sich die Zusammenarbeit mit international tätigen Versicherern, die – wie die Zürich – über praktische Erfahrungen und Finanzierungsmöglichkeiten verfügen.

„Internationale Versicherungsprogramme", meint Sulzer, „die den Fernen Osten miteinschließen, sind noch immer die optimalen Lösungen für Sach- und Haftpflichtversicherungen, insbesondere bei weltweit gestreuten Produktionsstätten." Die Zürich bietet jedoch nicht nur Programme für international tätige Konzerne. Sie hält, so Sulzer, auch Lösungen für lokale Versicherungsnehmer bereit. Das gilt für das Industrie- wie für das private Massengeschäft.

Allen Anpassungsproblemen zum Trotz präsentieren sich Ost- und Südostasien als Märkte mit Zukunft. Und mit dem steigenden Anteil dieser Märkte am internationalen Handel wächst auch die dortige Bedeutung der Versicherungswirtschaft.

KARL-HEINZ STEFAN

Sicherheitspaket für die Elektronik

Schäden müssen nicht mehr zur Pleite führen – Entschädigung zum Neuwert

Von NORBERT GRASER

Die ständige Weiterentwicklung hochintegrierter Schaltungen erhöht die Leistungsfähigkeit elektronischer Systeme und forciert deren Einzug in fast alle Bereiche des Berufslebens. Elektronik ist zum unverzichtbaren Bestandteil der Volkswirtschaft geworden und vereinigt ein immer größeres Investitionsvolumen auf sich.

Es ist wohl selbstverständlich, daß diese Investitionen entsprechend versichert werden müssen. Dabei reicht es nicht aus, elektronische Anlagen und Geräte nur gegen bestimmte Einzelgefahren wie Feuer oder Leitungswasser zu versichern, denn damit wird der tatsächlichen Risikosituation nur zum Teil Rechnung getragen. Den optimalen Versicherungsschutz bietet nur die Elektronikversicherung, der als spezielles Bedingungswerk die sogenannten „AVFE 76" zugrunde liegen.

Das wesentliche Merkmal dieser Versicherung besteht darin, daß der Deckungsumfang nicht auf bestimmte Gefahren wie Feuer oder Einbruchdiebstahl beschränkt ist, sondern mit wenigen Ausnahmen jede Art von Beschädigung oder Zerstörung sowie die Entwendung elektronischer Geräte umfaßt. So sind beispielsweise Bedienungsfehler, Unachtsamkeit oder mutwillige Zerstörung mitversichert – Ursachen, auf die eine Vielzahl von Schäden zurückzuführen sind. Aber auch Schäden durch Wasser und Feuchtigkeit aller Art, Brand, Blitzschlag, Explosion oder höhere Gewalt fallen unter die Versicherung.

Die „AVFE 76" kennen lediglich folgende Ausschlußtatbestände: Schäden durch Vorsatz des Versicherungsnehmers, betriebsbedingte Wasser- und Säuredämpfe, Abnutzung, Erdbeben, Kernenergie, innere Unruhen und Kriegsereignisse.

Ein weiterer Vorteil der Elektronikversicherung besteht in der Höhe der Entschädigungsleistung, die grundsätzlich zum Neuwert erfolgt. Dies bedeutet, daß bei einem Totalschaden generell die Wiederbeschaffungskosten am Schadentag erstattet werden beziehungsweise daß bei einer Reparatur kein Abschlag Neu für Alt erfolgt.

Der Versicherungsschutz läßt sich den Risikoverhältnissen eines jeden Unternehmens anpassen. So können Datenträger, wie Magnetbänder oder Disketten, mitversichert werden. Der Deckungsumfang bezieht sich hierbei aber nicht nur auf den reinen Materialwert der Datenträger. Vielmehr sind auch die Kosten versichert, die für die Wiederherstellung der Datenbestände entstehen. Die Kosten für die Rekonstruktion der zerstörten Daten übersteigen oft bei weitem den *Sachschaden an der Anlage.*

In Zusammenhang mit der Sachversicherung der Elektronik sollte man auch überprüfen, welche Folgen die Beschädigung oder Zerstörung eines betriebsnotwendigen Systems hat. Denn der durch einen Sachschaden bedingte Betriebsstillstand kann erhebliche Ertragsausfälle zur Konsequenz haben oder zusätzliche Kosten verursachen. Auch hier gibt es mehrere Möglichkeiten, im Rahmen der Elektronikversicherung Vorsorge zu treffen.

Gemessen an den Aufwendungen für Anschaffung, Betrieb und Wartung, sind die Kosten für eine sachgerechte Risikoabdeckung *gering.* Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang entsprechendes Know-how und qualifizierte Beratung durch den Versicherer.

Der Autor ist Mitarbeiter der TELA Versicherung AG, München

Teures Gerät finanziell absichern

Versicherungssparte für Spezialisten – Selbstbeteiligung senkt die Prämien

Die Technischen Versicherungen gewinnen immer stärkere Bedeutung. Hohe Investitionen in Maschinen, Geräte und Anlagen verlangen heute eine finanzielle Absicherung für den Fall eines Schadens während der Bauzeit oder nach der Inbetriebnahme.

Technische Versicherungen sichern nicht nur das investierte Kapital gegen eine Vielzahl von Gefahren, sondern auch die Exportlieferungen bis zur betriebsfertigen Übergabe an den Besteller. Sie ermöglichen bessere Kalkulationen durch feste Prämien, die erheblich niedriger sind als die erforderlichen Rücklagen für den unvorhersehbaren Schadenfall.

Die Technische Versicherung kennt folgende Einzelsparten:

1. Bauleistungsversicherung. Sie bietet Schutz gegen Schäden durch unvorhergesehene Ereignisse und Bauunfälle während der Baudauer, die zu einer Zerstörung oder Beschädigung der versicherten Leistung führen;
2. Montage-Versicherung, die alle unvorhergesehenen und plötzlich eintretenden Sachschäden an Maschinen und Stahlkonstruktionen umfaßt, die während der Montage und der Erprobung entstehen;
3. Maschinen-Garantieversicherung, die Schäden an Maschinen ersetzt, für die der Hersteller während der Garantiezeit einzutreten hat (außer Leistungsmängeln);
4. Maschinen-Versicherung, die plötzlich eintretende Schäden von Maschinen deckt, die beispielsweise durch menschliches Versagen, Material- oder Konstruktionsfehler, aber auch Sturm, Frost und Eisgang entstanden sind;
5. Maschinen-Betriebsunterbrechungs-Versicherung, die Vermögensschäden (entgangenener Gewinn, laufende Kosten sowie Löhne und Gehälter) übernimmt, die entstehen, wenn infolge eines Maschinenschadens der Betrieb unterbrochen wird;
6. die Elektronik-Versicherung, eine Spezialversicherung für stromgebundene Anlagen (sie wird in einem Beitrag gesondert dargestellt).

Bei den Technischen Versicherungen hat die vorbeugende Schadenverhütung besonderes Gewicht. Tatsächlich kann hier vom Hersteller- und Montagebetrieb sowie vom Besteller viel zur Gefahrenabwendung beigetragen werden.

Eine für den Versicherungsnehmer kostensenkende Wirkung haben die verschiedenen Varianten der Selbstbeteiligung an entstandenen Schäden. Hier werden dann Entschädigungen um einen vorher vereinbarten Betrag oder Prozentsatz (oder beides) gekürzt oder ein Selbstbehalt in Prozent der Versicherungssumme oder aber auf Zeit vereinbart.

HARALD POSNY

NACHRICHTEN

Beitragsnachlaß für 700 000 Behinderte

Düsseldorf (Py.) – Rund 700 000 Autofahrer, die aufgrund einer Behinderung zur Hälfte von der Kfz-Steuer befreit sind, werden ab 1987 besser gestellt. Sie erhalten nach Angaben des Verbands der Autoversicherer ab Hauptfälligkeit (Versicherungsbeginn) 1987 oder bei Neuabschluß in der Autohaftpflichtversicherung einen Beitragsnachlaß von 12,5 Prozent, der beim Versicherer beantragt werden muß und auch für behinderte Autofahrer gilt, die bereits aus anderen Gründen ganz oder teilweise von der Kfz-Steuer befreit sind. Weiterhin *25 Prozent Nachlaß auf Autohaftpflicht-* und Vollkaskoprämien erhalten alle total von der Kfz-Steuer befreiten Behinderten.

Ausbildungskosten

Düsseldorf (Py.) – Eine dreijährige Ausbildung zum Versicherungskauf*mann in einer Versicherungsagentur* kostet rund 55 000 Mark. Die 1150 im Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) organisierten Betriebe geben derzeit für ihre 1500 Lehrlinge in drei Jahren 82 Millionen Mark aus.

Schutz in den USA

Düsseldorf (WR) – Mehr als ein Viertel aller Amerikaner unter 65 Jahre, das sind 55 Millionen Menschen, haben keine ausreichende Versicherungsdeckung für hohe Arztrechnungen. Knapp 10 Prozent besitzen keine Krankenversicherung und mehr als acht Prozent sind unterversichert.

Alle Jahre wieder . . .

Düsseldorf (WR) – Alle Jahre wieder, zu Weihnachten, erinnern die Versicherungsunternehmen an Winterprobleme: An Streu- und Räumpflichten auf Gehwegen für Hauseigentümer, an vermeidbare Frostschäden an freiliegenden Wasserleitungen, die man nicht selbst auftauen sollte, sowie an die Zimmerbrandge*fahren bei „echtem Kerzenlicht"*. Bei grober Fahrlässigkeit brauchen die Versicherer nicht zu zahlen.

URTEILE

Für fehlerhafte Bodenfliesen braucht der Hersteller dem Bauherren keinen Schadenersatz zu leisten. Der Fabrikant hatte Fliesen mit Bläschen in der Glasur geliefert bekommen. Schon bei geringer Belastung brachen diese Bläschen auf und hinterließen kleine Löcher. Die Klage des Bauherren wurde abgewiesen (Oberlandesgericht Bamberg; Aktenzeichen 4 U 7/85 vom 16. September 1985).

*

Eine Unfallflucht, bei der der Flüchtende nicht weit kommt, ist keine. Regreßansprüche einer Versicherung wurden abgewiesen (Oberlandesgericht Oldenburg; Aktenzeichen 11 U 19/84 vom 12. Oktober 1984).

*

Der Kaufmann, der Kindern Streichhölzer verkauft, muß wegen Fahrlässigkeit den Brandschaden verantworten, den die Kinder damit anrichten, weil ihm weder die Kinder noch der Verwendungszweck der Zündhölzer bekannt waren (Oberlandesgericht Stuttgart; Aktenzeichen 4 U 185/82 vom 8. Juni 1983).

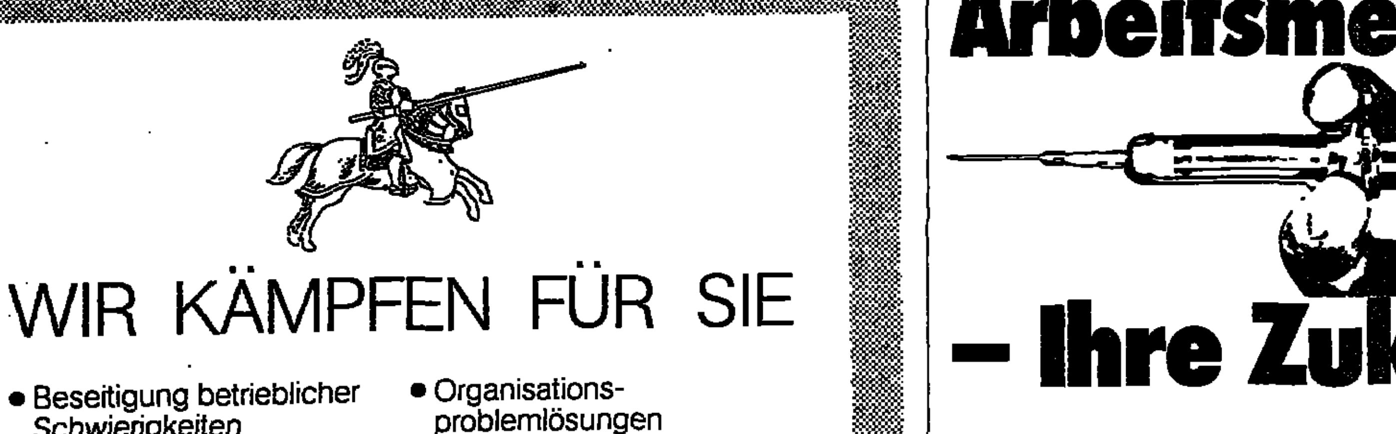
BÜCHER

Friedrich W. Miebach: „Einführung in die Kraftfahrtversicherung", 2. Aufl., 1986, Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe; 24 Mark.

Bei einem Jahresbeitragsaufkommen von rund 20 Milliarden Mark ist die Kraftfahrtversicherung in der Bundesrepublik heute der mit Abstand größte Zweig der Schadenversicherung. Der Autor bietet eine aktualisierte, verständliche Übersicht über die Teilsparten Haftpflicht-, Teil- und Vollkasko-, Insassenunfall- und Gepäckversicherung. Miebach versteht es dank langjähriger beruflicher Erfahrung, auch Laien mit den *vielfältigen rechtlichen Aspekten dieser* Sparte bekannt zu machen. Sogar die „Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung" (AKB) werden für den weniger fachkundigen Leser transparenter. Die teilweise komplexe Problematik wird durch Herausarbeiten der wesentlichen Tatbestände übersehbar und verständlich. Jeder interessierte Verkehrsteilnehmer, vor allem aber Studierende und Auszubildende, können von Miebachs Buch profitieren. (KHS)







Erich Geißlers futurologische Farbbestimmung

Eine Art Weinerlichkeit

Auf den von schlampigen Chemiebetrieben verschmutzten Rheinwogen schwimmen auch Technikfeindlichkeit und Pessimismus, meist in bekannter grüner Färbung, ganz oben. Technik-Kritik, sie versucht mit dem gefälschten Etikett der Aufklärung zu verführen, sie „preist sich an, als wäre sie neu, während doch so gut wie alle ihre Argumente eine lange Geschichte haben, mit der man sich etwas ausführlicher beschäftigen sollte: nicht um der einfachen Reprise willen, sondern um gegen Schillers sorgenvolle Anthropologie gewappnet zu sein, in der er vom Menschen ausführt: Was erbaut, zerstört er wieder".

Der Bonner Erziehungswissenschaftler Erich Geißler hat im Vorwort zu seinem Buch „Welche Farbe hat die Zukunft" dieses Motiv der Wahrheitssuche skizziert, und herausgekommen ist eine manchmal



atemberaubende literarische und philosophische Achterbahnfahrt durch die Geistesgeschichte, vor allem durch die jüngere deutsche. Mit Rousseau und der deutschen Romantik hebt Geißler an, um dann von Oswald Spengler über Erich Fromm bis zu Herbert Marcuse und Jürgen Habermas den Bogen zu spannen.

Plötzlich erstehen Eichendorff und die ohne ihn nicht denkbare Wandervogelbewegung als geistige Vorfahren heutiger Aussteiger-Mentalität. Wer hat noch den Vers in Erinnerung: „Da draußen stets betrogen saust die geschäftige Welt, schlag noch einmal die Bogen, um mich du grünes Zelt."

Oder Erich Fromm, der gerade in jüngster Zeit bei der nachwachsenden Jugend eine erstaunliche Renaissance erlebt. Geißler macht beim Zitieren aus „Haben oder Sein" sehr schnell „lieber gleich eine kritische Zäsur. Denn Fromm wird allzubald in die gleiche Eindimensionalität geraten, die Gesellschaftskritiker seiner Art immer der Gegenseite anlasten, ohne daß sie in der Lage wären, sie bei sich selber in gleicher Weise zu konstatieren."

Geißlers Buch ist ein Lesevergnügen, so spannend wie der sprichwörtliche Krimi. Mit spitzer Feder spießt er auf, zerpflückt mit klarer Sprache – und amüsiert zugleich den Leser, bei aller Ernsthaftigkeit des Themas.

Aber der Bonner Hochschullehrer ist schließlich Erziehungswissenschaftler, und dies verliert er auch in diesem Werk nie aus den Augen: „Blicken wir in die pädagogische Landschaft, findet sich zwar, daß viel über neue Werte geredet wird und auch das Thema Gemeinwohl sich einer gewissen, wenngleich noch reichlich zaghaften Renaissance erfreut. Innerhalb dort behandelter Wertekataloge wird man allerdings die Tugend der Zufriedenheit vergeblich suchen. Es ist eine, der offiziellen Lesart nach, völlig ins Vergessen abgedrängte Einstellung: obwohl doch weder Verantwortung noch die vielberedete Toleranz und erst recht nicht Engagement für ein Gemeinwohl Aussicht auf Realisierung haben, solange diese Kraft zur Selbstbescheidung, die wir Zufriedenheit nennen, ungenügend entwickelt worden ist."

Dem ist nichts hinzuzufügen. Doch das Ärgerliche an der Angelegenheit ist, daß lediglich eine gewisse Weinerlichkeit, aber keine wirkliche Selbstkritik den sich so technik-kritischen Jüngern eigen ist. Das heißt, daß sie Geißlers Spiegel, den er ihnen vorhält, sicher vermeiden werden.

Statt dessen orientiert man sich heute an dem Satz von Hegel: Ist die Idee revolutioniert, hält die Wirklichkeit nicht stand. Oder, um Geißler zu zitieren: „Der Individualismus als Idee wird zur Vorgabe von Handlungsmustern und Erwartungshaltungen. Daß man vor dem Genuß arbeiten solle, erscheint dann als gewordener gesellschaftlicher Zwang, den man auch wieder abschaffen könne."

Selten hat sich ein konservativer Autor in jüngster Zeit so eindrucksvoll mit destruktiven Theoretikern auseinandergesetzt. Sein Anliegen: „Ich weiß nicht, ob man Ängste bannen kann, wenn man sie lokalisiert. Aber sicherlich muß man sie lokalisieren, um sie nach ihren Ursachen befragen zu können."

PETER PHILIPPS

Erich Geißler: „Welche Farbe hat die Zukunft? Über politische Kultur im technischen Zeitalter", Bouvier Verlag, 221 Seiten, 24,80 Mark)



Titelkupfer „Fabeln" des Elsässers Gottlieb Konrad Pfeffel, 1783 in Basel erschienen FOTO: KATALOG

Karlsruhe zeigt Leben und Werk des Schriftstellers Gottlieb Konrad Pfeffel

Publikumsmagnet Militärakademie

Er war Satiriker und Philanthrop. Das sind zwei „Berufe", die sich – im glücklichen Fall – trefflich ergänzen. Gottlieb Konrad Pfeffel (1736 bis 1809) war so ein Fall. Im 18. Jahrhundert war er eine bekannte Größe des Geisteslebens, ein Europäer avant la lettre. Heute kennt ihn kaum noch jemand. Er teilt dieses Schicksal übrigens mit dem Bildhauer Auguste Bartholdi – ebenfalls im elsässischen Colmar geboren –, an den man sich erst wieder erinnerte, als man seine bekannteste Schöpfung, die 100jährige Freiheitsstatue in New York, in diesem Jahr feierte.

Nun hat also die Badische Landesbibliothek Karlsruhe den 250. Geburtstag Pfeffels zum Anlaß genommen, um, in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek von Colmar, eine Ausstellung zu arrangieren. Anhand von mehr als 120 Exponaten (Ölbildern, Autographen, Stichen, Fotos und bibliophilen Kostbarkeiten, teilweise erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht) wird der Blick auf Leben und Werk, Zeit und Zeitgenossen gelenkt.

Wer war nun dieser Gottlieb Konrad Pfeffel, dessen Fabeln – auf dem Weg über die Schullesebücher – einmal sehr verbreitet waren? Er ist noch keine zwei Jahre alt, als sein Vater stirbt. Der Junge kann in Colmar wohl noch das Gymnasium besuchen, wird danach im Badischen, in der Nähe von Emmendingen, in einem Pfarrhaus aufgenommen. Er studiert in Halle Rechtswissenschaft, muß das Studium aber wegen fortschreitender Erblindung abbrechen. Er heiratet eine Straßburgerin, die seine Diktate schreibt. Die „Poetischen Versuche" entstehen, danach das Trauerspiel „Der Einsiedler".

Durch Fabelübersetzungen und „Theatralische Belustigungen nach französischen Mustern" nähert er sich der französischen Kultur an, wenngleich sein Salär auch vom Landgrafen von Hessen-Darmstadt kommt. Der Europäer Pfeffel erlangt Ruhm, obwohl sein Drama „Der Schatz" von Lessing kritisiert wird. Auch das Zusammentreffen mit Studiosus Goethe 1770 in Straßburg erfüllt seine Erwartungen nicht. Goethe, „homme de génie", sei von einer unerträglichen „suffisance", so notiert er in einem Brief. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Stürmer und Dränger oder der selbstbewußte Patriziersohn Pfeffel irritiert hat.

Gerade die Literaten jener Epoche gingen in seinem Hause ein und aus: Lenz, Klinger, Lavater. Später sollte der Besucherstrom noch mehr anwachsen. Publikumsmagnet war die Militärakademie in Colmar, die Pfeffel 1773 mit Erlaubnis Ludwigs XV. gegründet hat. Sie verschaffte ihm seinen Ruf als Pädagogen in ganz Europa. Im Besucherbuch verewigten sich neben 2000 Größen aus Adel und Hochfinanz Wilhelm von Humboldt mit Erzieher, die Schriftstellerin Sophie von La Roche, Friedrich Nicolai und Cagliostro. Manche von ihnen ließen gleich ihre Söhne da. Auch Leute des Revolutionsterrors gaben ihre Kinder in Verwahrung.

Hatte er anfangs noch die Französische Revolution begrüßt, so distanzierte sich Pfeffel deutlich von ihren Auswüchsen. Das ist seinen Fabeln und Gedichten anzumerken. „Merkt Pedagogen, die Geschichte / Ihr müsst die Triebe der Natur / Nur lenken, nicht zerstören wollen / Wenn unter eurer Henkerskur / Die Seelen nicht verderben sollen". Ordnung rangiert vor Umwälzung. (Bis 1. März 1987, Colmar: 15. 4. bis 31. 5. 1987; Katalog 20 Mark)

WERNER STRÄSSLER

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Quadrant", Sidney

Denkklare Kopffüßler

Die Antipoden wurden von unseren Vorfahren bestaunt, weil sie sich angeblich durch hochgereckte Riesenfüße vor der Sonne zu schützen verstanden. Doch auch der Zeitschriftenrezensent verspürt ein Kribbeln, wenn er die „einzige intellektuelle Monatsschrift Australiens" in die Hand nimmt. Sollte auf der anderen Seite des Globus auf dem Kopf stehen, was hierzulande festen Fußes einherkommt?

„Quadrant" (P. O. Box C 344, Clarence Street Post Office, Sidney, 2000) ist eine Zeitschrift, die nunmehr im 30. Jahrgang Künste, Ideen und Zeitgeschehen lebhaft und mit intellektuellem Niveau diskutiert. Gedichte und Erzählungen wechseln sich mit politischen Beiträgen ab. Doch ist die Blickrichtung ungewohnt. Exotisch ist hier der Nahe und der Ferne Westen. In der Oktober-Nummer von „Quadrant" berichtet Edwin Morrisby, wie er auf den Färöer-Inseln ein „grindadráp" filmte, das allsommerliche Niedermetzeln von Walfischen. Und Anne Fairnbairn sah sich unter den 1500 Teilnehmern des sechsten Mirbed-Dichterfestes im kriegsgeschüttelten Irak um. Eliots „The Waste Land" beginne jetzt, schreibt sie, die arabische Dichtung zu beeinflussen.

Sir James Goldsmith macht für das relative wirtschaftliche Zurückbleiben Englands die überkommene Klassenschichtung haftbar, die durch eine Meritokratie ersetzt werden müsse, die nur Leistung und Geld anerkennt: „In einer großen Zivilisation sind die Menschen individuell frei; sie haben gleiche Chancen; sie sind durch ein gemeinsames Ziel vereint. Nichts davon ist derzeit in England vorhanden."

Sir James' Plädoyer paßt in die marktwirtschaftliche Orientierung von „Quadrant", die den durch H. R. Krygiers „Australische Gesellschaft für Kulturelle Freiheit" verkörperten liberalen Antikommunismus begleitet. Man liest in „Quadrant" die aufsehenerregende Nicaragua-Rede von David Horowitz an seine einstigen Genossen von der Linken, in der er diesen unverblümt vorhält: „Ihr verratet all diese greifbaren Güter, die ihr um euch herum wahrnehmt, für das sozialistische Wolkenkuckucksheim, das für die Hunderte von Millionen, die bisher ihm zugeführt wurden, einen schrecklichen Tod und ein erbärmliches Leben bedeutete." Die Probe aufs Exempel liefert ein ausführlicher Bericht einer Ärztekommission der Universität New South Wales über die Millionen afghanischer Flüchtlinge in Pakistan.

Also geeicht läßt sich „Quadrant" durch den allgegenwärtigen Trend, über den Nationalsozialismus zu reden, um über den Kommunismus schweigen zu können, nicht hinters Licht führen. In Australien sind es die Autoren Aarons und Loftus, die mit einer fünfteiligen Sendereihe „Nazis in Australia" die Jagd auf ukrainische, kroatische und ungarische Nationalisten eröffneten. Geoffrey Partington rechnet ihnen detailliert vor, wie sie jeweils den sowjetischen Part aus dem Gesamtgeschehen ausblenden.

Aktuell ist der Hinweis auf den ukrainischen Dissidenten Danylo Shumuk, der als Lagerhäftling vorschlug, die Ausgewogenheit zwischen Ost und West nicht auf die atomaren und konventionellen Waffen zu begrenzen, sondern gleichzeitig „eine ähnliche Parität in bezug auf die Propagandamittel herzustellen".

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Das „größte Barockspektakel seit Ludwig XIV." wollen der Bochumer Komponist Dieter Schönbach und der französische Regisseur Pierre Jean Valentin im Sommer 1988 im Versailler Schloßpark inszenieren.

An Goethes Italien-Reise erinnert eine Ausstellung im Frankfurter Goethe-Museum (bis 15. Februar, danach in Düsseldorf und Kiel).

Das Nibelungen-Projekt von Volker Braun mit dem Titel „Siegfried – Frauenprotokolle – Deutscher Furor" ist im Deutschen Nationaltheater in Weimar uraufgeführt worden.

Das Schiffshebewerk Henrichenburg am Dortmund-Ems-Kanal aus dem Jahr 1899 ist nach Restaurierungsarbeiten morgen wieder in alter Pracht zu besichtigen.

Ein Jugendfilmtag '87 findet am 25. Januar 1987 im Maternushaus von Köln statt (Kardinal-Frings-Straße 1-3, 9 bis 18 Uhr).

Warum taugen gerade Fontanes Stoffe so gut für Film und Fernsehen?

Ein Nadelöhr, das sehr bequem ist

Als Theodor Fontane kurz vor der Jahrhundertwende starb, war sein Ruhm eher bescheiden, und im Ausland ist es dabei geblieben. Bei uns freilich hat er längst Nobelpreisträger wie Paul Heyse überflügelt. Und mit Erfolg haben Ufa, DEFA, Fernsehanstalten immer wieder seine Stoffe verfilmt, die sich offenbar zu dieser Bearbeitung besonders gut eignen – oder zu eignen scheinen, denn manche Bühnen- oder Kinofassung ist denn doch eher hölzern geraten.

Da wäre zu fragen, ob denn Fontanes Stoffe nicht vielleicht doch schon historisch geworden sind. Immerhin, wenn Effie Briests Konflikte im Realsozialismus und im Kapitalismus ankommen, scheint die literarische Konstellation übergreifend verständlich. Fontanes Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts, Adel gegen Bürgertum, Kleinbürgertum gegen Militär, erweist sich trotz seines Zeitgenossen Marx als Menschengesellschaft. Fontane hat, wie kaum ein zweiter in Preußen, dem Volk aufs Maul und ins Herz geschaut.

Doch offenbar genügt es nicht, ansprechend realistische Sittenbilder zu entwerfen, denn sonst hätte auch Jane Austen bei uns reüssieren müssen, aber sie blieb hier so unbekannt wie Fontane dort – und womöglich gibt es bei beiden zu viel Lokalkolorit, das nur am Orte selber verständlich ist? Fontanes Selbstangebot an die Dramaturgen oder Dramatiker: Rührt es daher, daß er selber Theaterkritiker war? Oder führte es ihn nur deswegen ins Parkett, weil er a priori ein Bühnen-, ein Dialogmensch war? Er hat Balladen geschrieben, und die Nähe der Ballade zum Drama ist oft traktiert worden. Vor allen Dingen war dieser Märker etwas, was Märker nicht stets zu sein pflegen, ein Causeur, womöglich Erzähler aus seiner französischen Linie. Er konnte Konversation machen und Konversation schreiben beziehungsweise beschreiben, so, daß das Banale zum

Frau Jenny Treibel – ARD, 23 Uhr

Beispielhaften wurde, ohne nun gleich sinnbildhaft zu sein.

Gottseidank hat ihn nie der gängige Symbolismus überholt. Doch er hat es verstanden, dem Alltag zu seiner Würde zu verhelfen, dies macht sein Dichtertum aus. Ähnlich wie Fallada hat er begriffen oder gefühlt, daß es Stoffe gibt, die zwar aus „niederem Milieu" stammen, doch das Zeug zum Beispiel haben. Und deswegen, weil er das Milieu getroffen hat, die Atmosphäre, das Zwischenmenschliche, weil bei ihm stets Motive mitklingen, die der Epiker nur vielleicht zwischen den Zeilen erfaßt, weil sich bei ihm gesprochene Sprache nach vorn drängt, deswegen scheint er so tauglich fürs Dramatische zu sein.

Seine Fabeln sind knapp, sinnfällig, knisternd. Individuelle Charakteristiken deutlich, ohne je übertrieben zu sein. Wer Fontane kennen und lieben lernen will, lese seine Briefe: Er wird dann auch Kostüm und Salon der Ära, des Menschlichen, kennenlernen, ihre konfliktreiche Doppelbödigkeit – es sind wirklich schon Szenenbeschreibungen aus der Welt der Bretter oder der Ateliers.

Der Liebhaber seiner Werke und seiner Landschaft mag freilich doch zuweilen fragen: Ist es wirklich der ganze Fontane, den wir da auf der Leinwand haben? Das Nadelöhr, durch das der Verfilmer muß, läßt ja zu beiden Seiten viel vom Genius loci wegfallen, und das Geheimnis des Regisseurs liegt darin, vom Weggefallenen weitgehend noch einen Hauch spüren zu lassen. Claus Hammel drüben hat schon „Frau Jenny Treibel" umgesetzt, jetzt ist hüben Walter Jens fürs Fernsehen dran – der Erfolg wird kaum spektakulär sein, doch solide. Im übrigen scheint etwas Außerdramatisches bei Fontane-Bearbeitungen mitzuwirken, nämlich unterschwellige Nostalgie.

JOACHIM SEYPPEL

Erde und Wasser: Wenn der Tod von oben kommt

Jahr für Jahr lösen Erdrutsche Katastrophen aus. Hunderte kommen um, Tausende werden obdachlos, ganze Dörfer werden verschüttet. Den Helfern ist es oft unmöglich, zu den Betroffenen durchzukommen. Wie kommt es zu solchen Unglücken? Sind sie nicht vorhersehbar? Gibt es besonders gefährdete Regionen? Ist der Mensch Mitverursacher?

Im ZDF geht Joachim Bublath diesen Fragen nach. Er untersucht an Beispielen in Japan, das häufig betroffen ist, in Nordamerika und Europa, wie es zu verhängnisvollen Erdrutschen kommen konnte. Dabei gelingen ihm eindrucksvolle Bilder, denen sich der Betrachter kaum wird entziehen können.

Zu Erdrutschen neigen steile Bergmassive, die auf vulkanischem Untergrund ruhen. Bei lang anhaltenden Regenfällen kann es zu Einbrüchen im Vulkangestein kommen, das dann dem enormen Druck der Gesteinsmassen nicht mehr standhalten kann. Auch Erdbeben können solche Rutsche auslösen.

Schließlich ist es aber auch der Mensch selbst, der oftmals die Schuld trifft. So werden Staudämme

Erde ohne Halt – ZDF, 21 Uhr

auf geologisch nicht genügend gesichertem Untergrund errichtet oder sie halten extrem hohem Druck nicht stand. Ein jüngstes Beispiel hierfür war im Juli 1985 der Dammbruch in den Dolomiten im Südtiroler Fleimstal, wo 269 Menschen den Tod fanden. Unvergessen ist auch die Staudammkatastrophe im indischen Staat Gujarat, bei der im August 1979 die Stadt Morvi und zahlreiche Dörfer vernichtet wurden – zwischen 5000 und 25 000 Opfer. Die Schleusentore hatten sich nicht geöffnet. Der Damm brach. Korruption beim Bau des Dammes sei im Spiel gewesen, hieß es nach dem Unglück.

1965 brach ein Schleusentor in den Stauanlagen von Torrejón del Rubio in Spanien. In der Flutwelle fanden 50 Menschen den Tod. Im Oktober 1963 kam es in den italienischen Alpen zu einer Katastrophe. Eine Bergnase des Monte Toc brach ab und stürzte in den Stausee von Vajont. Fast hundert Meter hoch war die Flutwelle, die sich damals in die Schlucht von Vajont ergoß und einige Dörfer nahezu vollständig auslöschte. Die Bilanz: Etwa 2200 Tote.

Diese Beispiele zeigen, daß oft beim Bau von Stauwerken wirtschaftliche Erwägungen den Vorrang vor Sicherheit haben. Ein Film, der zum Nachdenken anregen kann.

SIEGFRIED IHLE

KRITIK

Märchen Vernunft

Etikettenschwindel: „Theaterwerkstatt" überschrieb das ZDF den Film **Nathan. Shylock** von Dietmar N. Schmidt. Gewiß, beide gehören zur Welt der Bühne, und anders als in szenischer Gestalt waren sie nicht vorzuführen. Nur schnitt Schmidt ihre Auftritte aus dem Zusammenhang – und dann kann man alles machen. „Mut zur Toleranz", heißt es, solle das Thema des damit gestarteten dreiteiligen Zyklus sein.

Und da ist Shylock, der verhaßte und hassende Fremde unter den venezianischen Kaufleuten natürlich ein Paradebeispiel. Nicht anders als der weise Moses Mendelssohn, dem Lessing mit dem „Nathan" ein Denkmal setzte. Jedoch: Daß dessen Erzählung von den drei Ringen nicht Lessings Erfindung ist – er fand sie bei Bocaccio, im „Decamerone" –, hätte Schmidt getrost mitteilen können. Wenn er allerdings den darin dokumentierten Glauben an die Vernunft als „Bühnenmärchen" deklariert, dient er der Toleranz kaum.

Allenfalls sichert der mit KZ-Bildern aus Dachau aktivierte Schuld-Komplex die Tantieme-Kasse von George Tabori, dessen Stücke – von „Kannibalen" bis „Jubiläum" – ja daraus ihren Stoff, wenn auch keine Form gewinnen. Zum Thema Toleranz konnte er nichts sagen: Er weiß ja nicht einmal, daß das griechische Xenos sowohl Fremder wie Gast bedeutet.

Wo sich der Regisseur wirklich dem Theater widmete, da führte Schmidts Film große Schauspielkunst vor, übrigens weniger aus Ost-Berlin, wo „Nathan" allein auf die Sprache (und auf einen zu Prosa eingeebneten Vers) gestellt wurde und Shakespeares „Kaufmann von Venedig" zum antikapitalistischen Stück verkam. Fritz Kortners Theater ist allerdings nur noch schwer erträglich.

Um so mehr war zu bewundern, wie differenziert Traugott Buhre den Nathan gestaltete. Und wie Walter Schmidinger den Shylock ausformte, wie er in der Progrom-Erzählung noch immer von der Erinnerung wortwörtlich geschüttelt wurde, das vermochte jene Erschütterung zu erzeugen, aus der, wenn nicht aus der Vernunft, Toleranz *auch* entstehen könnte. KATHRIN BERGMANN

Winnie und Mord

Am Beispiel der 300 Meter auseinanderliegenden „Black Township" Mundieville und der Weißen-Siedlung Krugersdorp wurde in **Auslandsreporter** (West III) die Radikalisierung in Südafrika geschildert. In Mundieville haben Jugendliche die Herrschaft übernommen – arbeitslos und ohne Bildung. Die schwarzen Stadträte, die mit den Weißen kooperiert haben, wurden zur Abdankung gezwungen. Wer die Jugendlichen nicht anerkennt, muß mit Gewalt rechnen: Sein Haus wird angesteckt und „Halsbandmord" angedroht. Winnie Mandela sprach: „Mit ‚Halsbändern' werden wir Südafrika in die Freiheit führen!" Das weiße Lager driftet nach rechts ab. „Wir wollen die Apartheid wiederherstellen", erklärt die „Widerstandsbewegung", die zu Pferde mit hakenkreuzähnlichen Emblemen paradiert.

Die Reportage verfiel nicht in Belehrungen oder Ideologie – sie bot investigativen Journalismus und war eine ausländische Produktion (britisch). Leider kann man das bei Sachlichkeit meist schon vermuten. rem.

ARD

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.03 Christliche Wiedergeburt in China

15.50 Tagesschau
16.00 Die Sklavin Isaura (16)
Familienserie
16.25 Fundstücke (1)
Kulturgeschichten aus der Provinz
Film von Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich aus Franken
16.45 Kinder im Scheinwerferlicht
Die Kinder vom Mühlental
17.15 Unternehmen Arche Noah (2)
Familienserie
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Von deutscher Toleranz
Reportage zu einem strapazierten Begriff von Felix Kuballa
Mit Helmut Kohl, Kurt Sontheimer, Norbert Greinacher, Michael Degen, Günter Wallraff
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Zum Blauen Bock
Mit Heinz Schenk, Helene Schneiderman, Peter Horton, Headline, Rosi Mittermaier, Thomas Fritsch
Regie: Ekkehard Böhmer
22.30 Tagesthemen
23.00 Frau Jenny Treibel
Fernsehfilm von Walter Jens
Nach Theodor Fontane
Mit Maria Schell, Rolf Schult, Dietlinde Turban, Karin Anselm
Regie: Franz Josef Wild
1.10 Tagesschau
1.15 Nachtgedanken
Erich Kästner: Weihnachtslied, chemisch gereinigt

ZDF

10.35 Peter der Große (2)
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau/heute

15.40 Fit durch den Winter (3)
16.00 heute
16.04 Vom Urkrümel zum Atompilz (6)
Umkehr zur Zukunft
Von Carsten Bresch und Jürgen Voigt
16.35 Das kalte Herz (6)
Märchen nach Wilhelm Hauff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gäste: Professor Helmut Erb und die süddeutschen Barocksolisten
17.45 Shaka Zulu
Die Gesandten (Abenteuerserie)
19.00 heute
19.30 Verlobung am Wolfgangsee
Österreichischer Spielfilm (1956)
Mit Wolf Albach-Retty, Maria Andergast, Michael Cramer
Regie: Helmut Weiss
21.00 Aus Forschung und Technik
Erde ohne Halt – Katastrophen durch gleitende Berge
Von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 Journalist(inn)en fragen – Politikerinnen antworten
Mit Rita Süssmuth (CDU), Herta Däubler-Gmelin (SPD); Michaela Geiger (CSU); Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP), Antje Vollmer (Die Grünen). Gesprächsleitung: Reinhard Appel
23.35 Die Straßen von San Francisco
Gangsterkrieg (Krimiserie)
Mit Karl Malden, Michael Douglas
0.25 heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Das Haus der sieben Sünden
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Marlene Dietrich, John Wayne
21.40 Filmtip
21.45 Nach der Ernte das Ende
Dokumentation über Eifel-Bauern
22.15 Pacz & Co.
Mit Gerd von Paczensky
Intellektuelle und Dritte Welt
23.15 Tonio Guerra
Deutscher Videofilm (1986)
0.00 Tips für Leser
Zhang Xinxin, Sang Ye
0.10 Nachrichten

NORD
19.15 Europas grüne Inseln
Mittelmeer aus Krabbensicht
20.00 Tagesschau
20.15 Weihnachten im Juli
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Buch, Regie: Preston Sturges
21.20 Bücherjournal
Film „Zimmer mit Aussicht". Kinderbücher. Sagen des klassischen Altertums. Kochbücher. Ulrike Kahls „Verzauberte Welten"
22.10 Ich und Du
Gespräche über Lebensfragen
Oma nur fürs Gröbste?
23.10 Lieder im Park
Mit Heinz Rudolf Kunze, Wolf Maahn, Klaus Lage, Ulla Meinekke, Ina Deter, Bots
0.10 Nachrichten

HESSEN
11.00 Staatsakt in Wiesbaden
40 Jahre hessische Verfassung
20.00 Ein aufsässiges Mädchen
Amerikanischer Spielfilm (1936)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
„Jungfrau von Orleans" in Wiesbaden. Ackburns „Gedanken" in Wiesbaden. Karin Bohrmann in Kassel. Jugend gestaltet in Zim. Comics in Nassau
22.15 In bester Gesellschaft (8)
Heißer Boden, kalte Füße. Serie
23.00 Es war 1911
Roald Amundsen am Südpol

SÜDWEST
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Die Legionen des Cäsaren
It.-franz.-span. Spielfilm (1959)
Mit Linda Cristal, Ettore Manni
21.00 Aktuell/Neues
21.20 Politik/Treffpunkt
21.50 Sport unter der Lupe
Singende Handballer. Trainer Alfred Balen †. Michael Groß
22.35 So isses
Mit Jürgen von der Lippe
0.05 Nachrichten

BAYERN
19.00 Julietta
Französischer Spielfilm (1953)
Mit Dany Robin, Jean Marais
20.30 Hans Clarin liest
„Des Pfarrers Tochter von Taubenhayn" von G. A. Bürger
20.45 Ich habe stets das Licht geliebt
Das Leben der Maria Ward
21.30 Rundschau
21.45 Werksbesuch
Nürnberger Spielzeugmacher
22.30 St. Anton bei Partenkirchen
22.35 Treffpunkt Freimann
40 Jahre bayrische Verfassung
23.20 Rundschau
23.25 Der Pakt mit dem Teufel
Französischer Spielfilm (1949)
Mit G. Philipe. Regie: R. Clair

SAT 1

15.35 Indian River
Wolfsjagd (Serie)
16.00 Abu, der Sohn der Sahara
16.25 Die Waltons
Der letzte Mustang
17.10 Lou Grant
Die Gefängniszeitung (Krimiserie)
18.00 Josh
Angela – US-Westernserie
18.30 blick
18.45 Treibstoff
Motormagazin: BMW-Museum. Rennsport in Macao. BMW Cabrio. Paris-Dakar. Mit dem Motorrad durch die Dolomiten. ABS
19.35 Weihnachtsmarkt
Tips für den Gabentisch
19.45 Zurück aus der Ewigkeit
Amerik. Abenteuerfilm (1956)
Mit Robert Ryan, Anita Ekberg, Rod Steiger. Regie: John Farrow
21.30 blick
22.15 VIP-Fashion
Festliche und Abend-Mode
22.45 Nordamerikanisches Eishockey
Boston – Montreal
23.45 Hawaii Fünf-Null
Die vierte Witwe
0.30 blick



19.00 Die Hebriden
Annäherung an Mendelssohn-Bartholdy. Film von V. Botterbusch
19.45 Aus Dresdner Sammlungen
Die Herkulanerinnen
20.00 Tagesschau
20.15 Die Schausteller-Lady
Das Leben der Lulu Herhaus
Film von Maximiliane Mainka
21.45 Das Nervenbündel
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Mit Jack Lemmon, Anne Bancroft
23.20 Nachrichten



18.10 Sport-Zeit
19.00 heute/Studio
19.30 Derrick
Tödliches Rendezvous (Krimiserie)
20.30 Rundschau
Aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Ein Privatleben
Sowjetischer Spielfilm (1982)
23.25 Kennwort: Kino
J. Ivorys „Zimmer mit Aussicht"
23.35 Nachrichten



9.00 Wall Street Final
18.35 Komm doch mal in die Küche
Schwarzweiß-Gebäck
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Aufgelesen
Neue Sendung rund ums Buch
19.55 Mini Max
Man trägt wieder Blazer
20.15 RTL-Spiel
20.30 Das Geheimnis vom Bergsee
Franz.-schweiz. Spielfilm (1952)
22.00 Spiel
22.05 Nachrichten/Popeye
22.25 Neu im Kino
23.00 Wetter/Horoskop
23.10 Dionne Warwick Special
23.40 Wall Street Final

Fackellicht ins Grab

schw. – Konservative Regierungen haben es schwer mit ihren Intellektuellen. Vor allem in Frankreich bilden das Ungeschick der einen und das Mißtrauen der anderen ein explosives Gemisch. Kaum haben sich die Studenten, die eine Bildungs-Reform und einen Minister zu Fall brachten, beruhigt, gehen die Theaterleute, von ihren Gewerkschaften straff organisiert, auf die Straße.

28 von 430 subventionierten Theatergruppen sollen nach dem Willen von Kulturminister François Léotard die automatischen staatlichen Zuschüsse entzogen werden, sie sollen Finanzhilfe künftig nur noch punktuell für Inszenierungen erhalten, bevorzugt für Uraufführungen französischer Stücke. Das entspricht insofern der alten Praxis, als Subventionen für die Truppen nur dann gewährt wurden, wenn diese ihre künstlerische Qualität unter Beweis gestellt hatten. Diese Qualifikation wurde bisher von Inspektoren des Ministeriums erteilt, die Aufführungen im Lande besuchten.

Heute abend nun will man vor Léotards Ministerium demonstrieren. Man tritt an gegen die Zumutung, Subventionen als ein Almosen des Staates herabgewürdigt zu sehen. Man glaubt politische Zensur am Werk. Das Geld der Steuerzahler gehöre nicht nur der Partei, die gerade regiert.

Jeder schöpferische Akt sei ein Werk der Subvention, verkündete 1973 der Direktor des Pariser Chaillot-Theaters, Jack Lang, der unter den Sozialisten später Kulturminister wurde. Schauspieler protestierten schon damals gegen die Subventionspolitik der konservativen Regierung. Minister war seinerzeit der Schriftsteller Maurice Druont, der darauf zurücktrat. In schwarzen Anzügen trugen sie einen Sarg durch die Straße. Auch der Fackelzug heute abend soll die Grablegung einer Kultur beleuchten, deren Politisierung Jack Lang mit Erfolg betrieb. Die Regierung hat diese Herausforderung gesucht. Die Theaterleute haben sie aufgenommen. Auf ihre Weise: spektakulär.

Von der Schwierigkeit, Kafka zu veropern: A. Laportes „Schloß" in Brüssel

Herr K. im Netz der 12 Töne

So ausgefallene Pfade die Literaturoper auch ging, bis zu Franz Kafka ist sie doch nur selten vorgedrungen. Man erinnert sich an einen „Prozeß" in der Vertonung von Gottfried von Einem, an Haubenstock-Ramatis „Amerika", Henzes „Landarzt" – aber diese Kafka-Opern sind ja kaum den Spezialisten geläufig. Nun hat der belgische Komponist André Laporte nach Kafkas Roman eine Oper „Das Schloß" geschrieben, die jetzt mit freundlichem Erfolg an der Brüsseler Oper uraufgeführt wurde.

Sie heißt tatsächlich „Das Schloß" und nicht „Le Château". Ihr Libretto ist in deutscher Sprache verfaßt und komponiert. Kafkas Text, wo er in wörtlicher Rede zu übernehmen ist, soll so wenig wie möglich angetastet werden. Eine Kafka-Oper auf französisch oder flämisch würde das Stück wohl um mehr als nur einen Zungenschlag ändern. Vielleicht öffnen sich auf diese Weise auch einige der zahlreichen deutschen Opernhäuser leichter für Laportes Werk.

Zu Recht verweist der Komponist darauf, wieviel Musik in Kafkas Text steckt. Man denke nur an die Stimmen, die der Herr K. bei seinem ersten Telefonat zum Schloß vernimmt. „So etwas habe ich noch nie gehört ... dort oben ist Gesang..." singt der lauschende Herr K., während sich seine Miene verklärt. Auch wenn sich die einschlägige Kafka-Forschung bisher darüber ausgeschwiegen hat, so ist eine enge Beziehung des Dichters zur Musik durchaus wahrscheinlich.

Die Liebe zu Milena gibt hier den Ton an

Laporte kann sich auf den heutigen Stand der Kafka-Forschung berufen, wenn er „Das Schloß" im engen Zusammenhang sieht mit Kafkas Briefen an seine Geliebte Milena. Diese Liebesbeziehung soll nun das dominante Motiv im Roman „Das Schloß" sein. Dahinter tritt zurück die Parabel *von der Ohnmacht des Individuums* gegenüber der staatlichen Bürokratie und deren ständigen Eingriffen in das Leben der Menschen, wie es die orthodoxe Lesart bisher zu verstehen aufgab. Und dahinter tritt auch zurück die erzählerische, autobiographische Folie des Romans. Immerhin hat Klaus Wagenbach nachweisen können, daß das Dorf und das Schloß des Romans dem Geburtsort von Kafkas Vater, einem Dorfe namens Wossek, exakt nachgebildet sind.

Wie dem auch sei, eine solche Personalisierung des Stoffes auf eine vergebliche Liebesgeschichte hin bietet der Musik bessere Ansatzpunkte als die eher abstrakten Phänomene von Bürokratie und staatlicher Willkür oder die poetische Tristesse, von der Rudolf Noelte seinen Film „Das Schloß" mit Maximilian Schell durchklingen ließ.

André Laporte hakt bei der Liebesgeschichte auf eine überraschende Weise ein. Zu Franz und Milena fallen ihm Alban und Hanna ein, jene ganz und gar bewegende Liebesgeschichte zwischen dem Komponisten Alban Berg und der Prager Industriellen-Gattin Hanna Fuchs-Robettin, der Berg in seiner „lyrischen Suite" ein ergreifendes tönendes Denkmal gesetzt hat mit dem ständigen Umspielen der Initialen ihrer beiden Namen, also der Töne a, b, h, und f, dazu mit den Zitaten aus Zemlinskys Lied „Ewig mein eigen". Alban Berg wird von Laporte also fleißig zitiert. Übrigens hatte Berg eine durchaus starke literarische Neigung zu Kafka: Seiner Frau Helene schenkte er den Roman *„Das Schloß" mit dem Vermerk, ein* anderes könne er ihr ja doch nicht kaufen, seinem Lehrer Schönberg brachte er Kafkas „Landarzt" als Genesungslektüre ins Krankenhaus. Es sind also viele Fäden, die in Laporte zusammenlaufen.

Einige davon gehen von Wagner aus. „Tristan und Isolde" ist musikalisch vielfach präsent. Es wirkt teils heiter, teils bewegend, wie Laporte hier wörtlich zitiert. Denn natürlich erleiden Frieda und Herr K. nicht gerade eine Tragödie von Wagnerschem Ausmaß. Da hätte ein bißchen mehr Gebrochenheit schon gutgetan. Das tristanische Gefühl bei Kafkas Helden ist ja eher Attitüde als Wahrhaftigkeit. Besser stimmt das kurze „Parsifal"-Zitat in Laportes Partitur: „Durch Mitleid wissend der reine Tor", das nicht schlecht trifft, wenn es auch hier darum geht, den armen Toren K. zu erlösen.

Ein gelehrtes Stück also, und das konnte man dem 55jährigen brabantischen Komponisten, als Theorie- und Kompositionsprofessor des Königlichen Konservatoriums von Brüssel so etwas wie die Nummer eins in der belgischen Musikhierarchie, wohl auch zutrauen. Daneben ist Laporte der Musikchef des 3. belgischen Fernsehkanals, was seine Hinwendung zur Musikdramatik erklärt, denn in den 60er und 70er Jahren kreiste sein Schaffen doch mehr um instrumentale und ovatorische Formen.

Aus der Handlungsebene hinauf ins Paradigmatische

Laportes Oper arbeitet, trotz ihrer reduzierten Zwölftontechnik, mit einer sehr farbigen Instrumentation, was zum Teil schöne illustrierende Effekte gibt. Sie hebt das Stück aus seiner vordergründigen Handlungsebene klug hinauf ins Paradigmatische. Den starken dramatischen Zug, der Oper erst ausmacht, kann Laporte seiner Musik nicht abgewinnen. Sie wird vom Dirigenten Friedemann Layer mit Umsicht und wohl auch kompetent dirigiert.

Der Regisseur Peter Mussbach versucht, aber auch er vergeblich, dem Werk zusätzliche Spannkraft einzu*impfen, indem er die drei Akte mit* ihren zweieinviertel Stunden Musik ohne Pause spielen läßt. Die Szenen sind eng verzahnt. Zusammen mit dem Bühnenbildner Johannes Schütz findet er Bilder von eminenter theatralischer Strahlkraft und Suggestivität. Auf Mussbachs Regietalent, vor Jahren verstrickt in alle möglichen Theaterskandale bis zum Prozeß um seine Frankfurter „Götterdämmerung", wäre wieder stärker zu achten.

Mit Dale Duesing hat Brüssel für den Herrn K. einen so intelligent spielenden wie singenden Protagonisten, überhaupt ein vorzügliches Ensemble von starken Charakteren, wobei Mari-Anne Häggander als Frieda und Emely Rawlins-Ivy als Olga rollengemäß herausragen.

REINHARD BEUTH



Die Impressionisten wurden frühzeitig von Alfred Lichtwark gesammelt: „Reiterin im Wald von Boulogne" von Renoir FOTO: KATALOG

A. Lichtwarks Wirken für die Kunsthalle Hamburg

Frühe Liebe für Monet

Wir wollen nicht ein Museum, das dasteht und wartet, sondern ein Institut, das tätig in die künstlerische Erziehung unserer Bevölkerung eingreift", erklärte Alfred Lichtwark (1852–1914) in seiner aufsehenerregenden Antrittsrede als erster Direktor der Hamburger Kunsthalle am 9. Dezember 1886. Und in bezug auf die damals ausgestellten Kunstwerke betonte er: „Wir wollen nicht über die Dinge reden, sondern *von* den Dingen und *vor* den Dingen." Wie kann man heute derartige Impulse, die Lichtwark vor hundert Jahren für das Erleben und Verständnis von Kunstwerken vermittelte, mit den Präsentationsmöglichkeiten und technischen Medien unserer Zeit aus dem Geiste der Gegenwart erneuern und aktualisieren?

Neuartige und fesselnde Antworten auf diese Frage geben zwei vom heutigen Kunsthallendirektor Werner Hofmann initiierte Ausstellungen „Kunst ins Leben" und „Kunst im Netzwerk", die die Hamburger Kunsthalle zu ihrem Lichtwark-Jubiläum veranstaltet. Während der erste Teil der Doppelausstellung eine Rückschau auf Lichtwarks wegweisendes Wirken für den Aufbau einer bedeutenden Kunstsammlung für die Hansestadt und gleichzeitig seine Bemühungen zum Verständnis der um jene *Zeit neuen Kunstströmungen in* einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen führt, versucht der zweite Teil, anknüpfend an die museumspädagogische Arbeit der Hamburger Kunsthalle, neue Wege der Interpretation von Kunstwerken darzubieten und dabei erstmals auch das Mittel des Computers einzubeziehen.

Lichtwarks Idee einer Galerie der Malerei in Hamburg seit dem 15. Jahrhundert, mit der er der Hansestadt auch künstlerische Weltgeltung verschaffen wollte, erschien um jene Zeit als ein Hirngespinst. Doch durch seinen leidenschaftlichen Eifer und außergewöhnlichen Spürsinn gelangen ihm bedeutende Wiederentdeckungen und Neuerwerbungen von Meister Bertram und Meister Franke bis zu Matthias Scheits und Philipp Otto Runge, dem Hamburger Romantiker, von dem sich damals kein einziges Werk in einer deutschen Galerie befand. Auch der überwiegende Teil der Bilder von Caspar David Friedrich ist Lichtwark zu verdanken.

Da man nicht das ganze Museum umräumen konnte, wurden in der ständigen Schausammlung die von Lichtwark erworbenen Werke mit achteckigen Schildern gekennzeichnet, auf denen das Ankaufsjahr vermerkt ist. Zu ihnen gehören Claude Monets „Früchtestilleben" von 1880, das erste impressionistische Gemälde, das in ein Museum gelangte, sowie wichtige Werke von Manet und Renoir. In einem besonderen Abschnitt unter dem Motto „Das Neue gegen das Alte" hat Hauptkustos Helmut R. Leppien, der auch den dokumentarischen Katalog über Lichtwarks Wirken verfaßte, die damals herrschenden Tendenzen eines Achenbach und Makart mit den von Lichtwark verehrten neuen Meistern Manet und Liebermann konfrontiert. Nicht zuletzt sind die bezaubernden Alsterpanoramen von Vuillard und Bonnard hervorzuheben, die auf Lichtwarks Einladung 1913 nach Hamburg kamen, um Ansichten der Hansestadt und Porträts ihrer Senatoren zu malen.

Lichtwark war der erste Museumsdirektor der Welt, der seine Räume dem neuen Medium der Photographie öffnete und in der Hamburger Kunsthalle 1893 die erste „Internationale Ausstellung der Amateurphotographie" stattfinden ließ. Davon zeugt jetzt ein Rückblick unter dem Titel „Von der Amateurphotographie zur Kunstphotographie", der im Kuppelsaal der Kunsthalle Aufnahmen aus dem Zeitraum von 1893 bis 1903 zeigt. Lichtwark gründete auch die erste Kindermalschule der Welt. Seine pädaogischen Überlegungen haben in einen mit heutigen Schülern gedrehten Videofilm Eingang gefunden. *(Bis 8. Feb., Kat. 20 Mark)*

HANNS THEODOR FLEMMING

JOURNAL

Scorsese eröffnet die Berlinale

DW. Berlin

Die 37. Internationalen Filmfestspiele von Berlin werden am 20. Februar 1987 eröffnet mit Martin Scorseses „The Color of Money" (Die Farbe des Geldes), dem im Augenblick erfolgreichsten Box-office-Hit in den USA. Es besteht große Aussicht, daß die beiden Hauptdarsteller, Paul Newman und Tom Cruise, in Berlin anwesend sein werden. Diesen Film um zwei Billiardprofis hat der deutsche Kameramann Michael Ballhaus fotografiert. Der Film läuft außer Konkurrenz.

Hamburger „Rigoletto" ohne Neil Shicoff

warn. **Hamburg**

Nachdem bereits Johannes Schaaf nach massiven Differenzen mit dem italienischen Bariton Leo Nucci als Regisseur aus der neuen „Rigoletto"-Produktion der Hamburgischen Staatsoper ausgestiegen war, hat sich nun wenige Tage vor der Premiere auch der amerikanische Star-Tenor Neil Shicoff aus dem Hamburger Verdi-Projekt verabschiedet. Als offizieller Grund wird ein Infekt angegeben, doch hinter vorgehaltener Hand werden Unstimmigkeiten zwischen Shicoff und Giuseppe Sinopoli für die Absage verantwortlich gemacht. Die Partie des „Rigoletto"-Herzogs hat nun Franco Bonisolli übernommen.

Musik von Klassikern rechtlich geschützt

dpa. **Hamburg**

Die Notenblätter von Klassikern wie Beethoven und Mozart können heute noch ebenso urheberrechtlich geschützt sein wie die Kompositionen von lebenden Künstlern. Auf diese juristische Besonderheit hat der Musikverleger Götz Kiso nach einer Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Musikverleger-Verbandes in Hamburg hingewiesen. Der andauernde Schutz wird damit begründet, daß die nach dem Tode des jeweiligen Komponisten von anderen Künstlern neu gestalteten Bearbeitungen und Neutextierungen als eigenständige künstlerische Leistungen gelten und daher wiederum einen neuen Urheberrechtsschutz genießen.

Kunst und Technik der Holographie

DW. Mülhausen

„An den Grenzen des Wirklichen" („aux frontières du réel") heißt eine Ausstellung über Holographie, eine Art Fortsetzung der Karlsruher „Holomedia", die gegenwärtig im Museum der Schönen Künste in Mülhausen/Elsaß zu sehen ist. Gezeigt werden Werke von sieben Künstlern aus verschiedenen Ländern, darüber hinaus aber auch die Technik der Holographie, Illusionen von Raum und Bewegung zu erzeugen, dies z. B. anhand des Films im Relief, der sog. „Cinéholographie" (bis 18. Jan.).

Jahrbuch für Eisenbahnliteratur

DW. Mainz

Worauf alle Eisenbahn-Freunde jährlich warten: soeben ist er erschienen, der „kritische Wegweiser zu lieferbaren, angezeigten und empfehlenswerten Büchern ‚rund um die Eisenbahn'", wie das „Jahrbuch für Eisenbahnliteratur 1987" im Untertitel heißt. Zur Hälfte mit Textbeiträgen gefüllt, ist diese lebendig aufgemachte Bibliographie Anregung und Nachschlagewerk in einem. Das Jahrbuch ist im Dumjahn Verlag, Mainz, erschienen, umfaßt 184 Seiten und kostet 5 Mark.

Placido Domingo oder Die volkstümlichen Preise

AP. London

Der spanische Opernsänger Placido Domingo hat ein Konzert in der Londoner Wembley-Halle kurzfristig abgesagt. Der 45jährige begründete seine Entscheidung mit den zu hohen Eintrittspreisen. Wenn er in einem Stadion auftrete, dann wolle er auch, daß ihn möglichst viele Menschen zu „volkstümlichen" Preisen sehen und hören könnten, sagte Domingo. Es tue ihm leid, wenn der Veranstalter nun Schwierigkeiten bekomme, aber die Preise müßten herabgesetzt werden. Er hoffe, das Konzert am 29. Januar nachholen zu können.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Es sind besinnliche und vergnügliche Lesestücke, die „Irischen Geschichten", die so bekannte Autoren wie George Bernard Shaw, James Joyce, Oscar Wilde, Leon Uris und Heinrich Böll geschrieben haben. Das Buch ist eine Liebeserklärung an die Grüne Insel und deren Menschen mit ihren speziellen Alltagsproblemen, insbesondere den (noch aus der Zeit der englischen Vorherrschaft herrührenden) Problemen zwischen Katholiken und Protestanten. Bo.

„Irische Geschichten", Heyne, 319 S., 9,80 Mark.

Meister des Balletts: Zum Tode von Serge Lifar

Apollo der Tanzgott

Er war ein so sprühender Mann. Er war unverschminkt ruhmrednerisch, wenn er von sich selbst sprach – und das war eins seiner Lieblingsthemen. Um ihn war stets ein Hauch von Theater. Serge Lifar war glücklich, als Mitglied der französischen Akademie der erste „Unsterbliche" des Tanzes zu sein. Nun hat ihn im Alter von 81 Jahren der Tod dennoch erwischt. Er ist an seinem Wohnsitz in Lausanne gestorben.

Der 18jährige entwich der Sowjetunion. Er ging nach Frankreich. Aber Franzose wurde er nicht. Er blieb bis zuletzt staatenlos. Er anerkannte als seine Heimat nur den Tanz. Sein Reich war die Opéra de Paris und deren Ballett – und seine eigenen Verdienste um die Compagnie brachte er ausdauernd ins Gespräch und hielt sie darin. Er war als sein eigener Public-Relations-Agent immer noch etwas besser denn als Choreograph.

Als er 1923 in Frankreich aufkreuzte, regierte noch Diaghilew über die „Ballets Russes" – und über die Körper wie Seelen seiner männlichen Stars. Lifar wurde nicht nur auf der Bühne der Nachfolger Nijinskys, Massines und Dolins. Er sprang Diaghilew in Venedig schluchzend nach in das geöffnete Grab.

Aus dem Zusammenbruch der „Ballets Russes" aufgetaucht, nahm er im Handstreich die Truppe der Pariser Oper und blieb an ihrer Spitze unangefochten jahrzehntelang. Er war der bestaussehende, zuhöchst begabte Tänzer seiner Generation. Das gab ihm von vornherein genügend Prestige, sich auch choreographisch im Pariser Sattel zu halten.

Er wurde der Schrittmacher eines Neo-Klassizismus von hochentwikkelter dekorativer Pracht bei vergleichbarer choreographischer Kärglichkeit. Aber er verstand wie kein anderer, publizistisch für sich, sein Werk, den Tanz, die Opéra die Trommel zu rühren.

Er hielt damit auch während der Besetzung der Hauptstadt durch die deutschen Truppen nicht zurück. Er galt als einer der rührigsten Kollaborateure Frankreichs.

Er entwischte der Rache nach Monaco und begründete dort ein neues Monte-Carlo-Ballett. Man zerrte ihn bei einer Fahrt durch das befreite Frankreich aus dem Auto, zwang ihn vor einem Denkmal der Résistance in die Knie und drohte, ihn zu erschießen. Lifar kam mit dem Schrecken davon – und einem langen, fruchtbaren Leben.

Zwar trat die Opéra prompt in den Streik, als sie Lifars Wiederkehr witterte, doch leistete sie am Ende nur noch schwach Widerstand. Lifar war jedermann über im Kampf um seine Kunst.

Bis 1958 regierte er mit Gelassenheit weiter, hielt Vorträge, schrieb Bücher, an die 25 mögen es sein, darunter viele autobiographische. Selbst aus dem Abseits des Rücktritts sprang Lifar immer wieder gern zurück ins Scheinwerferlicht: ein Stehaufmännchen fragwürdig gewordenen Ruhms. Am Ende aber war er, der Vielbekrittelte, Vielbelästerte in Frankreich der Große Alte Mann seiner Kunst.

Er ist ein herrlich nobler Tänzer gewesen. Bis ans Ende seiner Tage rühmte ihn Werner Egk, dessen *„Joan von Zarissa"* Lifar während der Besetzung in Paris getanzt hatte, als den Wundermann des Balletts von unvergleichlicher Ausdruckskraft, Schönheit und Eleganz. Er war der erste Tanzgott in Balanchines „Apollo". Er brachte Cocteaus Ballett „Phädra" heraus und wollte für die Hauptrolle Greta Garbo. Die war wohl eine der wenigen, denen es gelang, Lifar einen Korb zu geben.

Er war am Ende ein wundervoll vielfarbiger alter Russe, schillernd wie der Jahrmarkt von Nowgorod. Ein märchenhafter Mann, dem sich Wahrheit und Lüge auf wundersame Weise vermischten. Lifars Tod färbt nicht nur die Ballettwelt tiefgrau.

KLAUS GEITEL



Schrittmacher eines Neo-Klassizismus: Der in Kiew geborene Tänzer und Choreograph Serge Lifar (1905–1986) FOTO: AP

Howard contra Emil: Filme zur Weihnachtszeit

Bärenglück im Himmel

Das scheint allmählich zur Tradition zu werden: Jedes Jahr zur Weihnachtszeit schicken uns die Verleiher eine Reihe von Monstern in die Kinos. Vor zwei Jahren waren das Spielbergs „Gremlins", possierliche Wollknäuel, die durch Wasser und Licht in boshafte Drachen verwandelt wurden. Im vergangenen Jahr spukten die „Goulies" über die Leinwand, und nun poltern „Die Critters" in die Lichtspielhäuser – in der Tat keineswegs eine Kinokost für unsere Jüngsten.

„Die Critters" sind eklige kleine Burschen aus dem Weltall, wohl kaum verwandt mit Spielbergs liebenswürdigem „E. T". Ihr Hauptcharakterzug ist ihre Gefräßigkeit, sie schmausen Fleisch ebenso gerne wie Sofakissen und Tischbeine. Auf ihrer Flucht vom Heimatplaneten geraten einige dieser Unholde mit den scharfen Zähnen und noch schärferen Krallen auf die Erde und nisten sich bei einer amerikanischen Kleinfamilie ein. Zwei Kopfgeldjäger aus dem All folgen mit Lasergewehren den Spuren der bösartigen Fresser und mähen wie weiland Rambo alles nieder, was einem Critter ähnelt. Harte Zeiten also für die Farmer, unter deren Dach sich dieser Alptraum abspielt!

Regisseur Stephen Herek, 22 Jahre jung, ist offenbar ein intimer Kenner sämtlicher Science-fiction- und Horrorfilme der vergangenen 50 Jahre. Munter kopiert er Fernsehserien wie „Raumschiff Enterprise" und Filme wie „Der Terminator". Und wie bei Spielberg & Co. ist auch sein Horrorfilm eine Hohelied auf die Familie. Doch eines muß man dem Regisseur lassen: Er versteht sich darauf, fremder Leute Filmrezepte gut anzurühren und mit einer Portion eigenem Humor zu garnieren. Das läßt selbst so einen scharfen Braten wie „Die Critters" noch verdaulich werden.

Wesentlich harmloser geht es da schon in dem Zeichentrickfilm vom „He-Man in das Geheimnis des Zauberschwertes" zu. Dem Film liegt eine Zeichentrick-Serie aus dem Fernsehen zugrunde, die von einem Spielzeughersteller finanziert wird. Die Helden sind die „Masters of the universe", klassische Vertreter des Fantasy-Genres. In Ed Freidmans Geschichte von den Abenteuern des schönen Prinzen Adam, der ein Zauberschwert in eine ferne Vergangenheit bringen soll, schwingt viel mit von der König-Artus-Sage und den Heldentaten Siegfrieds. Aber eigentlich ist dies weniger ein Film fürs Kino als für das Fernsehen, und „He-Man", das alter ego von Prinz Adam, wirkt nach all den Filmen mit Sylvester Stallone und Arnold Schwarzenegger wie ein schwachbrüstige Karikatur vom starken Mann.

Schon eher für das Weihnachtsfest geeignet sind die Abenteuer der bei kleinen Kindern außerordentlich beliebten „Glücksbärchi", deren zweiter Teil jetzt in die Kinos kommt. Diese pastellfarbenen Teddybären hausen über den Wolken und greifen wie Schutzengel immer dort helfend ein, wo es Kindern schlecht geht. Sie sind freilich nicht ganz frei von Fehlern, und das eben macht sie für Kinder so liebenswert. Erwachsene werden es dagegen etwas schwer haben mit diesen fliegenden Kuscheltieren. Neben dem neuen Disneyfilm „Basil, der große Mäusedetektiv" ist jedoch dieser Bärenfilm für Familien mit kleinen Kindern der einzige Spaß zum Weihnachtsfest. Denn der mit Spannung erwartete Film aus der Werkstatt von George Lucas, „Howard – ein tierischer Held", ist nichts für Kinder unter zwölf Jahren.

Überhaupt hat es dieser Howard, der an einen Zwerg mit Entenmaske erinnert, schwer, die Herzen des Publikums zu erobern. Vor mehr als zehn Jahren erfand der Comiczeichner Steve Gerber die Figur des zigarrerauchenden Junggesellen Howard, der *auf einem eiförmigen Planeten* lebt und ironisch aus seiner fernen Warte das Erdengeschehen kommentiert. Howard sollte eine Art Gegenpol zu all den Supermännern und Muskelprotzen aus anderen Comics sein. Und wohl auch eine Parodie auf Walt Disneys Donald Duck. Aber letztlich ist dieser Howard weder Ente noch Spielzeug, weder Mensch noch Tier, sondern vielmehr eine Art *außerirdischer Zwitter*.

In Willard Huycks Film, den George Lucas produziert hat, kommt Howard durch einen Zufall per Fernsehstrahlung auf die Erde und wird in wilde Abenteuer verstrickt. Bei dem Experiment eines Wissenschaftlers, Howard auf seinen eigenen Planeten zurückzubannen, gerät ein unsichtbares Monster auf unseren Planeten, das die Erde mit Atomstrahlen bedroht. Also muß Howard in die Rolle schlüpfen, die sonst Superman annimmt, und zeigen, daß er eine ganze Ente ist. Aus dem Anti-Helden Howard wird ein Superheld.

Gelungen sind bei dieser Entensaga vor allem die Trickaufnahmen und die Action-Szenen. Immerhin hat der Film fast 40 Millionen Dollar verschlungen, und an den Spezialeffekten wurde nicht gespart. Aber wer sich auf einen hübschen Weihnachtsfilm gefreut hat, wird bitter enttäuscht. Zum Glück gibt es zu den Feiertagen auch noch eine herzerfrischende Wiederaufführung in unseren Kinos: Gerhard Lamprechts wunderschöne und spannende Kästner-Verfilmung „Emil und die Detektive". Das tröstet über vieles hinweg, auch über Howard, den tierischen Helden.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Wiener Akademietheater: Tschechows „Möwe"

Unangezogen ins Parkett

Trotz äußerer Erfolge, einem wesentlich gesteigerten Publikumsinteresse und einer vorwiegend zustimmenden Presse scheint der neue Burgtheater-Chef Peymann bereits vom Bazillus directionalis befallen zu sein, der noch keinen Leiter dieses Wiener Hauses verschont hat. Was die verschiedensten Ursachen haben kann und in verschiedenen Erscheinungsformen zum Ausdruck kommt. Es gibt Schwierigkeiten mit formalistischen Bestimmungen der Gewerkschaft, mit der Unzufriedenheit des angestammten Personals, mit den Ämtern allgemein.

Der Besucher des Theaters aber hat den Eindruck, daß hier, äußerlich sichtbar, Veränderungen vorgehen, die er nicht gewöhnt ist. Man sieht in den teureren Reihen oft junge Menschen, die sozusagen unangezogen ins Theater gehen. An den Kassen gibt es Volksaufläufe, weil klugerweise kurz vor Aufführungsbeginn restierende Karten enorm verbilligt *ausgegeben werden und dabei natür*lich junge Menschen privilegiert sind. Auf der Bühne aber zeigt sich insofern ein Strukturwandel, als mit viel Verve und mit weniger Gefühligkeit gespielt wird.

Zur modernen Regie gehört offenbar, daß die Darsteller überraschend in hysterisches Geschrei ausbrechen und dabei schwer verständlich werden, gern auf dem Boden kauern und – das bewies wieder die Aufführung im Akademietheater in der Regie Harald Clemens – oft lebende Bilder stellen, bei denen alle, die nicht im Dialog sind, einfach erstarren. Dabei bewährt sich, in ebendiesem Stück, das sich Komödie nennt, aber nach übereinkommender Feststellung eher eine „melancholische Komödie" ist – sie endet ja auch in einem Selbstmord –, also, es bewährt sich eine schöne Texttreue und die Tendenz, dem Dichter gerecht zu werden.

Die Aufführung der „Möwe" ist auch insofern von besonderem Interesse, als hier Darsteller aus beiden Lagern, dem angestammten und dem zugewachsenen Personal, demokratisch beteiligt sind, was in der Szene zwischen Elisabeth Orth (der leichtfertigen Diva) und Ulrich Reintaller (ihrem Sohn Kostja) zu hohem künstlerischen Genuß führt, während das Schlußgespräch zwischen Nina (Emmanuela von Frankenberg) und Kostja, so langgezogen es ausfällt, zu den Höhepunkten der Aufführung zählt. Vorzüglich auch Joachim Bissmeier im Duett mit Nina und Horst Christian Beckmanns alter Herr.

Daß das Bühnenbild der Idee Tschechows nachgekommen sei, kann man nicht eigentlich behaupten, es besitzt bloß *die gewünschte* Nüchternheit. Die Rückwand im ersten Akt soll den Blick in einen Park freigeben, doch besteht sie aus nichts als einer schwarzen Fläche, und der See im zweiten Akt hat den Bühnenbildner Gisbert Jäkel auch nicht eben inspiriert. Hier wären Konzessionen an das Publikum gewiß dankenswert gewesen. Es sei denn, man hätte den Surrealismus in der Handlung halbschlächtig unterstützen wollen.

Wurde nun, schließlich, die Tragödie des jungen Mädchens, das der erlegten Möwe gleichgesetzt ist, transparent? Man darf das fragen. Der Applaus war jedenfalls groß.

ERIK G. WICKENBURG

Wehmut packte den sonst so forschen Hanseaten

Helmut Schmidt nahm Abschied vom Wahlkreis Bergedorf

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

„Ein alter Mann muß wissen, wann seine Zeit abgelaufen ist." Helmut Schmidt übertrieb ein bißchen, als er vor der weiß-roten Flagge Hamburgs und dem grünen Wappen mit drei Eichen, das den Kreis Bergedorf symbolisiert, sein Alter hochspielte. „Denn bei der ‚Zeit'", so fügte er schnell hinzu, „ist meine Zeit noch nicht abgelaufen." Doch der Politik kehrt er endgültig den Rücken. Der Abschied in Raten hat jetzt – nach der großen Rede im Bundestag vor drei Monaten – die Ziellinie erreicht: Sein Wahlkreis dankte ihm mit einer Feier, bei der die Wehmut ob der Trennung durch das saloppe Etikett der Veranstaltung: „Schmidt-Schnauze – Stationen eines Politikers" verdrängt werden sollte.

Alte Freunde des ehemaligen Bundeskanzlers waren gekommen: Willi Berkhan, lange Jahre Staatssekretär und Wehrbeauftragter; Ida Ehre, Prinzipalin der Hamburger Kammerspiele und Ehrenbürgerin der Hansestadt und Gyula Trebitsch, langjähriger Chef von Studio Hamburg, der über ein Jahrzehnt lang bei keiner Schmidt-Veranstaltung in diesem Wahlkreis fehlte. Am Dienstag abend gestand er: „Heute ist Ende meiner Dienstzeit." Der Wahlkreis Bergedorf, den Schmidt 17 Jahre lang in Bonn vertrat – zwölf Jahre hatte er zuvor im Kreis Hamburg-Nord kandidiert – wird den Abgeordneten „Schmidt-Schnauze" nicht mehr erleben.

Peter Schulz, ehemaliger Erster Bürgermeister und bis vor wenigen Tagen Bürgerschaftspräsident der Hansestadt, sprach von der Bereitschaft Schmidts zur Freundschaft, von seiner Fähigkeit, in kurzer Zeit jedes Sachgebiet zu durchdringen. Er wies das „unsägliche Wort" von Schmidts „Sekundärtugenden" als eine „bösartige Verdrehung" zurück. Oskar Lafontaine würden die Ohren klingen.

Helmut Schmidt – mal in der Pose, die er schon als Kanzler zeigte, mit gleichmütigem Gesicht Schnupftabak einziehend, mal hell auflachend, wenn eine filmische Rückblende ihn forsch als Verteidigungsminister zeigte („Guten Morgen, Soldaten!") – bekannte nach diesem Abschiedswort, er sei „beklommen und tief gerührt". Und dann gestand er sehr freimütig, Schulz habe in der Aufzählung seiner Begabungen eine vergessen: „Ich habe auch schauspielerisches Können entfaltet – manchmal habe ich mit geringen Kenntnissen eine ganz schöne Show abgezogen." Der Name „Schmidt-Schnauze" gehörte zu seiner Selbstdarstellung. Zum Abschied wurde der Hanseat ohne Amt und Mandat wehmütig. Er schloß mit den Worten: „Möge es Bergedorf, unserem geliebten Hamburg und dem ganzen deutschen Vaterland im Jahr 1987 gut gehen."



Helmut Schmidt: Zum Abschied einen Gartenzwerg FOTO: DPA

Helmut Schmidt, der in der kommenden Woche 68 Jahre alt wird, erlebt den Jahreswechsel fern der Heimat: Auf Gran Canaria will er an seinem Buch weiterschreiben, Arbeitstitel: „Menschen und Mächte". Er hat sich 200 Seiten als Ziel vorgenommen. Zurückkehren wird er erst nach der Bundestagswahl. Was geht sie ihn noch an?

Tag und Nacht arbeitet Anton Laux an seiner Eisenbahn-Anlage. Der ehemalige Lokführer brauchte 40 Jahre für die genaue Rekonstruktion des Kölner Hauptbahnhofs – und ist noch lange nicht fertig FOTO: HEINZ WEYERS

Ein Leben für den Hauptbahnhof

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Den Weihnachtswunsch vieler Erwachsener, endlich einmal ausgiebig mit der Eisenbahn spielen zu können, erfüllt sich Anton Laux aus Blankenheim in der Eifel an 365 Tagen im Jahr. Er besitzt mit rund 1,5 Kilometer Schienenlänge, auf denen 480 Lokomotiven mit 1600 Waggons fahren können, die wahrscheinlich größte und wie er meint auch schönste Modellbahnanlage in der Bundesrepublik Deutschland, auf der 48 Kilometer Kabel verlegt wurden.

Angefangen hat das alles für den jetzt 69jährigen ehemaligen Lokführer mit dem Tag, an dem seiner Frau das Eisenbahnwesen in der Kölner Wohnung zuviel wurde. Die Deutsche Bundesbahn sorgte dafür, daß ihr Mitarbeiter nicht nur eine Werkstatt bekam, sondern seine damals noch bescheidene Anlage auf dem Kölner Bahngelände aufbauen, für Geld in Betrieb sehen lassen und mit ihr im Auftrag des Dienstherrn auf Tournee gehen konnte.

Das wäre heute, wo Anton Laux seine Schätze in einer 220-Quadratmeter-Halle in Blankenheim hat, gar nicht mehr möglich. Wenn die noch in der Erweiterung befindliche Anlage fertig ist, wird sie 160 Quadratmeter groß sein. Ihr Herzstück ist der akribisch genaue Nachbau des Kölner Hauptbahnhofs und der Hohenzollernbrücke im Aussehen der dreißiger Jahre. Mit dem Nachbau des 1955 abgerissenen alten Hauptbahnhofs hat er schon 1946 angefangen. Die durch ein Glasdach zu beobachtenden Bahnsteige im exakten Maßstab bevölkern heute 654 Figuren.

Mit der Statistik hält es Anton Laux überhaupt exakt. Ende Dezember 1986 weist sein Arbeitsbuch für das abgelaufene Jahr 1874 Stunden Arbeitszeit in seiner Eisenbahn-Halle nach, die in naher Zukunft noch eine Zuschauerempore bekommen wird. Laux ist bei der Abrechnung so genau, daß er auch Zigarettenpausen und andere erzwungene kleine Unterbrechungen seiner Tätigkeit von den vollen Stunden abzieht, auch der Besuch von Journalisten und ihre Störungen sind keine „Arbeit". Seine Konzentration am selbstgewählten „Lebenswerk" ist so groß, daß bei den unzähligen Vorführungen noch nie ein Kurzschluß oder eine Betriebsstörung zu verzeichnen war.

Bis auf ein einziges Mal. Da hatte er einem sachkundigen Besucher erlaubt, sechs Schienen einzubauen, was so fehlerhaft geschah, daß er einen halben Tag lang nach der Quelle der Störung suchen mußte. Seither macht er alles alleine.

Nicht nur die Gebäude, zum Beispiel die gesamte Kölner Messe auf dem anderen Rheinufer, die Schiffe auf dem Strom, die Tausende von Bäumen, die Häuser Alt-Kölns, sondern auch die Hintergrund-Kulissenmalerei. Dazu die „Schatten-Bahnhöfe" unter der ganzen Landschaft, in der Züge auf sieben Etagen zwischendurch von der Bildfläche verschwinden können. Das ist nur möglich, wenn die höchsten Berge bei ihm 2,10 Meter hoch sind. Laux: „Außerhalb von Köln ist bei mir alles Phantasie, gleich hinter Nippes beginnt das Allgäu." Nur in einem Punkt gibt es keine Kompromisse. Die Züge, die Köln anfahren, müssen auf seiner Modellanlage denen entsprechen, die zu seiner Zeit dort ankamen und abfuhren – keine anderen. Wenn er beim Lok-Ankauf vom Märklin-System abweicht, auf das alles übrige abgestellt ist, muß er ihr technisches Innenleben umrüsten. Auch darauf ist seine Werkstatt eingerichtet.

Viele hundert Schachteln mit Modelleisenbahnmaterial stehen bei Anton Laux noch ungeöffnet herum. Er hat sie in der Angst gekauft, daß gerade diese Stücke aus dem Handel verschwinden, ehe er so weit ist, sie wirklichkeitsgetreu einzusetzen. So sind seit 1980 rund 183 000 Mark bar in das Lebenswerk geflossen. Sein Glanz wird nur getrübt, wenn zu viele Leute in der kleinen Straße am Stadtrand Blankenheims gleichzeitig kochen: „Dann geht der Strom weg, und ich komme für die vielen Züge nicht mehr auf die richtige Watt-Zahl", klagt der Tüftler.

Lebenserwartung der Deutschen hat sich verdoppelt

dpa, Köln

Die Deutschen leben heute rund doppelt so lange wie noch vor hundert Jahren. Vor allem die geringere Säuglingssterblichkeit habe zu dem Anstieg der Lebenserwartung beigetragen, berichtete gestern das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Eine wichtige Rolle habe dabei auch die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse, die zunehmende medizinische Betreuung und die Beseitigung von Massenerkrankungen gespielt. Die Lebenserwartung eines 1984 geborenen Jungen in der Bundesrepublik beträgt gegenwärtig 70,8 Jahre, die eines Mädchen sogar 77,5 Jahre. 1880 lebten die damals geborenen Männner im Durchschnitt nur 35,6 Jahre, die Frauen 38,5 Jahre.

War es der Höhenmesser?

D. D. Berlin

Westberliner Luftfahrtexperten vermuten, daß die am vergangenen Freitag in Ost-Berlin abgestürzte sowjetische Passagiermaschine beim Landeanflug eine zu geringe Höhe hatte, möglicherweise durch einen falsch eingestellten Höhenmesser oder zu spät ausgefahrene Landeklappen. Es wurde auch bekannt, daß die Maschine auf dem Weg von Minsk nach Ost-Berlin einen unplanmäßigen Zwischenstopp in Prag vornahm. „DDR"-Zeitungen berichteten gestern lediglich, daß das Unglück, bei dem 70 Menschen starben, durch einen Fehler des Piloten beim Landeanflug verursacht wurde.

Nach 16 Jahren entdeckt

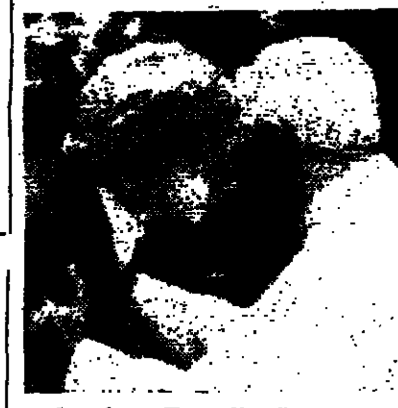
AP, Sydney

Weil er zum Besuch seines erkrankten Vaters bei der US-Botschaft einen Paß beantragte, ist ein amerikanischer Deserteur nach 16 Jahren in Australien festgenommen worden und wartet jetzt auf seine Auslieferung. Der ehemalige Marineinfanterist hatte sich während eines Urlaubs vom Vietnamkrieg 1970 nach Australien abgesetzt und dort unter falschem Namen gelebt.

Boris beim Papst

dpa, Vatikanstadt

Was Boris Becker dem Papst ins Ohr flüsterte, hörten selbst die Umstehenden nicht. Zusammen mit seiner Schwester Sabine, seinem Vater



und seiner Freundin Benedictine Courtain hatte der gläubige Katholik Becker an einer General-Audienz bei Johannes Paul II. teilgenommen. Zum Abschluß der Audienz schenkte der junge Tennisstar dem Papst einen Tennisschläger.

Hamburger für 1400 Mark

dpa, Geiselwind

Die teuersten „Hamburger" ihres Lebens leisteten sich zwei Hubschrauberpiloten der US-Streitkräfte, als sie im Sommer dieses Jahres in Geiselwind (Landkreis Kitzingen) an der Autobahn Würzburg–Nürnberg kurzentschlossen auf dem Parkplatz eines Schnellimbißrestaurants landeten und sich mit dem beliebten belegten Brötchen eindeckten. Der Spaß kostete sie jetzt rund 1400 Mark Buße.

Neue Berlin-Briefmarke

dpa, Berlin

Mehrere Marken mit Berlin-Motiven gibt die Landespostdirektion zur 750-Jahr-Feier Berlins heraus. Am 15. Januar erscheint eine 80-Pfennig-Marke, auf der eine Stadtsilhouette aus historischen und modernen Gebäuden dargestellt ist. Am selben Tag erscheint ferner ein Block von vier Marken im Wert von 40, 50, 60 und 80 Pfennigen mit Berliner Motiven.

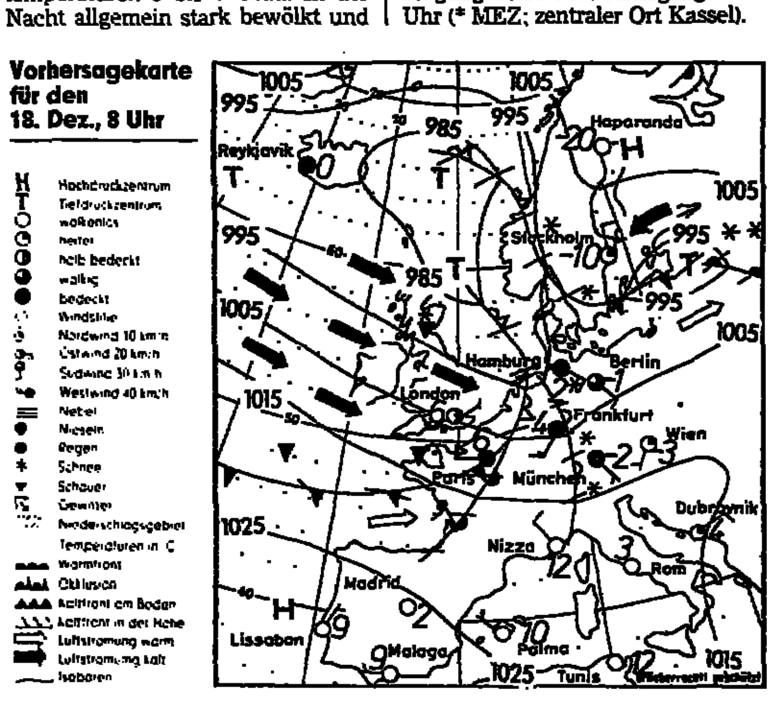
WETTER: Etwas milder, Regen

Lage: Ein Tiefausläufer über Frankreich zieht ostwärts und führt mildere Meeresluft in den Westen Deutschlands. In der Osthälfte verbleibt Polarluft.

Vorhersage für Donnerstag: Tagsüber in der Mitte und im Norden wechselnd bewölkt und einzelne Schauer, im höheren Bergland später in Schnee übergehend. Höchsttemperaturen 5 bis 8 Grad. In der Nacht allgemein stark bewölkt und erneut Niederschläge. Tiefsttemperaturen um den Gefrierpunkt, im Norden örtlich Frost bis minus 2 Grad. Mäßiger, im Norden starker Wind um West.

Weitere Aussichten: Deutlicher Temperaturrückgang und in den Niederungen Schneefall.

Sonnenaufgang am Freitag: 8.23 Uhr*, Untergang: 16.14 Uhr; **Mondaufgang:** 18.53 Uhr, Untergang: 11.09 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	4	bd
Bielefeld	5	bw
Braunlage	0	S
Bremen	5	bw
Dortmund	4	bd
Dresden	5	bw
Düsseldorf	5	bd
Erfurt	3	bw
Essen	5	bd
Feldberg/S	-5	Ne
Flensburg	5	bw
Frankfurt/M.	5	bw
Freiburg	5	bw
Garmisch	1	S
Greifswald	4	bd
Hamburg	5	bw
Hannover	5	bw
Kahler Asten	-1	S
Kassel	3	bd
Kempten	1	S
Kiel	5	bw
Koblenz	6	bw
Köln-Bonn	6	bw
Konstanz	4	bw
Leipzig	5	bw
List/Sylt	7	he
Lübeck	4	bw
Mannheim	6	bw
München	1	Sr
Münster	5	bw
Norderney	7	bw
Nürnberg	3	R
Oberstdorf	0	S
Passau	2	Gr
Saarbrücken	3	bw
Stuttgart	3	bw
Trier	4	bw
Zugspitze	-14	S

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	15	bw
Amsterdam	7	bd
Athen	15	bw
Barcelona	11	he
Belgrad	4	bd
Bordeaux	12	bw
Bozen	0	bw
Brüssel	6	bw
Budapest	2	bw
Bukarest	0	S
Casablanca	15	bw
Dublin	9	bw
Dubrovnik	8	he
Edinburgh	6	bw
Faro	5	Ne
Florenz	5	bw
Genf	5	Rs
Helsinki	-11	S
Hongkong	20	bd
Innsbruck	1	S
Istanbul	13	bw
Kairo	19	he
Klagenfurt	-1	bd
Konstanza	1	R
Kopenhagen	5	he
Korfu	16	bw
Las Palmas	19	bw
Leningrad	-13	S
Lissabon	10	he
Locarno	8	bw
London	8	bd
Los Angeles	15	he
Luxemburg	3	bw
Madrid	5	he
Mailand	8	he
Malaga	15	he
Mallorca	15	he
Moskau	-13	bw
Neapel	14	wl
New York	4	bd
Nizza	17	he
Oslo	-1	S
Ostende	9	bw
Palermo	15	bw
Paris	7	bw
Peking	1	bw
Prag	3	bw
Rhodos	18	he
Rom	9	he
Salzburg	1	S
Singapur	34	bd
Split	11	he
Stockholm	-2	bw
Straßburg	6	bw
Tel Aviv	21	he
Tokio	15	he
Tunis	16	bw
Valencia	16	he
Varna	8	bw
Venedig	1	bw
Warschau	0	S
Wien	3	he
Zürich	5	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Buße für den „Kaiser"

Zu saftigen Steuernachzahlungen sowie umgerechnet fast 25 000 Mark Buße verdonnerte das Schweizer Bundesgericht in Lausanne den deutschen Fußball-Rekordnationalspieler **Franz Beckenbauer.** Über die Höhe der Steuernachzahlungen machte **Oswald Sigg,** Sprecher des Finanzministeriums in Bern, keine Angaben. Der „Kaiser" ist das Opfer schwerwiegender Differenzen zwischen der Steuerverwaltung des zentralschweizerischen Kantons Obwalden und der eidgenössischen Steuerverwaltung geworden. Der Kanton Obwalden



verzichtete auf eine Versteuerung des Liquidationsgewinns einer Beckenbauer-Firma auf Obwaldener Boden, die eidgenössische Steuerverwaltung in Bern aber war anderer Ansicht und klagte gegen die Steuerbehörden des Kantons Obwalden und dessen Wahlbürger Franz Beckenbauer. Die Finanzaffäre wird zur Zeit von einer Untersuchungskommission des Obwaldener Parlaments durchleuchtet. Bekannt wurde bereits, daß die Obrigkeit des kleinen Bergkantons südlich des Vierwaldstättersees mit Beckenbauer einen Pauschalsteuerbetrag vereinbart hatte, als der Weltstar Interesse bekundete, sich auf deren Boden niederzulassen. Prominenz ist in Obwalden nämlich dünn gesät. rb.

Die Lust der Holländer am Telefon

HELMUT HETZEL, **Den Haag**

Die Null und die Ziffer sechs, das sind die derzeit meistgewählten Telefonnummern der Niederlande. Wählt man nämlich die 06-Vorwahl und eine entsprechende Anschlußnummer, dann meldet sich in der Regel eine zärtlich klingende Frauenstimme mit einer liebevoll in den Hörer gehauchten Begrüßungsformel von der Art: „Guten Tag. Hier Sexlijn Nederland, möchten Sie mit einer unserer Damen verbunden werden . . ?" Es kann aber auch sein, daß lediglich eine auf Band gesprochene Frauenstimme für einige Minuten erotische Geschichten in das Ohr des Zuhörers flüstert. Oder daß sich eine „Mona" oder „Wanda" direkt meldet.

Neuerdings findet man im Annoncenteil der Tageszeitungen auch Angebote in deutscher Sprache. Beispielsweise im „Telegraaf": „Gesucht deutsche Dame mit sinnlicher Stimme, die Männern den Kopf verdreht." Zielgruppe: Interessenten aus Deutschland.

„Wir registrieren täglich bis zu einer Million Anrufe auf diesen 06-Leitungen", heißt es dazu in holländischen Postkreisen. „Und neunzig Prozent davon gehen an Nummern, die unter dem Firmennamen ‚Sexlijn Nederland, Sexo-Phon, Hotlijn' oder anderen vergleichbaren Titeln firmieren", meint der Postsprecher. „Das ist eine richtige Goldgrube, das können Sie mir glauben."

Doch die holländische Post (PTT) verdient auch nicht schlecht daran, daß immer mehr Landsleute Anschluß unter dieser Nummer suchen. „Der Zuhälter PTT kassiert ab", spotten bereits die Zeitungen. Das ist insofern verständlich, da es die Post war, die diese derzeit in den Niederlanden grassierende Telefonsexrage, an der, wie die Anzeigen beweisen, auch Frauen und Homosexuelle zunehmend Gefallen finden, erst möglich machte. Denn mit der Einführung der landesweit geltenden 06-Nummern, die über neue Zentralen sozusagen parallel zum bestehenden Telefonnetz laufen, wurde es organisatorisch erst möglich, die über diese Leitungen geführten Gespräche mit Hilfe eines neuartigen Abrechnungssystems kommerziell zu nutzen:

Man mietet eine 06-Nummer, zahlt seine Anschlußgebühren und eine monatliche Miete für die Leitung – derzeit rund 250 Gulden –, und dann kann man sich unter dem 06-Telefonnetz Zugang für das Taschengeld von nur 25 Gulden pro Monat und je Anschluß unzählige weitere Anschlüsse installieren lassen. Also: 06-1234, 06-12345 und so weiter. Unter diesen Nummern ist man dann landesweit erreichbar.

Der Rest ist Werbung und cleveres Management. Mit beispielsweise zehn 06-Anschlüssen, die je nach Bedarf per Band oder „live" „bedient" werden und einer entsprechenden Anzeigenkampagne, ist der nötige Markt schnell geschaffen. Abkassiert wird dann automatisch, indem der Anrufer mit einem weitaus höheren Tarif als das im normalen Telefonnetz üblich ist, auf seiner Telefonabrechnung von der Post belastet wird.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Aber auch immer mehr „seriöse Firmen" und selbst die Feuerwehr, Polizei und Ärzte nutzen neuerdings den 06-Service. Sie übernehmen dann auch noch die anfallenden Gesprächskosten der 06-Nummern und ermöglichen es so dem Anrufer, gratis zu telefonieren. 06-Telefonnummern erscheinen daher immer häufiger im Fernsehen – am Ende eines Werbespots. Man kann die Zeitung, für die eben im Fernsehen geworben wurde, gleich abonnieren. Anruf kostenlos, Büro bis 24.00 Uhr besetzt.

Das hatte jetzt aber Folgen. Denn ganz aus dem Takt gerieten einige 06-Telefonzentralen kürzlich, als eine der Damen vom anderen Ende der „Hotlijn" erstmals ihre Anonymität lüftete. Sie, Künstlername „Wanda", trat neulich in einer Talk-Show öffentlich auf. Und, Überraschung des Abends: Wanda sah auch noch so aus, wie sich mancher Mann wohl eine Traumfrau vorstellt: groß, schlank, blond und, das war einem Teil des männlichen Fernsehpublikums sicher schon aus einer anderen Gelegenheit bekannt, sie sprach mit erotisch vibrierender Stimme. Daß „Wanda" dann mit scharfsinniger Rhetorik sogar noch den gastgebenden Talkmaster in Verlegenheit brachte, war die unerwartete intellektuelle Überraschung des Abends.

Am nächsten Tag glühten die Telefonleitungen. Halb Holland, der männliche Teil, wollte „Wanda" sprechen. Die PTT registrierte drei Millionen Anrufversuche. „Wandas" 06-Anschluß ist inzwischen wohl eine der bekanntesten Telefonnummern der Niederlande.

ZU GUTER LETZT

Ungeschickte Feinschmecker brauchen während der Festtage nicht an festverschlossenen Austern zu scheitern. Ein „SOS-Austerndienst" knackt in Straßburg auf Anruf jede beliebige Menge der Schalentiere. Fünf Studenten wollen sich mit diesem 24-Stunden-Service bis zum 4. Januar ihr Taschengeld aufbessern: das Dutzend für acht Mark.

„Diese Region braucht eine Politik der Einheit“

Nicht gegen, sondern mit und in Madrid“ wächst das autonome Katalonien in seine Rolle als Bundesland mit der „Generalitat“ als Landesregierung. Mit dieser Maxime begann der erste, von König Juan Carlos aus dem französischen Exil nach Spanien zurückgeholte Präsident der Generalitat, Josep Tarradellas, 1977 sein Amt.

Bemüht, die in der spanischen Verfasung festgeschriebene Einheit der Nation zu stärken, drängte Tarradellas am Tage seiner Amtsübernahme den sich zunächst noch sträubenden Militärbefehlshaber Kataloniens, Generalleutnant Coloma Gallegos, mit ihm gemeinsam zum Flughafen zu fahren. Zusammen empfingen sie dort den damaligen spanischen Ministerpräsidenten Adolfo Suarez aus Madrid, demonstrierten so die für die Zukunft wichtige Harmonie zwischen Staat und Bundesland.

Auf der Basis gemeinsamen Handelns nahm Tarradellas dann seine Arbeit auf: „Katalonien braucht eine Politik der Einheit. Die Vorstellungen der Unabhängigkeitspolitiker und die Larmoyanz der sich ewig unterdrückt Fühlenden führen zu nichts.“

Die gleiche Grundhaltung beherzigte auch sein Nachfolger, der erste gewählte Landesministerpräsident, Jordi Pujol. Der WELT gegenüber äußerte Pujol, Vorsitzender der bürgerlichen CiU-Partei, natürlich auch Klagen über die seiner Ansicht nach zu langsam fortschreitende Übertragung versprochener Kompetenzen von Madrid auf Barcelona.

Die Sorge entsprach aber mehr dem zunächst doch recht improvisiert anlaufenden Autonomieprozeß, der im Baskenland allerdings tatsächlich an der Intoleranz baskischer Nationalisten zu scheitern droht. Ganz anders als die Basken können die Katalanen in der Tat auf eine Geschichte eigenstaatlicher Entwicklung als einer starken Mittelmeermacht hinweisen.

Als Jaime der Eroberer im 13. Jahrhundert den Lebensraum Aragon-Katalonien in das Mittelmeergebiet hinein erweiterte, geschah das nicht nur im Zuge der „Reconquista“, des Gegenschlages aller spanischen Reiche gegen die arabischen Eroberer. Das mittelalterliche Dekor späche zwar dafür. Aber schon damals folgte die politisch wie wirtschaftlich durchdachte Planung des Stadt-Staates Barcelona eigenen Initiativen.

Zielbewußt sicherte man sich zunächst im westlichen Mittelmeer ab, um dann über Sizilien hinaus die Handelsverbindungen bis an die Ufer des östlichen Mittelmeeres zu knüpfen. Konstantinopel, Rhodos und Athen wurden zeitweilig auch politisch von Barcelona aus kontrolliert. Und genau so wie es auch heute nötig ist, baute man sich zur Ausweitung des Handels mit fernen Ländern ein Netz von Stützpunkten für die eigene Flotte zum Schutz der Handelsrouten auf.

Die gesunde Symbiose von Politik und Geschäft einer typischen Seemacht führte bereits im 13. Jahrhundert in Barcelona zu einer der ersten Demokratien Europas moderner Art. Aus dem Nebeneinander von Theokratie, Monarchie und republikanischer Oligarchie entstand der „Rat der Hundert“, ein Parlament zur Kontrolle eines Senats als Exekutive. Eine Handelsbörse und eine maritime Versicherungsgesellschaft vervollständigten nur ein Jahrhundert später das Bild der Seemacht, wie sie sich in ganz ähnlicher Weise auch in Venedig und Genua entwickelte.

Mit diesen beiden Stadt-Staaten legte sich *Barcelona* übrigens selten an. Kriegerische Auseinandersetzungen gab es vielmehr mit kontinentalorientierten Mächten wie Frankreich, das sich in das Konzept lukrativer Geschäftsentwicklung nicht hineindenken konnte, wenn man von dem späten Rivalen Marseille absehen will. Das gleiche Unvermögen galt auch für Kastilien, dessen Rivalität Katalonien gegenüber in späteren Jahrhunderten zu erbitterten Kämpfen und nach den Erbfolgekriegen Anfang des 18. Jahrhunderts zur Unterwerfung Kataloniens und damit zum Ende paktierter Selbständigkeit führte.

Wenn irgendeine der „historischen Regionen“ Spaniens wirklich Anspruch auf Selbstentfaltung hat, dann Katalonien, dessen Hauptstadt über 100 Jahre von kastilischen Kanonen buchstäblich in ihren eigenen Mauern gefangen wurde.

Daß die Katalanen heute dennoch den gemeinsamen Weg der Vernunft gehen und ganz im Gegensatz zu den Basken das nationale Gesamtverständnis und die normale Einordnung in einen Bundesstaat wählen, das liegt eben an ihrem ureigenen Charakter, den der Historiker Vicens Vives als „Geschäftsoptimismus“ treffend bezeichnete. Schließlich hätte man sich schon in der Zeit der zentralisierten Rechsführung Kastilien und damit Gesamtspaniens als Hinterland und Absatzmarkt sichern können.

Schon damals beteiligte sich Katalonien über Madrid an Reformen einer neuen Verwaltung für Spanien. Katalinische Minister sind seither in Madrid üblich. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wirkte Barcelona- Katalonien als stabile und ausbaufähige Brücke zwischen Gesamtspanien und dem übrigen Europa, von dem sich Kastilien vor 400 Jahren im Gefolge politischer und religiöser Ereignisse isolierte.

So wie die Weltausstellungen 1888 und 1929 einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Reorganisation dienten - genauso soll auch die Olympiade 1992 dem Ansehen Barcelonas in der Welt und damit unmittelbar auch seiner wirtschaftlichen Entfaltung nützen.

Barcelonas wichtigster Mitstreiter bei dem jahrelangen Kampf um den Zuschlag als Gastgeber der Olympiade war neben dem sozialistischen Bürgermeister Maragall der liberale Unternehmer Ferrer Salat - bis vor kurzem Vorsitzender des Unternehmerdachverbandes *mit* dem Sitz *in* Madrid. (Ein typisches Beispiel für das überregionale Konzept der Katalanen).

Ferrer Salat, in Kürze wahrscheinlich der Präsident des nationalen Olympiakomitees, nutzte den Propagandafeldzug für den Sport in der Geschäftswelt Nord- und Südamerikas zugleich auch für künftige Handelsverbindungen im Interesse seiner Heimat.

Die wirtschaftliche Komponente der politischen Entwicklung Kataloniens bewog von Anfang an den Politiker Jordi Pujol für eine expansionsfähige katalanische Bank zu sorgen. Zu lange hatte Madrid die Entfaltung eines katalanischen Bankensystems verhindert, als daß dies nun in wenigen Jahren hätte nachgeholt werden können.

Katalonien als starke und lebensfähige, weil flexible Industriezone möchte bei der in Spanien üblicherweise sehr engen Verflechtung zwischen Banken und Wirtschaftsunternehmen nicht auf eigene Geldinstitute verzichten. Pujols mißlungener Versuch führte in den letzten Jahren zu einer Belastung des Verhältnisses zwischen Madrid und Barcelona.

Die Staatsanwaltschaft hatte dem inzwischen zum Landesministerpräsidenten gewählten Pujol vorgeworfen, bei der Entfaltung eines katalanischen Bankennetzes unkorrekt vorgegangen zu sein.

Der soeben erfolgte Beschluß der 40 obersten Richter des Landes, wonach Pujol kein Vorwurf zu machen sei, wirkt sich deshalb auch politisch erlösend aus. Die von linken Flügel der sozialistischen Regierung in Madrid, vom staatlichen Fernsehen, sowie von einigen Madrider Zeitungen vorgetragene Kampagne gegen Präsident Pujol hatte bereits zu einer Stärkung der radikalen Nationalistenbewegung geführt - das *Letzte* was Spanien zur Zeit vertragen kann.

Die für beide Teile - und damit auch für Europa - günstige Zusammenarbeit zwischen Madrid als der politischen Zentrale Spaniens und Katalonien als dem wichtigsten Geschäfts- und Industriezentrum wird sich weiterhin für das ganze Land positiv auswirken. ROLF GÖRTZ



Gaudis Kathedrale der Heiligen Familie ist ein Wahrzeichen der Stadt. Wenn es gelingt, zur Olympiade das Hafengebiet wieder zu urbanisieren, wird auch die Unabhängigkeitssäule eine angemsessene Umgebung finden.

Madrid muß uns mehr Rechte gewähren

Jordi Pujol, der heutige Präsident Kataloniens, war eine Triebfeder der förderativen Neugliederung Spaniens, insbesondere Kataloniens. Mit dem Politiker sprach H.-H. Holzamer.

Sieben Jahre sind seit der Verfassungsreform vergangen. Sind Sie zufrieden mit dem, was Sie erreicht haben?

Pujol: Meine Partei, die katalanische Regierung und ich persönlich, wir verlangen eine große Autonomie. Wir haben nicht nach der Unabhängigkeit gestrebt. Der katalanische Nationalismus läuft nicht Richtung Unabhängigkeit, sondern in Richtung der Autonomie. Durch diese Autonomie zielen wir auf eine Festigung und Stärkung der nationalen Persönlichkeit Kataloniens, der Sprache, der Kultur, der politischen Institutionen, des eigenen Rechtes. Das ist das Erste. Zweitens: Zur Frage, ob die Autonomie, die wir heute haben, ausreichend ist. Meine Antwort lautet nein. Aber es ist auch wahr, daß wir hoffen, daß in den kommenden Wochen unsere Lage verbessert werden kann. Es gibt in der spanischen Regierung eine offenere Position gegenüber Katalonien.

Formulieren Sie Ihre Wünsche gegenüber Madrid primär als Wünsche eines autonomen Gebietes, oder sind es auch Wünsche, die daraus resultieren, daß Sie einer politisch anders gearteten Gruppe angehören?

Pujol: Nein, klar ist – und ich möchte, daß alle es auch so klar sähen – daß das eine Sache der politischen Gegensätze ist. Eine andere Sache sind die Institutionen. Wir haben eine Konstitution, die sagt, daß Spanien auf der Basis der Autonomie gebaut sein muß. Wir haben Autonomie, die nicht nur das Ergebnis dieser Konstitution ist, sondern auch das Resultat von Jahrhunderten einer eigenen Geschichte, eigener Sprache und eigener Kultur. Das kann nicht politisch bedingt sein. Die wichtigste Institution in Katalonien ist die Generalitat, auch wenn sie nicht dieselbe Farbe hat wie die Zentralregierung.

Die ersten Aufgabe der katalanischen Regierung – meiner Regierung – ist, zu versuchen, sich mit der Zentralregierung zu verständigen, selbst wenn die Madrider Regierung eine andere politische Farbe hat.

Eine große Pflicht der Madrider Regierung ist es, sich mit der Generalitat zu verständigen. Man muß institutionell sensibel sein. Die Bonner Regierung muß gute Beziehungen haben zu der Regierung Hessens, auch wenn die Regierung Hessens sozialistisch ist. Die hessische Regierung muß eine gute Beziehung auch mit der Stadt Wiesbaden haben, wo die Kommunalregierung christdemokratisch ist. Das sind die Institutionen. Wenn das nicht klappt, dann kann die Sache nicht funktionieren. Und ich verstehe nicht, daß das nicht in Spanien gleich sein soll.

Man kann das vielleicht nur global vergleichen. Ein Punkt, der im Unterschied auffällt, ist die Frage, wer bekommt die Steuern, und wie werden diese verteilt. Sie sind als Kenner Deutschlands bekannt, wissen von unserem internen Finanzausgleich der Länder. Das gibt es hier in Spanien nicht?

Pujol: Es gibt eine große Gefahr, daß die Autonomie verringert wird. Aus zwei Gründen: Erstens wegen des Konzepts, das die Zentralregierung verfolgt, sie will keine wirkliche Autonomie sondern Dezentralisation. Und zweitens, weil wirklich die finanziellen Möglichkeiten der Autonomien sehr klein sind.

Katalonien ist das Land, das am wenigsten Geld bekommt. Wir müssen mehr bezahlen als wir bekommen. Ein reiches Land muß natürlich mehr bezahlen als ein armes Land, aber hier ist es so übertrieben worden, daß Katalonien in eine schwierige Lage gekommen ist.

Würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß sich eine echte Autonomie, auch im spanischen Staat, aus zwei Wurzeln speist, einmal Finanzautonomie und zum anderen Konsens des Volkes.

Pujol: Wir haben nicht nur direkte Wahlen, wir haben auch ein eigenes Parlament. Wir brauchen Kompetenzen.

Welche hätten Sie denn gern?

Pujol: Man könnte sagen, daß wenn wir die Zuständigkeiten, die wir haben, wirklich hätten, dann wäre das schon ziemlich gut. Aber es gibt eine ewige Diskussion, ein ständiges Beschneiden.

Was können Sie denn gegen dieses Beschneiden tun? Politisch kämpfen? Oder können Sie auch das Verfassungsgericht anrufen?

Pujol: In diesem Augenblick haben wir 116 Klagen zwischen uns und der Zentralregierung. Das bedeutet, daß da etwas im Argen ist.

Sie haben keine andere Chance als optimistisch zu sein?

Pujol: Ja, wir hätten eine andere Chance.

Sie könnten sagen, wir geben die Autonomie zurück?

Pujol: Erstes: Unsere politische Situation ist nicht gut. Unsere Beziehungen zu der Regierung sind auch nicht gut. Wir haben Probleme. Zweitens: Trotzdem bin ich sicher, daß wir sie überwinden können. Drittens, und da bin ich auch optimistisch, ist unser Land Katalonien, und in unserem Land geht es vorwärts.

In diesem Augenblick ist zum Beispiel die kulturelle Entwicklung gut. Nicht nur der Triumph, daß die Olympischen Spiele in Barcelona ausgetragen werden, nicht allein Freude über den Sieg, sondern darüber, wie wir es geschafft haben.

Kommen wir noch mal auf den konstitutionellen Konflikt mit der Zentralregierung zurück. Ist das eigentlich kein Thema für den König, und wie steht der Monarch eigentlich zu dem Konflikt?

Pujol: Das ist keine Sache für den König. Er kann dazu nichts sagen, so verstehe ich die Verfassung.

Den Optimus in der der Gesellschaft hier. Das ist etwas, was man spüren kann. Auch Olympia, das war kein Thema, das sich irgendwelche Politiker ausgedacht haben, das war getragen vom Konsens der Leute.

Pujol: Nicht nur der Leute. Der Konsens bestand auch bei den Politikern. Wenn eine wichtige Partei in Katalonien gegen die Olympischen Spiele etwas gestimmt hätte, dann hätten wir auch keinen Konsens im Volk gehabt. Die Stadt braucht die Hilfe der katalanischen Regierung; zweitens von der Zentralregierung, drit-

● Fortsetzung Seite II

Madrid muß uns mehr Rechte gewähren

● Fortsetzung von Seite 1

tens von der katalanischen Gesellschaft. Heute sprach ich mit einem sozialistischen Bürgermeister in Südfrankreich. Er war gegen die Olympischen Spiele, weil Paris nicht sozialistisch ist, nur deswegen. Aber das ist glücklicherweise bei uns nicht geschehen. Die katalanische Regierung, die Zentralregierung, die katalanische Gesellschaft und die Bürgermeister wir sind alle zusammen gegangen. Was die Olympischen Spiele anbetrifft, so sind wir uns alle sehr einig gewesen.

Olympia, das addiert sich ja zu anderen Momenten. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, daß die späten 80er Jahre in Europa die Jahre Spaniens sind.

Pujol: Das ist wahr.

Sie bekommen die EXPO '92 nach Sevilla, sie haben jetzt die Olympiade, Madrid hat kulturell zugelegt. Spanien ist in Europa en vogue. Zum Thema Europa: Sie wissen, daß einige Bundesländer eigene Repräsentanzen in Brüssel eröffnen, das war ein großes politisches Thema. Werden Sie eine Repräsentanz bei der EG *haben wollen?*



Jordi Pujol
FOTO: DIE WELT

Pujol: Wir können es nicht machen.

Sie haben die Debatte verfolgt?

Pujol: Ja. Jetzt fangen wir mit dieser Debatte an. Heute mittag sind zwei meiner Mitarbeiter in Madrid, um über dieser Angelegenheit mit der Regierung zu sprechen. Wir haben aber auch andere Möglichkeiten. Ich habe in diesem Jahre zwei sehr erfolgreiche Reisen nach Kalifornien und Argentinien gemacht. Ich werde am 26. und 27. nach Brüssel fahren. In Frankreich besitzen wir ein gutes Prestige. Barcelona ist die Hauptstadt Kataloniens, aber sie ist zu groß, um nur Metropole zu sein. Sie ein bißchen die Hauptstadt von Spanien. Die Leute aus Frankreich kommen nach Barcelona entweder um in die Opera zu gehen oder zu einem Fußballspiel. Es besteht großes wirtshaftliches Interesse auf beiden Seiten.

Die strukturellen Anpassungen, die Sie für notwendig halten, werden sicher dazu beitragen, daß sich kapitalmäßig die Internationalität der Industrie hier noch erhöht. Befürchten Sie eine Überfremdung?

Pujol: Ja, ich befürchte, daß gegen diese Entfremdung nichts getan werden kann. Die einzige Sache, die wir machen müssen, um das zu vermeiden, ist, wirklich sehr viele lokale katalanische Initiativen zu haben. Dies ist schon schwierig für Belgien oder für Großbritannien, für uns müßte es noch schwieriger sein, weil wir ein kleineres Land sind. Wir haben glücklicherweise eine lange Unternehmertradition. Vor fünf Jahren hatten wir eine große Krise, aber seit zwei Jahren ist der Unternehmenssektor wieder lebendig. Kreativ sind sie alle. Wir müssen ausländisches Kapital, ausländische Technologie, und unsere Leute müssen eigene Initiativen haben. Es ist unvermeidlich, daß wir mit der spanischen Wirtschaft und mit der internationalen Wirtschaft verknüpft sind.

Aber Katalonien ist ein sehr kreatives Land. Die Kreativität ist indes höher als seine Kapazität, die Kreativität zu kontrollieren. Wir sind fähig, Ideen und Gesellschaften zu gründen, wir brauchen aber einen größeren Rahmen und meistens auch stärkere Leute. Wir haben mehr Software als Hardware. Das ist sehr sympathisch, aber es ist ein Mangel.

Ein Wort zur Kultur. Es ist faszinierend zu sehen, daß die kulturelle Identität in Ihrem Lande sich sehr modern definiert, und *sehr modern artikuliert.*

Pujol: Wir versuchen es.

Mirò, Gaudi, Dali, Picasso, sind alle progressive Künstler. Ist die Erklärung, daß das Land gezwungen ist, ständig kreativ zu sein.

Pujol: Das ist die Konsequenz. Aber das ist immer noch unser Problem.

Sie wollen immer modern bleiben?

Pujol: Wir müssen.

AUF EINEN BLICK

Generalitat de Catalunya (Landesregierung von Katalonien)

Departament de Comerç, Consum i Turisme (Landesministerium für Handel, Verbraucherschutz und Tourismus): Passeig de Gràcia, 105 08008 Barcelona, Tel. 3/237 90 45, Telex 52714 DCTGC E.

Departament d'Economia i Finances (Landesministerium für Wirtschaft und Finanzen): Rambla de Catalunya, 19–21, 08007 Barcelona, Tel. 3/302 50 20, Telex 97997 GENT E.

Departament d'Indústria i Energia (Landesministerium für Industrie und Energie): Passeig de Gràcia, 105, 08008 Barcelona, Tel. 3/237 36 45, Telex 52714 DCTGC E.

Institut Català del Sòl (Institut für Industriegrundstücke in Katalonien): Còrsega, 289, 6è, 08008 Barcelona, Tel. 3/237 79 00.

CIDEM, (Informationszentrum für Entwicklung und Management): Avda. Diagonal, 403, 1er, 08008 Barcelona, Tel. 3/217 20 08, Telex 527.14 DCTGC E.

Spanisches Wirtschaftsministerium (Dirección General de Transacciones Exteriores – Generaldirektion für Auslandstransaktionen): Paseo de la Castellana, 162, 28046 Madrid, Tel. 1/458 00 16, Telex 43399 POLCO E.

Dirección Territorial del Ministerio de Economia y Hacienda en Barcelona (Regionaldirektion des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen): Gran Via de Carlos III, 105, 08071 Barcelona, Tel. 3/339 50 00, Telex 54265 DLBA E.

Internationale Messe von Barcelona (Fira Oficial Internacional de Mostres): Av. Reina Ma. Cristina, s/n, 08004 Barcelona, Tel. 3/223 31 01, Telex 50458 FOIMB E.

Consell de Cambres de Comerç, Indústria i Navegació de Catalunya (Kammervereinigung): Casa Llotja de Mar Passeig Isabel II, 1, 08003 Barcelona, Tel. 3/319 24 12.

Deutsche Handelskammer: Còrsega, 301–303, 08008 Barcelona, Tel. 3/218 82 62, Telex 50615 (HAKA E.

Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland: Passeig de Gràcia 111, 14è, 08008 Barcelona, Tel. 3/218 47 50, Telex 54768 AABCL E.

Universitäten im Bereich Barcelona: Universität Barcelona, Rektoramt: Gran Via de les Corts Catalanes, 585, 08007 Barcelona, Tel. 3/301 42 32, Telex: 54549. – Auskunftsdienst: Tels. 3/318 99 26 oder 318 99 76.

Autonome Universität Barcelona: Rektoramt: Edifici del Rectorat, Bellaterra. Barcelona, Tel. 3/692 11 66, Telex: 52040.

Polytechnische Universität Katalonien: Rektoramt: Avgda. Gregorio Marañon s/n, 08028 Barcelona, Tel. 3/333 92 22, Telex: 52821 VPC E.

Weitere Auskünfte über Hochschulen und Forschungsinstitute: Generalitat de Catalunya, Direcció General d'Universitats, Av. Diagonal 682, 9è, 08034 Barcelona, Tel. 3/205 21 12.

Katalonische Kammern für Handel, Industrie und Schiffahrt: Ample 11–13, 08002 Barcelona. Tel. 3/302 33 66, Telex 54713 COIBA E.

Kammer für Handel und Industrie Manresa: Pça. Pedregar 1, Manresa. Tel. 3/872 42 22, Telex 57408 LMTSA E.

Kammer für Handel und Industrie Sabadell: Alfons XIII 45, pral., Sabadell. Tel. 3/725 49 11, Telex 59818 CAMER E.

Kammer für Handel und Industrie Terrassa: Sant Antoni 39–41, Terrassa. Tel. 3/784 49 11, Telex 56137 COCIT E

Dresdner Bank: Diagonal 427 bis 429, 08036 Barcelona, Tel. (3) 200.13.11, Telex 97394 DREB E.

Commerzbank: Consell de Cent 357, 08007 Barcelona, Tel. (3) 215.54.43, Telex 97668 CBKE E.

Deutsche Bank: Passeig de Gracia 111, 08008 Barcelona, Tel. (3) 218.28.35, Telex 97297 OTBB E.

Girona

Kammer für Handel und Industrie: Avda. Jaume I, 46, 17001 Girona. Tel. 72/20 04 00, Telex 57105 COCIG E.

Kammer für Handel, Industrie und Schiffahrt Sant Feliu de Guixols: Carretera de Palamós 40, Sant Feliu de Guixols. Tel. 72/32 08 84, Telex 57364 CCCTE E.

Kammer für Handel und Industrie Palamós: Pça. Murada 1, Palamós. Tel. 72/31 40 77.

Lleida Kammer für Handel und Industrie: Anselmo Clavé 2, 25007 Lleida. Tel. 73/23 68 22.

Kammer für Handel und Industrie Tàrrega: Pça. Major 4, Tàrrega. Tel. 73/31 07 53.

Tarragona

Kammer für Handel und Industrie: Boule 8, Reus. Tel. 77/31 46 51.

Kammer für Handel, Industrie und Schiffahrt: Rovira Virgili 2, 43002 Tarragona. Tel. 77/21 96 76.

Tortosa

Kammer für Handel, Industrie und Schiffahrt: Despuig 13, Tortosa. Tel. 77/44 15 37.



Die Hälfte der Exporte geht nach Westeuropa

EG ermöglicht weiteres Wirtschaftswachstum Kataloniens

Wer über Katalonien und die Europäische Gemeinschaft heute spricht, der redet über die Geschichte in den Beziehungen zwischen Katalonien und dem Rest Europas. Er spricht auch über die engen finanziellen, wirtschaftlichen und kulturellen Bande, die heute in 1986 spürbar werden lassen, daß Katalonien ein integraler Bestandteil des aus europäischen Regionen geformten Ganzen ist. Und schließlich spricht er von der Herausforderung, die der formale Anschluß an die Europäische Gemeinschaft für Katalonien und die katalanische Wirtschaft bedeutet.

Im Jahre 2000 wird Kataloniens Platz in der Gemeinschaft völlig konsolidiert sein wie er auch der Prozeß der spanischen Integration in die EG bis 1993 abgeschlossen sein soll für die Bereiche Industrie und Dientleistungen und bis 1994 beziehungsweise 1996 für den landwirtschaftlichen Bereich. So spricht derjenige, der über Katalonien in der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 2000 redet über eine Schlüsselregion in der Entwicklung des mediterranen Europas.

Spaniens Integration in die Europäische Gemeinschaft muß Katalonien erlauben, seinen Platz als ein zentrales Gebiet im nordwestlichen Mittelmeerraum einzunehmen als ein Gebiet, das die besten Aussichten für eine Expansion innerhalb der Europäischen hat.

Gegenwärtig ist Katalonien eine europäische Industrieregion, die knapp über den Durchschnittswerten der europäischen Regionen im allgemeinen liegt. Mit der Ausdehnung von etwa 32 000 Quadratkilometern kann es verglichen werden, was die Größe angeht, mit einigen Mitgliedstaaten wie Belgien, den Niederlanden und Dänemark oder mit der europäischen Region Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen.

Eine wohlhabende Region

Darüberhinaus geben Katalonien sechs Millionen Einwohner ihm eine größere Bevölkerung als Dänemark oder Irland aufzuweisen hat und plaziert es oberhalb der durchschnittlichen Bevölkerung in Europas Regionen, die bei fünf Millionen liegt.

Im Jahre 1985 lag das Bruttosozialprodukt Kataloniens bei 43 Milliarden ECU und entsprach damit ungefähr dem der gesamten griechischen Wirtschaft und war weitaus höher als das Irlands, Portugals und natürlich Luxemburgs.

Sein Pro-Kopf-Einkommen ist bedeutend geringer als das des EG-Durchschnitts, aber höher als des spanischen Durchschnitts, des Durchschnitts von Irland, Griechenland und Portugal und liegt sehr nahe dem Italiens. Unter dem Strich ist die Bedeutung Kataloniens im sozio-ökonomischen Bereich durchaus derjeniger einiger Mitgliedstaaten vergleichbar.

Handelsdefizit mit Bonn

Darüberhinaus gibt es in allen Mitgliedstaaten bestimmte Regionen, die sich durch eine starke Persönlichkeit auszeichnen und die bedeutende Beiträge zur Entwicklung des Landes selbst geleistet haben. Diese Regionen sind oft zu Ecksteinen der wirtschaftlichen Aktivität des Landes geworden und haben nun diese Rolle auch in der Europäischen Gemeinschaft übernommen. Das ist der Fall Kataloniens im Rahmen Spaniens.

Gegenwärtig entspricht die Bevölkerung Kataloniens etwa 16 Prozent der Bevölkerung Spaniens. Davon unabhängig steuert Katalonien 20 Prozent des Bruttosozialproduktes Spaniens bei, mehr als 25 Prozent der Industrieproduktion des Landes, etwa 20 Prozent des Bruttosozialproduktes im Dienstleistungsbereich und fast ein Viertel im spanischen Tourismussektor. Es ist daher ein Eckstein der spanischen Wirtschaft.

Was den Außenhandel anbelangt, hat Katalonien ein Defizit in der Handelsbilanz, das allerdings wett gemacht wird durch die Einnahmen aus dem Tourismus und dem Zustrom von Kapital, insbesondere ausländischer Investitionen. Mehr als 50 Prozent der katalonischen Exporte und mehr als 40 Prozent seiner Importe werden mit der Europäischen Gemeinschaft abgewickelt.

Das höchste Handelsdefizit besteht gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und in geringerem Umfang gegenüber Großbritannien und Belgien. Auf der anderen Seite weist Kataloniens Handeln einen Überschuß in der Beziehung zu Frankreich, zu den Niederlanden, zu Italien und Portugal auf. ho.

Sekt: Höchste Zuwachsraten in Deutschland

Die Gruppe Freixenet ist der größte Sekthersteller und Sektexporteur der Welt nach der „Méthode Champenoise". Freixenet ist der meistkonsumierte spanische Sekt in Deutschland, den USA, England, Italien und vielen anderen Ländern.

1985 wurden über 20 Millionen Flaschen in die verschiedensten Länder exportiert. Für 1986 wird mit einer Zuwachsrate von 30 Prozent gerechnet. Hauptabnehmer sind die USA mit circa 13,5 Millionen Flaschen. 1984 übernahm Freixenet von der ehemaligen Rumasa-Gruppe die Firmen Castellblanch, Segura Viudas, René Barbier und Canals & Nubiola.

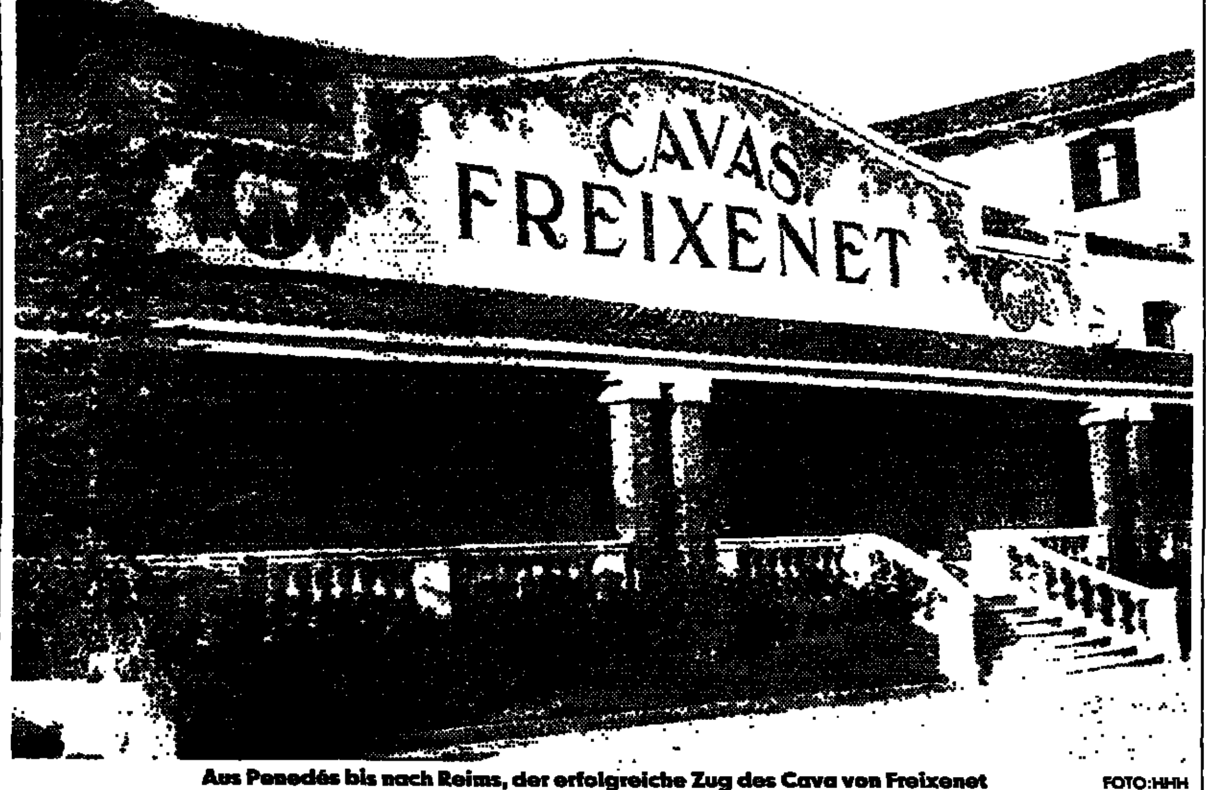
Der deutsche Markt weist die höchsten Zuwachsraten aus. Während 1984 noch rund 600 000 Flaschen abgesetzt wurden, wird in in diesem Jahr mit einem Absatzvolumen in der Bundesrepublik von 1,2 Millionen Flaschen gerechnet.

Freixenet ist eine spanische Firma und wurde vor fast 100 Jahren in San Sadurni de Noya gegründet. San Sadurni liegt 40 Kilometer südlich von Barcelona, ganz in der Nähe des Mittelmeers und somit in einem sehr günstigen Klima für den Anbau der Reben.

Im vergangenen Jahrhundert haben einige Weinbauern aus San Sadurni die erprobte Technik von Dom Perignon übernommen. So entwickelte sich dieser Ort zum Zentrum des spanischen Sektes.

Der in Spanien nach der „Méthode Champenoise" hergestellte Sekt heißt „Cava". Alle Produkte des Landes dürfen diesen Namen tragen.

Freixenet besitzt außer mehreren Kellereien in Spanien eine Champagner-Firma in Reims und hat sechs Millionen US-Dollar in den Bau einer Kellerei in Sonoma (USA) investiert. Darüber hinaus wird 1987 eine eigene Sektkellerei in Mexiko die Produktion aufnehmen. Somit wird Freixenet der einzige Sekthersteller sein, der in den drei Anbaugebieten „par excellence", der Champagne in Frankreich, dem Penedes in Spanien und Sonoma in Kalifornien, präsent ist. (WR)



Aus Penedés bis nach Reims, der erfolgreiche Zug des Cava von Freixenet FOTO:HHH

Am deutschen Management hielt man fest

Spaniens Finanzsystem nach der EG-Mitgliedschaft und das Erbe einer deutschen Tochter

Das spanische Finanzsystem hat sich in den letzten Jahren von dem eines Entwicklungslandes entfaltet bis zu einem vollentwickelten Finanzsystem nach westlichen Maßstäben. Es hat sich den Änderungen angepaßt, die im Weltfinanzsystem eingetreten sind und ganz speziell den europäischen Erfordernissen nach dem Beitritt zur EG.

Mit der Zulassung ausländischer Banken im Jahre 1978 und der Liberalisierung der Finanztätigkeit entstand Aufruhr unter den etablierten Finanzvermittlern. So trat mit dem Bruch des Status quo aufgrund des Hinzukommens ausländischer Banken und der Gleichstellung der Sparkassen das Kreditsystem in eine Dynamik des Wettbewerbs ein.

Heute liegt das Schwergewicht der Kreditvergabe nach wie vor bei den Privatbanken, auch wenn es richtig ist, daß sie, nach der praktischen Gleichstellung der Sparkassen, ihr übliches Verhalten aufgegeben haben und aggressiv geworden sind.

Die Privatbanken setzen sich aus 135 Instituten zusammen, von denen 98 spanische Banken sind (von diesen sind 23 Industriebanken) und 37 ausländische Banken. Sie sind der bedeutendste Geldanleger auf dem privaten Sektor mit 59 Prozent, gefolgt von den Sparkassen mit 28 Prozent und offiziellen Kreditinstituten mit zehn Prozent.

Bei privaten Konten sind es wiederum die Privatbank, die mit 54 Prozent den größten Prozentsatz ausweisen, die Sparkassen folgen mit 41 und andere mit fünf Prozent.

Die Banken mit Mehrheit ausländischen Kapitals (gemäß Rangordnung der Banken aufgrund ihrer Gesamtaktiva) sind: Banco Atlantico, City Bank España, Barclays SAE, Arabe Espänol und B. N. P. España.

Große Bedeutung hat das Kredit- und Finanzierungsvermittlungssystem, denn 68 der spanischen Banken werden von den acht Großen der Branche kontrolliert: Banco Central, Banco Español de Credito, Bilbao, Hispano-Americano, Vizcaya, Santander, Popular beziehungsweise Exterior de España.

Ein Gleiches vollzieht sich nun auf dem Sektor der Sparkassen, denn von den 86, die es gibt, werden 50 Prozent von den neun großen Sparkassen kontrolliert.

In Spanien besitzt das Bankensystem fast 33 000 Dienststellen und Büros, von denen 51 Prozent Privatbanken gehören, 39 den Sparkassen und die restlichen zehn Prozent Genossenschaftskreditinstituten, so daß das Niveau des Service der Finanzvermittler zu den höchsten auf europäischer Ebene gehört, denn auf je 1000 Einwohner kommt ein Büro.

Auch „original deutsches Bankmanagment" findet man in Barcelona, bei der Bancotrans. Sie ist Nachfolger einer Tochter der Deutschen Bank gehörte, und die 1904 ihre erste Niederlassung in Barcelona aufmachte. Nach dem Krieg ist die Bank 1950 von den Spaniern neugegründet worden, aber mit dem gleichen Management.

Im Laufe der 50er Jahre hat die Deutsche Bank, die ursprünglich eigentlich mal Eigentümer war, wieder einen Teil des Kapitals der Bank übernommen. Dieser Anteil ist im Laufe der Jahre seitdem auf bis heute circa 34 Prozent angestiegen.

G. DEANO

Vino und Cava auf Erfolgskurs

Torres und Freixenet, zwei Unternehmen schufen katalonische Spitzengewächse

Endlich nun findet der katalanische Wein zu sich, zu seiner Tradition und zu seiner Qualität. Wein aus Spanien das war noch bis vor wenigen Jahren nur Wein aus Jerez und Rioja", sagt Miguel A. Torres, „die Idee, bei Wein auf Qualität Wert zu legen, war nicht häufig anzutreffen in Katalonien".

Daß sich dies ändern konnte, daß man heute das Gebiet Penedés ohne zu zögern dem Club der Spitzenanbaugebiete hinzurechnet, ist das Verdienst einiger Unternehmer wie Miguel Torres oder das Haus Freixenet, das von den Geschwistern Ferrer Sala aufgebaut und dann in eine moderne Gesellschaft eingebracht wurde. José Ferrer Sala ist seit 1978 Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor des Unternehmens.

Noch rangieren auf dem europäischen und speziell dem deutschen Markt preismäßig Wein und Cava, so heißt der spanische Schaumwein hergestellt nach der Champagner-Methode, ganz unten. Aber die Experten sind anderer Auffassung.

Bereits auf der „Weinolympiade 1979" erang ein Torres den ersten Preis vor einem Chateau Latour. Der Grund dafür, daß Katalonien zuweilen bei den Billigangeboten zu finden ist, liegt darin, daß die Preise anders als in Frankreich kalkuliert werden. Zu berücksichtigen ist auch, daß er ein geringeres Prestige hat. Und der Tourist, der in Spanen den einheimischen Wein trinkt, achtet nicht immer auf Qualität. Auch was das Marketing angeht, muß vieles nachgeholt werden. Immerhin hat das Büro zur Förderung des spanischen Außenhandels, INFE, inzwischen ein Büro in Deutschland aufgemacht.

Neben den Experten waren auch deutsche Importeure klüger. Das Bremer Weinhaus Eggers und Franke zum Beispiel hat schon seit Jahren erfolgreich spanischen Spitzenlagen im Angebot. Bekannter ist in Deutschland indes der Brandy mit dem Namen Torres.

Die Probleme im Weinverkauf wiederholen sich in den Restaurants. Die spanischen Restaurants, die es in Deutschland gibt, liegen niveaumäßig auf der Ebene der Gastarbeiter und Studenten. Da achtet man nicht immer auf guten Wein. Doch in Frankreich ist es Freixenet gelungen, in zwei der Spitzenlokale ausgeschenkt zu werden.

Der Eintritt Spaniens in die Europäischen Gemeinschaft hat einiges in Bewegung gesetzt. Bis Ende September legte Torres um 44 Prozent Zuwachs zu und machte immerhin in diesen neun Monaten 200 000 Flaschen Umsatz. Sogar in das Mutterland des Champagner traute sich Freixenet und kaufte in Reims einige Keller, „weil wir der Meinung sind, daß wir an den wichtigsten Produktionszentren anwesend sein sollen".

In Frankreich verspricht man sich einen guten Erfolg, weil der Cava preislich unter dem Champagner liegt, qualitativ aber nicht schlechter ist. Und nicht zu vergessen, Spanien hat im Bereich der Champagnerproduktion unerhörte Möglichkeiten. 130 Millionen Flaschen jährlich könnte man (dh mehr als Doppelte der heutigen Produktionszahlen) herstellen. Und Freixenet konzentriert sich auch konsequent auf die Produktion dieses prickelnden, eleganten Saftes, obwohl es seit den Umstrukturierungen, die 1981 begannen und mit der Übernahme anderer Unternehmen 1984 ihren Abschluß fanden, auch mit hochwertigen Tafelweinen am Markt vertreten ist.

Ebenso wie Freixenet gilt Torres in Penedés-Gebiet als beispielhaft für die qualitative Verbesserung des Weines und für die konsequente Erschließung von Exportmärkten. Der 45jährige Miguel Torres ist heute der Manager des Unternehmens, in dem formell noch sein Vater das Sagen hat. Eigentlich wollte er Chemie studieren, aber dann besann er sich, die Lehren der Chemie einem natürlichen Weinanbau zugute kommen zu lassen. Und aus seinem französischen Universitätsort Dijon brachte er neue Trauben in die katalanische Heimat, Gewürztraminer, Sauvignon, Chardonnay, Pinot Noir und Cabernet Sauvignon. Aus Liebe zu seiner Frau baute er auch deutschen Riesling an und nannte das Ergebnis „Waltraud". Torres setzt konsequent auf Spitzenqualitäten, der Gran Coronas Black Label ist ein Beispiel, der Sangredetoro Reserva ein anderes. Die Abfüllanlage in Vilafranca zählt zu den modernsten in der Welt, mit Computern wird die Gärung überwacht.

Trotz der Schwierigkeiten mit dem Image hält Waltraud Torres, den ihr anvertrauten deutschen Markt für „sehr ausbaufähig". Da ist sie einer Meinung mit Freixenets Deutschlanddirektor Bernado Halva, der in ihm „einen der ersten auf der ganzen Welt" sieht.

Freixenet verkauft in Deutschland auch an die Sektfirma Henkel, die Cava dann unter dem Namen Don Christobal auf den Markt bringt.

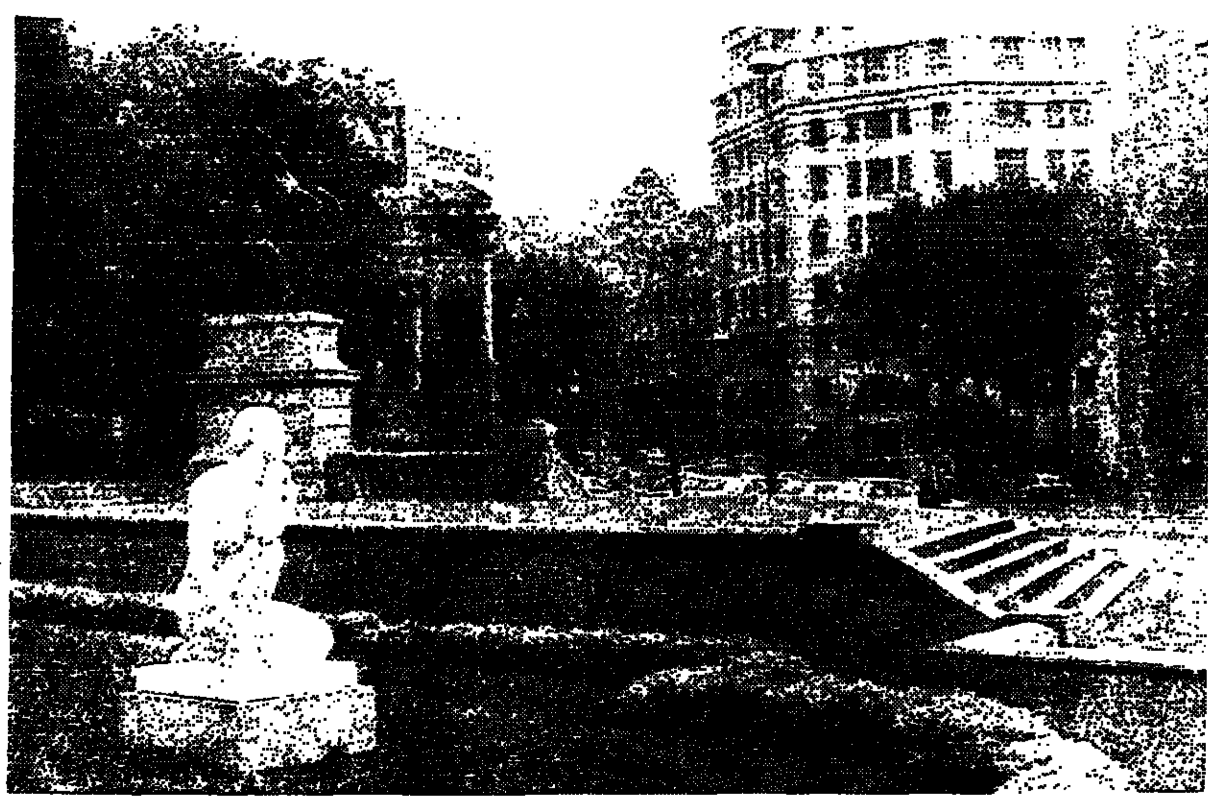
Die Region Penedés liegt südlich von Barcelona, an der Küste des Mittelmeers. Und immerhin beschäftigen sich schon Phönizier, die Griechen und dann vor allen Dingen die Römer mit dem Weinanbau. Das Gebiet mit dem Ursprungszeugnis Denominacion Origen Penedéz umfaßt heute 60 000 Hektar, die sich in drei Subregionen unterteilen, in das niedrige Penedés-Gebiet an der Küste, das zentrale Penedés-Gebiet und die Hochlagen.



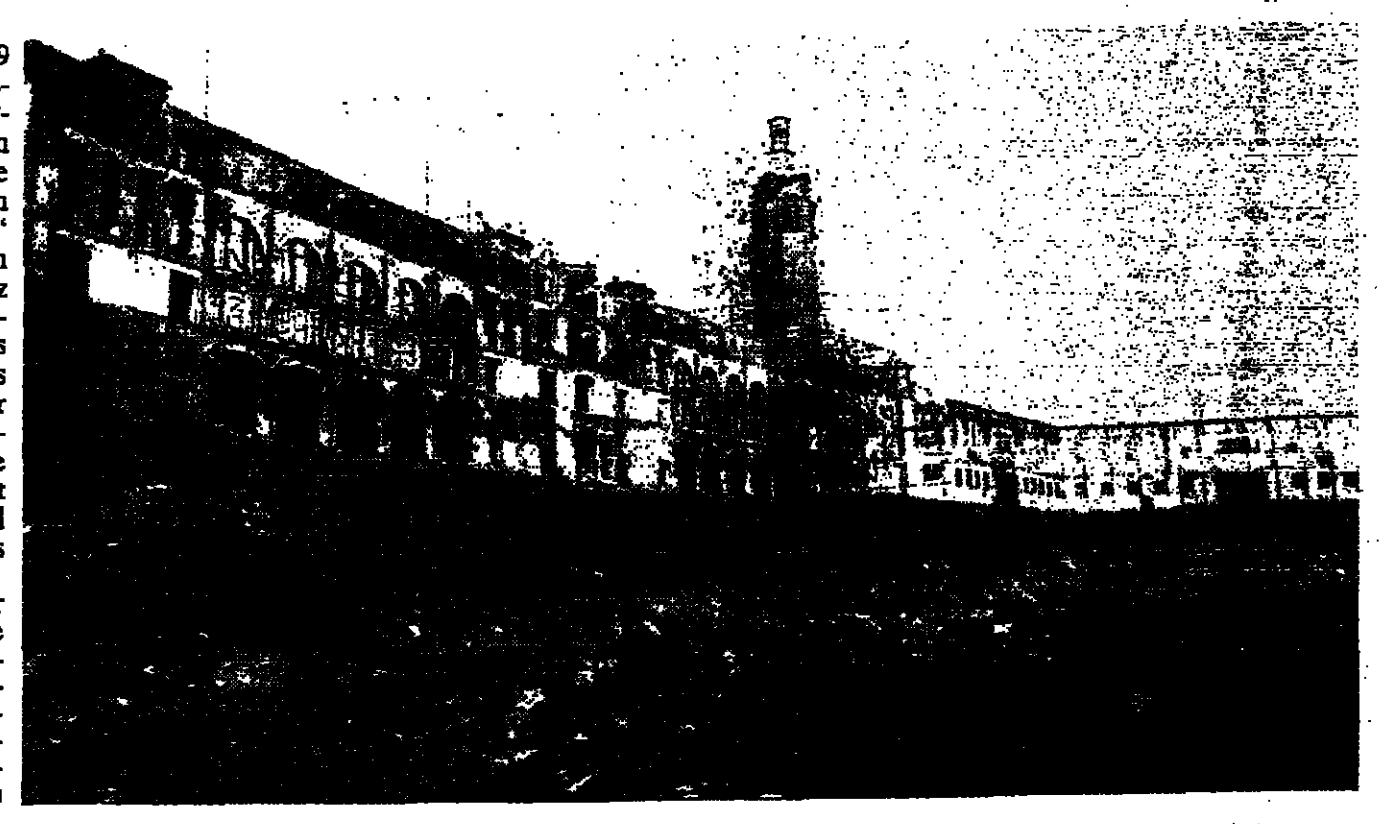
Miguel Torres und seine deutsche Frau Waltraud bemühen sich um den Export FOTO: HHH

An der Küste gedeiht ein schwerer, aromatischer Roter und ein lieblicher, weißer Dessertwein mit 14 Prozent Alkohol. Im Zentralgebiet entsteht leichterer Wein mit 11 bis 13 Prozent. Sowohl der Weiße als auch der Rosé ist frisch, der Rote kräftig. In der Höhe reifen die Trauben einen guten Monat später als an der Küste, und es entsteht ein eleganter, fruchtiger Weißer mit einem niedrigen Alkoholgehalt. Diese Trauben werden überwiegend für den Cava benutzt. Vorgeschrieben ist, daß aus 1000 Kilogramm Trauben nicht mehr als 640 Liter Most gepreßt werden.

GUSTAVO DEANO



Dort, wo 1929 die Weltausstellung stattfand, wühlen sich die Bagger durch die Erde, um den „olympischen Ring" zu schaffen, von dem aus man ganz Barcelona überblikken kann. Doch das Herz Barcelonas schlägt nicht hier oben, es schlägt unten auf der Plaza de Cataluña. Hier trifft sich zum Kaffee und zum Bummel das kosmopolitische Bürgertum der Stadt, um dann die Rambla herabzugehen, die Hauptschlagader, die hinabführt bis zur Columbussäule im Hafen. FOTOS: HHH



Maragall: Barcelona ist stets Avantgarde

Der katalanischen Metropole brachte das Autonomiestatut neuen Aufschwung – Und nun ist sie sogar „olympisch"

Im Palast der Generalitat residiert die Regierung Kataloniens unter Jorgi Pujol, traditionsbewußt und konservativ. Gegenüber dem Palast des Rathauses ein sozialistischer Bürgermeister, Pasqual Maragall. Barcelona ist reich an Kontrasten. Nicht nur im Politischen, sondern vor allen Dingen im Philosophischen und Kulturellen.

Der Palast der Generalitat ist zugleich Ausdruck der Jahrhunderte alten Geschichte eines Volkes mit eigenen nationalen. politischen Einrichtungen und Ansprüchen. Immerhin gab es schon im Jahre 1289 Les Corts, das Ständeparlament, das für den König die Steuern eintrieb, und 1359 wird die Generalitat bereits als ständige Einrichtung beschrieben, das die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten vertritt und den König in seiner absoluten Macht einschränkt. Bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts ersetzte die Generalitat die königliche Macht und übte exekutive Funktionen aus.

Der Palast stammt in seiner ursprünglichen Form aus dem Jahre 1414. Die endgültige Gestalt erhielt er in der Zeit von 1610 bis 1630, als der Architekt Pere Pau Ferrer die barokke Fassade des Nordteils schuf. Während des spanischen Erbfolgekrieges fiel Barcelona am 11. September 1714 an den absolutistischen König Felipe V. Die Souveränität ging verloren, und die Generalitat erlebte erst im Jahre 1931 ihre Auferstehung, als Francesca Macia die Gemeindewahl gewann und Katalonien ein Autonomiestatut erhielt.

Der Spanische Bürgerkrieg beendete diese kurze Epoche, und es dauerte bis zur Wiederherstellung der Demokratie in Spanien und zu den ersten demokratischen Wahlen im Jahre 1977, daß der Palast wieder Sitz der Generalitat war. Dies war am 29. September 1977.

Ganz anders die Stadt Barcelona. Immer war sie Avantgarde. Früher als anderswo dominierte das städtische Bürgertum. Dieses blickte aufs Meer nach Frankreich und nach Zentraleuropa und nicht das sich nach außen abschottende und von der Kirche geprägte Spanien. Maragall steht für eine solche Politik, und Antoni Gaudi steht für die Architektur. Seine Kirche la Sagrada Familia atmet diesen Geist ebenso wie seine Häuser, etwa die Casa de Batillo oder la Pedrera, das dem Jugendstil zugeschrieben wird, das aber unverfälscht Gaudi ist.

Auch die Gotik ist hier katalonisch. Die Puerta de la Piedad hat sich darum bemüht Abschied von der Romanik zu nehmen, aber ihre Erhabenheit zu bewahren. Unermüdlich vorwärts allen ist auch der Bürgermeister von Barcelona und Präsident der Barcelona Metropolitan Cooperation, die den Großraum Barcelona zu verwalten sucht, Pasqual Maragall. Ungeachtet vieler Rückschläge trieb er das Anliegen Barcelonas voran, Olympiastadt zu werden, bis zum Erfolg. Und jetzt will er diesen Erfolg nutzen, um Barcelona ans Zeitalter der Kommunikation anzuschließen, um mit dem Technologiepark in Valles Zukunftsindustrien in die Stadt zu bringen. „Siemens hat eine große Niederlassung hier, die sich mit Forschungsaufgaben befaßt, vor allem im Bereich der Sprachen und der künstlichen Intelligenz. Und wenn wir daran



Pasqual Maragall
FOTO: DIE WELT

denken, zur Olympia die Stadt auch in diesem Bereich zu modernisieren, dann denken wir natürlich zunächst an diese Firma." Maragall will die ganze Stadt verkabeln lassen. „Warum soll ein Sozialist fortschrittsfeindlich sein?" weißt er Kritik zurück.

Der Bürgermeister hält große Stücke von deutscher Technologie – und Organsiationsvermögen, genau genommen Münchner, denn die Olympischen Spiele der Isar-Metropole will er sich insoweit als Vorbild nehmen, was die Athmosphäre angeht, denkt er an Los Angeles.

Dort, wo 1929 die Weltausstellung stattfand, oberhalb der bunten Brunnen von Carlos Buigas, wühlen sich derzeit die Bagger durch die Erde, um den „olympischen Ring" zu schaffen, von dem aus der Olympiabesucher ganz Barcelona überblicken kann bis zum Parque del Tibidado im Norden und zum Mittelmeerhafen im Süden.

Doch das Herz Barcelonas schlägt nicht hier oben, es schlägt unten auf den Plaza de Cataluña. Hier trifft sich zum Kaffee und zum Bummel das kosmopolitische Bürgertum der Stadt, um dann die Rambla herabzugehen, die Hauptschlagader der Stadt, die hinab führt bis zur Columbussäule im Hafen und die eine Galerie ist für die jungen Künstler der Stadt für Maler, Tänzer, Sänger und Musikanten. Und abends – leider auch – Treffpunkt der Drogenabhängigen.

Viel wird die Stadt gewinnen, wenn es gelingt, in der Hafengegend das olympische Dorf anzusiedeln, dort, wo heute verrottende Industrieanlagen den Zugang zum Meer versperren. Das kann Zukunftsmusik sein, aber Maragall ist entschlossen, das Vorhaben bis zur Olympiade bis zum Jahre 1992 zu verwirklichen.

P. B-K.

Neue Gesetze ebneten den Weg

Katalanische Unternehmen machten Gewinne, die zu weiteren Investitionen animieren

In Katalonien ist nach zahllosen Insolvenzen die Zahlungsmoral besser geworden, eine Bankenkrise wurde überwunden und ein flexibler Kreditmarkt geschaffen, die überlebenden Unternehmen haben ihre Produktions- und Finanzierungskosten im Griff. Insgesamt ist die Managementleistung besser geworden und es werden Gewinne gemacht, die zu neuen Investitionen animieren.

Aber auf handelsrechtlichem und arbeitsrechtlichem Gebiet ist noch manches zu tun. Wobei neue Gesetze, wenn sie schließlich erlassen werden, nicht immer gleich mit Usancen aufräumen, die sich aufgrund der alten ergeben hatten. So ist im letzten Jahr mit etwa 50jähriger Verspätung ein den internationalen Gepflogenheiten angepaßtes Wechsel- und Scheckrecht in Spanien eingeführt worden, das doch erst noch in der Praxis Wirklichkeit werden muß. Und die Einführung der Mehrwertsteuer, die am 1. Januar 1986 stattgefunden hat, bedarf ebenso noch einer gehörigen Praxis, bis ihr Funktionieren in der Steuerumverteilung Routine wird.

Wenn von Effizienz oder noch herbeizuführender Effizienz von Verwaltungsakten die Rede ist, muß berücksichtigt werden, daß die Verwaltungsbürokratie insgesamt in Spanien von jahrhundertealter Tradition und Schwerfälligkeit belastet und entsprechend verfilzt ist. Allzu viele Menschen haben durch sie Arbeit und Brot – und Bedeutung – gefunden, als daß sie schnell modernisiert werden kann, auch wenn die heutigen Regierungen dies durchaus anstreben. Sowohl der Zentralregierung als auch der katalanischen Landesregierung kann eine liberale Grundeinstellung bescheinigt werden, und beide sind bestrebt, bürokratische Hemmnisse zu vereinfachen oder zu beseitigen. Bei der Flut neuer Gesetzgebungen ist es dennoch ratsam, sich ausreichend fachlich beraten zu lassen, bevor man etwas unternimmt.

Auch das persönliche Niederlassungs- und Arbeitsrecht für Ausländer läßt in der Handhabung der Genehmigungserteilung durch die Behörden noch Wünsche offen. Es ist zu hoffen, daß im Zuge der Übergangsregelungen des Beitritts die Niederlassungs- und Arbeitsgenehmigungen für Staatsangehörige der Länder der Gemeinschaft künftig problemlos erteilt werden. Allerdings haben ja alle Länder mit dem großen Problem der Arbeitslosigkeit und ihrer sozialen Belastungen zu tun, so daß hieraus auch latente Schwierigkeiten in der Freizügigkeit abgeleitet werden können.

Katalonien ist durch seine geographische Lage und seine Geschichte ein Schnittpunkt multinationaler Verquickung. Das Zusammenleben mit ausländischem Können und ausländischem Kapital hat Tradition und dem Land Nutzen gebracht.

Spanien insgesamt hat in den letzten Jahren auf wichtigen Gebieten Fortschritte gemacht:

– Die Inflationsrate wurde heruntergeschraubt. Der Außenwert der Peseta wird angesichts des noch immer bestehenden Inflationsgefälles zu anderen Währungen durch ein funktionierendes Floating-System gesteuert.
– Die Außenverschuldung des Landes ist unproblematisch.
– Die Zahlungsbilanz hat in den letzten zwei Jahren Überschüsse abgeworfen (hierzu tragen natürlich auch die Einnahmen aus dem ausländischen Tourismus bei). Im laufenden Jahr setzt sich die günstige Entwicklung der Außenbilanz fort.
– Es besteht ein Konsens zu fortschreitender Liberalisierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs.
– Mit verbesserten Unternehmergewinnen wurden Anreize zu verstärkter Investitionstätigkeit geschaffen.

Andere Probleme, Basisprobleme wie überall, bestehen noch fort:
– Die Beschäftigungsfrage läßt keine baldige Lösung erwarten.
– Das wachsende Haushaltsdefizit und die wachsende Verschuldung des Staates, der öffentlichen Hand, sind noch nicht im Griff.
– Der Abbau von überflüssigem Dirigismus und Verwaltungsbürokratie und die Verbesserung der Rechtssicherheit müssen weiter vorangetrieben werden.

Der Ansporn, der dem Land aus dem Beitritt zur Gemeinschaft erwächst, wird sich insgesamt positiv auswirken. Man fühlt sich aufgewertet und herausgefordert. Man will mithalten.

M. M.

Was Europa der katalanischen Kultur verdankt

Von außen betrachtet, erscheint die spanische Kultur den meisten als ein großes, einheitliches Ganzes. Spaniens Kultur – das sind auf den ersten Blick große Werke der bildenden Künste und der Literatur. In erster Linie denkt man da an das Goldene Zeitalter Kastiliens, an einen El Greco, Cervantes, Velázques und Calderón de la Barca. Die geniale Künstlernatur Goyas rundet dieses Panorama ab. All dies ist in einen strengen, höfischen Rahmen gefügt, untermalt von Folklore, dem Stierkampf und dem Flamenco.

Dieses Bild Spaniens, das auch folkloristische Elemente seiner nordafrikanischen Nachbarn einschließt, steht den meisten vor Augen. Aber das ist ein zum Teil vollkommen falsches Bild, eine vereinfachende Karikatur des großen spanischen Kulturerbes, so wie Touristen es verstehen. Spanien – das ist weit mehr als die Kunstschätze Kastiliens und die Folklore Andalusiens.

Nein, Spanien ist ein wesentlich komplizierteres Gebilde. Nicht nur hat dieses Land einen so einzigartigen Charakter wie kein anderes in Europa. Diese Tatsache wird in einer Zeit der Verallgemeinerungen nur zu oft vergessen. Nur wenige Menschen außerhalb Spaniens wissen, daß in Spanien vier große Sprachen gesprochen werden. Eine davon – außer dem Kastilischen, der offiziellen Landessprache – führt ein eigenes Leben und ist der Ausdruck einer hohen. eigenständigen Kultur.

Eine völlig neue, vitale Kunst

Es ist hier die Rede vom Katalanischen, einer Sprache, die nicht nur in den Familien gesprochen wird. Katalanisch ist ein absolut öffentliches Idiom, das in der Presse, dem Fernsehen und im Rundfunk verwendet wird. Tausende von Büchern werden alljährlich auf Katalanisch verfaßt und zahlreiche ausländische literarische Werke – modern oder klassisch – ins Katalanische übertragen. Fußballreportagen und Vorlesungen an Hochschulen werden auf Katalanisch gebracht. Auch bei Wahlen äußern sich die Wahlberechtigten in dieser Sprache, nachdem seit dem Tode General Francos die Demokratie im Lande wiederhergestellt wurde.

Für einen Ausländer ist es gewiß schwer, die Existenz einer so eigenständigen, besonderen Kultur innerhalb der weitaus bekannteren, sogenannten „spanischen" Kultur zu verstehen. Die katalanische Literatur findet ihre Grenzen innnerhalb Kataloniens. Sie ist weniger bekannt und daher weniger in andere Sprachen übersetzt als die kastilische.

Nehmen wir aber einmal die deutsche Oper „Tiefland" von Eugene d'Albert. Sie fußt auf einem der bekanntesten Dramen des katalanischen Theaters Ende des 19. Jahrhunderts. Solche Fälle sind jedoch selten.

Die katalanische Literatur ist leider fast ausschließlich auf die Landesgrenzen Kataloniens beschränkt.

Es gibt aber noch einen anderen katalanischen Kulturzweig, dessen Botschaft glücklicherweise keinerlei Übersetzungen bedarf. Gemeint sind natürlich die Werke der bildenden Künste. Besonders Kataloniens Malerei ist auf der ganzen Welt bekannt. Viele der größten zeitgenössischen Künstler sind Katalanen oder entwickelten ihren Kunststil zumindest in Katalonien.

Denken wir doch nur an Antoni Gaudi, Pablo Picasso, Pau Gargallo, Juli González, Juan Miró und Salvador Dali. Diese Liste könnte noch fortgesetzt werden. Diese Männer waren nicht nur Katalanen, sondern sprachen dieses Idiom ein Leben lang. Es ist nicht der Augenblick, die Ungerechtigkeit zu beklagen, die der katalanischen Sprache widerfahren ist, die so große Künstler sprachen und die großen Einfluß auf ihre Werke hatte.

Katalonien ist ein Land, das zum spanischen Staatsgebilde gehört, einem Spanien, das im 18. Jahrhundert das einheitliche politische Modell der Bourbonen übernahm. Eben das Modell, welches das aus verschiedenen Ländern bestehende Frankreich in eine politische Einheit verwandelte.

Der bourbonische Zentralismus liquidierte die kulturelle Vitalität so reicher Landstriche wie der Provence. Die viel spätere Zentralisierung nach dem französischen Modell erwies sich für Katalonien als ein Glücksfall. Anders als im bereits zitierten Fall der Provence konnten kulturelle Eigenheiten Kataloniens überleben. Das Katalanische wurde zwar offiziell abgeschafft, erhielt sich aber. Ein weiterer Vorteil war die politische Lage, die zum Erhalt des eigenständigen Charakters Kataloniens beitrug.

Der Untergang des Absolutismus, die große, durch die Französische Revolution erfochtene Errungenschaft, förderte die Wirtschaft und ließ vor allem die Industrie kräftig aufblühen. Barcelona entwickelte sich im 18. Jahrhundert in ein Industriezentrum erster Ordnung mit autonomer Prosperität. Die Bevölkerung der katalanischen Hauptstadt wuchs rasch über die mittelalterlichen Mauern hinaus. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Theater del Liceu erbaut.

Es gehört noch heute zu den größten und großartigsten Theatern der Welt. In diesem Klima konnten sich auch geniale Künstler – Maler, Bildhauer und Kunsthandwerker – entwickeln, die das bürgerliche Leben Barcelonas mit formten. Hier wuchsen Künstler heran, die den Vergleich mit denen der Landeshauptstadt Madrid nicht zu scheuen brauchten. Ihre Werke haben heute in den großen Museen Spaniens ihren würdigen Platz gefunden.

Die höfische Atmosphäre Kastiliens brachte große Maler wie Velázquez und Goya hervor. Die Künstler von Barcelona hingegen schufen alltäglichere „Produkte", nämlich die des bürgerlichen Milieus und nicht der großen Paläste. Sie bezogen sich auf realere Themen wie Landschaften, Lokalszenen und ähnliches, kurz Dinge des täglichen Lebens, an denen jeder teilhatte. Das war neu, verglichen mit den bisher üblichen historischen Bildwerken und religiösen Sujets.

Hier in Katalonien bildeten sich innovative Künstler heran, Führer der Moderne, die eine völlig neue, vitale Kunst schufen.

Antoni Gaudi, der große katalanische Architekt, war die hervorragendste Künstlerpersönlichkeit der Moderne. Sein Stil läßt sich in keine Kategorie einordnen. Er besaß eine große innere Kraft und genoß auch von außen die notwendige Unterstützung, um einen vollkommen anderen, noch nie dagewesenen Baustil zu schaffen. So etwas hatte die Welt noch nie gesehen. Er schuf Mietshäuser (Mehrfamilienhäuser) im Stil phantastischer Paläste ebenso wie die ungewöhnlichste Kirche, die man sich nur vorstellen kann, die Sagrada Familia von Barcelona.

Gaudi brach mit allem Althergebrachten und wurde einer der größten Avantgardisten unseres Jahrhunderts. Nach Gaudi vervollständigten andere Architekten das moderne Panorama Kataloniens, das in den Straßen des Landes überall sichtbar ist. Aber der Modernismus beschränkt sich keineswegs auf die Architektur. Symbolismus und Art nouveau sind Kunstrichtungen, die ebenfalls aus dem Bruch mit dem Althergebrachten resultierten.

Barcelona hatte seit jeher eine eigenständige Kultur, aus der große künstlerische Impulse hervorgingen. Nicht von ungefähr bildete sich in diesem fruchtbaren Ambiente die bedeutendste Künstlerpersönlichkeit des 20. Jahrhunderts heran: Pablo Picasso. Er wurde als Sohn eines Kunsterziehers mit akademischer Ausrichtung geboren und wuchs im modernistischen Barcelona auf. Seine wichtigsten Jahre – fast ein Jahrzehnt – verlebte er in Barcelona und erhält hier auch seine künstlerische Ausbildung.

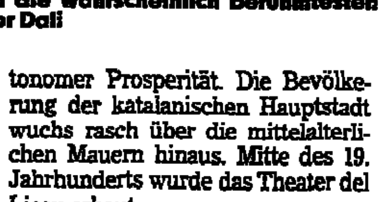
Später nimmt Picasso, der vom katalonischen Erbe geformt wurde, an Demonstrationen für die Unabhängigkeit Kataloniens teil, die mit Zusammenstößen mit der Polizei enden. Mit anderen Künstlern, die weniger bekannt sind als er – Nonell, Mir, Canals, Pichot, Pidelaserra, um nur einige zu nennen, trifft er sich im Zentrum der Avantgarde, dem Els Quatre Gats. Später geht er dann nach Paris.

In die modernistische Epoche Kataloniens gehören Persönlichkeiten wie Angalda-Camarasa und Joseph Mari-Sert, Vertreter einer schwelgerischen dekorativen Kunst, die vor allem vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges Triumphe feierte. Die aufsteigende Avantgarde verdrängt diese Männer nach und nach von der Kunstszene. Aber ihre Werke finden sich heute in den Museen und privaten Kunstsammlungen in Westeuropa und Amerika wieder. Sie schmücken auch die Wände der Vereinten Nationen in Genf sowie des Rockefeller Centres in New York.

Begünstigt durch die politische Neutralität Spaniens während des Ersten Weltkrieges verwandelte Barcelona sich in eine der Weltstädte des Dadaismus. Francis Picabia, Albert Gleizes und andere Maler und Bildhauer der Avantgarde Europas schufen in dieser Stadt viele große Kunstwerke der Epoche. Zwei weitere große Katalanen von Weltruf sind Juan Miró und Salvador Dali. In Paris wurden sie zu zwei der größten Surrealisten, die vollkommen neue Stile schufen.



Sie sind die wahrscheinlich berühmtesten Vertreter der katalanischen Kunst: Pablo Picasso, Juan Miró, Antoni Gaudi und Salvador Dali
FOTOS: TAPPE/DPA/DIE WELT/SVEN SIMON



Die jetzige Avantgarde besteht aus Malern wie Joan Ponç, Antoni Tápies, Modest Cuixart und J. J. Tharrats. Diese Künstler stellen auf ihren Bildern faszinierende, esoterische Welten dar. Auch die neue katalanische Künstlergeneration schafft richtungweisende Werte im weltweiten Panorama der Kunst.

Abgesehen von den vorgenannten großen Protagonisten der bildenden Künste, hat Katalonien auch weltberühmte Komponisten und Musiker vorzuweisen, wie zum Beispiel Isaac Albéniz, Enric Granados, Felip Pedrell, Frederic Mompou, Pablo Casals und den Pianisten Ricard Vines, der am liebsten die Werke der französischen impressionistischen Tonsetzer spielte.

Der Cellist Gaspar Cassadó genießt Weltruf ebenso wie die Sänger Hipólito Lázaro, Victoria de los Angeles, Montserrat Caballé sowie Jaume Aragall und Josp Carreras, um nur die bekanntesten Künstler aufzuführen.

Die großen Schriftsteller Kataloniens, Verdaguer, Guimerá, Maragall, Carner, Riba Foix und Espriu schreiben zwar auf Katalanisch, einer weltweit wenig bekannten Sprache, erreichen auf ihrem Gebiet jedoch literarische Leistungen, die sich mit anderen der westlichen Welt durchaus messen können.

Spanien ist erst kürzlich der Europäischen Gemeinschaft beigetreten. Hierdurch wird die spanische Kultur einen noch größeren Bekanntheitsgrad erreichen als bisher. Hier wird dann wiederum das Bild eines einheitlichen Kulturstils vermittelt, wie er während der vergangenen 300 Jahre gängig war, basierend auf dem kastilischen Erbe und bereichert durch das starke südamerikanische Element, das ebenfalls vom Einfluß Kataloniens geprägt wurde.

Dadurch wird aber der Reichtum der katalanischen Kultur verkannt, und das ist Katalonien abträglich. In einer Welt wie der unserigen, die durch moderne Kommunikationsmittel so eng miteinander verbunden ist und deren wirtschaftliche Interessen multinational sind, haben die Grenzen zwischen den einzelnen Ländern zwangsläufig an Bedeutung verloren.

Kulturelle Fakten treffen nicht zufällig zusammen

Trotzdem haben alle Länder ein historisch gewachsenes kulturelles Erbe eigener Prägung zu verteidigen. Die Menschen von heute und morgen müssen wissen, daß politische und kulturelle Fakten nicht rein zufällig zusammentreffen, sondern daß die Staaten mit ihrem modernen Pragmatismus aus eigenständigen kulturellen Einheiten innerhalb gesetzter Grenzen hervorgegangen sind. Eine österreichisch-ungarische Einheit ist vom kulturellen Standpunkt aus betrachtet ein künstliches Gebilde. Diese Staatsform war jedoch eine politische Realität.

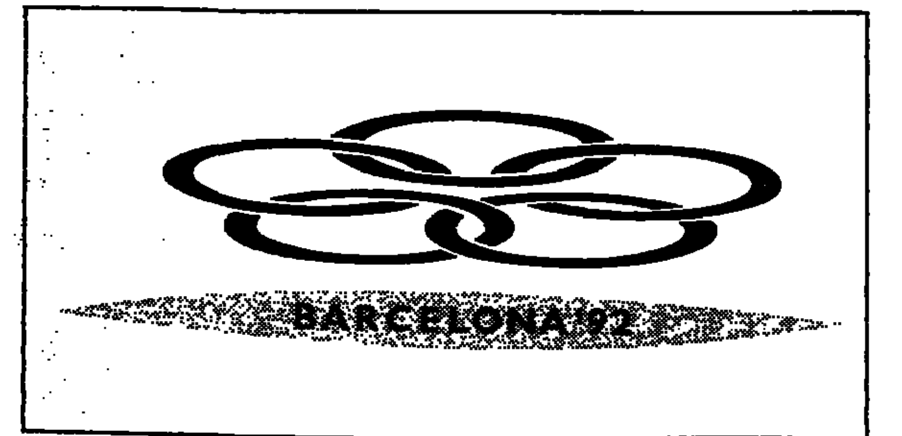
Der Mensch der Zukunft muß wissen, daß Völker wie die Flamen, die Böhmen oder die Katalanen wichtige Beiträge zur Kulturgeschichte ihrer Länder beigetragen haben, Beiträge, die später in die Kulturlandschaften Belgiens, der Tschechoslowakei oder Spaniens eingingen. Katalonien ist eines jener Länder, die sich durch ihre geographische Lage, Geschichte und individuelle Daseinsform zu jeder Zeit als Mittler zwischen anderen Völkern – nah oder fern – verstanden hat.

Seine Integration in das spanische Staatsgebilde ist ein Tatbestand. Nur wenige Katalanen gehören zu den radikalen Zellen, die ihre separatistischen Ziele mit Gewalt verfolgen.

Dennoch kann und darf Katalonien sein eigenes kulturelles Erbe nicht preisgeben. Katalonien hat nicht von ungefähr einen Gaudi, Picasso, Miró, Dali und viele andere weltberühmte Künstler hervorgebracht. Europa hat dem reichen Kulturerbe Kataloniens viel zu danken.

FRANCESC FONTBONA

BARCELONA OLIMPICA

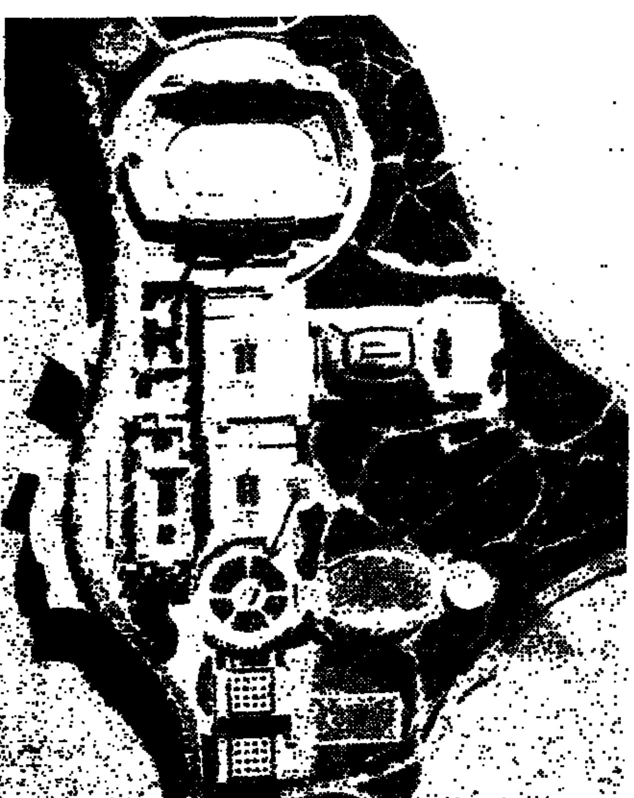


Der Hafen von Barcelona ist der Hauptausfuhrhafen der Industrieprodukte einer weiten Zone, die vom Süden Frankreichs bis nach Südspanien reicht. Der Handelsverkehr zur See, zusammen mit unübertrefflichen Verbindungen per Landstraße und Bahn, die Barcelona zum restlichen Spanien und nach Europa unterhält, lassen Barcelona und Katalonien zu einem privilegierten Gebiet werden für die Ansiedlung neuer Industrien, speziell in Spitzentechnologie.

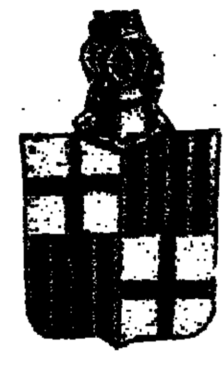


Teilansicht des Hafens von Barcelona

Die großen Sporteinrichtungen des Parks von Montjuïc, Hauptsitz der Olympischen Sommerspiele 1992, ein Seehafen, Symbol einer nach vorne drängenden Industrie- und Handelszone, sowie eine erneuerte Beziehung zwischen Kunst, Urbanismus und Kultur sind einige der Elemente, die teilhaben an der Zukunft der größten Metropolis der Levanteküste des Mittelmeeres.

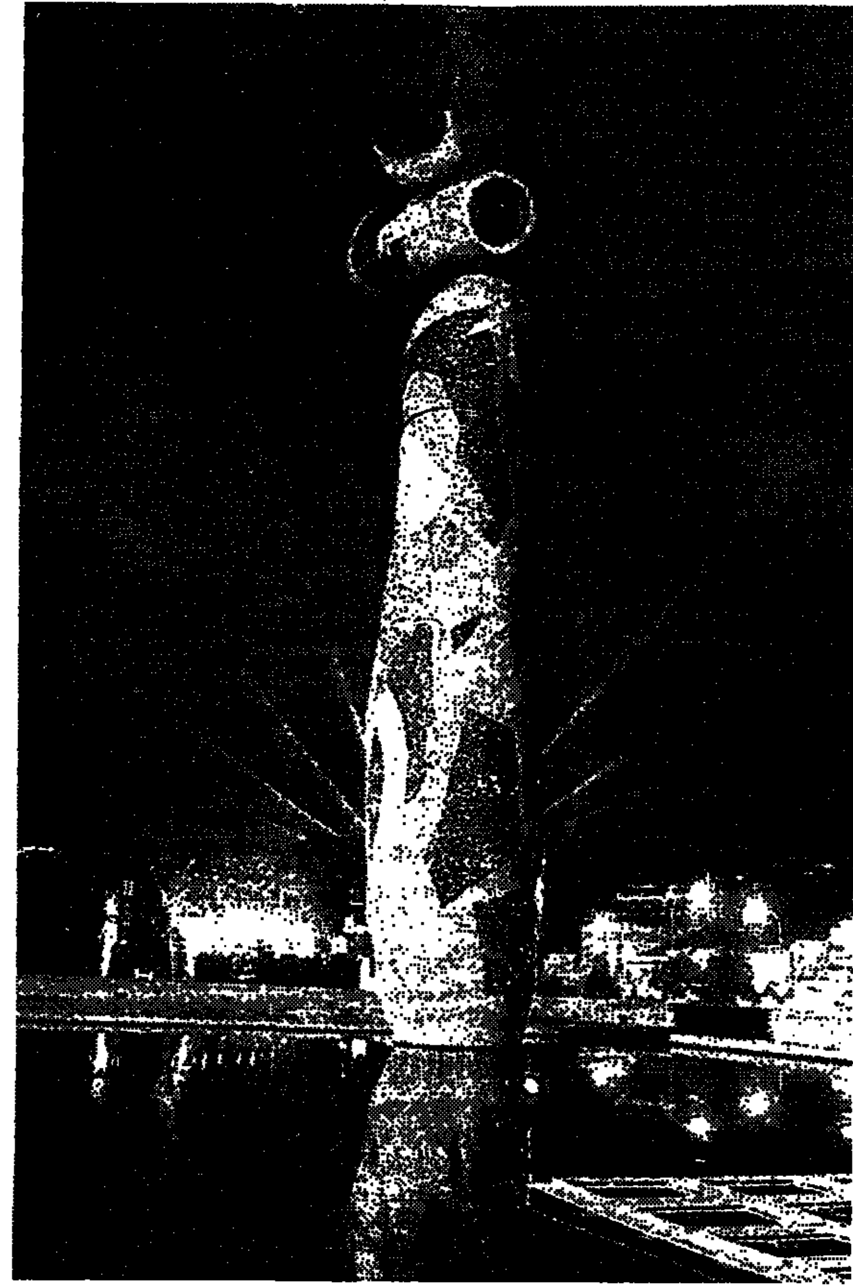


Olympia-Gelände



AYUNTAMIENTO DE BARCELONA
Plaza San Jaume
Gabinete de Información
BARCELONA

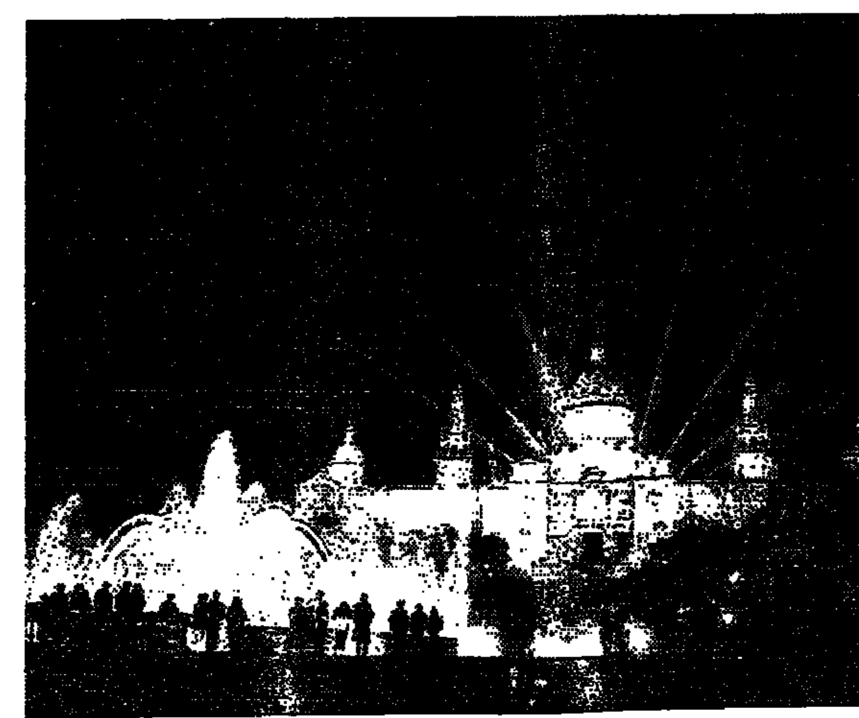
Barcelona, eine Stadt voller Geschichte, mit traditioneller Beziehung zur Kunst und zur Kultur wird das Stelldichein der Olympiade 1992 dazu wahrnehmen, sich nach dem XXI. Jh. hin zu projizieren.



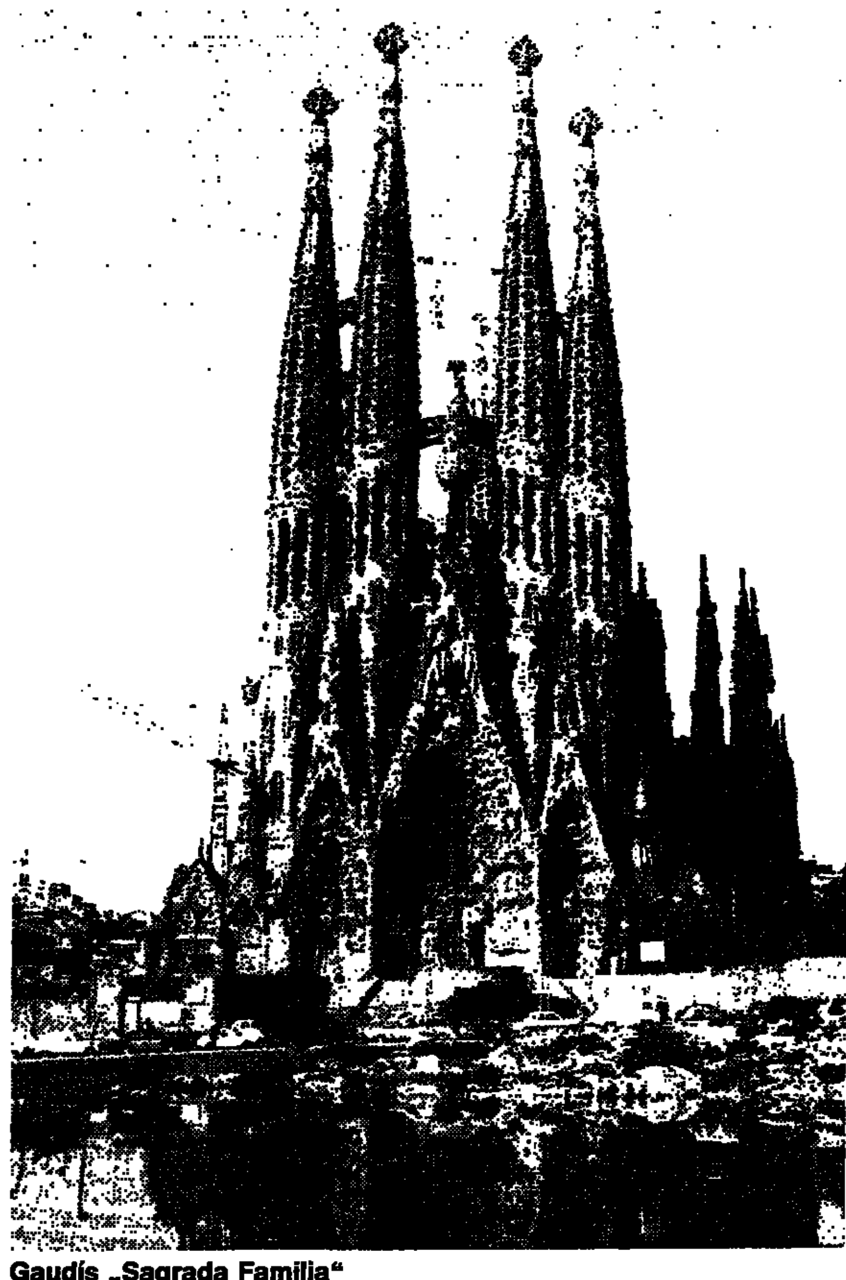
Joan Mirós „Frau und Vogel"

Die gotische Kirche Santa Maria del Mar, das Denkmal von Kolumbus oder der Tempel der Sagrada Familia, eine Schöpfung des modernistischen Architekten Antoni Gaudí, sind die Grundlage, auf welcher die Hauptstadt Kataloniens eine erneuerte Stadt aufbaut.

Die sportlichen Anlagen von Montjuïc, von denen bereits eine ganze Reihe stehen, andere sich im Bau befinden, setzen sich zusammen aus einem Stadion für etwa 70 000 Zuschauer und einem Sportpalast, der 17 000 Zuschauer aufnehmen kann. Die bereits im Park vorhandenen Schwimmbäder werden neu modelliert, um die Wettkämpfe im Schwimmen, Springen und Wasserball zu beherbergen.



Palacio de Montjuïc

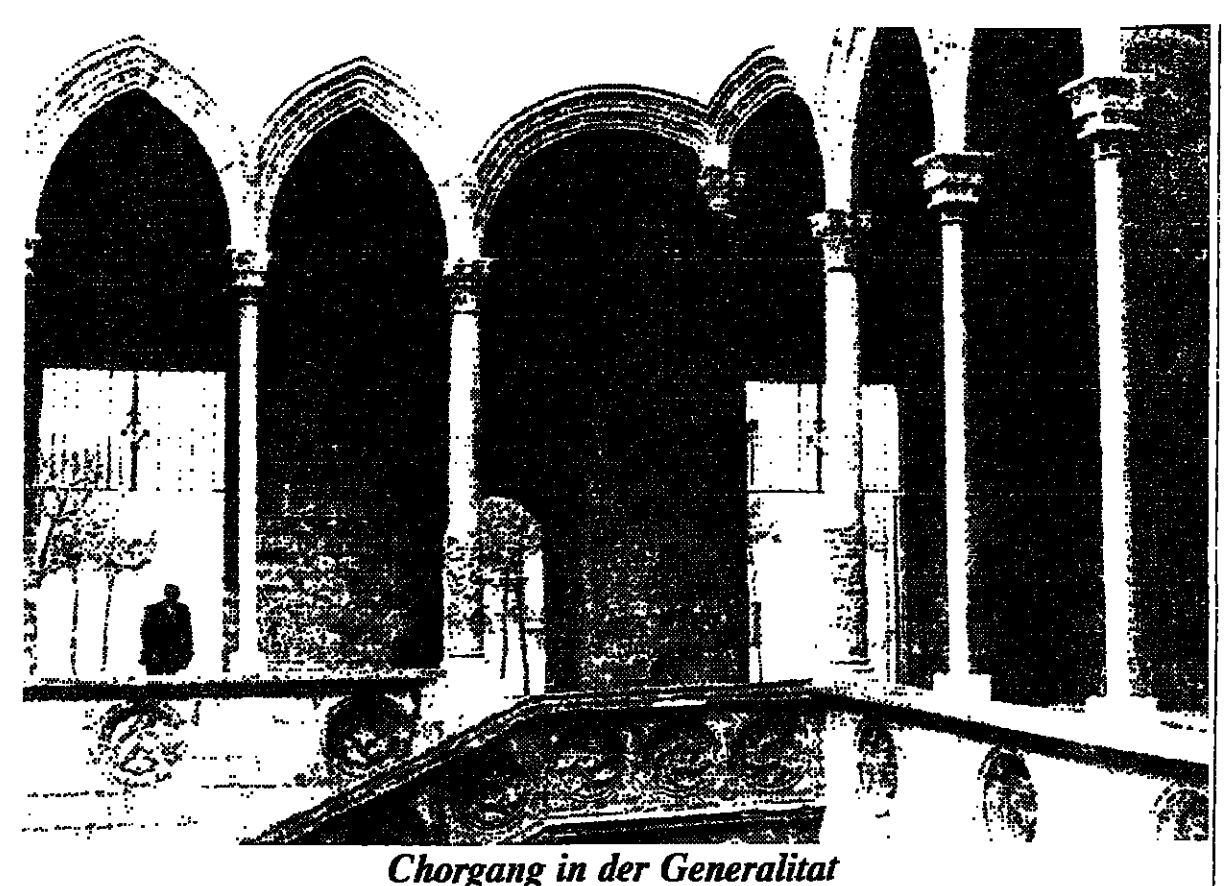


Gaudís „Sagrada Familia"

Die urbanistische Erneuerung, die Barcelona in den letzten Jahren erfahren hat mit der Schaffung städtischer Räume, verbindet das Moderne mit einer künstlerischen und kulturellen Tradition. Die Unterbringung neuer Skulpturen der großen plastischen Künstler Kataloniens wie Joan Miró und Antoni Tapies sowie anderer namhafter Künstler lassen Barcelona zu einem riesigen Museum zur Labsal der Einheimischen und der Touristen werden.



Santa Maria del Mar



Chorgang in der Generalitat

Der Palast der Generalitat ist der Inbegriff des katalanischen Selbstbewußtseins und ein Dokument der Kunstgeschichte zugleich. Er stammt in seiner ursprünglichen Form aus dem Jahre 1414. Die endgültige Gestalt erhielt er in der Zeit von 1610 bis 1630, als der Architekt Pere Pau Ferrer die barocke Fassade des Nordteils schuf. Während des spanischen Erbfolgekrieges fiel Barcelona am 11. September 1714 an den absolutistischen König Felipe V. Die Souveränität ging verloren. Die Generalitat erlebte erst 1931 ihre Auferstehung und dann wieder 1975.

Neuer Antrieb, nicht neue Märkte

Katalonien in der EG, welche Konsequenzen stellen sich für deutsche Unternehmer?

Alle Firmen, egal, in welche Richtung sie ihre Aktivitäten entwikkeln wollen, stehen in Katalonien grundsätzlich vor zwei Problemen, A das Sprachproblem und B das Problem, qualifiziertes Personal für den Aufbau der Firma und den Start der Produktion zu gewinnen.

Das Sprachproblem lindert sich im Laufe der Zeit, wobei sich folgender Trend erkennen läßt: Es wächst in Deutschland eine Generation von spanischen Gastarbeiterkindern heran, die in beiden Sprachen zu Hause sind und über eine qualifizierte Schul- beziehungsweise Berufsausbildung verfügen. Das sind die Säulen, auf die man neben dem Fachpersonal aus dem eigenen deutschen Mutterhaus, welches nach wie vor unerläßlich bleibt, das Investitionsvorhaben in Katalonien abstützen kann. Damit soll nicht das einheimische Fachpersonal abgewertet werden, aber es treten häufig Verständigungsschwierigkeiten auf, die nicht einmal sprachlicher Natur, sondern mentalitätsbedingt sind.

Denn wenn man für eine neue Produktion einen Facharbeiter sucht, bieten sich im wesentlichen nur zwei Alternativen an: Man kann bei der Konkurrenz einen abwerben, oder man nimmt einen, der sich auf dem Markt anbietet. Bei letzterem beginnt aber schon die Schwierigkeit. Es bieten sich Leute an und behaupten, schon in dem geforderten Fachbereich tätig gewesen zu sein. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß sie in diesem Bereich auch entsprechend fachlich gearbeitet hat. Es kann auch heißen, um es kraß auszudrücken, daß sie dort den Boden fegten.

Es existiert zwar in Katalonien ein Ausbildungssystem, das für sich gesehen auf anerkennenswertem Stand ist. Die Frage bleibt aber, welcher Prozentsatz der Berufsanfänger es genossen hat. Es besteht zwar die Pflicht zur Berufsschule oder zur Lehre, aber realisiert wird das oft nicht.

Viele dieser Mängel einheimischen Personals werden aber häufig durch Arbeitseifer und persönlichen Einsatz mehr als wett gemacht. Dies ist ein Punkt, den man als Investor sehr hoch einschätzen soll. Voraussetzung ist jedoch, daß man den Ehrgeiz in die richtige Richtung lenkt. Katalonien ist wie ganz Spanien in einer Aufbruchstimmung. Man will vorankommen, man will über Hürden hinweg und Berge hinauf, aber oft fehlen die richtigen Schuhe auf diesem Weg, oder um im Bild zu bleiben, viele besorgen sich eine vorzügliche Ausrüstung, um Berge zu besteigen, und doch bleibt alles vergeblich, weil die Erfahrung und ein Kenner als Führer fehlen.

Groß ist auch das Interesse an neuester Technologie, aber auch hier muß diese dem einheimischen Personal nach dessen Mentalität und Verständnisvermögen vermittelt werden. Wer in Katalonien antritt nach der Devise „hoppla, jetzt komm ich, alles hört auf mein Kommando", der kommt nicht weit. Unerläßliche Voraussetzung für jedes erfolgreiche Engagement sind Verständnis, Ausdauer und vor allem die Fähigkeit, sich selbst an die Verhältnisse anzupassen. Sonst ist man leicht ein „Cabeza Quadrada", ein Quadratschädel, wie die Deutschen im Land nicht selten genannt werden.

Gerade die deutschen Geschäftsinteressen in Industrie und Handel, haben schon seit langer Zeit in Katalonien Platz genommen und oft nicht nur mit einer Firma, sondern in einer gewissen Konzernstrukturierung. Für den spanischen Markt ist es längst vorbei, mit kleineren Niederlassungen hierherzukommen, um speziell den spanischen Inlandsmarkt zu versorgen. Das hatte früher seine Berechtigung, als er nach außen abgeschirmt war. Als Attraktion konnten sich die Unternehmen, die zu dieser Zeit nach Spanien kamen, etwa auf die billige Arbeitskraft stützen.

Das ist aber nicht so geblieben, zumal auch der soziale Schutz der Arbeitnehmer sehr schnell anwuchs, und damit die entsprechenden Sozialabgaben, die heute ein wesentlicher Bestandteil des Kostenfaktors Arbeitskraft sind.

Der technische Fortschritt bietet heute ein hohes Niveau an technischer Fertigung, aber das setzt wiederum einen hohen Kapitaleinsatz vorraus und gebietet gleichzeitig hohe Kapazität. Wenn das nun in ein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis gebracht wird, muß also die Kapazität auch wirklich ausgelastet sein. Und dafür ist ein einzelner Markt heute vielfach zu klein.

Man muß von vorneherein aus diesen Kosten heraus, und unter Berücksichtigung eines weltweit bestehenden Wettbewerbs, sich dem Weltmarktniveau anpassen. Die EG ist da heute schon zu klein. Das gilt natürlich nicht für jedes Produkt, aber sehr viele Produkte sind eigentlich doch nur noch auf Weltmarktniveau konkurrenzfähig. Unternehmen, die das rechtzeitig erkannt und ihre Produktion und Verkäufe rechtzeitig darauf abgestellt haben, denen fällt dieser zusätzliche Wettbewerb, der durch den Beitritt zur EG in Spanien entsteht, nicht allzu schwer, etwa die Automobilindustrie.

Der Beitritt zu EG wird diesen Prozeß beschleunigen, weil die nach Spanien hereinkommende Konkurrenz die Unternehmen, die hier tätig sind, noch zusätzlich dazu antreiben wird, ihre Konkurrenzfähigkeit zu beweisen.

H.-H. HOLZAMER

Auf neuen Wegen mit dem Sound of Spain

Erfolgreiche Zusammenarbeit mit VW – WELT-Interview mit dem Präsidenten von Seat, Juan Antonio Diaz Alvarez

Mit dem Präsidenten von Seat sprach Gustavo Deano.

Der „Sound of Spain" ist auf deutschen Straßen inzwischen zu Hause. Wie würden Sie heute die Erfahrung beschreiben, die Seatin seiner Kooperation mit Volkswagen machen konnte?

Alvarez: Zuerst muß man daran erinnern, daß die erste Übereinkunft mit VW zustande kam, kurz nachdem Fiat ausstieg, in einem Moment, der sehr hart und sehr schwierig für Seat war. Daher war das Vertrauen, das die Verantwortlichen auf deutscher Seite in die Zukunft von Seat zeigten, für uns von äußerster Bedeutung, und es war uns eine Art moralische Hilfe und Unterstützung. Später, als wir unsere Zusammenarbeit auf verschiedenen Feldern – Technologie, industrielle Fertigung, kommerzielle Verfahren und so weiter – teilten Sie uns sehr genau unsere Erfahrungen mit, was für uns einen ernormen Wert hatte. Seat hat dieses kapitalisiert, und das hilft uns heute uns in die VW-Gruppe zu integrieren.

Auf der anderen Seite war die Zusammenarbeit mit VW im Bereich der Exporte für uns sehr wertvoll. Wir konnten auf die Wolfsburger Erfahrung bei der Auswahl von Importeuren und Händlern in einigen Ländern rechnen. Getrennte Firmen, die aber das gleiche Interesse haben und Partner sind, liefern heute VW/Audi auf der einen Seite und Seat auf der anderen in die verschiedenen Märkte wie England, Irland, Schweiz, Österreich. In anderen Märkten wie Frankreich ist unser Importeur der Importeur von Porsche. Das hat sich als zufriedenstellend erwiesen sowohl für Porsche, den Importeur als auch für uns.

In den letzten Monaten wurde auch ein kapitalmäßiges Verschmelzen von Seat und Volkswagen diskutiert. Wie ist die Situation heute?

Alvarez: Heute hält Volkswagen 51 Prozent der Seat-Anteile, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis Volkswagen 100 Prozent der Firma besitzt. Wofür wir nicht mehr Zeit benötigen, ist mit einer gemeinsamen Strategie einer weltweiten Marketing-Politik zu arbeiten. Die Gruppe hat nun drei Marken: VW, Audi und Seat. Jeder hat ihre eigene Personalität und ihre Modellpalette.

Malaga und Ibiza sind recht erfolgreiche Modelle. Können Sie heute schon etwas über neue Typen sagen, und in welcher Klasse werden sie zu Hause ein?

Alvarez: Der Ibiza hat gerade erst angefangen zu leben, und seine fünftürige Version wurde auf dem letzten Pariser Autosalon vorgestellt. Tatsächlich beginnt der Verkauf in Spanien erst in diesen Tagen. Für unseren heimischen Markt sollte der fünftürige Ibiza 60 Prozent der zukünftigen Produktion ausmachen. Dann müssen wir die Einspitzversion vorantreiben mit mehr als 100 PS und auch eine Einspritzversion für den Malaga.

Im Frühjahr 1987 wird Seat sein neues Modell, den Marbella, vorführen. Es ist ein sogenanntes A-Modell als Einstiegmodell in die Motorisierung. Es wird ein sehr wirtschaftliches, manöverfähiges „Boxy-" Modell sein. Die Idee, die wir mit dem Marbella verbinden, ist, das preiswerteste Fahrzeug dem Markt anzubieten. Es besteht in vielen Ländern eine große Nachfrage für so ein Fahrzeug, das in jeder kleinen Ecke geparkt werden kann, das imstande ist, nur ein paar Tropfen Benzin zu „schlukken" und das keine Wartungen von Bedeutung benötigt, das aber zur gleichen Zeit imstande ist, schneller als 130 Stundenkilometer zu fahren.

Neben der Bundesrepublik und Spanien, was sind denn die wichtigsten Märkte, vor allen Dingen in der Europäischen Gemeinschaft, die Sie gerne für Fahrzeuge Made in Spain öffnen würden?

Alvarez: Es ist heute erkennbar, daß das Seat-Angebot in allen Mittelmeerländern von Frankreich und Italien bis nach Griechenland, Israel und Zypern in großem Umfang akzeptiert wird. In den vergangenen Jahren hatten wir eine sehr enge Zusammenarbeit mit Nasco in Ägypten, wo das Modell Fura montiert wurde, das von unseren Fabriken in Barcelona geschickt wurde. Diese Kooperation ist schon viele Jahre alt und begann mit zwei bestimmten Seat-Modellen, dem Fura (fünftürig) und dem 133er (zweitürig). Vor zehn Jahren war der Spitzenreiter in Griechenland ein Seat-Fahrzeug mit dem Namen Laura, ein viertüriger mit 1430 Kubik.

Aber ich möchte eins klarstellen: Seat ist ebenso an den nördlichen Ländern interessiert wie an denen des Mittelmeers. Ich weiß nicht, ob Ihnen bewußt ist, daß der Verkaufsschlager in Dänemark während dreier Jahre von 1975 bis 1977 ein Seat war, der 127er. Ebenso war in Finnland für drei andere Jahre von 1971 bis 1973 der Verkaufsschlager der Seat 600. Natürlich wurden sie über ein anderes Netz abgesetzt und mit dem Namen des früheren Seat-Partners. Aber das bedeutet, daß sogar in Skandinavien Seat gute Geschäfte machen kann und daß die Kunden in Skandinavien mit Seat ebenfalls gute Geschäfte machen können. Tatsächlich war Seat schon vor einer Dekade imstande, den Qualitätsansprüchen zu genügen wie sie die nordischen Länder verlangen. Ich weiß, daß heute ihre Ansprüche viel höher sind, was Umweltschutz, Luftverschmutzung, Rostbeständigkeit, Verbrauch und so weiter angeht. Aber wir sind auch anspruchsvoller geworden uns selbst gegenüber, was die Qualitätsstandards und den Service nach Verkauf angeht. Unsere Produkte, Motoren, Design und der Service sind heute wirklich anders.

Will man konkreten Nachrichten Gehör schenken, wird die Zentrale von Seat nach Barcelona umziehen. Bedeutet das, daß bei Seat eine Reorganisation der Gesellschaft und Aktivitäten in Spanien im Gange ist, und wird das irgendwelche Auswirkungen haben für die Gesellschaft, für ihre Mitarbeiter und für die Umwelt?

Alvarez: Um die Firmenspitze, ihre Verwaltung und ihre wirtschaftlichen Strukturen zu den Produktionseinheiten zu bringen, hat Seat einen Großteil seiner Büros nach Barcelona verlagert. So sind wir sehr nahe bei den Fabriken in der Zona Franca, Harbor, Prett und Martorell.

Das hatte keine negativen Auswirkungen im Gegenteil, die Reorganisation hilft Geld zu sparen und bringt die verschiedenen operativen Strukturen der Gesellschaft einander näher. Für den Kunden spielt das keine Rolle, wo der Wagen, den er gekauft hat, montiert wird. Es gibt sogar mehr und mehr die Tendenz, daß der Kunde keinen großen Wert der Frage beimißt, in welchem Land nun sein Fahrzeug hergestellt wird. Der Name ist wichtig, der Kunde will wissen, wer sein Auto gebaut hat.

Den Kunden interessiert doch vor allen Dingen, wo und wer ihm den Kundendienst leistet. Um dies immer bestmöglich zu organisieren, wie es ja auch in der Vergangenheit war, hat Seat sich schon vor sieben Jahren entschieden zu dezentralisieren und hat den gesamten spanischen Markt in vier operative Divisionen geteilt den Norden, den Süden, den Osten und die Mitte. Dies geschah, um die hohen Standards der Firma dem Kunden und dem Händler näherzubringen.



Seat-Präsident Alvarez vor einem neuen Modell der spanischen Pkw-Bauer FOTO: DIE WELT

Katalonien ist Keimzelle des christlichen Spanien

Katalonien hat seit jeher eine Sonderrolle im spanischen Staatsverband eingenommen. Dieser Status ist der Provinz mit kurzen Unterbrechungen auch immer wieder zugestanden worden. Katalonien ist die Keimzelle des christlichen Spanien, denn hier konnten sich die Araber nur kurze Zeit behaupten.

Als erste Eroberer kamen die Karthager und unterwarfen die iberischen Ureinwohner. In seinem Kampf gegen Rom zog der punische Feldherr Hannibal mit seinem Heer und seinen Kriegselefanten durch Katalonien. Doch trotz anfänglicher glänzender Siege des genialen Strategen war Karthago dem übermächtigen Gegner auf die Dauer nicht gewachsen. Mit dem Ende des Zweiten Punischen Krieges wurde Katalonien um 200 v. Chr. römische Provinz. Das nordöstliche Spanien erlebte seine erste Blütezeit unter dem Schutz der pax romana. Als das römische Weltreich in den Stürmen der Völkerwanderung versank erschienen wieder neue Eroberer. Nach kurzer Herrschaft der germanischen Alanen setzten sich die Westgoten für drei Jahrhunderte in Katalonien fest. Sie mußten 711 den Arabern weichen, die die gesamte iberische Halbinsel eroberten.

Katalonien war islamisch geworden. Doch die Muselmanen konnten sich nur wenige Jahrzehnte hier behaupten. Kaiser Karl der Große siegte mit seinem Heerbann über die Araber und gründete im Gebiet des heutigen Katalonien die Spanische Grenzmark des Frankenreiches.

Diese Kämpfe mit den Anhängern des Propheten hinterließen einen tiefen Eindruck im Abendland. In dieser Zeit entstand das Rolandlied. Nach der Sage soll Roland, ein naher Verwandter des Kaisers, einer der tapfersten Haudegen im Frankenheer gewesen sein. Karl der Große setzte ihn nach seinem Sieg über die Araber als Statthalter in der Spanischen Grenzmark ein. Wie die Überlieferung weiter berichtet wurde Roland durch Verrat in einen arabischen Hinterhalt gelockt und mit all seinen Begleitern getötet. Daraufhin habe der Frankenherrscher Katalonien zum zweiten Mal erobert und die Araber endgültig vertrieben.

Katalonien war für drei Jahrhunderte das einzige Gebiet an der spanischen Mittelmeerküste, in dem Christen herrschten. Hier formierten sich die Kräfte, denen in den folgenden Jahrhunderten die christliche Rückeroberung der gesamten iberischen Halbinsel gelang.

Ihre Sonderstellung konnten die Katalanen lange Zeit unangefochten behaupten. Dies änderte sich erst 1714 mit dem Ende des Spanischen Erbfolgekrieges. Die Katalanen hatten sich von Madrid losgesagt und dem Haus Habsburg gehuldigt. Spaniens neuer König war jedoch ein Bourbone. Er warf den Katalanen Verrat vor und nahm ihnen ihre Sonderrechte. Dennoch gelang es auch diesem Herrscher nicht, die Eigenständigkeit der Provinz auf Dauer zu unterdrücken.

Während des Spanischen Bürgerkrieges erhielt Katalonien wieder den langersehnten Autonomiestatus. Nach dem Sieg des Franco-Regimes wurden aber die meisten der neuen Rechte wieder außer Kraft gesetzt.

Der Tod Francos und die Wiederherrstellung der Demokratie in Spanien brachte den Katalanen wieder ihre alten Rechte. Damit war jener Zustand wieder hergestellt, der Katalonien jahrhundertelang von der Krone zugestanden worden war.

KLAUS BODEN

Wanderung an der Wilden Küste

Auch an der Costa Brava gibt es noch immer einsame Badebuchten

Gleich hinter der französisch-spanischen Grenze in Port-Bou, wo der große Bahnhof das Bild der Ortschaft beherrscht, beginnt der wildeste Teil der Costa Brava, der „wilden Küste". Die steile, zerklüftete und von vielen Buchten zerschnittene Küstenlinie bildet von dort an bis in den Golf von Rosas einen Gebirgsvorsprung, der mit dem Cabo Creus als östlichstem Punkt Spaniens ins Mittelmeer taucht.

Daß Salvador Dali in Port-Lligat wohnt, ist sicher nicht der einzige Vorzug dieser Halbinsel. Es zeigt eher des Malers Blick für landschaftliche Schönheit. Wer es nicht eilig hat südwärts zu kommen, sollte der kurvenreichen, aber lohnenden Küstenstraße folgen.

Unser Ziel auf dieser bergigen Halbinsel war Cadaques. Wir hatten Port-Bou hinter uns gelassen und genossen nach jeder Kurve erneut die herrliche Aussicht auf das Meer. Dazwischen einige wenige Fischerdörfer und immer wieder diese „calas" – kleine Badebuchten, versteckt in den Felsen. Am besten waren sie mit einem Boot zu erreichen.

Lohnendes anderer Art bot sich uns dann in Cadaques, diesem 1300 Einwohner zählenden stillen Idyll. Schon der Anblick des Fischerdorfes war von malerischem Reiz. In der geschützten Bucht drängten sich einfache Häuser in strahlendem Weiß vor dem dunklen Hintergrund der trockenen Gebirgslandschaft, eingerahmt vom Blau des Himmels und des Meeres. Cadaques war, wie wir es uns vorgestellt hatten: Die kleinen engen Gassen ließen noch etwas von der altertümlichen Atmosphäre ahnen und die Stille zwischen den getünchten Häuserwänden paßte so gar nicht zur sonst üblichen Hektik der Costa Brava. Die abgelegene Lage am Ende der Halbinsel ohne Durchgangsstraße macht Cadaques auch heute noch zu einem sehens- und erlebenswerten Ort mit besonderem Charme.

Dazu trägt auch die erhöht gelegene Pfarrkirche aus dem 17. Jahrhundert bei, deren Barockaltar im Bürgerkrieg nicht wie so viele andere zerstört worden war – dank der schwer zugänglichen Lage.

Vorbei an den hellen Gebäuden mit grünen Jalousien vor den Fenstern, wandern wir durch den Ort, entdecken auf Mauervorsprüngen uralte Agaven mit riesigen Blütenstengeln, die bis über die Dächer hinauswachsen. Im Inneren der Bucht, der Playa Gran, gehen wir im geheimnisvoll klaren Wasser baden, schwimmen zwischen den kleinen flachen Fischerbooten, die leicht im ruhigen Meer dümpeln.

Und dann sitzen wir in einem der „restaurantes" bei „calamares fritos" – gebackenen Tintenfischen, genießen die herrliche Ruhe und Abgeschiedenheit und danken der versteckten Lage, die uns Cadaques und Umgebung so verlockend macht. Wer sich selbst genug ist, dem bietet Cadaques viel!

In diesem Jahr allerdings ist Cadaques noch um eine Attraktion reicher: Wie in vielen anderen Orten Spaniens, wo das ganze Jahr hindurch verschiedene Festivals der Musik und des Theaters durchgeführt werden, findet im Juli und August in Cadaques das Internationale Musikfestival statt.

MATTHIAS GLAUBRECHT

Automobile und Textilien sind die Säulen der heimischen Wirtschaft

Zwei Branchen prägen die Industrie Kataloniens: Automobile und Textilien. Beiden ist es gelungen, die Krise der 70er Jahre zu überwinden und stellen heute das Schwergewicht des Exportes. Auffallend für die Gesundung der Textilindustrie ist der Einstieg in den Bereich Texilmaschinen. Die Firma Jumberca beschäftigt heute 600 Personen und produziert jährlich an die 600 Maschinen im Wert von 6 Milliarden Peseten.

Milliarden investiert

84,5 Prozent der Produktion gehen in den Export, vor allem in die USA mit 27 Prozent und die Länder der EG mit 40 Prozent. Der Export gliedert sich in die traditionellen mechanischen Maschinen, die vor allem in den mittleren Orient und nach Asien ausgeführt werden, während die elektronischen Maschinen überwiegend an die OECD-Länder verschickt werden.

In einem Fünfjahresplan zur Modernisierung und Erweiterung wurden 2,8 Milliarden Peseten investiert, wovon 600 Millionen der Staat zahlte. Im Rahmen des Plans ist der Neubau eines Werks in Badalona ins Auge gefaßt. Die Automobilindustrie erweist sich auch in Katalonien als Lokomotive der Wirtschaft. Eine ganze Reihe von Zulieferungsbetrieben haben sich dort niedergelassen.

Auch hier bestimmen Ausländer das Geschäft, so daß die Warnung vor Überfremdung schon gelegentlich laut wurde. Eines jedoch haben die Spanier von den Ausländern übernommen und sogar noch verbessert: die Qualitätskontrolle. Ford hatte das Prinzip, einheimischen Zulieferern nur dann Aufträge zu erteilen, wenn sie bestimmte Qualitätsnormen erfüllten.

Allerdings bedeutet Qualitätsbewußtsein noch nicht, daß die Arbeitseffizienz damit schritthalten würde. Man bemüht sich mit großem Aufwand, dies zu erreichen. Da ist einmal die mangelhafte Ausbildung im Facharbeiterbereich. Es gibt zwar Gewerbeschulen, die meisten sind bei weitem nicht berufsspezifisch genug.

Wichtiges Potential

Eine große Chance sieht man in den Kindern spanischer Gastarbeiter, die mit der entsprechenden Qualifikation in ihre Heimat zurückkehrten. Sie sind zweisprachig und mit der Mentalität beider Völker vertraut. Sie sind möglicherweise ein Potential, das es erlaubt, die Zahl der Deutschen im Management auf die wichtigsten Positionen zu beschränken.

e.r.

KATALONIEN
Redaktion: H.-H. Holzamer
und Klaus Boden, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Tourismusminister setzt auf mehr Wintersportler

Katalonien verzeichnete 1986 rund 12,5 Millionen Besucher aus dem Ausland, die sich das Jahr über die 2,5 Millionen Betten teilten. Der Fremdenverkehr erwirtschaftet in Katalonien etwa 14,5 Prozent des Bruttosozialproduktes und beschäftigt mehr als 12 Prozent der Bevölkerung und ist damit einer der wichtigsten Wirtschaftszweige im Land. Dabei machen die Unterkünfte im Hotel nur etwa 25 Prozent der Gesamtkapazität aus. 75 Prozent setzen sich zusammen aus Campingplätzen, Apartments und Zweitwohnungen.

Die touristische Stärke Kataloniens ist seine Küste, die länger als 400 Kilometer ist. Hier gibt es 13 Fremdenverkehrszentralen und 40 Marinas mit mehr als 11 000 Anlegeplätzen.

Auch das Inland bietet eine Vielfalt von historischen Sehenswürdigkeiten mit der Rutes del Romanic. Erfolgreich wurde der Versuch unternommen, dem Touristen die romanische Vergangenheit des Landes zu erschließen.



Joaquin Molins i Amat
FOTO: DIE WELT

„Wir haben in der Vergangenheit das Binnenland vernachlässigt," räumt auch Kataloniens Tourismusminister Joaquim Molins i Amat ein. Aber man habe aufgeholt, dazu beigetragen haben seiner Meinung nach kulturelle Ausflüge und der Wintersport. Zehn Zentren mit 164 Liftanlagen und einer Beförderungskapazität von 50 000 Skiläufern pro Stunde warten auf die Wintersportler.

Mehr als zehn Milliarden Peseten wurden in Kläranlagen und sanitäre Maßnahmen an der Küste investiert.

„Mit dem Ausbau des Wirtschaftszweiges Tourismus und den Steigerungen der Qualität mit Hilfe von Ausbildungs- und Umschulungskursen sollen insbesondere der Service und generell die Qualifikation des Personals verbessert werden." sagt Angel Miguelsanz Arnalot, Generaldirektor für Tourismus de Generalidad von Katalonien.

Auf der katalonischen Seite der Pyrenäen gibt es 13 größere Skiorte von Viella im Westen bis nach Vallter im Osten, die es durchaus lohnen, einmal eine Alternative zu den Hängen der Alpen auszuprobieren

Vallter 2000 beispielsweise an den Ausläufern eines früheren Gletschers bietet Pisten bis maximal 1600 Meter Länge und einen Höhenunterschied von 450 Metern. Die Gesamtstrecke ist 20 Kilometer lang. Die Anlage ist 120 Kilometer von Girona und 150 Kilometer von Barcelona entfernt.

Der Vorteil der katalanischen Anlagen liegt in ihrer Preisgünstigkeit und im Klima. Ein Nachteil für Mitteleuropäer ist die lange Anfahrt, aber Tourismusminister Molins i Amat ist zuversichtlich, daß „der Wintersport sich durchaus zu einem Standbein unseres Tourismus wird entwickeln können".

Der Tourist, der Katalonien länger und besser kennt, wird den Einstieg in das kulturelle Leben suchen und bei der Offenheit der Katalanen auch finden. Er wird alsbald bei der Serdana die ersten zaghaften Tanzschritte machen, der Musik, der Cobla, lauschen und dann in Berguedà das Patum bewundern, einen Tanz, bei dem der Teufel ausbricht und der als einer der besten Tänze in ganz Europa bezeichnet wird. Er wird sich auch vom Todestanz von Verges in Empordà ängstigen lassen, der die Zeit des 14. Jahrhunderts, die Zeit der Pest, heraufbeschwört und den Menschen noch heute daran erinnert, wie kurzlebig sein Dasein ist.

Aber selbst der regelmäßige Katalonienbesucher wird eines wohl nicht schaffen, teilzunehmen an den Castellers, den Menschentürmen, die vor allen Dingen in Tarragona berühmt sind und mit fünf Stockwerken geradezu schwindelnde Höhen erreichen könne. Um sich auf ein solches Abenteuer einzulassen, da muß man wohl doch als Katalane geboren sein.

G. D.